

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/baumarktkette-hornbach-haelt-an-umstrittenem-werbespot-fest-16121258.html>

NACH DISKRIMINIERUNGSVORWURF¹

Hornbach hält an umstrittenem² Werbespot³ fest

- AKTUALISIERT AM 02.04.2019-18:07



Ein Screenshot aus dem Spot

Die Baumarktkette Hornbach bekommt massenweise Kritik für einen Werbespot. Doch der Konzern entschuldigt sich nur halbherzig – und hält weiter an dem Spot fest.

Die Baumarktkette Hornbach⁴ hält auch nach heftiger Kritik weiter an dem umstrittenen Werbespot „*So riecht⁵ das Frühjahr*“ fest. Der Werbespot wird von Kritikern als diskriminierend empfunden. In den kommenden Tagen aber (ab 4.4.) will das Unternehmen im Internet unter hornbach.de/UnsereHaltung auf Fragen zu dem Film eingehen und Position beziehen, „um Missverständnisse und Fehlinterpretationen auszuräumen“, wie Hornbach am Dienstag mitteilte.

In dem 45 Sekunden langen Film ist zu sehen, wie sich europäisch aussehende Männer nach getaner Gartenarbeit ihre Kleidung ausziehen, die dann in Plastikbeutel luftdicht verpackt wird. Am Ende des Werbespots zieht eine asiatisch aussehende Frau einen solchen Beutel aus einem Automaten, nimmt einen tiefen Luftzug und lächelt verückt⁶. Es folgt die Einblendung: „So riecht das Frühjahr.“

Der Werbespot hatte international Kritik ausgelöst, in einer von mehr als 15.000 Menschen unterstützten Online-Petition war sogar von Rassismus die Rede. Der Initiator der Petition, ein in Deutschland lebender Südkoreaner, beklagte zudem, dass die „asiatische Frau“ in dem Werbefilm eine sexistische Phantasie erfülle.

Hornbach wies den Vorwurf der Diskriminierung zurück. „Es tut uns sehr leid⁷, dass in Teilen der asiatischen Community in Europa und auch in Südost-Asien der Eindruck entstanden ist, die Kampagne sei diskriminierend gemeint. Dafür entschuldigen wir uns“, erklärte Hornbach. Es sei im Gegenteil darum gegangen, Rollenklischees zu verdrehen⁸. Das Unternehmen habe sich mehrfach gegen jede Form von Diskriminierung positioniert. Am Montag hatten sich Verantwortliche des Unternehmens mit drei Kritikerinnen zu einem Gespräch getroffen.

¹ **der Vorwurf** – reproche, critique (cf. jdm. etwas vor/werfen,i,a,o)

² etwas ist **umstritten** – qc. est controversé

³ **der Werbespot (-s)** – spot publicitaire

⁴ der Baumarkt – un grand magasin de bricolage (Hornbach („*Es gibt immer was zu tun*“) = Castorama)

⁵ **riechen,o,o** – sentir (etwas riecht schlecht) / „So riecht das Frühjahr“ – „C’est ainsi que sent le printemps“

⁶ verückt **lächeln** – sourire avec extase

⁷ **es tut mir leid** – je suis désolé

⁸ etwas verdrehen – inverser qc.

UNGLEICHE BILDUNGSCHANCEN

Männlich, arm und eingewandert

- VON ANDREAS GOLD - AKTUALISIERT AM 04.04.2019-11:27



Die meisten Bildungsverlierer hätten lange vor Schulbeginn eine gezielte Sprachförderung gebraucht. Ob diese fruchtet, hängt stark vom Engagement der Eltern ab. Doch wie eine Studie zeigt, lässt dieses oft zu wünschen übrig. Ein Gastbeitrag.

Das südhessische Darmstadt hat eine Abiturientenquote von über 50 Prozent. Dennoch gibt es auch in Darmstadt Bildungsverlierer. Wie anderswo sind sie überwiegend männlich, stammen aus zugewanderten Familien und aus sozial schwächeren Elternhäusern. Überraschend ist das nicht. Wie eine aktuelle Studie zu den Deutschkenntnissen der Darmstädter Vorschulkinder zeigt, sprechen bei der Einschulung mehr als 40 Prozent der Jungen und 30 Prozent der Mädchen mit Migrationshintergrund Deutsch nur mit erheblichen Fehlern, rudimentär oder gar nicht. Wenn sie keine zusätzliche sprachliche Förderung erfahren, sind ihre schulischen Misserfolge vorgezeichnet. Sprachliche Defizite gibt es allerdings auch bei Kindern ohne Migrationshintergrund, wenn sie in sozialen oder bildungsbezogenen Risikolagen aufwachsen.

Kein Bildungsbericht kommt ohne die einschlägigen Kapitel zu den sozialen, zuwanderungs- und geschlechtsbezogenen Disparitäten aus. Nicht selten mit dem tröstlichen Hinweis, dass es etwas besser oder zumindest nicht wesentlich schlechter geworden sei. Weiterhin haben allerdings zwei Drittel aller Gymnasiasten Eltern, die ebenfalls ein Gymnasium besucht haben, und nur zwei Prozent der Gymnasiasten haben Eltern, die beide keinen formalen Bildungsabschluss besitzen. Die Eltern von mehr als der Hälfte aller Hauptschüler erreichten selbst nur einen Hauptschulabschluss.

In einer ernsthaft geführten Diskussion über mehr Bildungsgerechtigkeit geht es nicht um Ergebnisgleichheit. Nur egalitäre Phantasten würden einer leistungsunabhängigen Umverteilung das Wort reden oder einer repräsentativen Quotierung von Bildungszertifikaten. Einer solchen Logik folgend, wäre es weniger die eigene Leistung, die über ein Bildungszertifikat oder über eine berufliche Position entscheidet, als eine Gruppenzugehörigkeit, also genau das, was man unter Gerechtigkeitsaspekten eigentlich nicht möchte.

Ungünstige Bedingungen

Es geht vielmehr um die Frage, ob das liberal-konservative Verständnis von Chancengerechtigkeit der Sache gerecht wird, um die es hier geht: Ist wirklich jeder seines Glückes Schmied, wenn er die nötige Begabung mitbringt und sich genug anstrengt? Oder bedarf es früher und korrigierender Eingriffe, damit alle Schmiede gleich gute Werkzeuge zur Verfügung haben und in gleich guten Werkstätten arbeiten können? Das ist ein gewaltiger Unterschied. Da formal gleiche Zugangschancen zu Kindergärten und Schulen gegeben sind, kein Schulgeld und bald keine Kita-Gebühr mehr erhoben werden und Lehrmittelfreiheit herrscht, hängt es kaum von den Privilegien der Eltern ab, ob die Kinder ihre Schullaufbahn erfolgreich durchlaufen.

Ihre Meriten verdienen sie sich durch die sichtbar erbrachten Leistungen. Sichtbar ungleiche Leistungen legitimieren nachfolgende Ungleichheiten bei den Bildungsniveaus, beruflichen Positionen und beim Einkommen. So die eine Sichtweise. Andere halten die Mär der formalen Chancengleichheit für Mumpitz. Nicht ganz zu Unrecht wird darauf verwiesen, dass Anstrengungsbereitschaft, Lernmotivation, und auch die erbrachte Leistung der Kinder weiterhin an ihre soziale Herkunft gekoppelt sind, selbst wenn die formalen Barrieren entfallen. Bildungssoziologen meinen, der beständige Verweis auf das meritokratische Prinzip legitimierte sogar

die Verfestigung sozialer Ungleichheiten. Denn gleiche Startchancen hätten die Kinder aus den unterschiedlichen sozialen Schichten schon deshalb nicht, weil sie im Elternhaus unterschiedliche Unterstützung erfahren.

Gelegentlich wird sogar die Schuldfrage aufgeworfen. Die Kinder könnten doch nichts dafür, dass sie Jungen, Migranten oder aus bildungsfernen Familien seien. Stimmt, hilft aber nur begrenzt weiter. Ist die Gesellschaft dafür verantwortlich, dass Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status seltener Sport treiben, sich ungesünder ernähren und häufiger übergewichtig sind? Wer verantwortet, dass 30 Prozent der Mütter mit niedrigem sozioökonomischen Status während der Schwangerschaft rauchen, aber nur zwei Prozent der Mütter mit hohem sozioökonomischen Status? Ist es wirklich zwangsläufig, dass sozialisierte Geschlechterunterschiede bei den Jungen zu einer größeren Schulfremdung und zu einem weniger förderlichen Lernverhalten beitragen?

Jungen, Migranten und Kinder aus familiären Risikolagen bleiben in ihren schulischen Leistungen teilweise deutlich hinter anderen Kindern zurück. Und sie sind wesentlich häufiger von Lernstörungen betroffen. Bildungsforscher nehmen die Disparitäten zum Anlass, nach den Mechanismen zu fragen, die dazu geführt haben. Angefangen von den frühen Lernprozessen im Kindergartenalter über den Kompetenzerwerb im Lesen, Schreiben und Rechnen im Anfangsunterricht bis hin zu den schulischen Leistungen in der Sekundarstufe lässt sich das im Detail nachzeichnen. Im Wesentlichen sind es die ungünstigen individuellen Lernvoraussetzungen, die unzureichenden sprachlichen Kompetenzen und eine mangelnde Unterstützung im Elternhaus, die den schulischen Misserfolg verursachen. Nach allem, was wir wissen, spielen besondere Benachteiligungen durch die Lehrer keine Rolle. So betrachtet, werden die disparaten Schulleistungen zu Recht attestiert, weil sie als Folgen unzureichender Lernprozesse auftreten.

Dass der kindliche Spracherwerb in bildungsfernen Elternhäusern und in den zugewanderten Familien unter ungünstigen Bedingungen verläuft, ist bekannt. Schon zu Schulbeginn sind die Defizite erheblich angewachsen. Wer bis zum Schulalter wartet, um einzugreifen, lässt das Kind sehenden Auges in den Brunnen fallen. Mit maximaler Intensität muss deshalb eine angemessene frühe Sprachförderung im Vorschulalter einsetzen, koste es, was es wolle! Und die Eltern müssen mitziehen, denn schließlich haben die Kinder mehr Zeit in der Familie verbracht als in Kita oder Schule. Nicht nur bei der Sprachförderung gilt allerdings: Der Elefant im Raum sind die Eltern. Sie haben Pflichten, und sie sind in die Pflicht zu nehmen, wie es im Übrigen Artikel 6 Absatz 2 des Grundgesetzes auch vorsieht. Institutionelle Maßnahmen und pädagogische Bemühungen verpuffen, wenn man die Eltern nicht dazu bewegen kann, am Bildungserfolg ihrer Kinder mitzuwirken. Es gibt ermutigende Hinweise über die Wirksamkeit einfacher Elterntrainings zur frühen Förderung sprachlicher Interaktionen. Und es gibt erfolgreiche Familienförderprogramme, wie etwa das in Frankfurt konzipierte Diesterweg-Stipendium der Stiftung Polytechnische Gesellschaft in Frankfurt für Kinder und ihre Eltern.

Aber es gibt auch Hinweise auf ein nachteiliges Erziehungsverhalten von Eltern aus sozial schwächeren Schichten. Nachteilig sind etwa Unstimmigkeiten, Widersprüche und ein Mangel an Verlässlichkeit. Das Modellverhalten der Eltern bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die soziale und emotionale Entwicklung und auf das Lernverhalten von Kindern. Die sozial und bildungsbezogen bessergestellten Eltern sind eher willens und in der Lage, ihren Kindern die notwendigen Unterstützungen beim schulischen Lernen zukommen zu lassen. Weil sie auf diese Weise auch ungünstige individuelle Lernvoraussetzungen ihrer Kinder auszugleichen vermögen, tragen sie zum Zerrbild einer mangelnden Bildungsgerechtigkeit bei. Dabei tun sie nur, was dringend geboten ist. Um für eine größere Chancengerechtigkeit für Jungen aus zugewanderten Familien und aus einem sozial schlechter gestellten Elternhaus zu sorgen, muss man sie und ihre Eltern ebenfalls in die Lage versetzen, ungünstige individuelle Lernvoraussetzungen auszugleichen. Aber das müssen die Eltern auch wollen.

Der Autor hat Pädagogische Psychologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main gelehrt und war bis 2009 deren Vizepräsident.

Quelle: F.A.Z.

Wie säkular ist Deutschland?

Trennung von Staat und Kirche - wer's glaubt

In Deutschland gibt es zwar keine Staatskirche - die Bundesrepublik und die christlichen Kirchen sind dennoch eng miteinander verknüpft. Schwieriger wird es, wenn es um die islamische Religion geht.

Von Valerie Höhne

Wenn über das Tanzverbot an Karfreitag debattiert wird, weiß man, es ist Osterzeit. Dieses Jahr war es Juso-Chef Kevin Kühnert, der das Verbot als nicht mehr zeitgemäß kritisierte. In einem Interview sagte er: "Ich würde selbstverständlich keine Party in der Kirche anmelden. Ich finde aber, wer an dem Tag in die Disco gehen will, sollte das auch tun können."

Dafür erntete er Kritik, auch aus der eigenen Partei. "Bisher wusste ich nicht, dass die SPD eine Spaßpartei ist", sagte Wolfgang Thierse von der SPD, früherer Bundestagspräsident und Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Es ist kein neuer Streit, aber er steht für eine Frage, die den politischen Raum seit Jahren beschäftigt: Wie nah sollen sich Staat und Kirche sein?

Deutschland ist ein säkulares Land. "Es gibt keine Staatskirche", so steht es in Artikel 140 des Grundgesetzes. Trotz des neutralen Staats sind sich Staat und Kirche nah - sie kooperieren auf vielen Gebieten miteinander.

Viele Kooperationsmöglichkeiten

Deutschland ist historisch betrachtet ein bikonfessionelles Land - seit der Reformation gibt es Katholiken und Protestanten. Vertreter beider Ausrichtungen gerieten immer wieder in kriegerische Konflikte. Erst mit der Weimarer Verfassung wurde aus Deutschland ein säkularer Staat - allerdings kein laizistischer. Die Autoren der Verfassung fanden einen Kompromiss: Es sollte zwar keine Staatskirchen mehr geben, gleichzeitig wurden aber Kooperationsmöglichkeiten zwischen dem Staat und den Kirchen eröffnet. Ganz so strikt verläuft die Trennung zwischen Staat und Kirchen also nicht.

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur wurde das Religionsverfassungsrecht der Weimarer Verfassung in die bundesrepublikanische Verfassung übernommen. Die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Staat und Kirche sind vielfältig:

- Beide große Kirchen sind Körperschaften öffentlichen Rechts. Sie dürfen von ihren Mitgliedern Steuern erheben und über das Finanzamt eintreiben;
- an öffentlichen Schulen wird Religionsunterricht beider Konfessionen angeboten;
- in den Gremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sitzen auch Vertreter der Kirchen;
- an öffentlichen Hochschulen gibt es theologische Fakultäten, die an die Weisungen der Kirchen gebunden sind;
- die Kirchen übernehmen in der Bundeswehr die Militärseelsorge (laut Verteidigungsministerium werden bald Militärrabbiner die Seelsorge jüdischer Soldaten übernehmen, auch Militärimame für muslimische Soldaten sind geplant);
- christliche Feiertage werden staatlich geschützt.

Eigentlich ist die Kirche allgegenwärtig. Doch seit Bestehen der Bundesrepublik hat sich das christliche Selbstverständnis des Landes gewandelt. 28 Prozent der Deutschen sind Katholiken, 26 Prozent sind Protestanten. Das sind fast 45 Millionen Menschen. Dennoch sinken die Mitgliederzahlen, vielerorts sind Kirchen nur noch an Weihnachten und Ostern gut besucht. (Lesen Sie hier die SPIEGEL-Titelgeschichte zum Thema)

Islam und Christentum sind praktisch nicht gleichgestellt

Deutschland ist ein Einwanderungsland mit vielen Religionen. Schätzungsweise leben hierzulande knapp fünf Millionen Muslime. Bislang aber wurde das Grundgesetz vor allem auf die beiden christlichen Kirchen ausgelegt. Das führt zu Gegensätzen: In Gerichten dürfen Kreuze hängen, aber wenn Frauen Kopftuch tragen, wird ihnen der Staatsdienst in ebendiesen Gerichten bislang verwehrt. Beides sind religiöse Symbole - eines wird anders behandelt als das andere.

Auch bei Lehrerinnen mit Kopftuch wird die Debatte kontrovers geführt, die Länder haben dazu verschiedene Regelungen. Das Bundesverfassungsgericht entschied 2015: Ein pauschales Verbot von Kopftüchern und anderen religiösen Bekleidungen in öffentlichen Schulen sei mit der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit der Pädagogen nicht vereinbar.

Viele muslimische Gemeinden erlangen keinen Körperschaftsstatus - viele kleinere christliche Gemeinden und jüdische Gemeinden hingegen schon.

Doch langsam ändert sich das Land: Im Jahr 2013 wurde in Hessen der muslimischen Gemeinde Ahmadiyya Muslim Jamaat der Körperschaftsstatus zugesprochen, in Nordrhein-Westfalen gibt es seit einigen Jahren Islamunterricht an Regelschulen und islamische Theologie wird an mehreren deutschen Universitäten gelehrt.

Mehr Trennung von Staat und Kirche?

Angesichts der größeren kulturellen und religiösen Vielfalt sowie der wachsenden Zahl an Agnostikern und Atheisten wird immer wieder eine größere Trennung von Staat und Kirche gefordert. Der Rechtsphilosoph Horst Dreier hat dazu ein Buch geschrieben, "Staat ohne Gott". Darin schreibt er: "Sosehr auch der freiheitliche säkulare Staat mit seinen Regelungen und Maßnahmen zuweilen tief in das Leben der Menschen eingreift, sowenig maßt er sich dabei Entscheidungskompetenzen über die fundamentalen metaphysischen Fragen nach dem Sinn der Welt und unseres Daseins in ihr an." Der Staat dürfe sich mit keiner Religion identifizieren.

Doch nicht nur auf dem Schulhof oder in Gerichtssälen sind Kirche und Staat oft verquickt. Auch finanziell sind sie verknüpft, nicht nur über die Kirchensteuer. Noch immer gibt es sogenannte Staatsleistungen. Pro Jahr zahlen die Länder derzeit rund 500 Millionen Euro an die Kirche. Die Staatsleistungen gehen auf Verträge aus dem 19. Jahrhundert zurück. Weil die Kirche damals Güter an den Staat abtreten musste, vereinbarten die Länder Ausgleichszahlungen. Schon die Weimarer Republik wollte diese Ausgleichszahlungen einstellen.

Passiert ist bis heute noch nichts.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/so-sieht-der-schulalltag-an-einer-brennpunkt-schule-aus-16153926.html?premium>

ALLTAG IN BRENNPUNKT-SCHULE:

Eine friedliche Insel in Neukölln

- VON HEIKE SCHMOLL, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 24.04.2019-06:28



Das Ernst-Abbe-Gymnasium liegt mitten in einem Berliner Brennpunkt – gewalttätige Zwischenfälle gibt es häufig. Zudem haben 94 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund. Wie gelingt dort der Schulalltag?

Auf der Sonnenallee in Berlin sieht man sich unversehens in den Orient versetzt. Die Geschäfte tragen arabische Schriftzeichen, bieten entsprechende Brautmoden und mit weißem Tüll geschmückte Schatzkästlein für die Mitgift, daneben finden sich Billigläden für Haushaltsutensilien und Praktisches. Hinzu kommen viele Bäckereien, Cafés und Shisha-Bars, in denen fast ausschließlich Männer sitzen, Nuss- und Kaffeeröstereien, Imbisstheken, Grill-Restaurants und Falafel-Buden. Die Sonnenallee war einmal das arabische Viertel, inzwischen ist sie mit ihrem Altbaubestand auch bei anderen Milieus begehrt.



[Heike Schmoll](#)

Politische Korrespondentin in Berlin, zuständig für die „Bildungswelten“.

Die Mieten steigen. Viele Einwanderer leben dort auf engstem Raum – nicht selten teilen sich achtköpfige Familien eine Dreizimmerwohnung. Die größte Gruppe bilden schon seit den siebziger Jahren die Türken, die wegen einer Zuzugssperre für Kreuzberg, Wedding und Tiergarten nach Nordneukölln gezogen waren. Ansonsten wohnen hier längst Albaner, Bosnier und Tschetschenen, aber auch europäische Einwanderer wie Italiener, Spanier und Portugiesen zieht es zunehmend in das Viertel.

Mittendrin befindet sich ein ehrwürdiges Backsteingebäude, das wie aus der Zeit gefallen zu sein scheint. Es ist das Ernst-Abbe-Gymnasium mit einem Migrantenanteil von 94 Prozent, von der Schulbürokratie in Berlin als Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache (ndH) bezeichnet. Wer die Schultür öffnet, begegnet als Erstes einem freundlichen Sicherheitsmann. Den braucht das Gymnasium genauso wie alle anderen Schulen in Neukölln, die Kosten dafür übernimmt der Bezirk. Der Schulhof erweckt den Eindruck eines geschützten Raumes inmitten der lärmumtosten Straße.

15 bis 20 Prozent der Schüler müssen wieder gehen

Solche Schutzräume für Kinder und Jugendliche zu schaffen, die unter schwierigsten sozialen Bedingungen aufwachsen, ist dem Schulleiter Tilmann Kötterheinrich-Wedekind besonders wichtig. Zu oft sind erboste Eltern oder rachsüchtige Brüder in die Schule

gekommen, die einen vermeintlichen Übeltäter unter den Mitschülern verurteilen wollten. Erst vor kurzem gab es wieder einen gewalttätigen Zwischenfall – allerdings vor der Schule. Auch der wird geahndet: Die Schule hat Anzeige gegen die daran Beteiligten erstattet. Aber auch innerschulisch gibt es viele Sanktionsmöglichkeiten vom schriftlichen Verweis über einen Klassenwechsel bis zum Schulverweis, dem Schulaufsicht und Gesamtkonferenz zustimmen.

Über besondere Disziplinprobleme während des Unterrichts kann die Schule nicht klagen, obwohl in den siebten Klassen teilweise 29 Schüler sitzen. Zwei Drittel sind in den meisten Klassen Mädchen, fünf bis sechs tragen ein Kopftuch. Wegen der sechsjährigen Berliner Grundschule ist es die erste Gymnasialklasse, ein Probejahr. Von knapp über hundert Schülern müssen am Ende des Schuljahrs 15 bis 20 Prozent wieder gehen, obwohl sie oft Vorbereitungskurse besucht haben. Sie stehen allen Schülern der umliegenden Grundschulen offen und werden in Mathematik, Englisch und Naturwissenschaften angeboten.

Die Schulleiterin der Grundschule in der Kölnischen Heide, Astrid-Sabine Busse, bestätigt, dass nur Schüler zugelassen werden, die auf einer glatten Zwei stehen und fest vorhaben, aufs Abbe-Gymnasium zu gehen. Früher habe sich ein Gymnasium überhaupt nicht um Grundschulen geschert, das sei beim Abbe ganz anders geworden, sagt Busse, deren Schülerschaft mehrheitlich arabischer Herkunft ist. Unter den Eltern an ihrer Schule gibt es fließend Deutsch sprechende Väter aus dem arabischen Raum, aber auch Mütter, die auch nach 30 Jahren kein Wort Deutsch können. Die dritte vermeintlich integrierte Elterngeneration gibt es für Busse nicht.

Die Schüler müssen lernen sich auszudrücken

Das Hauptproblem für die Schüler, die zu Hause wenig oder kein Deutsch sprechen, bleibt während der gesamten Schulzeit Deutsch als Bildungssprache. Noch in der neunten Klasse haben einige selbst im Gymnasium Probleme beim Vorlesen mit Fremdwörtern wie „Interpretation“ und erwecken nicht immer den Eindruck, als verstünden sie auch, was sie gerade vortragen. Das Abbe-Gymnasium hat sich deshalb Sprachbildung auf die Fahnen geschrieben. Es nimmt am bundesweiten Projekt BiSS (Bildung durch Sprache und Schrift) teil, das vom Bundesbildungsministerium gefördert wird. In den Klassenstufen sieben und acht werden zusätzlich zum Deutschunterricht zwei Stunden Deutsch als Zweitsprache erteilt.

Außerdem händigt die Schule jedem einen Schulplaner aus, der nicht nur Raum für Aufgabennotizen lässt, sondern auch sprachliche Wendungen für unterschiedliche Unterrichtssituationen und Fächer bereithält, an denen sich Schüler orientieren können. Alle Arbeitsaufträge werden schriftlich erteilt – meist durch einen Tafelanschrieb, und selbst im Sportunterricht geht es immer wieder darum, Sprache zu üben. In der Sporthalle unterbricht die arabischstämmige Lehrerin, eine frühere Schülerin des Abbe-Gymnasiums, die praktischen Übungen für das Basketballspiel, um die Korbleger-Regeln zu erläutern.

Die Schüler sitzen im Kreis auf dem Boden und müssen auch ausdrücken können, was sie gleich in Bewegung umsetzen. In allen Fächern wiederholen die Fachlehrer die Aussagen von Schülern und korrigieren dabei vorsichtig grammatische Fehler. Schwimmunterricht kann die Schule schon deshalb nicht anbieten, weil die Familien die jungen Mädchen nicht teilnehmen ließen. Manche Schülerinnen wollten auch schon in langen Kleidern zum Sportunterricht gehen.

So etwas wie eine „Toiletten-Scharia“ duldet die Schule nicht

In solchen Fällen greift die türkischstämmige und muslimisch religiös aufgewachsene Safiye Celikyürek, die Deutsch und Englisch unterrichtet, ein und entgegnet, dass der Islam keine Sportkleidung vorschreibe und eine weite Jogginghose mit einem langärmeligen T-Shirt völlig

opportun sei. Celikyürek trägt kein Kopftuch wie viele ihrer Schülerinnen, das würde der Schulleiter auch nicht befürworten. Er hält das Neutralitätsgebot gerade an seiner Schule für eine Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Religionen. Einen Gebetsraum duldet er genauso wenig wie öffentliches Beten auf den Gängen mit Publikum. Das Beten könne nach allen religiösen Regeln auch auf den Abend verschoben werden und Religion sei Privatsache, sagt Kötterheinrich-Wedekind. Dass die Schüler am Samstag in die Moscheeschulen gehen, kann die Schule ohnehin nicht verhindern.

So etwas wie eine „Toiletten-Scharia“ duldet die Schule nicht. Es gab offenbar schon Mitschüler, die andere beim Gang auf die Toilette dabei überprüften, ob sie während des Ramadan heimlich essen oder trinken. „Wer nicht fastet, ist kein richtiger Muslim“, sagen dann vor allem die Jungs, die den Ramadan wie einen Entsayungswettbewerb verstehen. Das Fasten im Ramadan ist für den Schulalltag und Prüfungszeiten ein riesiges Problem. Manchmal wissen nicht einmal die Eltern, dass ihr Kind während des Ramadan fastet.

Es gibt Schüler, die aufgrund der völligen Flüssigkeits- und Nahrungskarenz schon nach der dritten Stunde nicht mehr können und sich krankmelden. Der soziale Druck der Mitschüler ist oft stärker als häusliche Erwartungen. In diesem Jahr beginnt der Ramadan am 6. Mai, die Prüfungen für den mittleren Schulabschluss fallen genau in diese Zeit. Celikyürek fastet nicht und versucht auch die Schüler davon zu überzeugen, dass sie zumindest trinken sollen, das Fasten aber am besten ganz lassen, vor allem während der Prüfungszeit.

Abendliche Theaterbesuche mit Lehrern sind schwierig

Auch beim Kopftuchtragen herrscht in den Klassen Gruppendruck. In den siebten Schuljahren tragen von dreißig Schülern etwa sechs Mädchen ein Kopftuch, in den höheren Klassen werden es immer mehr. Oft kommen sie nach den Sommerferien mit Kopftuch wieder. Aber, so berichtet Celikyürek, es gibt manchmal auch Mädchen, die das Kopftuch wieder ablegen – nach einem Gespräch mit der Tante in einem Fall. Vor allem die Mädchen müssen nach der Schule oft im Haushalt mithelfen. Für sie ist der Schutz- und Bildungsraum Schule ganz besonders wichtig. Nicht wenige Schüler bleiben deshalb gern bei der Hausaufgabenbetreuung in der Schule. Es gebe Schüler, die ihre Aufgaben zu Hause in der Badewanne machten, weil sie keinen Arbeitsplatz hätten, sagt Kötterheinrich-Wedekind.

Abendliche Theaterbesuche mit Lehrern sind schwierig. Neulich habe sie eine Schülerin nach dem Theater persönlich nach Hause begleitet, die Eltern hätten sie sonst nicht mitgehen lassen, sagt Celikyürek. Der Schule, die vollständig saniert ist, Internet in jedem Klassenraum hat und eine neue Turnhalle nutzen kann, beschert die Schülerzusammensetzung 100.000 Euro aus dem sogenannten Bonusprogramm in Berlin.

Schulen mit mehr als 40 Prozent Schülern aus Hartz-IV-Familien, die von der Zuzahlung zu Lernmitteln befreit sind, können bis zu 100.000 Euro im Jahr mehr an Mitteln beantragen. Am Ernst-Abbe-Gymnasium haben 80 Prozent der Schüler eine Lernmittelfreiung. Für die Bewilligung der Senatsfinanzen müssen die Schulen Ziele entwickeln, was und wen sie fördern wollen – und dafür selbständig Verträge abschließen und Fachkräfte engagieren. Die Hausaufgabenbetreuung, die Honorarkräfte für die Bibliothek, die Schülersozialhilfe, die Konflikte unter Schülern schlichtet. So berichtet eine Siebtklässlerin vom Streit mit einem Kameraden, von dem sie sich auch als Mädchen angegriffen fühlte. Nach einem einstündigen Gespräch mit den Sozialhelfern konnten sich die beiden versöhnen.

Der Abischnitt seiner Schule liege bei 2,7

Kötterheinrich-Wedekind will sich über die Ausstattung nicht beschweren und gehört überhaupt nicht zum jammernden Teil seiner Zunft. Er beschönigt nichts, auch in seiner Schule nicht, und hält mit unangenehmen Wahrheiten nicht hinter dem Berg. Der Abischnitt

seiner Schule liege bei 2,7, und das Abbe stehe damit auf einem der letzten Plätze des Berliner Rankings. Aber es ist schon eine Leistung, dass 93 bis 96 Prozent der Schüler das Berliner Abitur schaffen, und das bei den beiden zweiten Fremdsprachen Latein und Französisch. Latein wird von 40 Prozent der Schüler angewählt, und viele verlassen die Schule mit einem Latinum, nur wenige studieren. Aber die Schule ist schon froh, wenn die weiblichen Abiturienten nicht ein Jahr nach dem Abitur mit einem Kinderwagen an der Schule vorbeikommen und damit ihren Verzicht auf eine Ausbildung dokumentieren.

Von Ermäßigungsstrategien halten weder der Schulleiter noch sein Lehrerkollegium etwas. Die herausfordernde Schülerzusammensetzung wollen sie nicht als Ausrede für niedrigere Ansprüche gelten lassen. Kötterheinrich-Wedekinds Schule gehört auch wegen des Lateinunterrichts zu den Partnerschulen der Lehrerbildung in der Humboldt-Universität. Er als Altphilologe hätte es einfacher haben können und als Lateinlehrer am renommierten Arndt-Gymnasium in Berlin-Dahlem bleiben können, aber das wollte er nicht.

Während die Eltern in Dahlem oft zu zweit beim Elternabend erschienen, muss das Ernst-Abbe-Gymnasium um die Mitwirkung der Eltern kämpfen. In arabischen und türkischen Familien überlassen die Eltern der Schule gern allein die Verantwortung für die Bildungslaufbahn ihrer Kinder. Häufig läuft der Fernseher mit Satellitenprogrammen nahezu rund um die Uhr, oder die Kinder werden am Wochenende dem Computer überlassen. Für Rückzugsmöglichkeiten zum Lesen oder Lernen sorgen die Eltern nicht.

Sie sind gern bereit, einen Kuchen fürs Schulfest zu backen, aber wenn es um echte Mitarbeit oder gar Präsenz geht, wird es schwierig. Wenn einmal zehn bis zwölf von etwa 1200 Eltern im Elterncafé der Schule waren, gilt das schon als Erfolg. Sie werden dort fürstlich empfangen, können ohne Anlass und Termin Lehrer und Schulleiter treffen. Von Möglichkeiten der Schullaufbahnberatung bis hin zu Gesundheitsthemen reichen die thematischen Angebote der Schule. Aber das Kollegium arbeitet weiter daran, Schülern aus schwierigsten Verhältnissen Bildungsaufstiege zu ermöglichen, mit Rückschlägen und stetigem Engagement.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/stil/essen-trinken/vegane-mensa-in-berlin-eroeffnet-wir-wollen-nicht-missionieren-16153622.html>

VEGANE MENSA ERÖFFNET:

„Wir wollen nicht missionieren“

- VON NATALIA WARKENTIN
- -AKTUALISIERT AM 23.04.2019-18:03



Der Veganismus ist auf dem Vormarsch: Berlin bekommt seine erste rein pflanzliche Mensa. Die Sprecherin des Studierendenwerks distanziert sich von ideologischen Motiven und erklärt die Eröffnung ganz pragmatisch.

An der [Technischen Universität Berlin](#) hat heute die erste rein vegane Mensa der Stadt den Betrieb aufgenommen. Die rein pflanzliche Schwester der vegetarischen „Veggie 1.0“, die 2010 als erste fleischlose Kantine Deutschlands eröffnet wurde, kommt ganz ohne tierische Produkte aus. Ein 12-köpfiges Team inklusive einer ausschließlich vegan kochenden Mitarbeiterin serviert seit heute Zucchini-cremesuppe, Spaghetti mit Getreidebolognese oder Mango-Kokos-Muffins. „In einer Studie, die wir an den Hochschulen in Berlin durchführen, geben 13 Prozent unserer Studierenden an, vegan zu leben“, sagt die Sprecherin des Studierendenwerks Jana Judisch und ergänzt: „Der Bedarf war einfach da.“

Dass Veganer durchaus auch über sich selbst lachen können, beweisen die Namensvorschläge, die Studierende im Vorfeld eingereicht hatten. Zur Wahl standen kreative Beiträge wie „Kill Dill“ oder „Da haben wir den Salat“. Recht unspektakulär und pragmatisch kommt dagegen der endgültige Name daher: „Veggie 2.0 – die tiefgrüne Mensa“. Überzeugen dürfte da eher der verhältnismäßig kleine Preis. Ein Hauptgericht bekommen Studierende für unter zwei Euro. Die Studi-Preise werden wie bei allen Studentenwerken bezuschusst. Aber auch Hochschul-Mitarbeiter und Externe zahlen nur vier bis fünf Euro für ein Essen. „Diese Preise sind kostendeckend. Wir sind Großversorger mit 57 Einrichtungen und rund 33.000 Gästen am Tag. Da macht es die Masse“, so Judisch. Angesichts der zum Teil relativ hohen Preise für Fleischersatz kommen Veganer und Flexitarier hier günstig weg.

Erst 2018 wurde die „Veggie 1.0“ des Berliner Studierendenwerks von der Tierrechtsorganisation „Peta“ als vegan-freundlichste Mensa ausgezeichnet. Tatsächlich sind 56 Prozent des Gesamtspeiseplans des Berliner Studierendenwerks bereits fleischfrei. Die Universitäten müssen auf die Entwicklung reagieren, der Anteil der Vegetarier und Veganer ist in der Altersgruppe der 18-bis 29-Jährigen laut einer Studie des Robert-Koch-Instituts am höchsten. „Wenn die Studierenden uns auffordern, einen Veggie Day zu etablieren, antworte ich Ihnen, dass wir jeden Tag Veggie Day haben. Freiwillig und nicht verpflichtend. Wir wollen nicht missionieren“, erklärt die Sprecherin. Kritik von Fleischfans habe es im Vorfeld nicht gegeben. „Wissen Sie, welche Beschwerde mich am häufigsten erreicht: Warum nicht an meinem Campus?“

Mit ihrer neuen Mensa folgt das Studierendenwerk der Hauptstadt einem Trend, der seit Jahren immer mehr Anhänger findet. Rund acht Millionen Deutsche verzichten auf Fleisch und Fisch, 1,3 Millionen konsumieren gar keine tierischen Produkte. Die Industrie hat das Potential des fleischfreien Marktes längst erkannt. 2018 wurden mit veganen und

vegetarischen Produkten 960 Millionen Euro umgesetzt – ein Rekordhoch. Deutschland nimmt hier eine Vorreiterstellung ein. In keinem anderen europäischen Land werden so viele pflanzliche Produktinnovationen auf den Markt gebracht. Jana Judisch und ihre Mitarbeiter hoffen auf mindestens 500 Gäste am Tag. „Das ist unser Kampfziel, damit der Umsatz nicht einbricht. Wenn es mehr werden, umso besser!“ Überzeugte Fleischfans müssen nun aber nicht fürchten, an Berlins Universitäten nicht mehr satt zu werden. Im gleichen Gebäude gibt es eine weitaus größere Mensa, die auf ein traditionell gemischtes Angebot setzt – Würstchen und Schnitzel inklusive.

Quelle: FAZ.NET

154,12

https://www.lemonde.fr/idees/article/2019/04/25/allemande-un-modele-a-bout-de-souffle_5454766_3232.html

Allemagne : un modèle à bout de souffle

Editorial. L'économie du pays devrait faire quasiment du surplace cette année. Opter pour une politique de relance pourrait avoir des effets positifs sur les partenaires européens de l'Allemagne, qui souffrent de son orthodoxie budgétaire.

Publié aujourd'hui à 11h36, mis à jour à 11h36

Editorial du « Monde ». Si « *impossible n'est pas français* », le doute, jusque-là, n'était pas allemand. Pendant des décennies, la première économie européenne s'est construite sur une foi inextinguible en l'ordolibéralisme. Cette théorie a donné naissance au fameux modèle rhénan, une économie sociale de marché, qui a assuré la cohésion et la prospérité de l'Allemagne d'après-guerre. Pourquoi douter d'un tel modèle, lorsqu'on affiche un excédent budgétaire de 60 milliards d'euros, un endettement public qui est repassé sous les 60 % du produit intérieur brut (PIB), un chômage inférieur à 5 % et une balance commerciale qui croule sous les excédents ? Bien des pays, à commencer par la France, rêveraient d'un tel bilan.

Mais les fondations les plus solides ne sont jamais à l'abri de l'usure du temps, et c'est dès les premières fissures qu'il faut se préoccuper de la pérennité de l'édifice. Le fronton de l'économie allemande commence à se lézarder. Au gré des révisions à la baisse des anticipations de croissance et de la dégringolade du moral des chefs d'entreprise, le doute s'installe.

En 2019, le PIB devrait faire quasiment du surplace et le rebond pour l'année suivante s'annonce modeste. A un mois des élections européennes, le débat politique, longtemps focalisé sur la question migratoire, s'est clairement déplacé sur le terrain économique, entre les tenants d'une orthodoxie budgétaire intransigeante et les partisans d'une nécessaire évolution d'un système qui risque de s'enkyster.

Escalade de concessions

Car, derrière une façade flatteuse, l'Allemagne doit affronter une série de défis qui menacent son modèle. Le creusement des inégalités, l'explosion des prix du logement, la précarisation des salariés, la dégradation des infrastructures questionnent le dogme du « *schwarze Null* », le strict équilibre des comptes publics. Dans le même temps, la montée des préoccupations environnementales au sein de la jeunesse bouscule le modèle industriel allemand.

Quant aux excédents commerciaux, ils ont atteint de tels sommets qu'ils finissent par devenir un talon d'Achille. Pour protéger ses exportations de voitures, l'Allemagne semble prête à tous les compromis face aux coups de boutoir protectionnistes de Donald Trump, entraînant ses partenaires européens dans une escalade de concessions qui affaiblissent le Vieux Continent.

Peter Altmaier, le ministre de l'économie, n'hésite pas à briser les tabous en proposant une stratégie industrielle pilotée par l'Etat pour encourager les coopérations à l'échelle européenne. L'initiative provoque de fortes réticences en Allemagne. Pourtant, le retard accumulé dans les industries d'avenir – voiture électrique, intelligence artificielle – démontre que l'écosystème industriel allemand a atteint ses limites dans sa capacité à anticiper les ruptures technologiques.

La course aux excédents – budgétaires et commerciaux – est, elle aussi, arrivée à un point d'inflexion. Tant que l'Allemagne restait le moteur de la croissance européenne, cet objectif était louable. Avec le ralentissement, elle finit par être contre-productive. Relâcher le carcan budgétaire rendrait possible le financement des investissements stratégiques de demain et la rénovation des infrastructures vieillissantes, qui pèsent sur la croissance. Cette relance permettrait en outre de doper la demande adressée à des partenaires européens asphyxiés par son orthodoxie. Alors que le monde traverse une phase transitoire inédite, l'Allemagne doit cesser de s'arc-bouter sur ses dogmes.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/soziale-marktwirtschaft-bildungschancen-sind-der-schlüssel-16161628.html?premium>

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT:

Bildungschancen sind der Schlüssel

- VON VERONIKA GRIMM UND LUDGER WÖSSMAN
- -AKTUALISIERT AM 29.04.2019-06:44



Soziale Marktwirtschaft muss neu gedacht werden und braucht gerechtere Bildungschancen – so viel kündigt auch eine Charta von Wirtschaftsminister Peter Altmaier an. Die Förderung sollte schon im Kindergarten anfangen.

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als sehr erfolgreich erwiesen: Sie verbindet Eigenverantwortung und Wettbewerb mit sozialem Ausgleich. Nach 70 Jahren ist es an der Zeit, sich Gedanken über ihre Zukunftsfähigkeit zu machen. Denn zunehmend kommen Zweifel auf, ob die bewährte Wirtschaftsordnung heutige Herausforderungen angemessen berücksichtigt.

Wirtschaftsminister [Peter Altmaier](#) hat angekündigt, eine Charta zur Neugestaltung der Sozialen Marktwirtschaft zu entwickeln. In diesem Rahmen wird diskutiert, ob die staatlichen Belastungen reduziert werden müssen, wie man die Gründermentalität stärkt oder wie sich die Ordnungspolitik für die digitale Wirtschaft weiterentwickeln lässt.

Ein zentrales Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft gerät bei all diesen Vorschlägen jedoch aus dem Fokus: die Menschen zu eigenverantwortlicher Teilhabe am Markt und an der Gesellschaft zu befähigen. Das kann nur eine Bildungspolitik leisten, die annähernd gleiche Startchancen schafft. Darauf hat soeben der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium in seiner aktuellen Stellungnahme „Bildungsgerechtigkeit als Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft“ hingewiesen.

Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen, die in Kindheit und Jugend erworben wurden, steigern die Produktivität der Beschäftigten und ermöglichen höhere Einkommen. Heute sind in Deutschland nur 4 Prozent der Personen mit einer berufsqualifizierenden Ausbildung und sogar nur 2 Prozent der Akademiker arbeitslos. Dem gegenüber stehen nahezu 20 Prozent Arbeitslosigkeit bei Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluss. Jedes zusätzliche Bildungsjahr geht durchschnittlich mit rund 10 Prozent höheren Arbeitseinkommen einher.

Die Chancen im Vergleich

Wer in Bildung investiert, versetzt Menschen also in die Lage, sich ertragreich in die Gesellschaft einzubringen. Zudem spielt Bildung eine wichtige Rolle für die politische Beteiligung, das staatsbürgerliche Engagement und die Akzeptanz der Gesellschaftsordnung. Deshalb sollte die Bildungspolitik künftig eine tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft sein.

In der Nachkriegszeit spielten Bildungsaspekte bei der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft keine große Rolle. Jeder und jede wurde am Arbeitsmarkt gebraucht. Von den späten fünfziger Jahren bis in die frühen siebziger Jahre warb die deutsche Wirtschaft Gastarbeiter an, weil der Bedarf an

Arbeitskräften nicht gedeckt werden konnte. Die Vorzeichen haben sich geändert. Durch Globalisierung und Automatisierung ist die Arbeitsnachfrage nach geringqualifizierten Tätigkeiten extrem gesunken. Wer die entscheidenden Kompetenzen in Kindheit und Jugend nicht erwirbt, erfährt somit einen grundlegenden Nachteil, ohne dass er oder sie die entsprechenden Bildungschancen selbst beeinflussen konnte. Heute ist Bildung daher ein zentraler Faktor für die gesellschaftliche Teilhabe.

Deshalb ist es bedenklich, dass Bildungserfolg gerade in Deutschland stark vom familiären Hintergrund abhängt. So liegen die Mathematikleistungen von 15-Jährigen aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status im Durchschnitt etwa vier Schuljahre hinter den Leistungen von 15-Jährigen aus Familien mit hohem sozioökonomischem Status zurück.

Die Empfehlung, ein Gymnasium zu besuchen, ist bei Kindern in besser situierten Familien rund 2,5-mal so wahrscheinlich wie bei Kindern aus Arbeiterfamilien – selbst bei gleichen fachlichen Leistungen. 79 Prozent der Kinder aus Akademikerfamilien nehmen ein Studium auf, verglichen mit 27 Prozent der Kinder aus Nichtakademikerfamilien. Zu dem Zeitpunkt, an dem die Menschen selbst mündig werden, sind die Chancen für den weiteren Bildungs- und Berufsverlauf längst nicht mehr gleich verteilt.

Schwindende Akzeptanz für das System

Ein Bildungssystem, das allen Kindern und Jugendlichen eine qualitativ hochwertige Bildung vermittelt, muss ein zentrales Element einer Neukonzeption der Sozialen Marktwirtschaft sein. Dabei geht es weniger um höhere Bildungsabschlüsse als darum, ein Fundament an Kompetenzen zu schaffen, das zur eigenverantwortlichen Teilnahme am gesellschaftlichen Leben befähigt. Bildung ist ein dynamischer Prozess, der auf dem bisher Erlernten aufbaut.

Deshalb ist es wichtig, schon in die frühkindliche Bildung und in die Grundschulen zu investieren. Sie müssen quantitativ und qualitativ so ausgelegt sein, dass auch Kinder aus benachteiligten Verhältnissen gut auf das weiterführende Bildungssystem vorbereitet sind. Dazu müssen benachteiligte Gruppen mit gezielten Maßnahmen gefördert werden. Bildungspolitik kann die Aufgaben von Familien nicht ersetzen. Aber sie trägt ganz entscheidend zu gleichen Startchancen bei.

Die Forschung belegt, dass frühkindliche Bildungsprogramme gerade bei Kindern aus benachteiligten Verhältnissen langfristig sehr effektiv die Bildungs- und Arbeitsmarkterfolge fördern können. In diesem Fall besteht kein Zielkonflikt zwischen Chancengleichheit und Effizienz, zumal durch ein entsprechendes Fundament auch spätere Weiterbildungsmaßnahmen effektiver werden.

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als Zusammenspiel von eigenverantwortlichem Wettbewerb und sozialem Ausgleich ist ein wichtiges Fundament, um die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Vor dem Hintergrund von Globalisierung und Digitalisierung bedarf es jedoch neuer Wege des staatlichen Handelns, um den Menschen gleiche Startchancen zu ermöglichen.

Nur so kann es gelingen, das Zusammenspiel von Leistungsbereitschaft und sozialer Teilhabe in die Zukunft zu tragen, um die neuen gesellschaftspolitischen Herausforderungen zu bewältigen. Wenn es den Menschen offenkundig erscheint, dass im bestehenden System keine oder zu wenig Chancengerechtigkeit herrscht, schwindet auch ihre Akzeptanz für das Gesellschaftssystem. Deshalb muss Bildungsgerechtigkeit ein Kernelement der Charta einer erneuerten Sozialen Marktwirtschaft werden.

Veronika Grimm ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg. Ludger Wößmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München und leitet das Ifo-Zentrum für Bildungsökonomik. Beide gehören dem Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium an.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/in-vielen-staaten-osteuropas-liegt-die-abtreibungsquote-fast-dreimal-hoher-als-in-deutschland-16171146.html>



Foto: picture alliance

SCHNELLER SCHLAU

Osteuropa treibt häufiger ab

Von CHRISTOPH SCHÄFER, Grafik: NATASCHA VLAHOVIC · 05.05.2019

In vielen Staaten Osteuropas liegt die Quote der abgebrochenen Schwangerschaften fast dreimal höher als in Deutschland. Doch auch hierzulande werden jährlich mehr als 100.000 Embryonen abgetrieben. Wie geht die Gesellschaft damit um?

Eine Abtreibung zählt zu den dunkelsten Stunden im Leben einer Frau.

Die Entscheidung, ihr ungeborenes Kind leben oder sterben zu lassen, kann ihr niemand abnehmen. Allerdings fällt die Antwort nicht im luftleeren Raum, sie hängt von vielen Einflussgrößen ab. Es gibt zum einen persönliche Faktoren wie das Alter, die religiöse Einstellung, die finanzielle Situation, die medizinische Lage und die Lebensplanung generell. Zum anderen unterscheiden sich die gesellschaftliche Akzeptanz von Abtreibungen und die sozialen Absicherungssysteme für Mütter mit kleinen Kindern von Staat zu Staat.

Vor allem aber gibt es in jedem Land unterschiedliche juristische Rahmenbedingungen, unter denen eine Abtreibung überhaupt zulässig ist. Einen guten Überblick bietet die Weltgesundheitsorganisation in ihrer [„Global Abortion Policies Database“](#). Die Daten zeigen, dass die meisten europäischen Staaten, Russland, China und die Vereinigten Staaten eine Abtreibung auf Wunsch der Frau zulassen, auch wenn sie dafür keinen zwingenden, unabweisbaren Grund angeben kann.

In Südamerika, Afrika, dem Nahen Osten und Teilen des Fernen Ostens ist das hingegen nicht möglich. Je nach Staat gelten nur ein möglicher Tod der Mutter, eine Vergewaltigung oder erhebliche Schäden am Embryo als zulässige Abtreibungsgründe.

Gerade weil die Entscheidung für eine Abtreibung von vielen Faktoren abhängt, verwundert nicht, dass die Abtreibungsraten von Staat zu Staat stark variieren. Wie unsere Karte zeigt, wird ein solcher Eingriff in den osteuropäischen Staaten deutlich häufiger vorgenommen als im Rest Europas. Einsamer Negativ-Spitzenreiter ist Georgien, wo im vorvergangenen Jahr 23 von 1000 Frauen im gebärfähigen Alter abgetrieben haben. Erschreckend hoch ist die Rate dem Statistikamt Eurostat zufolge auch in Bulgarien (12,7), Armenien (10,5) und Aserbaidschan (10,5). Auch in Ungarn (10,2) und Rumänien (10,1) sieht es düster aus.

Die Quoten in Osteuropa liegen zwei bis drei Mal so hoch wie in Deutschland, wo 4,5 von 1000 Frauen im gebärfähigen Alter abgetrieben haben. Eurostat definiert dieses als die Lebensphase von 15 bis einschließlich 44 Jahre, das Statistische Bundesamt hingegen als 15 bis 49 Jahre, weshalb Zahlen aus beiden Behörden nur bedingt miteinander verglichen werden dürfen.

Erfreulicherweise ist die Zahl der abgebrochenen Schwangerschaften in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen.

Trotzdem entscheiden sich noch immer mehr als 100.000 Frauen für diesen Weg – in einem einzigen Jahr.

Schlüsselt man die Zahl nach Altersgruppen auf, zeigt sich, dass die Zahl der abtreibenden Jugendlichen mit 2746 Fällen klein ist. Sie lag vor zehn Jahren fast doppelt so hoch: Im Jahr 2008 wurden bei Minderjährigen noch mehr als 5000 Abtreibungen durchgeführt.

Die meisten Abbrüche lassen erwachsene Frauen im Alter von 18 bis 35 Jahre vornehmen – was allerdings kaum verwundert, weil Frauen in diesem Alter auch die meisten Kinder bekommen.

In Deutschland ist der Schwangerschaftsabbruch eigentlich per Gesetz strafbar, bleibt aber aufgrund von Ausnahme-Regelungen fast immer ohne strafrechtliche Konsequenzen. Nach deutschem Recht gibt es drei Gründe

für eine legale Abtreibung: Wenn die Schwangerschaft eine Gefahr für die Schwangere darstellt, liegt eine medizinische Indikation vor. Zulässig ist eine Abtreibung auch nach einer Vergewaltigung, was im Verwaltungsdeutsch als „kriminologische Indikation“ bezeichnet wird. <br Zahlenmäßig sind die beiden erstgenannten Gründe allerdings kaum von Bedeutung. Die mit 96 Prozent gängigste Ausnahme ist die Beratungsregelung: Demnach können Schwangere straffrei bei einem Arzt abtreiben lassen, wenn sie nachweislich eine Beratung an einer staatlich anerkannten Beratungsstelle wahrgenommen haben.</br Allerdings ist dies nicht beliebig lange möglich. Seit der Befruchtung der Eizelle dürfen nicht mehr als zwölf Wochen vergangen sein. Dies entspricht der 14. Schwangerschaftswoche, wenn nicht vom Tag der Empfängnis, sondern vom ersten Tag der letzten Regelblutung gerechnet wird.

Auch im restlichen Europa gibt es Fristenregelungen, aufgrund derer ein Abbruch während dieser Zeit legal ist. Die Fristen variieren allerdings von Land zu Land erheblich. Das trifft auch auf das Maß zu, in dem eine Gesellschaft Schwangerschaftsabbrüche ächtet oder akzeptiert. Auf die Frage „Sollten Schwangerschaftsabbrüche in allen oder den meisten Fällen erlaubt sein?“ antworten 94 Prozent der Schweden mit „Ja“. Auch die nordeuropäischen Staaten Dänemark und Finnland verzeichnen hohe Zustimmungswerte. Am unteren Ende der Skala rangieren die (noch halbwegs) katholisch geprägten Staaten Spanien, Irland, Italien und Portugal.

Datenrecherche: Hedda Nier ([Statista](#))

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Pew Research Center, WHO

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/was-laesst-sich-100-jahre-nach-dem-vertrag-von-versailles-sagen-16171708.html?premium>

100 JAHRE VERSAILLES-VERTRAG:

Es rumort noch in der deutschen Seele

- VON GERD KRUMEICH
- -AKTUALISIERT AM 06.05.2019-20:07



Vor hundert Jahren wurde der Vertrag von Versailles der deutschen Delegation zur Unterschrift vorgelegt. Was lässt sich heute über diesen Friedensschluss sagen?

Weitgehend einig sind sich die Historiker und Journalisten heute darin, dass Versailles 1919 ein „überforderter Frieden“ war, wie Jörn Leonhard pointiert formuliert. Überfordert wodurch? Wohl vor allem, so scheint es heute in „transnationaler“ Perspektive, durch die Vielzahl von konkurrierenden Ambitionen, sowohl eine neue Welt der freien und friedfertigen Nationen zu schaffen, als auch alte Strukturen und Privilegien aufrechtzuerhalten.

Ähnlich hat der Schweizer Historiker Herbert Lüthy schon vor fünfzig Jahren geurteilt. Versailles, schreibt Lüthy 1969, sei der Versuch gewesen, einen großen Frieden aus den Trümmern der alten Welt zu schaffen. Aber „der Anspruch und der Ehrgeiz seiner Verfasser, durch einen Akt der Rechtssetzung eine Weltordnung festen, gerechten und dauerhaften Friedens zu schaffen“, sei auf tragische Weise unrealisierbar gewesen.

Ob „tragischer“ oder nur vermessener Anspruch, die Büchse der Pandora des Großen Krieges endgültig zu schließen: Wie konnte es überhaupt möglich sein, nach mehr als vier Jahren des Massentötens, des Hungers, der ungeheuren Verwüstungen, der exorbitanten Hass- und Verteufelungspropaganda Frieden zu schließen? Die „Peacemakers“, die verantwortlichen Politiker aller Sieger-Nationen, hatten mit dem ungestillten Zorn, dem Rachebedürfnis und den Entschädigungsansprüchen ihrer Völker zu rechnen, wollten sie nicht bei allen kommenden Wahlen weggefegt werden. Dieser Friedensschluss musste eine Abrechnung mit den Übeltätern, den Deutschen und einigen anderen Verlierern, sein.

„Schandparagrafen“

Und das war er dann auch im Wesentlichen, sieht man von den einleitenden Bekundungen zur Konstruktion des Völkerbundes und des Weltfriedens ab. Es war nicht einmal mehr möglich, in die Vertragstexte die sogenannte „Vergessens- Klausel“ (oblivion) einzufügen, die in Friedensverträgen früherer Zeiten dafür sorgen sollte, dass man nach Kriegsende wieder friedlich miteinander umgehen konnte. Man wollte nicht einmal mit den Besiegten über den künftigen Frieden diskutieren und lud sie deshalb nicht zu den Verhandlungen ein. Das hatte es noch nie gegeben.

Stärker als die Sieger haben natürlich die Besiegten diese Diskrepanz zwischen Rache und Friedensschaffen gespürt. Und nicht von ungefähr reduzierte sich im Bewusstsein der Deutschen der Versailler Vertrag mit seinen mehr als vierhundert Artikeln auf die „Schandparagrafen“. Das waren zunächst die Artikel 227 bis 230, denen zufolge der Kaiser

und viele Offiziere wegen der Auslösung des Krieges und wegen Verbrechen im Krieg ausgeliefert werden sollten.

Hauptsächlicher Skandal aber war der folgende Artikel 231, welcher festlegte, dass Deutschland (und seine Alliierten) „als Verursacher“ alle Schäden der Alliierten und ihrer Bevölkerungen zu bezahlen hätten, die diese durch die „Aggression“ von 1914 erlitten hatten. Während der gesamten Zeit der Weimarer Republik protestierten deutsche Politiker, Militärs, Intellektuelle und Wissenschaftler gegen den als unerträglich empfundenen Schuldvorwurf. Zehn Jahre nach der Unterzeichnung beklagte Hans Delbrück, der Kritiker des preußisch-deutschen Militarismus, dass Deutschland als „Verbrechervolk“ gebrandmarkt worden sei.

Und Reichspräsident und Reichsregierung veröffentlichten ebenfalls 1929 folgende Erklärung: „Der heutige Tag ist ein Tag der Trauer. Zehn Jahre sind verflossen, seit in Versailles deutsche Friedensunterhändler gezwungen waren, ihre Unterschrift unter eine Urkunde zu setzen, die für alle Freunde des Rechts und eines wahren Friedens eine bittere Enttäuschung bedeutete (...). Deutschland hat den Vertrag unterzeichnet, ohne damit anzuerkennen, dass das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Dieser Vorwurf lässt unser Volk nicht zur Ruhe kommen und stört das Vertrauen unter den Nationen. Wir wissen uns eins mit allen Deutschen in der Zurückweisung der Behauptung der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege.“

Die Schuld der Friedensmacher

Bis in die sechziger Jahre blieb es bei diesem Diskurs. Historiker und Journalisten argumentierten wie [Golo Mann](#) in seiner weitverbreiteten „Deutschen Geschichte“ aus dem Jahre 1958: „Die Schuld der Friedensmacher von 1919 liegt in der moralistischen Überlegenheit, mit der sie den Besiegten behandelten. (...) Sie hatten ein Recht, dem Besiegten diese oder jene Bedingung aufzuerlegen, aber nicht, seine Alleinschuld am Krieg zu dekretieren (...). Die Deutschen unterzeichneten unter Protest, weil sie mussten. Sie nannten den Vertrag ein ‚Diktat‘, und das war er auch; denn echte Verhandlungen hatten nur unter den Siegern, nicht zwischen Siegern und Besiegten stattgefunden. Ein solcher Vertrag dauert nicht länger als das Macht- oder Gewaltverhältnis, auf dem er beruht. Der Besiegte hält ihn nur, solange er besiegt und der schwächere ist.“

Demnach, so die eindeutige Folgerung Manns und wohl der meisten seiner Leser und Bewunderer, waren also nicht die Deutschen, sondern die Alliierten und deren Knebelungsfrieden an Hitler schuld. Diese Lebenslüge der Deutschen nach 1945 wurde von den siebziger Jahren an obsolet, als die Ansicht in die Fach- und Lehrbücher gelangte, dass Deutschland durch seinen „Griff nach der Weltmacht“ (Fritz Fischer) den Krieg von 1914 bewusst ausgelöst habe, also wirklich der hauptsächlich Schuldige an der Katastrophe des alten Europas war. Und dass deshalb auch der Frieden von Versailles im Grunde ein gerechter Frieden gewesen sei – über den sich die Deutschen aus durchsichtigen politischen Gründen ganz übermäßig aufgeregt hätten.

Gefährliche postdemokratische Ansichten

Heute können wir das Problem wieder differenzierter sehen. Christopher Clark hat gezeigt, dass keineswegs allein die deutsche Politik an der Entstehung des Weltkriegs schuld war. Waren nicht Russland, Frankreich und auch Großbritanniens vor 1914 Kriegstreiber wie Deutschland? Das wird man zugestehen müssen, selbst wenn man der Auffassung ist, dass eben doch die Deutschen im Juli 1914 den Funken in das Pulverfass der europäischen Politik geworfen haben. Das enorme Interesse an Clarks „Schlafwandlern“ hat gezeigt, wie stark die Kriegsschuldfrage von 1914 auch hundert Jahre später noch in der deutschen Seele rumort.

Deshalb hat auch Heinrich August Winkler schon 2014 in einer Besprechung von Clarks Buch in der „Zeit“ davor gewarnt, dass solche gefährlichen postdemokratischen Ansichten über die nur bedingte Schuld der Deutschen am Ausbruch des Ersten Weltkriegs dazu führen könnten, den Vertrag von Versailles wieder in Frage zu stellen, also irgendwie Hitlers Revisionspolitik doch recht zu geben – beziehungsweise die Alliierten wieder an Hitlers Machtergreifung schuldig werden zu lassen wie zu Zeiten Golo Manns.

Was kann man heute zu diesem Friedensschluss sagen? Ich glaube, dass Versailles kein Frieden im eigentlichen Sinne sein konnte und vielleicht nicht einmal sein wollte. Es war vielleicht, von heute her gesehen, ein taktischer Fehler der deutschen Regierung (und vor allem der Delegation in Versailles unter Führung des Grafen Brockdorff-Rantzau), den Kampf gegen die Friedensbedingungen so stark gegen den Artikel 231 auszurichten. Aber die von inzwischen zwei Generationen liberal-demokratischer Historiker ex post geforderte Zurückhaltung ist meines Erachtens vollständig anachronistisch angesichts des tatsächlichen Gehalts der alliierten Vorwürfe, die zutiefst moralische Vorwürfe waren, und des begründeten Zorns und der Enttäuschung der Deutschen.

„Der Krieg (war) gewollt“

Zudem darf man nicht übersehen, dass diese nicht erst bei Kriegsende entstanden, sondern seit 1914 ein wesentlicher Teil der alliierten Propaganda und der Überzeugung der gegen Deutschland Krieg führenden Länder, der Zivilisten wie der Soldaten, waren. Ein Beispiel möge genügen – die Antwort der Alliierten auf das deutsche Friedensangebot vom Dezember 1916: „Die alliierten Nationen ertragen seit dreißig Monaten einen Krieg, zu dessen Vermeidung sie alles getan haben. (...) Der Krieg (war) gewollt, hervorgerufen und erklärt durch Deutschland und Österreich-Ungarn. (...) Für die Zukunft verlangen die durch die Kriegserklärung Deutschlands verursachten Verwüstungen, die unzähligen Attentate, die Deutschland und seine Verbündeten gegen die Kriegführenden und gegen die Neutralen verübt haben, Sühne, Wiedergutmachung und Bürgschaften (sanctions, réparations, garanties)“.

Deshalb sagte der französische Staatspräsident Raymond Poincaré am 18. Januar 1919 in seiner Eröffnungsrede zu den Verhandlungen, zu denen die Deutschen gar nicht zugelassen waren: „Was Ihnen die Autorität verleiht, einen Frieden der Gerechtigkeit zu schaffen, ist die Tatsache, dass keines der von Ihnen vertretenen Völker irgendeinen Anteil an diesem Verbrechen hat, das zu einem noch nie dagewesenem Unheil geführt hat.“ Ganz ähnlich der Bericht der alliierten „Schuldkommission“ (Commission des responsabilités des auteurs de la guerre), der Ende März 1919 formuliert wurde: „Der Krieg ist von den Zentralmächten ebenso wie von ihren Verbündeten, der Türkei und Bulgarien, mit Vorbedacht geplant worden, und er ist das Ergebnis von Handlungen, die vorsätzlich und in der Absicht begangen wurden, ihn unabwendbar zu machen.“

Wie die Verhandlungen zeigten, waren sich die Alliierten in allen Sachfragen uneins, und einen Schulterschluss konnten sie nur schaffen bei der Frage der Kriegsschuld der Deutschen und der daraus erwachsenden Reparationspflicht. Das ist der tiefste Grund für die permanente moralische Herabwürdigung des Besiegten, nicht dessen Ungeschicklichkeiten im Verhalten gegenüber den Siegern in Versailles. Wenn Brockdorff-Rantzau seine Antwort auf die alliierten Anklagen im Sitzen vorlas, dann war dieser Akt des Protestes nichts gegenüber dem, was der deutschen Delegation in Versailles widerfuhr. Ein Protest, der eine ungezügeltere Replik darauf war, dass mit vorgehaltener Pistole unterschrieben werden sollte, dass Deutschland allein an diesem grauenvollen Krieg schuld gewesen sein sollte und deshalb für alle Schäden aufzukommen habe.

„Verdorrende“ Hände

Und genauso empfanden das nahezu alle Deutschen. Der Religionsphilosoph Ernst Troeltsch schreibt in einem seiner Spektator-Briefe zur Aufnahme der Friedensbedingungen in Deutschland, wie „niederschmetternd“ diese wirkten (7. Mai 1919). Der Schuldvorwurf wurde als so ungeheuerlich empfunden, dass sich Regierungschef Philipp Scheidemann zu dem Ausruf hinreißen ließ, dass eine Hand, die ein solches Dokument unterzeichne, „verdorren“ müsse – und dann tatsächlich zurücktrat, um eben nicht unterzeichnen zu müssen.

Um die Schockwirkung des Kriegsschuld-Paragrafen auf die Deutschen von 1919 zu erkennen, sei hier ein – kaum bekanntes – Gedicht von Kurt Tucholsky zitiert, das dieser Erzkritiker des Militarismus und der Reaktion kurz vor der Unterzeichnung des Vertrages in der Zeitschrift „Ulk“ publizierte: „Brüder! Brüder! Schließt die Reihn! / Brüder! Das darf nicht wieder sein! / Geben sie uns den Vernichtungsfrieden,/ ist das gleiche Los beschieden /unsern Söhnen und euern Enkeln./ Sollen sie wieder blutrot besprenkeln /die Ackergräben, das grüne Gras?/Brüder! Pfeift den Burschen was!“

Und so kam es. Hitler hat sich von Anfang an dem Kampf gegen Versailles verschrieben, und das hat ihm, mehr als der antisemitische Radau, dann große Zustimmung verschafft. Davon zeugt sogar noch die couragierte Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz, wo der Sprecher der Sozialdemokratie betonte, dass seine Partei die Zustimmung zur Machtergreifung verweigere, obwohl er selbst auch, genau wie der Reichskanzler Hitler, von Anfang an der „Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges entgegengetreten“ sei. Könnte irgendetwas deutlicher den Bann von Versailles zeigen, unter dem damals alles politische Denken und Handeln stand?

Hundert Jahre nach Versailles haben wir die Pflicht, den Zeitgenossen wieder genau zuzuhören und ernst zu nehmen, dass es nach mehr als vier Jahren des mörderischsten Krieges mit rund siebzehn Millionen Toten für die allermeisten Deutschen nicht möglich war, anzuerkennen, dass all diese Leiden und Entsaungen einem „Verbrechen“ entstammten, an dem allein die Deutschen schuld sein sollten. Wir wissen aber auch, dass die alliierten Nationen fast ebenso große Verluste erlitten hatten wie Deutschland. Frankreich war von Kriegszerstörungen und Besatzung so ausgeblutet, dass seine Regierenden gar nicht anders konnten, als ein Maximum an Reparationen und Sanktionen zu fordern für einen Krieg, der den Franzosen – zum Teil bis heute – als ein Verbrechen der Deutschen erschien. Wir sollten angesichts unserer eigenen Unsicherheiten jede Besserwisserei aufgeben und uns damit begnügen, den Emotionen der Zeitgenossen, auch dem Zorn und dem Hass, die Unentrinnbarkeit zurückzugeben, die sie für fast alle Menschen damals hatten.

Der Autor war bis zu seiner Emeritierung 2010 Lehrstuhlinhaber für Neuere Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/was-bei-der-integration-an-deutschen-schulen-misslingt-16173817.html?premium>

SCHÜLER AUS MIGRATIONSFAMILIEN:

Im Brennpunkt

- VON JULIAN STAIB, LUDWIGSHAFEN / FRANKFURT
- -AKTUALISIERT AM 07.05.2019-06:24



Zwei Schulen in Frankfurt und Ludwigshafen: Fast alle Schüler haben Migrationshintergrund, ein großer Teil hat keinen deutschen Pass. Damit ihre Integration gelingt, braucht es mehr Unterstützung durch die Politik, fordern Schulleiter.

Hunderte Kinder rennen durch die Morgensonne, spielen Fußball und Fangen, schreien, lachen, weinen, alles gleichzeitig, ein ohrenbetäubender Lärm. Die große Pause an der Gräfenauschule in Ludwigshafen-Hemshof, einem kleinen, seit langer Zeit von Migranten geprägten Viertel nördlich der Innenstadt. An der Grundschule haben 96 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund. In der vierten Klasse sind es alle Schüler. Sie sitzen nach dem Klingeln oben im großen Klassenzimmer und flüstern leise, während sie in ihre Schulhefte schreiben. Dann melden sie sich eifrig, lesen vor. Deutschunterricht, es geht um die einzelnen Satzglieder, heute: das Prädikat. „Umut ist am Sonntag bei seiner Oma“, liest ein Mädchen. „Bei seiner Oma“, sagt sie dann, „Ergänzung des Ortes.“



[Julian Staib](#)

Politischer Korrespondent für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland mit Sitz in Wiesbaden.

Fragt man die Kinder nach ihren Wurzeln, dann verstehen sie zunächst die Frage nicht. Woher ihre Eltern, woher sie selbst kommen? Fast alle melden sich dann und viele mehrmals, weil sie ein Detail vergessen haben: wer aus ihrer Familie aus jenem Land stamme, wer aus dem anderen. Die meisten der Kinder wurden in Ludwigshafen geboren. Ihre Eltern kamen aus der Türkei, aus Russland, Albanien, Mazedonien, Rumänien oder Italien. Zu Hause, erzählen die Kinder, sprächen sie oft die Muttersprache (und manchmal noch zusätzlich die des anderen Elternteils), schließlich könnten die Eltern nur schlecht Deutsch.

Derzeit wird viel über Zugehörigkeit diskutiert und darüber, ob die Frage, woher jemand kommt, zulässig sei. Für die Schüler in Ludwigshafen ist es selbstverständlich, über das Thema zu sprechen. Vielfalt ist in Ludwigshafen schon lange Normalität. Und so wie in vielen anderen Großstädten in Deutschland wird diese Vielfalt künftig noch einmal deutlich zunehmen. In Ludwigshafen hatten 60 Prozent der Mütter, die 2017 Kinder bekamen, einen ausländischen Pass. Erst ab dem Alter von etwa 50 Jahren gibt es in dieser Stadt eine Mehrheitsgesellschaft, das heißt eine Mehrheit von Menschen, die keinen Migrationshintergrund haben. In Frankfurt haben mittlerweile mehr als 75 Prozent aller Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund oder einen ausländischen Pass. Der Begriff sagt in diesen Städten ohnehin kaum mehr etwas aus. Beschreibt er doch längst die Mehrheit in einigen Altersgruppen.

An Brennpunktschulen ist diese Vielfalt so groß, dass Kinder kaum noch einen deutschsprachigen Hintergrund haben. Von den rund 438 Schülern an der Ludwigshafener Grundschule haben 241 die deutsche Staatsbürgerschaft, nur ein Bruchteil von ihnen hat keinen Migrationshintergrund. An einer Frankfurter Schule, von der später die Rede sein wird, ist die Situation ähnlich. Die Schüler dieser Schulen gehören alle zu diesem Land, immerhin leben sie hier. Aber gelingt auch ihre Integration?

Von nicht aufzuholenden Defiziten

Die Schulleiter beider Schulen gehen in diesem Jahr in Pension, beide haben also viel zu erzählen. Und beide fordern, dass es für eine erfolgreiche Integration mehr Unterstützung brauche. Wolfgang Neßling, der Rektor der Ludwigshafener Gräfenauschule, ist bei allen Problemen optimistisch. Neßling, ein fröhlicher, unersetzter Mann mit Brille und Bart, arbeitet seit 25 Jahren an der Gräfenauschule. Seine Schule beschreibt er bei allen Problemen als „gut funktionierende, gelebte Vielfalt“.

Aber er nennt auch Probleme: Seitdem er hier anfang, hat sich die Fluktuation der Schülerschaft deutlich erhöht. Fast 80 Abgänge sind pro Schuljahr zu verzeichnen, oft sind am Ende der vierten Klasse keine 25 Prozent jener Kinder mehr da, die hier auch eingeschult worden waren. Das mache die Arbeit der Lehrer schwieriger, sagt Neßling. Denn dadurch sinke das Niveau. Dabei sei das ohnehin schon gering. In der ersten Klasse hätten die meisten Schüler den Wortschatz, den normalerweise ein Dreijähriger haben müsste. Und: Was die Kinder bis zum sechsten Lebensjahr nicht lernten, könnten die Schule oder spezielle Fördermaßnahmen kaum mehr ausgleichen. Vor der Tür des Schulleiters streicht der „Schulhund“ vorbei. Von ihm lernten die Kinder, dass man ruhig sein könne und nicht erschreckt werden wolle, sagt Neßling.

Die Gräfenauschule befindet sich in einem stattlichen Gebäude, um einen der typischen Ludwigshafener Wassertürme angeordnet. 1904 wurde sie erbaut, mit riesigen Klassenzimmern und hohen Decken – so wie man heute vermutlich keine Schule mehr bauen würde. Der Schulhof ist keineswegs heruntergekommen, das Gebäude wirkt einladend. Und vielleicht ist das ein Teil der Antwort darauf, warum die Situation an dieser Schule alles in allem gut ist.

Förderprogramme helfen

Stadt und Land unterstützen die Schule, sie ist in gleich mehreren Programmen, durch die es zusätzliche Lehrkräfte oder wenigstens Sozialpädagogen gibt. Und all das hilft. Etwa der Status als „Schwerpunktschule“, das heißt, „Inklusionskinder“ (zumeist solche mit Lernschwächen) werden von Förderlehrern parallel zum normalen Unterricht betreut. In Kooperation mit dem Jugendamt ist die Schule zudem Teil des „Nuggets-Projekts“, in dessen Rahmen Kinder mit besonderen Auffälligkeiten von vier Sozialpädagogen betreut werden. Die sind dann im Unterricht anwesend und sprechen regelmäßig mit den Eltern. Es gibt eine weitere Sozialpädagogin, die Schulsozialarbeit macht. Auch gibt es herkunftssprachlichen Unterricht auf Arabisch, Italienisch, Kroatisch, Türkisch und Albanisch. Damit die Herkunft der Kinder, die vieles schwieriger macht, vielleicht doch irgendwann zu einem Vorteil werden kann.

Was die Regelversorgung betreffe, sei die Schule gut aufgestellt, sagt Neßling. „Aber damit kommen wir nicht aus.“ Entscheidend helfen würden kleinere Klassen. In Rheinland-Pfalz beträgt die Klassengröße maximal 24 Schüler, egal, ob es sich um eine Brennpunktschule handelt oder nicht. Früher gab es im Land die sogenannte „Doppelzählung“, dadurch erhielten Brennpunktschulen einen Lehrer pro Klassenstufe mehr. Dann wurden die Klassen insgesamt etwas verkleinert, nun werden Brennpunktschulen wie alle anderen Schulen behandelt.

Für die Kinder, die ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen herkommen, bietet die Gräfenauschule in den ersten beiden Klassen mit dem Projekt „Anbahnung Deutsch“ spezielle Kurse. Für die Kinder ab der dritten Klasse dann „DaZ-Kurse“, das heißt Deutsch als Zweitsprache, sowie „Förder-Plus“, ein Nachmittagsangebot zum Lernen und Motivieren. Letzteres helfe, sagt Neßling, etwa beim Sprung ins Gymnasium – was nur sehr wenigen gelinge. Aber das Angebot ist privat finanziert, das heißt, es

müssen immer wieder neue Gelder gesucht werden. „Eigentlich müsste das an einer Schule in so einem sozialen Brennpunkt Standard sein.“ Schulen, auf die es bei der Integration ankomme, benötigten mehr Unterstützung, sagt Neßling. In sie müsse mehr investiert werden.

Eine Schulleiterin will Rechenschaft ablegen

Dass zuweilen sogar das Gegenteil der Fall ist, zeigt sich am Beispiel der Berthold-Otto-Schule in Frankfurt-Griesheim. Auch auf die Grundschule etwas westlich der Frankfurter Innenstadt gehen fast ausschließlich Kinder mit Migrationshintergrund, 98 Prozent sind es hier sogar. Die hiesige Schulleiterin, Ingrid König, geht ebenso wie ihr Kollege in Ludwigshafen in Kürze in Pension, heute schon ist sie nicht mehr an der Schule tätig. Anders als bei Neßling aber überwiegt bei ihr der Pessimismus. Darüber hat sie ein Buch geschrieben. „Schule vor dem Kollaps?“ lautet der Titel. Wenn man das liest und später mit König spricht, dann fragt man sich, warum sie hinter den Satz überhaupt ein Fragezeichen gesetzt hat. Sie habe das Buch auch schreiben wollen, damit ihre Kinder und Enkel nicht später fragten: Hast du das gewusst? Sie habe Rechenschaft ablegen und warnen wollen. König wohnt selbst in Friedrichsdorf, einem feinen Städtchen im nahen Taunus. „Gehen Sie mal dahin und fragen, wie es mit der Integration läuft“, sagt König. „Die Antwort: alles gut.“

Über ihre Grundschüler sagt sie hingegen: „In den meisten Fällen gibt es keine Integration und wird es auch keine geben.“ Sie berichtet von Schülern, die in ihrer Herkunftskultur verhaftet blieben und sich – obwohl sie die deutsche Staatsbürgerschaft haben – weigerten, sich als Deutsche zu identifizieren. Von muslimischen Kindern erzählt sie, die anderen auf dem Schulhof erklärten, was „haram“ und was „halal“ sei. „Wenn die Integration in dem geschützten Raum der Schule nicht funktioniert, wenn nicht dort wenigstens die Grundlagen gelegt werden, wo dann und wann dann?“, so König. Auf die Eltern komme es an. „Man dachte einst: Die leben hier, gehen in Vereine, nehmen europäische Werte an. Das wird dann schon. Aber es ist nicht geworden“, sagt König.

Im deutschen Bildungssystem hängt vieles vom Elternhaus ab. Etwa, ob die Kinder zu Hause Hausaufgaben machen, was sie überhaupt so am Nachmittag machen, aber auch die Auswahl der weiterführenden Schule. Welche Auswirkungen das hat, zeigt sich deutlich an der Griesheimer Schule. Viele Eltern, deren Kinder auf die Berthold-Otto-Schule gehen, können kaum Deutsch, viele Mütter sind alleinerziehend und mit der Erziehung überfordert. Teilweise tragen die Eltern hier beim anstehenden Schulwechsel als weiterführende Schule wieder eine Grundschule in die Dokumente ein, weil sie diese nicht verstehen.

„Die wollen das Beste für ihre Kinder, aber die wissen nicht, wie.“

Sie habe alles versucht, damit ihre Tochter in einem anderen Teil Griesheims zur Schule gehe – am Ende mit Erfolg, sagt eine Mutter, die auf dem Schulhof steht. Ihre Tochter besucht hier an der Berthold-Otto-Schule nur den heimat Sprachlichen Arabischunterricht, auf die Grundschule geht sie in einem anderen Viertel. Die meisten der Kinder hier, sagt die Frau, säßen nach dem Unterricht zu Hause vor dem Fernseher, hätten kein einziges Buch, viele Eltern könnten weder lesen noch schreiben. Aber alles auf die Familie oder den Migrationshintergrund zu schieben sei falsch. „Es gibt kein dummes Volk. Es gibt nur die, die Chancen hatten – und die, die keine hatten.“ Es gelte, bei den Eltern anzusetzen. Sie selbst kam einst aus Ägypten nach Deutschland und arbeitet nun in Offenbach als Lehrerin. „Selbst die Analphabeten wollen doch, dass ihre Kinder Ärzte oder Ingenieure werden. Die wollen das Beste für ihre Kinder, aber die wissen nicht, wie.“ Und: „Wenn wir deren Kinder integrieren wollen, müssen wir auch die Eltern abholen.“

In Griesheim wurde das versucht. In der Schule gab es einst ein Projekt, mit dem die Mütter an die deutsche Sprache herangeführt werden sollten. „Mama-Lern-Deutsch“, nannte sich das. Zweimal die Woche vormittags konnten Mütter, die ihre Kinder zur Schule brachten, zusammen Kaffee trinken. Dazu gab es Deutschunterricht. Alles sehr niedrigschwellig, deswegen funktionierte es auch. Aber als die Flüchtlinge gekommen seien, sei die zuständige Lehrerin abgezogen worden, sagt König. Das Projekt endete.

„Stadtteile wie Griesheim haben keine Lobby“, sagt Daniel Schröder vom Verein „Arche“. Dieser bietet in einem Trakt der Grundschule seit rund zehn Jahren Nachmittagsbetreuung, Hausaufgabenhilfe, aber auch Frühstück und Mittagessen an, denn viele der Kinder kommen ohne Frühstück im Bauch zur Schule. Schröder ist Leiter von mittlerweile vier Standorten der Arche in Frankfurt. Wenn man ihm eine Weile lang durch die Räume folgt, in der die Arche in der Griesheimer Schule eine Mensa, ein Spielzimmer, ein Lernzimmer, ein Bastelzimmer und vieles mehr betreibt, dann fragt man sich irgendwann, warum das eigentlich alles ein Verein macht. Und warum nicht der Staat.

Kinder wie „ausgetrocknete Schwämme“

Im Spielraum sieht es aus wie in einem Kindergarten: Puppen, Playmobil, Ritterburgen, eine Spielküche und vieles mehr. Daran sehe man, dass bei vielen Kindern die Entwicklung verzögert ablaufe, sagt Schröder. Viele der Grundschul Kinder spielten zu Hause nicht, sondern würden, wenn die Schule mittags vorbei sei, vor dem Fernseher oder mit dem Handy „ruhiggestellt“. Denen gelte es erst einmal zu sagen: Es gehört dazu, dass man isst, spielt und lernt. „Die müssen so viel aufholen.“ Schröder vergleicht die Kinder mit „ausgetrockneten Schwämmen“. Regelmäßig bietet die Arche auch Ausflüge an, Feriencamps mit Nachtwanderung und Lagerfeuer zum Beispiel. „Sie können sich nicht vorstellen, was es für die Kinder bedeutet, mal rauszukommen“, sagt Schröder. Dann singen sie Lieder zusammen, etwa: Du bist ein Wunschkind. An der Schule müsse all das kompensiert werden, wozu die Eltern nicht in der Lage seien, sagt Schröder.

Er ist optimistischer als König, was die Integration angeht. Er kann Erfolgsgeschichten erzählen von Schülern, die nun studieren, es rausgeschafft haben aus dem Viertel. „Ich glaube schon, dass wir etwas verändern können. Es bleibt doch auch gar nichts anderes übrig“, sagt er. „Was ist denn die Alternative, wenn wir das nicht tun? Dann züchten wir uns neue Hartz-IV-Empfänger heran.“

Dank der Arche ist die Griesheimer Schule zu einer Art Ganztagschule geworden. König hatte die Arche vor rund zehn Jahren auf das Gelände geholt, nachdem sie zuvor lange und vergebens bei der Politik dafür gekämpft hatte, dass ihre Schule zur Ganztagschule wird. „Seitdem die Arche da ist, habe ich das Gefühl, den Kindern ein Stück Heimat geben zu können“, sagt König. Das sei ja auch der Grund gewesen, warum sie einst Lehrerin geworden sei. Ohne diesen Verein wäre die Schule „längst vor die Hunde gegangen“, sagt König. Sie kritisiert, dass das nur mit einem privat finanzierten Projekt gelungen sei. Der Staat komme hier seiner „hoheitlichen Kernaufgabe“ nicht mehr nach. Was, wenn die Geldgeber sich entschieden, plötzlich nichts mehr zu spenden? Die Schulpolitik der Stadt Frankfurt beschreibt König als einen „Albtraum“. „Diese Orte sind der Politik egal“, sagt sie.

Die Berthold-Otto-Schule besteht aus kargen, kastenförmigen Gebäuden, die in die Jahre gekommen sind. Hinter dem heruntergekommenen kleinen Schulhof der Vorschulklassen ist die Autobahn zu sehen. Es gibt kaum Spielgeräte, nur wenig Schatten. Auf dem großen Schulhof wiederum, der ansonsten weitgehend kahl ist, stehen ein paar bunte, hohe Stäbe zum Klettern. Nach den Sommerferien vor zwei Jahren waren sie plötzlich da. Niemand weiß, wer den Bau genehmigt hatte. Der Schulleitung gelang es nicht, das aufzuklären. Leider wurden die bunten Stäbe zu nah ans Schulgebäude gebaut, einige Schüler versuchten, von dort aufs Dach zu klettern, ein paar verletzten sich. Nun ist der Bereich mit großen Metallgittern abgesperrt.

Quelle: F.A.Z.

WEGEN ZENTRALISMUS:

Frankreich als Problem für Europa

- VON ROLAND VAUBEL
- -AKTUALISIERT AM 03.05.2019-20:19



Da politische Zentralisierung die Macht des Staates nach außen und im Inneren stärkt, verdrängt die Staatswirtschaft die Marktwirtschaft. Die Regierenden machen den Bürgern weis, dass der Markt versagt.

Betrachtet man die Geschichte Europas seit dem Mittelalter, so war Frankreich das erste große Sprachgebiet, das dauerhaft unter einer Herrschaft vereinigt wurde. Durch seinen Zentralstaat wurde Frankreich in Europa mächtig. Das war im 15. Jahrhundert, aber es wirkt bis heute nach. Zentralisierung ist in Frankreich nicht anrühlich, sondern gilt – auch für Europa – als Erfolgsrezept. Als Großstaat ist Frankreich gewohnt zu dominieren – nicht, sich auf einen Wettbewerb unter Gleichen einzulassen.

In einem Großstaat hat der Herrscher mehr Macht über die Bürger als in einem kleinen Fürstentum. Das erklärt die extrem hohe Steuer- und Staatsausgabenquote, das dichte Netz der staatlichen Regulierungen, die Planifikation, das generelle Misstrauen gegenüber dem Markt und die Ablehnung des Wettbewerbs zwischen staatlichen Institutionen. Ein großer Wirtschaftsraum kommt auch eher ohne Außenhandel aus als eine freie Reichsstadt – daher der französische Hang zum Protektionismus.

Ein mächtiger Staat hat eine starke Exekutive. Sie stützt sich auf eine machtbewusste und gut vernetzte Bürokratie, die in nationalen Elitehochschulen ausgebildet wird. Das Parlament hat relativ wenig zu sagen. Deshalb äußern sich Proteste häufig auf der Straße, vor allem in der übermächtigen Hauptstadt. Die Tradition einer unabhängigen Notenbank gibt es nicht. Zu einer Herrschaft des Rechts – ja überhaupt einer wirksamen Regelbindung – kann es nicht so leicht kommen, denn es gilt der Primat der Politik. Im Markt und in einem Gemeinwesen, das sich auf dezentrale Strukturen und die freiwillige Kooperation der dezentralen Einheiten gründet, ist die Herrschaft des Rechts systemnotwendig – in einem zentralisierten und befehlenden Staat nicht.

Voraussetzung für die Führungsrolle

Wo die Politik zentralisiert ist, haben die organisierten Interessengruppen leichtes Spiel. Denn die meisten Bürger wissen wenig über die politischen Geschäfte, die fern in der Hauptstadt ausgekugelt werden. Die Bürger können sich nur wehren, wenn die Politik dezentralisiert und bürgernah ist. In einem hochzentralisierten Nationalstaat gibt es starke zentrifugale Kräfte. Um ihn trotzdem zusammenzuhalten, braucht man eine Verfassung wie die französische, die das Land für „unteilbar“ erklärt, und eine Ideologie, die das Gemeinsame betont und die Nation glorifiziert. Das Gleiche gilt für die Religion: „un roi, une loi, une foi“ war die Devise Ludwigs XIV.

In einem übermächtigen Staat, der hohe Steuern erhebt und den Markt mit Regulierungen überzieht, kann die Wirtschaft nicht gedeihen. Deshalb kommt es immer wieder zu Unruhen, und man versucht, sich auf Kosten der Nachbarstaaten zu bereichern.

Da Frankreich allein aber nicht stark genug ist, ganz Europa zu beherrschen, versucht es mit großem Geschick, Allianzen zu schmieden. Die Allianz, mit der wir es heute zu tun haben, wird ökonomisch durch einen gemeinsamen Außenzoll und gemeinsame nichttarifäre Handelsbeschränkungen zusammengehalten. Wer – wie jüngst Großbritannien – das Überstimmtwerden und die Nettozahlerrolle leid ist und die Europäische Union verlassen will, wird mit protektionistischen Positionen konfrontiert. Der französische Protektionismus ist nicht nur eine theoriegeschichtlich bedingte Marotte, sondern auch unerlässliche Voraussetzung einer französischen Führungsrolle im heutigen Europa.

Ein Staat, dessen Wirtschaft unter einem dichten Netz restriktiver Regulierungen ächzt, hat ein Interesse daran, seine Regulierungen auch anderen Ländern aufzudrängen. Deshalb betrieb Frankreich in den zwanziger Jahren die Gründung der International Labor Organization (ILO) in Genf und in den achtziger und neunziger Jahren unter Kommissionspräsident Jacques Delors den Übergang zu sozialpolitischen Mehrheitsentscheidungen in Brüssel. Eine Mehrheit der am stärksten reglementierten Staaten kann dann ihr hohes Regulierungsniveau in der gesamten Union durchsetzen und so ihre Wettbewerbsfähigkeit zu Lasten der liberaleren Minderheit verbessern (die sogenannte „Strategy of Raising Rivals’ Costs“). Da die gemeinsame Reglementierung den Deregulierungswettbewerb unterdrückt, steigt das Regulierungsniveau in allen Mitgliedstaaten.

Ursachen des französischen Zentralismus und Etatismus

Schon der französische Philosoph Charles Montesquieu wies darauf hin, dass die Zentralisierung und die Macht des Staates ganz wesentlich von der Geographie des Landes abhängen. Die geographische Fragmentierung habe Europa – im Gegensatz zu China – einen „Genius der Freiheit“ beschert.

Die Geographie Frankreichs ist nicht nur – abgesehen vom Massiv Central – großflächig. Auch die Lage begünstigt die Bildung eines Großstaats, denn das Land ist im Norden, Süden und Westen durch natürliche Grenzen geschützt. Demgegenüber besitzt das deutsche Sprachgebiet mit seiner „prekären Mittellage“ (Ranke) nur im Süden mit den Alpen eine natürliche Grenze.

Dennoch zog sich die Zentralisierung Frankreichs über fast drei Jahrhunderte hin. Noch im 12. Jahrhundert bestand das Kronland allein aus der Île de France mit Paris und Orléans. Das hinderte Paris jedoch nicht daran, sich zu dieser Zeit an die Spitze der kulturellen Entwicklung in Europa zu setzen. Die Vielfalt und der politische Wettbewerb waren sogar ein wichtiger Ansporn. Im ganzen Land entstanden romanische Kathedralen der Spitzenklasse. In Saint Denis, einem Vorort von Paris, wurde der gothische Baustil erfunden. Er erlaubte es, noch höhere und noch hellere Kirchen zu bauen. Zugleich schufen die Komponisten Leonin und Perotin an der Kathedrale Notre-Dame de Paris die Polyphonie in der Musik. In der Philosophie brillierte die Schule von Paris um den Scholastiker Petrus Abélard, der dem Glauben die Vernunft zur Seite stellte.

Die Zentralisierung Frankreichs vollzog sich in drei Schüben. Zuerst nutzte der König im ersten Viertel des 13. Jahrhunderts eine Schwächephase der englischen Krone aus, um fast den ganzen Norden und Westen zu erobern. Dann, als sich das Heilige Römische Reich Deutscher Nation in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts ins Interregnum verabschiedete, folgte die Osterweiterung. Schließlich brach Frankreich 1337 den Hundertjährigen Krieg vom Zaun und vertrieb die Engländer vom Festland. Die Angliederung des Herzogtums Burgund 1477 und der Bretagne 1488 war dann nur noch Formsache. Karl VIII. (1483–98) war der erste unumschränkte Herrscher über das Französisch sprechende Frankreich. Aus der Isle de France war die Grande Nation geworden.

Im Inneren wurde Frankreich nun gleichgeschaltet, und die absolutistischen Tendenzen begannen. Die französische Ständeversammlung wurde nicht mehr einberufen. Die Reformation hatte in Paris nie eine Chance. Nach außen zeigte sich das vereinigte Frankreich angriffslustig. Schon Karl VIII. marschierte in Norditalien ein. Im 16. Jahrhundert war Frankreich stark genug, Teile Lothringens hinzuzugewinnen. Im Westfälischen Frieden kam das Elsass dazu. Es folgten die Verwüstungsfeldzüge Ludwigs XIV. und die napoleonischen Eroberungskriege. Der französische Großstaat wurde für seine Nachbarn zur Plage. Dies hier zu erwähnen zeugt nicht von anti-

französischer Gesinnung. Die Aggressionen waren einfach die typische Folge einer frühen und extremen Zentralisierung.

Markt versus Staat: Frankreich im internationalen Vergleich

Da politische Zentralisierung die Macht des Staates nicht nur nach außen, sondern auch im Inneren stärkt, verdrängt die Staatswirtschaft die Marktwirtschaft, und die Regierenden machen den Bürgern weis, dass der Markt versagt.

Wie denken die Franzosen über die Marktwirtschaft? Im Program on International Policy Attitudes (PIPA) der University of Maryland wurden die Bürger in zwanzig Industrie- und Schwellenländern 2006 gefragt, ob sie für freie Märkte sind. Frankreich war mit 36 Prozent das Schlusslicht. In den anderen europäischen Ländern sprach sich jeweils eine Mehrheit für freie Märkte aus: in Großbritannien 66 Prozent, in Deutschland 65 Prozent.

Das Meinungsforschungsinstitut YouGov (London) forderte 2016 in 19 Industrie- und Schwellenländern die Befragten auf, sich zwischen zwei Aussagen zu entscheiden:

A) Es ist gut, dass (mein Land) Dinge, die es braucht, aus dem Ausland importiert.

B) (Mein Land) sollte in der Lage sein, alles, was es braucht, selbst herzustellen, ohne sich auf Einfuhren aus anderen Ländern zu verlassen.

Nur 37 Prozent der Franzosen ziehen die Offenheit (A) der Autarkie (B) vor. Damit belegt Frankreich den drittletzten Platz. Die Autarkie wird von einer Mehrheit der Franzosen (52 Prozent) bevorzugt, aber nur von einer Minderheit der Menschen in den anderen europäischen Ländern, in Deutschland 34 Prozent.

Als Nächstes fragte YouGov: „Ist es grundsätzlich in Ordnung, dass ausländische Investoren Unternehmen in Ihrem Land kaufen?“ Nur 34 Prozent der Franzosen sind damit einverstanden, 51 Prozent sind dagegen. Damit ist Frankreich unter den 19 Ländern das einzige Land, in dem die Mehrheit der Bevölkerung diese Form des freien Kapitalverkehrs ablehnt. In den anderen Ländern beträgt die Ablehnungsquote im Durchschnitt 28,2 Prozent, in den anderen europäischen 32,5 Prozent.

Schließlich fragte YouGov, ob die Globalisierung – der Begriff wurde erklärt – gut oder schlecht für die Welt ist. Nirgendwo sonst ist die Zustimmung zur Globalisierung so gering wie in Frankreich (37 Prozent) und die Ablehnung so groß (ebenfalls 37 Prozent). In den anderen Ländern beträgt die Ablehnungsquote durchschnittlich 15,6 Prozent. In welchem anderen Land würde der Präsident den Bürgern vor allem „protection“ in allen Lebensbereichen versprechen?

Drittletzter Platz in OECD-Ranking

So viel zu den Meinungen, wenden wir uns nun den politischen Tatsachen zu. Der Staat beeinflusst die Wirtschaft durch Vorschriften (Regulierungen) und öffentliche Ausgaben. Wie schneidet Frankreich in dieser Hinsicht ab?

Die Industrieländerorganisation OECD hat die staatlichen Kündigungsvorschriften in ihren 36 Mitgliedstaaten untersucht. Sie berechnet drei Teilindizes. Im Durchschnitt dieser Teilindizes ist die Vertragsfreiheit in Frankreich gleich nach der Türkei die zweitgeringste. Auch was die Höhe des Mindestlohns relativ zum Medianlohn angeht, liegt Frankreich unter 26 Industrie- und Schwellenländern nach der Türkei auf Platz zwei. In acht OECD-Ländern gibt es überhaupt keinen gesetzlichen Mindestlohn. Was das Ausmaß der Produktmarktregulierung angeht, belegt Frankreich in Westeuropa Platz 3 von 15.

Betrachten wir schließlich die Staatsausgabenquoten und die Sozialausgabenquoten der 36 OECD-Länder, jeweils relativ zum Bruttoinlandsprodukt. Beide Male befindet sich Frankreich an der Spitze.

Mit einer Staatsquote von 56,4 Prozent und einer Sozialausgabenquote von 31,2 liegt es weit über dem OECD-Durchschnitt von 42,8 Prozent beziehungsweise 20,0 Prozent und auch über den deutschen Werten von 43,9 Prozent und 28,1 Prozent.

Zieht man schließlich den Index der wirtschaftlichen Freiheit heran, den die Heritage Foundation in Washington jedes Jahr veröffentlicht, so belegt Frankreich 2019 unter den 36 OECD-Ländern den drittletzten Platz.

In der Theorie der Sozialpolitik gelten Regulierungen und staatliche Transfers als Substitute. Den Transfers wird typischerweise der Vorzug gegeben, weil sie nicht in die Vertragsfreiheit und den Preismechanismus eingreifen. Im skandinavischen Modell des Wohlfahrtsstaats ist deshalb der Arbeitsmarkt weitgehend frei, während die Sozialausgaben erheblich sind. Zum Beispiel gibt es in den fünf skandinavischen Ländern keinen gesetzlichen Mindestlohn. Umso bemerkenswerter ist es, dass Frankreich unter den Industrieländern sowohl bei den Arbeitsmarktregulierungen als auch bei den Sozialausgaben an vorderster Stelle steht. Welche Volkswirtschaft kann sich das leisten? Unter diesen Umständen überrascht es nicht, dass Frankreich trotz der anhaltenden Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) mit 8,7 Prozent eine der höchsten Arbeitslosenquoten in der EU aufweist.

Auswirkungen auf die Europäische Union

Das Recht der Europäischen Union und seine Interpretation durch den Gerichtshof der EU entsprechen im Wesentlichen französischen Vorbildern. Der Primat der Politik à la française kommt inhaltlich darin zum Ausdruck, dass sich die Richter weniger an den Wortlaut der Verträge halten und stattdessen Vermutungen über die allgemeine Absicht der Vertragschließenden anstellen. Das allgemeine Ziel, welches die Richter zur Richtschnur jeder Entscheidung machen, ist der in der Präambel des EU-Vertrages genannte „immer engere Zusammenschluss“. Deshalb ist die „teleologische“ Rechtsprechung des Gerichtshofs zentralistisch. In 69 Prozent der Streitfälle zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten gibt der Gerichtshof der Kommission recht. Noch nie hat der Gerichtshof zugunsten der Mitgliedstaaten entschieden, wenn EU-Institutionen wegen Kompetenzüberschreitungen (ultra vires) verklagt wurden.

Der Primat der Politik erklärt auch die Politisierung der Europäischen Zentralbank. Die Einzelheiten sind bekannt. Der Euro-Krisenfonds ESM ist ein weiteres Beispiel dafür, dass im hochzentralisierten Frankreich die politische Exekutive dominiert. In Deutschland und einer Reihe anderer Mitgliedstaaten entscheidet das Parlament darüber, wie das Land im Gouverneursrat abstimmt – in Frankreich der Finanzminister. Der Schwäche des französischen Parlaments entspricht die Schwäche des Europäischen Parlaments. Viele Richtlinien und Verordnungen der EU können ohne Beteiligung des Parlaments beschlossen werden. Die Europaparlamentarier sind auch nicht berechtigt, Gesetzentwürfe einzubringen. Dieses Recht liegt bei der EU-Kommission. Die exorbitante Machtstellung der Kommission ist ein Spiegelbild der französischen Elitebürokratie.

Nun zur Strategy of Raising Rivals' Costs. Seit der Einheitlichen Europäischen Akte (1987) und dem Sozialpolitischen Abkommen von Maastricht (1993) können viele europäische Arbeitsmarktregulierungen im Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden. Mehr als fünfzig solcher Regulierungen sind seit 1987 eingeführt worden. Hauptopfer der französischen Strategy of Raising Rivals' Costs sind die Briten geworden. In seinem europapolitischen Aufruf vom 5. März schlägt Präsident Emmanuel Macron vor, dass die EU – vermutlich mit Mehrheit – Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten festlegen sollte. Auch dies ist ein Beispiel für die Strategy of Raising Rivals' Costs.

Seit 2012 wird in Frankreich der Kauf von Aktien besteuert

Arbeitsmarktregulierungen werden von gut organisierten Interessengruppen, insbesondere den Gewerkschaften, nachgefragt. In der EU sind die Interessengruppen im Wirtschafts- und Sozialausschuss organisiert. Gemäß Art. 304 AEUV muss der Ausschuss bei bestimmten

Gesetzesvorhaben konsultiert werden. Auch im Deutschen Bundestag gibt es zu den verschiedensten Themen Anhörungen mit Interessenvertretern und Fachleuten, aber ein verfassungsmäßiger Anspruch besteht nicht und wäre wohl auch undenkbar. Der europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss wurde 1957 nach dem Vorbild des französischen Conseil national économique geschaffen.

Bald erstreckte sich die französische Strategy of Raising Rivals' Costs auch auf die Finanzmarktregulierung. Es begann mit der Richtlinie für Finanzdienstleistungen, die 2003 gegen das Votum Großbritanniens, Luxemburgs und anderer Mitgliedstaaten beschlossen wurde. Nach der Finanzmarktkrise von 2008 setzte Sarkozy gegen britischen Widerstand die Errichtung des Europäischen Bankenaufsichtsamts (EBA) durch. Nach Art. 18 der Verordnung kann EBA den nationalen Aufsichtsämtern Weisungen erteilen und auch einzelne Banken schließen. Das Ziel der Verordnung war erklärtermaßen, die traditionell sehr restriktive französische Finanzmarktregulierung auf die gesamte EU – insbesondere die City of London – auszudehnen.

Seit 2012 wird in Frankreich der Kauf von Aktien besteuert, nicht aber der Kauf von Staatsanleihen. Paris versucht, seine Aktiensteuer unter dem Etikett „Finanztransaktionssteuer“ auf die ganze Eurozone oder EU auszudehnen. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) ist nicht abgeneigt.

„Wenn es nur kleine und keine großen Nationen gäbe“

Der französische Finanzminister Bruno Le Maire fordert, dass der Rat der EU nicht mehr einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit über Fragen der Besteuerung entscheiden solle. Das würde es dem Hochsteuerland Frankreich ermöglichen, die Steuern in den Niedrigsteuerländern der EU zu erhöhen. Scholz äußerte im Februar Zustimmung.

Ebenfalls im Februar verlangte Le Maire, die EU-Fusionskontrolle dem Primat der Politik zu unterwerfen und „europäische Champions“ zu fördern. Peter Altmaier – ehemals Kommissionsbeamter – hat sich im Februar als erster deutscher Wirtschaftsminister zum Fürsprecher einer Industriepolitik à la française gemacht. Aber das Haupthindernis für eine Europäische Union des Wettbewerbs und des Rechts ist nicht Deutschland. Es ist der französische Zentralismus, nicht erst seit heute.

Auch in Frankreich hat es von Zeit zu Zeit berühmte Autoren gegeben, die vor der politischen Zentralisierung gewarnt haben. Es waren Liberale. Montesquieu wurde schon erwähnt. Alexis de Tocqueville schreibt in seinem Buch „Die Demokratie in Amerika“ (1835): „Wenn es nur kleine und keine großen Nationen gäbe, wäre die Menschheit zugleich freier und glücklicher.“

Zur Person

Der Autor Roland Vaubel hat bis 2016 an der Universität Mannheim Wirtschaftspolitik und Politische Ökonomie gelehrt. Als überzeugter Marktwirtschaftler und Ordnungsökonom kritisiert er die Zentralisierungstendenzen der EU. Hartnäckig prangert der 71-Jährige auch die Konstruktionsschwächen der Europäischen Währungsunion an. Vaubel hat Ökonomen-Aufrufe initiiert, um vor der Haftungunion zu warnen, und sich Verfassungsbeschwerden gegen den ESM-Krisenfonds und das OMT-Programm angeschlossen. Als Euro-Kritiker gehörte Vaubel bis 2015 zu den Beratern der AfD, weshalb er Anfeindungen ausgesetzt war. hfg.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gastbeitrag-von-clemens-fuest-warum-nur-freiheit-gegen-den-populismus-hilft-16173827.html?premium>

FAZ PLUS ARTIKELGASTBEITRAG VON ÖKONOM FUEST:

Warum nur Freiheit gegen den Populismus hilft

- EIN KOMMENTAR VON CLEMENS FUEST
- -AKTUALISIERT AM 07.05.2019-10:24



Die populistischen Antworten auf die wirtschaftlichen Probleme machen alles nur noch schlimmer. Nun wollen die französische und die deutsche Regierung den Wettbewerb schwächen. Dabei ist die richtige Antwort freiheitliche Wirtschaftspolitik.

Wichtige Grundlagen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden derzeit angegriffen: Freier Welthandel, Wettbewerb und Marktwirtschaft, Schutz des Privateigentums, europäische Integration, Pluralismus. Diejenigen, die dabei in der ersten Reihe stehen, heißen **Donald Trump**, Lega Nord und 5 Sterne, einflussreiche Politiker in Polen und Ungarn, Marine Le Pen, aber es sind auch deutsche Politiker darunter. Sie alle sind Vertreter einer Politik, die als populistisch bezeichnet wird.

Der Begriff „Populismus“ ist unscharf. Der Duden definiert **Populismus** als „von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen ... zu gewinnen.“ Nun ist Demokratie die Herrschaft des Volkes, und dass sich da durchsetzt, was populär ist, darüber sollte man sich nicht beschweren. Trotzdem gibt es einen gefährlichen, pathologischen Populismus, den wir erkennen müssen. Er wird von Sozialwissenschaftlern wie folgt charakterisiert:

Populisten beschreiben die Gesellschaft als gespalten in zwei Gruppen. Auf der einen Seite steht das „Volk“, auf der anderen die „Elite“. Die Elite wird als korrupt dargestellt. Sie stiehlt dem Volk den Wohlstand und seine Identität. Populisten dagegen beanspruchen, die Interessen des Volkes zu vertreten. Donald Trump zum Beispiel hat in seiner Rede zum Amtsantritt Folgendes gesagt: „Wir transferieren Macht weg von Washington D.C. zurück zu euch, dem Volk. Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt unseres Landes die Vorteile der Macht genossen, während das Volk die Lasten getragen hat.“

Eigenschaften populistischer Wirtschaftspolitik

Was bedeutet Populismus in der Wirtschaftspolitik? Es gab politische Bewegungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, ebenfalls in den Vereinigten Staaten, die als populistisch bezeichnet wurden. Damals ging es um Anliegen der Landbevölkerung, durchaus sinnvolle. Populistische Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts ist ganz anders. An sieben Eigenschaften kann man sie erkennen:

1. Populistische Wirtschaftspolitik behauptet, für Gruppen zu handeln, die ihren Status und Wohlstand bedroht sehen; Gruppen, die sich vom politischen Establishment verlassen fühlen.
2. Die populistische Agenda setzt auf kurzfristige Wohltaten. Sie vernachlässigt die langfristigen Kosten. Die Ausweitung der Staatsverschuldung wird zum Beispiel immer unterstützt, unabhängig von den Folgen.

3. Das Abwägung von Vor- und Nachteilen verschiedener Politikoptionen mögen Populisten nicht. Zielkonflikte werden ignoriert, Checks und Balances werden abgelehnt, ebenso Beschränkungen nationaler Souveränität durch Freihandelsabkommen oder die [EU](#).

4. Die populistische Agenda konzentriert sich auf einzelne und emotionalisierte Themen wie Zuwanderung, Importkonkurrenz oder Gegensätze zwischen Arm und Reich.

5. Ausländer, Immigranten und der internationale Handel werden für ökonomische Probleme verantwortlich gemacht.

6. Populisten bieten einfache Lösungen für komplexe Probleme. Abschottung durch Protektionismus ist ein Beispiel.

7. Diese Lösungen sind Scheinlösungen, sie verschlimmern die Lage, statt sie zu verbessern.

Besorgniserregende Entwicklungen

Unter welchen Bedingungen gewinnen populistische Parteien Unterstützung? Verfallender Wohlstand der Mittelklasse, vor allem in den Vereinigten Staaten, die globale Finanzkrise, die Euro-Krise und die Folgen für Menschen in Südeuropa, Kontrollverlust bei der Migration; dass diese Vorgänge das Vertrauen in die liberalen Demokratien und die sogenannten Eliten erschüttern, kann eigentlich niemanden überraschen.

Hinzu kommen Furcht vor Veränderungen: Digitalisierung, Globalisierung, demographischer Wandel erfordern Anpassungen, haben Gewinner und Verlierer. Darüber machen sich viele Menschen Sorgen, Populisten schüren damit verbundene Ängste.

Die populistischen Antworten auf diese Probleme machen aber alles nur noch schlimmer. In Italien hat die Lega-Nord-und-5-Sterne-Regierung höhere Staatsschulden angekündigt und Arbeitsmarktreformen zurückgenommen. Das hat nur zu steigenden Zinsen geführt. Das Land ist in eine Rezession gerutscht. Begabte junge Menschen wandern ab, italienische Unternehmer investieren lieber im Ausland.

Den Menschen wird ein falsches Bild vermittelt

In einer ökonomischen Supermacht wie den Vereinigten Staaten dauert es länger, bis die Kosten populistischer Politik sichtbar werden. Aber schon heute spüren viele Landwirte in den Vereinigten Staaten die Zölle auf amerikanische Agrarexporte, die andere Länder eingeführt haben.

Diese Strafzölle sind Reaktionen auf Trumps Zölle auf europäische und chinesische Produkte. Der größere Schock wird wohl nach den Wahlen kommen, wenn die Regierung Maßnahmen gegen das viel zu hohe Budgetdefizit ergreifen muss, also Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen.

Wenn das die falschen Antworten sind, was sind die richtigen? Unter den moderaten politischen Kräften in Europa reagieren viele auf die populistische Bedrohung, indem sie versprechen, die Menschen von allen Widrigkeiten und Gefahren des Lebens abzuschirmen. Ich halte das für gefährlich. Ausgerechnet der französische Staatspräsident [Emmanuel Macron](#) hat folgende Formel geprägt: Wir brauchen ein Europa, das schützt, „une Europe qui protège“.

Das ist sicherlich gut gemeint. Aber das Bild, das hier vermittelt wird, ist nicht das richtige. Es ist das Bild eines defensiven Europas. Es ist ein Europa, das sich fürchtet. Ein Europa, das sich hinter Mauern zurückzieht, das nicht mehr an sich glaubt. Eine Festung Europa. Innerhalb der Festung herrschen nicht Freiheit, Märkte und Wettbewerb – stattdessen wird hart reguliert, der Mangel wird verwaltet.

Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied

Die französische und die deutsche Regierung wollen den Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt schwächen, um Großkonzerne, angebliche europäische Champions zu schaffen. Die sollen mit Unternehmen aus China und den Vereinigten Staaten konkurrieren. Tatsächlich würden diese privilegierten Unternehmen nur faul und ineffizient, die Ungleichheit in Europa würde steigen, das Wachstum sinken.

Andere fordern, in allen EU-Staaten nationale Mindestlöhne verpflichtend vorzuschreiben. Das ist auch der falsche Weg. Die EU kann zwar Mindestlöhne verordnen, aber nicht sicherstellen, dass es auch Arbeitsplätze zu diesen Löhnen gibt. Das ist nur sichergestellt durch entsprechende Produktivität. Die europäische Politik kann und sollte die Menschen in Europa nicht von den Herausforderungen abschirmen, die wirtschaftlicher Wandel bringt, schon gar nicht durch Ausschaltung des Wettbewerbs nach innen und Abschottung nach außen.

Die Politik sollte stattdessen Bedingungen dafür schaffen, dass die Menschen in Europa diese Herausforderungen bewältigen. Die meisten können das, und zwar aus eigener Kraft. Um das zu erreichen, brauchen wir Selbstvertrauen und Aufbruch, nicht Angst und Rückzug. Wir brauchen kein Europa, das nur beschützt. Wir brauchen ein Europa, das befähigt, ein Europa der Chancen.

Diese Chancen zu nutzen, dafür ist dann jeder selbst verantwortlich. Deshalb sage ich: Die Antwort auf den Populismus ist nicht der Wohlfahrtsstaat, der alles regelt, die richtige Antwort ist eine freiheitliche Wirtschaftspolitik. Freiheit bedeutet unweigerlich gewisse Risiken.

Elemente freier Wirtschaftspolitik

Der liberale Ökonom [Friedrich August von Hayek](#) hat es so formuliert: „Freiheit bedeutet, dass wir in gewissem Maße unser Schicksal Kräften anvertrauen, die wir nicht beherrschen.“ Aber daraus folgt nicht, dass freiheitliche Politik Risiken und Unsicherheit achselzuckend hinnimmt. Für mich hat eine freiheitliche Wirtschaftspolitik für Deutschland und Europa vier Elemente:

1. Wettbewerb, offene Märkte, Privateigentum, flexible Preise und Löhne, Eigenverantwortung stehen im Mittelpunkt dieser Wirtschaftspolitik. Ohne diese Elemente gibt es keinen Wohlstand.
2. Märkte und Wettbewerb brauchen Rahmenbedingungen. Dazu gehört Wettbewerbspolitik, die Kartelle verhindert. Dazu gehört eine Bankenregulierung, die verhindert, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden, wie es in der Finanzkrise passiert ist. Dazu gehören effektiver Umwelt- und Klimaschutz.
3. Wir brauchen ein Europa der Chancen, das offen ist nach außen und dynamisch und vielfältig nach innen. Allerdings ein Europa, das seine Interessen in der Welt wirksam vertreten kann, wo die Mitgliedstaaten das alleine nicht können. In der Handelspolitik, der Migrationspolitik, der Verteidigungspolitik. Europa muss auch nach innen gezielt gemeinsam handeln: bei der Reform der Eurozone, beim Ausbau europäischer Infrastruktur und bei der inneren Sicherheit.
4. befähigt, statt zu entmündigen: Menschen können nur dann die Chancen nutzen, die sich in einer freien Gesellschaft bieten, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Materielle Grundbedürfnisse, Zugang zu Gesundheitsversorgung, soziale Kontakte, Bildung und Teilhabe, Chancen aufzusteigen. Zu einem Sozialstaat, der befähigt, gehört ein soziales Netz, das die auffängt, die Pech haben, arbeitslos oder krank werden und sich nicht aus eigener Kraft helfen können. Ohne diese Voraussetzungen sind Freiheitsspielräume wenig wert. In den Vereinigten Staaten zum Beispiel gibt es immer mehr Menschen, denen all das fehlt. Diese Menschen unterstützen politische Bewegungen, die andere Dinge als Freiheit und individuelle Entfaltung in den Vordergrund stellen.

Ein schmaler Grat

Freiheitliche Wirtschaftspolitik in diesem Sinne ist kein *laissez faire*, sondern eher das, was wir in Deutschland als Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bezeichnen. Die Ausgestaltung dieser sozialen Marktwirtschaft ist kompliziert. Das richtige Verhältnis aus Freiheit und Eigenverantwortung einerseits, sozialer Sicherung und Regulierung andererseits, muss ständig neu ausverhandelt werden.

Dabei ist es wichtig, Fakten zu berücksichtigen, und politische Konflikte dürfen nicht so weit eskalieren, dass Kompromisse unmöglich werden. Wenn in diesem Prozess populistische und radikale Strömungen die Oberhand gewinnen, sind Freiheit und Wohlstand gefährdet.

Eine der größten Gefahren des aufkommenden Populismus besteht darin, dass Politiker etablierter Parteien ebenfalls populistischer werden. In Deutschland ist das zu beobachten. Rechtsradikale machen seit langer Zeit Stimmung gegen Immigranten, aber zunehmend greift das auf eigentlich moderate Parteien über. Dabei ist klar, Deutschland braucht eine rationale Einwanderungspolitik. Linksradikale wollen in Berlin Wohnhäuser enteignen, weil die Mieten steigen. Politiker aus eigentlich moderaten Parteien steigen darauf ein und sagen, ein wenig Enteignung sei nicht so schlimm.

Die Wahrheit ist manchmal unschön

Populisten stellen oft die richtigen Fragen, geben aber die falschen Antworten. Unser politisches Establishment muss die gleichen Fragen stellen, aber die richtigen Antworten geben. Das ist nicht leicht, denn diese Antworten sind meistens kompliziert. Populisten versprechen außerdem das Blaue vom Himmel. Seriöse Politik muss damit konkurrieren, aber ohne unerfüllbare Versprechungen, sondern mit realistischen Perspektiven.

Auch hier kann man Macron zitieren, diesmal zustimmend. Bei verschiedenen Gelegenheiten, unter anderem Protesten von Beschäftigten gegen Entlassungen hat er Folgendes getan: Er ist gekommen, er hat sich ein Bild von der Lage gemacht, aber er hat auch gesagt: Ich bin nicht der Weihnachtsmann.

Probleme ernst zu nehmen, aber so ehrlich zu sein, auf die Grenzen staatlichen Handelns hinzuweisen, ist der richtige Weg. Es ist naheliegend, dem zu entgegnen, dass die französische Bevölkerung ihrem Präsidenten für diese Ehrlichkeit nicht gedankt hat, dass er seine Linie vielleicht nicht durchhalten kann. Aber trotzdem: Mehr Anstrengung, komplexe wirtschaftspolitische Probleme zu erklären, und mehr Mut, auf Grenzen staatlichen Handelns hinzuweisen, würde auch der deutschen Politik guttun.

Quelle: F.A.Z.

7. Mai 2019, 11:09 Uhr

70 Jahre Grundgesetz

"Wir müssen kämpfen"



Protest am Weltfrauentag: Noch immer ist nicht erreicht, was das Grundgesetz verlangt - Gleichberechtigung.

Rita Süßmuth ist 82 Jahre alt, Kübra Gümüsay 30. Beide setzen sich sehr für die Gleichberechtigung ein - doch ungeduldiger ist die Ältere von beiden. Süßmuths Bilanz fällt recht bitter aus.

Von Karin Janker

Gesetzestexte können kompliziert sein. Oder so einfach formuliert, dass es richtig kompliziert ist, sie auszulegen. Für Artikel 3 des [Grundgesetzes](#) gilt Letzteres. "Männer und Frauen sind gleichberechtigt", heißt es da. Fünf allgemein verständliche Wörter, angeordnet in einem schlichten Aussagesatz. Und doch ist es sehr viel komplizierter. Was bedeutet "gleichberechtigt"? Meint es das Gleiche wie "gleichgestellt" oder eher so etwas wie Chancengerechtigkeit? Und, noch schwieriger, was heißt hier "sind"? Und was, wenn es de facto nicht so ist?

Darüber sind sogar zwei Frauen uneins, die in dieser Frage eigentlich auf derselben Seite kämpfen: Rita Süßmuth und Kübra Gümüsay. Die beiden trennt ein halbes Jahrhundert - Süßmuth ist 82 Jahre alt, Gümüsay 30 - und ein unterschiedlicher Blick auf den Grundgesetz-Artikel, der für beider Arbeit zentral ist: "Artikel 3 gibt uns eine Vision, der wir uns stetig nähern sollen", sagt Kübra Gümüsay. Die Publizistin setzt sich dafür ein, überkommene Stereotype aufzubrechen. Sie steht für einen intersektionalen Feminismus, trägt Kopftuch und spricht und schreibt über Gleichberechtigung, nicht nur in ihrem Blog.

In einem Buch, das die Böckler-Stiftung zu 100 Jahren Frauenwahlrecht herausgegeben hat, beschreibt Gümüsay, was sie antreibt: "Gesellschaften sind veränderlich, sie wandeln sich ohnehin permanent. Ich muss keinen Missstand, keine Ungerechtigkeit einfach nur hinnehmen." Für den Wandel ist das Grundgesetz so etwas wie ihr Leitstern: Hier soll es hingehen, zu einer wirklich gleichberechtigten Gesellschaft.

Artikel 3

"(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. ..."

Dieser Artikel revolutioniert das Familienrecht und wird vor allem durch die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert (Zeichnung), einer von nur vier Frauen im Parlamentarischen Rat, gegen massive Widerstände durchgeboxt. Erst acht Jahre später, **1957**, wird die Gleichberechtigung auch ins Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) geschrieben. Und erst seit **1977** können Frauen auch dann berufstätig sein, wenn ihr Ehemann das ablehnt. **1994** wird die Gleichberechtigung in Artikel 3, in Absatz 2 um den Satz ergänzt: "Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. "Die Politik wird also dazu angehalten, die Gleichberechtigung aktiv voranzutreiben. Heute geht die Debatte um die häufig schlechtere Bezahlung von Frauen, die auch von Hemmnissen, Familie und Beruf zu vereinbaren, noch immer weit stärker betroffen sind als die Männer. Viele halten feste Frauenquoten (besonders in Führungspositionen) für die Lösung. Eine solche hat der Brandenburger Landtag 2019 für seine Abgeordneten beschlossen; als Einschränkung der Wahl- und der Parteienfreiheit (Grundgesetzartikel 38 und 21) könnte dies aber problematisch werden. Ebenfalls **1994** wird auch Absatz drei um einen Satz länger - zugunsten von Behinderten: "(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."

Illustrationsvorlage: HDG Bonn/Ullstein

Vielleicht ist es die Lebenserfahrung als Frau und CDU-Politikerin, vielleicht eine gewisse Ungeduld nach Jahrzehnten des Kämpfens - Rita Süßmuth jedenfalls nimmt das Grundgesetz nicht nur als Vision. Für sie ist Artikel 3, und darauf pocht sie, eine verbindliche Rechtsgrundlage. "Wir müssen für die Durchsetzung kämpfen - und zwar im Sinne einer Gleichstellung, nicht nur für Gleichberechtigung." Frauenquoten von 30, 40 Prozent reichen Süßmuth nicht mehr: "Ich bin jetzt für wirkliche Parität."

Rita Süßmuth, die von 1985 bis 1988 Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit war und anschließend das Amt der Bundestagspräsidentin nicht nur ausgefüllt, sondern neu interpretiert hat, besitzt nicht mehr die Geduld, die Kübra Gümüsay noch aufbringt. Süßmuth blickt auf Jahrzehnte des Kämpfens zurück, ihre Bilanz fällt bitter aus. All die Anstrengungen haben nicht die Ergebnisse gezeitigt, die sie sich erhoffte: "Wir haben zwar Individualrechte durchgesetzt, etwa das Recht, arbeiten zu gehen, oder die Straffreiheit von Abtreibungen, aber die Strukturen noch nicht verändert."

Getan hat sich dennoch viel. Im Jahr 1985, als sie ihren Ministerposten antrat, seien 38 Prozent der Frauen erwerbstätig gewesen, zitiert sie; heute sind es 72 Prozent. Ein Fortschritt, das schon. Aber dennoch geht Rita Süßmuth hart mit ihrer Generation ins Gericht: "Wir sind sämtliche strukturellen Fragen zu spät angegangen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf diskutiert man seit den 1950ern. Aber noch immer müssen berufstätige Mütter erklären, wer sich statt ihrer ums Kind kümmert, berufstätige Väter hingegen nicht."



Mag nicht länger warten: Rita Süßmuth, CDU-Politikerin.

Der Staat hat sich verpflichtet, aktiv darauf hinzuwirken, dass das nicht so bleibt. Seit 1994 steht diese Ergänzung in Artikel 3 des Grundgesetzes. Rita Süßmuth gehörte zu denen, die für diese Selbstverpflichtung gekämpft hatten. Ihre härtesten Widersacher waren Männer, die Sorge hatten, dass diese Änderung sie benachteiligen könnte. 25 Jahre später prangert Süßmuth an, dass die Verfassung ständig verletzt werde, sie sagt: "Wir haben in den letzten Jahren einen eklatanten Rückgang bei Mandaten auf allen Ebenen, von den Kommunen bis in den Bundestag, erlebt. Das ist kein Zufall - das ist spezifische Benachteiligung von Frauen."

Auch Gümüşay treibt dieses Thema um: Wer verstehen wolle, warum weniger Frauen in der Politik aktiv seien, der müsse sich fragen, wer es sich leisten könne, Abendveranstaltungen zu besuchen, viel Zeit in Parteiarbeit zu investieren, und auch, welcher Habitus im politischen Alltag gefragt sei. "Es ist eben nicht für alle Menschen möglich, sich politisch zu engagieren", folgert Gümüşay. Wie ändert man diese ungleichen Startbedingungen? Ein Paritätsgesetz sei zwar nicht die Ideallösung, aber ein Anfang, um Rollenbilder und Strukturen fundamental zu verändern: "Ideal wäre es, man würde direkt an den Ursachen ansetzen und käme dadurch ohne Zwang aus."



Übt sich in Zuversicht: Kübra Gümüşay, Publizistin.

Süßmuth wirbt auf Veranstaltungen für ein Paritätsgesetz, wie es Brandenburg beschlossen hat: Reißverschlussverfahren auf der Kandidatenliste für den Landtag, Frau, Mann, Frau, Mann. Das Gesetz ist unter Juristen umstritten, Süßmuth aber ist überzeugt: "Es bringt nichts, Quoten zu erhöhen. Wir brauchen Gleichstellung - und das heißt, dass Männer Macht abgeben müssen." Da ist sie wieder, die Ungeduld. Für Süßmuth ist die Parité "der entscheidende Schritt des 21. Jahrhunderts".

[Kübra Gümüşay und ihr Mann teilen sich die Betreuung ihres Kindes - "fifty-fifty"](#)

Und was, wenn Männer ihre Macht nicht freiwillig abgeben wollen? Klar, Machtverzicht falle jedem schwer, sagt Gümüşay und erzählt von einem befreundeten jungen Politiker, der sich für die Parität einsetzt, wohlwissend, dass er dann seinen derzeitigen Posten nicht bekommen hätte. Freiwillig hätte aber auch er nicht verzichtet. Für Süßmuth und Gümüşay sind Männer nicht die Feinde, eher notwendige Verbündete. "Ich freue mich, dass junge Männer heute Teilhabe am Familienleben einfordern", sagt Süßmuth. "Ich glaube, dass sie das schneller durchsetzen werden als Frauen ihre Teilhabe am Berufsleben - einfach, weil Männer nach wie vor mehr Einfluss in der Gesellschaft

haben." Gümüşay erzählt, dass sie und ihr Mann sich Haushalt und die Erziehung ihres kleinen Sohnes teilen, "fifty-fifty".

Spricht man mit den beiden Frauen über ihr Bild vom Feminismus, wird schnell klar, dass sie sich nicht nur als Anwältinnen von Frauen sehen, sondern den Feminismus als Bewegung, die über Geschlechtergerechtigkeit hinausweist. Artikel 3 verbietet nicht nur Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, sondern auch aufgrund von Herkunft, Sprache, Abstammung, Glaube oder körperlicher Gebrechen. "Feminismus ist eine Menschenrechtsbewegung", formuliert es Süsmuth.

Dass viele junge Feministinnen heute auf Twitter statt in Parteien aktiv sind, macht ihr keine Sorgen: "Ich war in dem Alter ja auch nicht in der Politik", sagt die Seiteneinsteigerin. Eine Warnung an junge Frauen will sie aber loswerden: Viele dächten, wenn sie tüchtig sind und sich anstrengen, können sie es zu etwas bringen. In Schule und Studium sehe es auch oft danach aus. "Erst, wenn das erste Kind unterwegs ist, begreifen sie den Schnitt, der Frauen mit und Frauen ohne Kinder trennt", sagt sie. Ihre größte Sorge ist, dass jungen Frauen die Ungeduld fehlt: "Dass sie Zeit geben und immer weiter Zeit geben."

<https://www.faz.net/aktuell/politik/politische-entwicklungen-ist-der-sozialismus-wieder-da-16179702.html?premium>

KÜHNERTS THESEN:

Der neue Sozialismus

- VON PHILIP EPPELSHEIM UND MONA JAEGER
- -AKTUALISIERT AM 10.05.2019-06:20



Eine Ideologie, deren Zeit längst vorbei schien, ist wieder da – der Sozialismus. Nicht nur in Deutschland reden Politiker wieder von Verstaatlichungen und Klassenkampf.

Wenn der Sozialist Steve Hudson vor die Tür tritt und durch Köln läuft, fühlt er sich bestätigt: In manchen Vierteln hätten sich die Mieten innerhalb weniger Jahre verdoppelt. Manche seiner Bekannten zahlten vierzig oder sogar fünfzig Prozent ihres Einkommens dafür, um wohnen zu können. Freitags demonstrieren junge Menschen bei der Kölner Gruppe von „Fridays for future“ für mehr Umweltschutz. Auch sie kritisierten das bestehende Wirtschaftssystem, sagt Hudson. „Der Kapitalismus ist gescheitert.“ Er ist Mitglied der **SPD** und als gebürtiger Brite auch der Labour Party. Er nennt sich selbst einen „demokratischen Sozialisten“, machte bei „Momentum“ mit. Die Bewegung trug einen großen Anteil daran, Jeremy Corbyn mit seinen alten sozialistischen Ansichten zur neuen Hoffnung der jungen Linken zu machen. Bei seiner Kapitalismuskritik holt Hudson weit aus: Die Macht liege in den Händen weniger. Marktwirtschaftliche Gedanken hätten bis in die Verwaltung Einzug gehalten. „Die Krise wird sich verschärfen.“

Immer häufiger fühlt er sich an sein Geburtsland England erinnert. 1945 war den britischen Sozialdemokraten, der **Labour Party**, unter Clement Attlee ein Erdrutschsieg gelungen. Attlee baute den britischen Wohlfahrtsstaat aus. Rund 20 Prozent der britischen Industrie wurden unter ihm verstaatlicht, darunter Eisenbahngesellschaften, Stromversorger und Bergbauunternehmen. Für Hudson war das eine vorbildliche Politik – und nicht die Welle der Privatisierung in den achtziger Jahren. Heute würden die Betriebe, etwa die Eisenbahngesellschaft British Rail, schlimmer wirtschaften als früher, als sie noch Staatsbetriebe waren. Es würden zu wenige Züge eingesetzt und zu wenig investiert, meint Hudson. „Der Neoliberalismus hat sein Versprechen nicht eingehalten“, sagt er. Das sei keine Beobachtung, die nur er und ein paar andere Linke machten. Vor allem der Umgang mit der Umwelt treibe viele um. „Auch die Oma macht sich Sorgen.“

SPD-Spitze bemüht sich um Ruhe

Es gibt ein Unbehagen in der Gesellschaft, das heute deutlich weiter verbreitet ist als noch vor wenigen Jahren – über das Verhältnis von Arm und Reich, das Verhalten großer Unternehmen, über die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Auch im Zuge der

Wirtschaftskrise gingen schon Menschen auf die Straße, manche von ihnen ließen sich sogar am Fuße der Bankentürme nieder und „besetzten“ die Finanzdistrikte. Sie nannten das „Occupy Wallstreet“ oder „Occupy Germany“. Zumindest in Frankfurt, wo der deutsche Protest am heftigsten war, blieb dann aber nicht viel mehr als ein kaputter Rasen zurück, als die Besetzer ihre Zelte abgebaut hatten.

Doch nun ist das Unwohlsein umfassender. Siebzig Prozent der Deutschen bezeichnen Armut als ein großes Problem. Mehr als neunzig Prozent sagten in einer Erhebung der Europäischen Kommission, der Unterschied zwischen Arm und Reich sei zu groß. Und der Kapitalismus, so gaben sechs von zehn Befragten in einer Umfrage von Yougov an, mache die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer. Für die Hälfte der Deutschen ist der Begriff Kapitalismus negativ behaftet.

Das erklärt auch, warum der Politikbetrieb sich so aufregt über die Sozialismus-Thesen des Juso-Vorsitzenden [Kevin Kühnert](#). Kühnert hatte die Möglichkeit eröffnet, BMW zu kollektivieren, und es befürwortet, nicht mehr mit Wohnraum spekulieren zu können. Der Koalitionspartner CDU/CSU reagierte empört. Sozialdemokratische Betriebsräte auch. Und die SPD-Spitze versuchte, Kühnerts Vorstoß kleinzureden oder zu ignorieren, aber auf jeden Fall nicht inhaltlich darüber zu diskutieren. Denn sie fürchtet Kühnerts Einfluss und sein Gespür, Stimmungen aufzunehmen und sie – durchaus populistisch – zu verkürzen und zu verstärken. So war es schon bei der von ihm initiierten No-Groko-Kampagne. Auch wenn Kühnert sich nicht durchsetzte und die SPD schließlich in die große Koalition eingetreten ist, spüren die Sozialdemokraten nach wie vor die Wunden, die die Auseinandersetzung ihnen zugefügt hat. Die SPD-Spitze will die Legislaturperiode durchbringen und die Basis ruhig halten. Da können sie Kühnert und seinen Sozialismus überhaupt nicht gebrauchen.

Was aber kein Sozialdemokrat und sogar kaum ein Vertreter anderer Parteien abstreitet, ist, dass es soziale Verwerfungen auch hierzulande gibt. Die soziale Frage ist zurück: in Form schon hoher und noch steigender Mieten, fehlender Betreuungsplätze für Kinder, eines bei vielen Leuten verbreiteten Gefühls des Abgehängtseins. Nicht ohne Grund gibt es seit etwas mehr als einem Jahr ein Bundesheimatministerium. Es soll Antworten auf all diese Fragen geben – was bisher kaum geschehen ist. Auf jeden Fall hat noch kein Gesetzesentwurf aus dem Bereich Heimat eine solche Aufmerksamkeit erregt wie die paar Sätze von Kühnert. Weil es inzwischen Konsens ist, dass es nicht überall in Deutschland paradiesisch zugeht, sind seine Thesen anschlussfähig. Auch wenn mit Sicherheit nicht jeder gleich ein Sozialist ist, der Kühnert zustimmt.

Braucht es einen stärker eingreifenden Staat?

Der demokratische Sozialist Hudson erzählt, dass seine Kölner Genossen sehr positiv auf Kühnerts Aussagen reagiert hätten, auch die älteren. Allerdings findet er es seltsam, wie die Spitzenpolitiker – auch die seiner eigenen Partei – auf Kühnert reagiert haben. „Man versucht das Recht abzusprechen, diese Dinge sagen zu dürfen. Es findet keine inhaltliche Auseinandersetzung statt.“ Man habe mit Argumenten aus der Mottenkiste der achtziger Jahre geschossen – DDR, Sowjetunion – und dabei vergessen, dass der Sozialismus die SPD geformt habe. Daran müsse die SPD wieder anknüpfen. Also: alternative Eigentumsformen ersinnen, etwa das Genossenschaftsmodell ausbauen. Mitarbeiter am Erfolg von Unternehmen beteiligen. Den Staat wieder an die Spitze des technologischen Fortschritts stellen.

Überhaupt brauche es einen stärker eingreifenden Staat, der zum Beispiel auch Unternehmen die Förderrechte etwa an Öl entzieht und massiv die erneuerbaren Energien ausbaut. „Wenn wir so weitermachen, ist die Gesellschaft bald hin“, sagt Hudson. So richtig traut er den Parteien, also auch seiner eigenen, aber nicht zu, dass sie die Wende noch schaffen. Die Parteipolitik habe sich abgekoppelt von den Bedürfnissen der Gesellschaft. Hudson will eine „radikale Demokratisierung“. So sprechen auch die „new socialists“ in

Amerika, in Großbritannien oder in Frankreich, die in den vergangenen Jahren immer mehr Anhänger gewinnen konnten.

Fast hat man den Eindruck, dass der Sozialismus, den der DDR-Dissident [Wolf Biermann](#) als einen Weg „in die schlimmsten Höllen mörderischer Unterdrückung, der Ausbeutung und der Lüge“ bezeichnet (siehe Seite 21), so lebendig ist wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Eine Umfrage von Ipsos zum 200. Geburtstag von Karl Marx ergab, dass rund die Hälfte der Deutschen, Briten und Amerikaner finden, sozialistische Ideale seien von großem Wert für die Gesellschaft. Der Historiker und Soziologe Rainer Zitelmann spricht angesichts der Entwicklung von einer „Renaissance“ des Sozialismus.

Sozialist ist nicht gleich Sozialist

Die Stars dieser Renaissance sind vor allem [Jeremy Corbyn](#) in England und Bernie Sanders in Amerika. Der eine ist Jahrgang 49, der andere Jahrgang 41: ein neuer Sozialismus mit alten Sozialisten. Wobei man sagen muss, dass Sozialist nicht gleich Sozialist ist. Sanders nennt sich zwar so, seine Positionen sind aber eher die der klassischen Sozialdemokratie in Europa. Noch vor wenigen Jahren wurde er als radikaler Altlinker belächelt – bis er die demokratischen Vorwahlen in 23 Staaten gewann und 13 Millionen Wählerstimmen holte.

Aber es sind nicht nur Altlinke, die Erfolge feiern. Alexandria Ocasio-Cortez ist 29 Jahre alt. Vor drei Jahren machte sie Wahlkampf für Sanders. Mittlerweile ist sie Abgeordnete, die jüngste Frau, die jemals in den Kongress gewählt wurde. Eine Sozialistin, die den Sozialismus in der Sowjetunion und in der DDR gar nicht miterlebt hat – wie so viele, die ihn nun befürworten. Eine Umfrage von Gallup ergab, dass 51 Prozent der jungen Amerikaner zwischen 18 und 29 Jahren positiv zum Sozialismus eingestellt sind. Sanders erhielt bei den Vorwahlen mehr Stimmen von jungen Amerikanern als [Hillary Clinton](#) und Trump zusammen. Auch in Frankreich gab 2017 fast jeder dritte Wähler unter 24 seine Stimme Jean-Luc Mélenchon, der sein Land in einem Klassenkampf wähnt. „Millennial socialism“ nannte das vor kurzem das Magazin „The Economist“. Wolf Biermann sagt: All die neuen Sozialisten hätten nicht „an der fernöstlichen Akademie für Gesellschaftswissenschaften studiert“. Das heißt: Sie waren nicht im Gulag. Der Schrecken, den die sozialistischen Regime verbreiteten, ist für sie nur Geschichte und der Sozialismus eine hipp gewordene Antwort auf die Probleme der Gegenwart.

Doch geht es den neuen Sozialisten überhaupt darum, das Alte wieder auferstehen zu lassen? „Der Sozialismus hat nicht funktioniert und ist, so wie er verwirklicht wurde, auch nicht anzustreben“, sagt der Vorsitzende der Linkspartei, [Bernd Riexinger](#). „Weder Kevin Kühnert noch wir wollen das DDR-System zurück. Es geht darum, einen eigenen Weg zu finden.“ Man müsse ein neues Sozialismus-Konzept entwickeln. „Wir müssen Sozialismus und Demokratie in Übereinstimmung bringen“, so Riexinger. „Die Gesellschaft muss regulierend eingreifen, und die Wirtschaft muss demokratisiert werden.“ Kühnert habe wichtige Fragen angestoßen, aber seine Kampagne greife an verschiedenen Stellen zu kurz. „Enteignung und Vergesellschaftung sind noch kein Sozialismus. Das bedarf weiterer Anstrengungen.“ Riexinger sagt: „Die aktuelle Debatte ist eine Reaktion darauf, dass der Neoliberalismus der letzten vierzig Jahre gescheitert ist. Immer mehr Menschen merkten, dass „viele gesellschaftliche Probleme nicht gelöst werden und dass viele Bereiche – Bildung, Erziehung, Gesundheit, öffentlicher Personennahverkehr – unterentwickelt“ seien. Auch Riexinger beobachtet den Wandel in der Gesellschaft. Er sagt: „Vor zehn Jahren hätten wir diese Debatte gar nicht führen können.“

So sieht man es auch am ganz linken Rand, obwohl man dort, etwa bei der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD), den Juso Kevin Kühnert nicht als Sozialisten bezeichnet. „Er merkt, dass Kapitalismuskritik in Mode kommt, gerade bei den Jugendlichen, wie bei „Fridays for Future“. Es ist nicht mehr so wie noch vor wenigen Jahren, wo das in der öffentlichen Diskussion ein Tabuthema war“, sagt Monika Gärtner-Engel. Sie ist seit zwanzig

Jahren im Stadtrat von Gelsenkirchen und „Hauptkoordinatorin der revolutionären Weltorganisation ICOR“. Ihre politischen Anfänge waren bei den Jusos. „Das war meine erste Station. Aber damals gab es das Pflichtprogramm Karl Marx, ‚Das Kapital‘, das war schon deutlich radikaler.“

Die MLPD gibt an, für den „echten Sozialismus“ einzutreten. Gärtner-Engel sagt: „Beim Sozialismus gab es einen ersten Anlauf, und wir werden es beim zweiten Mal gemeinsam mit den Menschen besser machen. Was die sozialistischen Systeme, angefangen von der Pariser Kommune, von der sozialistischen Sowjetunion, vom sozialistischen China, auch von den ersten Anfängen in der DDR, innerhalb kürzester Zeit geleistet haben, ist beeindruckend.“ Natürlich habe es im Sozialismus „Fehler, Irrtümer bis hin zu Verbrechen“ gegeben. Aber der Sozialismus sei die „Zusammenfassung der fortgeschrittensten Ideen und Errungenschaften der Menschheit. Er ist der nächste notwendige und auch mögliche Schritt vorwärts.“ Deutschland, sagt Gärtner-Engel, werde „auf jeden Fall ein sozialistisches Land werden“.

Sozialistische Flitterwochen

Noch aber ist es zumindest hierzulande womöglich nur ein „Sturm im Wasserglas“, wie es der Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei, Patrik Köbele, ausdrückt. Zumindest in Umfragen legte die Linkspartei in jüngster Zeit nicht zu, MLPD und DKP sind Kleinstparteien – und ob die SPD von Kühnerts Sozialismusthesen profitieren wird, ist fraglich. Köbele ist Jahrgang 62. Er sagt, er sei in einer Zeit groß geworden, „wo links sein, Sozialist sein, Marxist sein ein bisschen en vogue war“. Heute sei es eher en vogue, sich mit den Ungerechtigkeiten dieses Systems zu arrangieren. „Da muss sich schon mehr ändern, als dass ein Sozialdemokrat von Enteignungen redet.“ Aber vielleicht, so ist die Hoffnung, lasse sich darauf aufbauen.

Der Ökonom Kristian Niemietz vom Institute of Economic Affairs in London hat vor wenigen Monaten das Buch „Socialism. The failed idea that never dies“ veröffentlicht. Er erklärt den Erfolg der Sozialisten damit, dass sie es geschafft hätten, sich erfolgreich von den gescheiterten Versuchen einer sozialistischen Gesellschaft zu distanzieren und zu sagen: „Das hatte nichts mit Sozialismus zu tun.“ Es habe, so sagt Niemietz, bei den sozialistischen Experimenten der Vergangenheit immer „eine Flitterwochenphase“ gegeben. So sei die Sowjetunion in den dreißiger Jahren extrem in Mode gewesen. „Erst wenn man nicht mehr bestreiten kann, dass es nicht hinhaut, heißt es: Das war ja gar kein Sozialismus“, sagt Niemietz. Das jüngste Beispiel sei Venezuela. „Auch das wurde als das sozialistische Paradies gelobt. Und es gab dort eine Rhetorik, die man heute wieder hört: Wir machen einen demokratischen Sozialismus, wir demokratisieren die Wirtschaft.“ Niemietz sagt: „Der neue Sozialismus ist der alte.“

Quelle: F.A.Z. Woche

<https://www.zeit.de/2019/20/kirchenmitgliedschaft-kirchensteuer-abschaffung-jonas-weyrosta-frank-drieschner/komplettansicht>

Kirchenmitgliedschaft:

Soll die Kirchensteuer abgeschafft werden?

Eine neue Studie zeigt: Die Mitgliederzahlen der Gemeinden werden dramatisch sinken – und damit auch die Einnahmen. Ist die Abgabe überholt? Ja, sagt Jonas Weyrosta, eine ärmere Kirche ist glaubwürdiger. Nein, findet Frank Drieschner, es gibt keine bessere Alternative.

Von Jonas Weyrosta und Frank Drieschner



10. Mai 2019, 8:00 Uhr

© Illustration: Christine Rösch

Ja

Von *Jonas Weyrosta*

Die Abschaffung der Kirchensteuer wäre eine große Chance für die Kirchen in Deutschland: Sie müssten weniger werden und um jede Zuwendung kämpfen. Könnten Kirchenmitglieder künftig freiwillig entscheiden, wie viel und wofür sie ihrer Kirche Geld geben möchten, stärkte das bestenfalls sogar ihre Bindung an die Institution. Die Kirchen müssten sich ernsthaft fragen: Wie können wir zukünftig mehr Menschen erreichen? Was schreckt sie ab? Ein Blick auf die Zahlen zeigt, wie groß der Handlungsbedarf bereits ist.

Bis zum Jahr 2060 werden sich die Mitgliederzahlen beider Kirchen in etwa halbieren. Damit schrumpfen auch ihre Budgets. Bislang nehmen sie jedes Jahr rund 12 Milliarden Euro durch die Erhebung der Kirchensteuer ein. 44 Millionen Deutsche tragen dazu bei, dass Kirchengebäude saniert, Tagungshäuser betrieben und Kirchenbedienstete bezahlt werden können. Das wird sich ändern. Ändern müssen. Spätestens wenn die geburtenstarken Jahrgänge in etwa zehn Jahren aus dem Arbeitsleben ausscheiden, also auch keine Lohn- und Einkommenssteuer mehr zahlen, werden den Kirchen massiv Einnahmen wegbrechen. Diesen Wandel kann man beklagen, oder man nimmt ihn an und denkt über Alternativen nach.

Warum nicht auf einen freiwilligen Kirchenmitgliedsbeitrag umstellen, die Höhe bestimmt jedes Mitglied selbst? Damit würde sich die Kirche auf die Veränderungen im Leben ihrer Mitglieder einlassen – besonders bei jungen Menschen. Die meisten Kirchaustritte stellt man heute bei der Gruppe der Berufsanfänger fest: Sie möchten die Kirche offenbar nicht monatlich mit einem Teil ihres Einkommens unterstützen, wenn das eigene Geld doch sowieso gerade knapp ist.

Anders sieht es oftmals aus, wenn Menschen eine Familie gründen. Viele lernen die Kirche in dieser Phase zu schätzen. Die Kinder gehen in einen kirchlichen Kindergarten und in den Sommerferien freut man sich über die Kinderfreizeiten in der Gemeinde. Auf diese

unterschiedlichen Lebensphasen sollte die Kirche flexibel reagieren. Das würde Kirche nahbarer machen.

Ein Gegenargument hört man immer wieder: Würde die Kirchensteuer wegfallen, wären die Kirchen abhängig von Spenden, sie wären dem Einfluss finanzstarker Personen ausgeliefert. Da gilt es mit Sicherheit aufzupassen. Doch diese Lernbereitschaft müssen die Kirchen schon aufbringen, besser früher als später. Denn wenn sie sich auf eine Sache möglichst früh einstellen sollten, dann darauf, dass die Zukunft anstrengend wird.

Würde man freiwillig entscheiden können, mit welchem Betrag man seine Kirche unterstützen möchte, dann wäre der Anreiz für viele Menschen größer, sich mit den Kirchen und ihrer Arbeit aktiv auseinanderzusetzen, Kirche mitzugestalten. Kirche sollte gelebte Gemeinschaft sein, kein Frontalangebot – dazu wird sie jedoch, wenn Menschen eher aus Gewohnheit oder gar Faulheit bezahlen. Wie viele Menschen nehmen schon heute Kirche nur "auf Abruf" in Anspruch?

Es wäre besser, Gemeinden müssten selbst aktiv um Gelder, um aktive Beteiligung und Unterstützung für ihre Arbeit werben. Die USA liefern dafür gute Beispiele: Dort kämpfen viele Gemeinden um jede Spende und erfreuen sich oftmals großen Zulaufs. Generell gilt: Gemeinschaft ist immer dann besonders lebendig, wenn Menschen Entscheidungen immer wieder neu treffen und sich selbst einbringen. Das ist zeitaufwendig und anstrengend, aber es belebt mit etwas Glück die gesellschaftliche Auseinandersetzung. Das kann den Kirchen nur guttun.

Eines muss in dieser Diskussion strikt getrennt werden: Diese Reformdiskussion sollte nicht den reaktionären Träumen von einer vermeintlich gesundgeschrumpften Kirche auf den Leim gehen. Wer, wie so mancher Hardliner, die Reform der Kirchenfinanzierung mit der Hoffnung auf eine Entlastung von weltlicher Vielfalt verbindet, schadet der christlichen Kirche. Gegen eine gewünschte "Kirche der wahren Christen" muss die liberale Forderung lauten: Mehr geistige Vielfalt in den Kirchen!

In Zeiten der Missbrauchs- und Finanzskandale erleben die Kirchen einen Legitimationsverlust. Viele Menschen wenden sich ab, ihnen fehlt nicht der Glaube an Gott, ihnen fehlt der Glaube an eine gute Kirche. Je mehr Mitglieder sich jedoch abwenden, umso starrer wird die Kirche, umso langweiliger werden die Gottesdienste. Das Ergebnis: Viele Kirchen stehen leer, die Kassen sind voll.

Daraus gibt es nur einen Ausweg, und er führt über die Abgabe von Privilegien. Ein Blick in die Welt der Unternehmen zeigt: Ein besonders hohes Ansehen genießen dort heute Genossenschaftsmodelle und Konzepte, die auf Transparenz und Partizipation setzen. Eine Crowdfunding-Kirche mag zunächst bizarr klingen, in der Aufgabe des Steuerprivilegs steckt jedoch etwas zutiefst Christliches: Verzicht ist eine Tugend. Eine ärmere Kirche wäre eine glaubwürdigere Kirche.

Contra von Frank Drieschner

Nein

Von Frank Drieschner

Etwas zu lassen, wie es ist, einfach weil es halbwegs funktioniert – in einer Welt, die nach Prinzipien fragt, nach Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit, ist das eine mäßig überzeugende Herangehensweise. Und doch ist dies womöglich das Beste, was sich zur Kirchensteuer sagen lässt: Sie funktioniert, und es ist schwer zu erkennen, warum die Welt ohne sie besser dran sein sollte. Wozu sie abschaffen?

In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts werden die Christen in Deutschland eine Minderheit unter anderen sein, dieser Befund der jüngsten demografischen Studien ist der Ausgangspunkt der kirchlichen Debatte um die Quelle ihrer Finanzen. Die Zahl der Bürger wird sich drastisch verringern, für die Bischöfe und andere Theologen qua Amt und

Ausbildung über moralische Autorität verfügen. Das ist eine dramatische Entwicklung. Aber natürlich werden auch die Einnahmen der Kirchen einbrechen. Wenn etwas gut ist am Streit um die Kirchensteuer, dann die Bereitschaft, angesichts eines solchen Wandels auch scheinbar Selbstverständliches infrage zu stellen.

Es gibt eine tradierte laizistische Kritik an der Kirchensteuer, gespeist aus einem Denken, das die institutionelle Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften für das einzig akzeptable Verhältnis dieser beiden hält. In der Politik sind es vornehmlich Liberale und Linke, die so denken, auch unter Grünen hat diese Idee Anhänger. Erstaunlicherweise sind es aber nicht glaubensferne Laizisten, von denen die jüngste Debatte ausgeht. Angefangen hat sie der katholische Eichstätter Bischof Gregor Maria Hanke, auch wenn ihm sogleich Linke zur Seite sprangen.

Zum Teil beruht die laizistische Kritik auf einem Missverständnis: Die Kirchensteuer, auch wenn sie so heißt, ist keine Steuer, sondern ein Mitgliedsbeitrag zu einer Gemeinschaft, die auf Freiwilligkeit beruht. Niemand muss Kirchensteuer zahlen.

Technisch gesehen ist die Praxis der Kirchensteuererhebung der Kauf einer Dienstleistung: Der Staat übernimmt, gegen Bezahlung, das Inkasso der Beitragsfinanzierung der Kirchen durch ihre Mitglieder. Nebenbei nutzen die Kirchen eine Ressource, über die sie selbst nicht verfügen: das komplizierte, aber weithin halbwegs akzeptierte System des Steuerrechts zum sozialen Ausgleich zwischen unterschiedlich zahlungsfähigen Akteuren. Die Höhe der Kirchensteuer bemisst sich für den Einzelnen an seiner Einkommenssteuer und hängt daher direkt von deren Regelungen und der daran geknüpften Rechtsprechung ab.

Es mutet kurios an, dass die Finanzkraft der Kirchen auf diese Weise mit der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Gartenpflege am Zweitwohnsitz verknüpft ist. Und es ist nicht selbstverständlich, dass politisch umstrittene Festlegungen wie die Nichtberücksichtigung von Vermögen auf diese Weise das Verhältnis der Kirchen zu ihren Mitgliedern bestimmen. Man muss sich aber nur den Aufwand vorstellen, den die Neuentwicklung eines ähnlich leistungsfähigen Verfahrens erfordern würde, um Reformvorschläge ausgerechnet an dieser Stelle und ausgerechnet mit Blick auf zunehmend knappe Ressourcen skeptisch zu sehen. Und wäre es für die Kirchen wirklich ein Gewinn, wenn sie in Zukunft ihre eigenen Debatten um Arbeitnehmerfreibeträge und Spitzenbeitragsätze führen müssten?

Was wäre zu gewinnen? Höhere Einnahmen wohl kaum. Die Kirchensteuersätze werden schon heute durch die Kirchen bestimmt; wollten sie ihre Mitglieder um mehr Geld angehen, stünde es ihnen frei, sie zu erhöhen. Aus gutem Grund tun sie das nicht: Die Kirchensteuer ist ein häufiger Grund für den Austritt. Höhere Forderungen könnten die Kirchen Mitglieder kosten und damit letztlich Einnahmen. Das ist so, wenn der Staat die Beiträge eintreibt, und es wäre nicht anders, wenn die Kirchen selbst es täten.

Ändert sich etwas an der Frage der Legitimität? Wohl kaum. Auch heute schon nutzen neben den Kirchen auch kleine Glaubensgemeinschaften die Möglichkeit der Beitragserhebung durch die Finanzämter. Eine unzulässige Nähe von Staat und Judentum oder unitarischen Gemeinschaften hat in der Vergangenheit niemand bemängelt. Warum also sollte die Kirchensteuer normativ problematisch werden, wenn die Kirchen schrumpfen? Würde ihre Praxis tatsächlich Nichtchristen benachteiligen, wie der Laizismus meint, dann hätte man sie auch in Zeiten einer christlichen Mehrheit nicht vertreten können.

Was sich tatsächlich ändert, ist nur das Kräfteverhältnis: Die Kirchen sind der natürliche Widersacher der laizistischen Kirchensteuerkritik. Nimmt ihre Stärke ab, gewinnt jene an Boden.

Übrigens ginge durch die Abschaffung der Kirchensteuer auch ein kleines, selten beachtetes Stück christlicher Gemeinsamkeit verloren. Es ist ja nicht selbstverständlich, dass Katholiken und Protestanten für ihre unterschiedlichen Kirchen gleiche Mitgliedsbeiträge leisten. Und es würde kaum dabei bleiben, wenn beide Kirchen sich entschieden, ihre je eigenen Beitragsätze festzulegen.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/bundesbankchef-verteidigt-deutsches-export-modell-16190240.html>

JENS WEIDMANN:

Bundesbankchef verteidigt deutsches Export-Modell

- VON PHILIP PLICKERT
- -AKTUALISIERT AM 16.05.2019-12:31

Eine „Robinson-Inselwirtschaft“ sei nicht die Lösung, sagt Bundesbankpräsident Weidmann. In seiner Rede beim Sparkassentag wendet er sich gegen jene, die von Deutschland weniger Export fordern.

Erst vor kurzem hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron das exportorientierte „deutsche Wachstumsmodell“ gerügt, weil es von Ungleichgewichten in der Eurozone profitiert habe. International gibt es schon seit längerem viele Kritiker, die Deutschlands „Modell“ für falsch halten. Das Magazin „The Economist“ meinte vor drei Monaten, das Modell sei „kaputt“.

Nun hat Bundesbankpräsident Jens Weidmann in einer Rede auf dem Sparkassentag in Hamburg das deutsche Wirtschaftsmodell verteidigt. Es sei nicht kaputt. Es sei auch nicht falsch, dass Deutschland viel spare und die Ersparnisse zu einem erheblichen Teil im Ausland investiere – mit Blick auf die Alterung der Gesellschaft könne er das gut nachvollziehen, so Weidmann.

Allerdings gab er zu, dass der Leistungsbilanzüberschuss mit mehr als 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts schon sehr hoch sei. „Die Frage, inwieweit ein solcher Saldo langfristig tragfähig ist, ist berechtigt.“ Nur könne die Wirtschaftspolitik nicht einfach dagegen steuern. „Einzelne Maßnahmen, etwa Steuersenkungen oder höhere staatliche Ausgaben würden den Leistungsbilanzsaldo nicht wesentlich verschieben“, gab er zu bedenken.

Im vergangenen Jahr hat Deutschland nach Weidmanns Worten für rund 1,6 Billionen Euro Waren und Dienstleistungen in die Welt exportiert. Umgekehrt wurden Waren und Dienstleistungen für etwa 1,4 Billionen Euro importiert. „Die Offenheit der deutschen Wirtschaft und ihre internationalen Verflechtungen steigern den Wohlstand unserer Gesellschaft und bieten auch unseren Partnern vielfältige Chancen“, betonte der Bundesbankchef.

Der Schlüssel ist Bildung

Ein größerer Kuchen bedeute aber noch nicht, dass jedes Stück größer werde. Es gebe Verteilungskonflikte und Gewinner und Verlierer der Globalisierung, räumte Weidmann ein. Mit Verweis auf ökonomische Studien sagte er, dass der „China-Schock“ seit der Jahrtausendwende in den Vereinigten Staaten zu einem erheblichen Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie geführt habe. Auch in Deutschland habe der intensivere Handel mit China und Osteuropa in einigen Branchen und Regionen zu Arbeitsplatzverlusten geführt. Gleichzeitig schuf aber der Zugang zu neuen Märkten neue Export- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

„Per Saldo entstanden wohl mehr als 400.000 Industriearbeitsplätze zusätzlich. Der China-Schock wirkte hierzulande also positiv“, betonte Weidmann. Allerdings gab es unterschiedliche Auswirkungen auf Branchen und Regionen, einige Menschen verloren ihre Jobs. Sie müssten umgeschult werden, um neue Märkte und Technologien zu nutzen. „Der Schlüssel dazu ist Bildung“, so Weidmann.

In seiner Rede in Hamburg verwies der Bundesbankpräsident auf den vor 300 Jahren erstmals erschienenen Roman „Robinson Crusoe“ von Daniel Defoe. Robinson wird darin als norddeutscher Kaufmannssohn vorgestellt, den es auf eine einsame Insel verschlägt. Aber erst durch Arbeitsteilung mit dem Eingeborenen „Freitag“ kann Robinson seine Lage deutlich verbessern.

Weidmanns Botschaft: Eine isolierte Insel-Wirtschaft könne wirklich nicht die Lösung der Zukunft sein. Auch wenn die Globalisierung manchen ängstigt: „Abschottung statt Offenheit wäre die schlechteste Reaktion auf die ökonomischen Herausforderungen und Umwälzungen“, so Weidmann.

Besorgt zeigte er sich über eine mögliche Eskalation der Handelsstreitigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und China sowie auch mit Europa. Würde Präsident Donald Trump seine Drohungen wahr machen und einen Importzoll auf deutsche Autos erheben, „würde dies die deutschen Hersteller hart treffen, die 2018 Kfz und Kfz-Teile im Wert von 27 Milliarden Euro in die Vereinigten Staaten exportierten“, warnte Weidmann.

Zinswende nicht unnötig verschieben

Verständnis zeigte Weidmann in seiner Rede vor dem Sparkassentag über den Ärger vieler über die schon lange sehr niedrigen Zinsen. „Den Unmut vieler Sparer über dieses Niedrigzinsumfeld kann ich gut verstehen“, so Weidmann, der einer der Kandidaten für die Nachfolge von EZB-Präsident Mario Draghi ist, wenn der Italiener Ende Oktober die Europäische Zentralbank verlässt.

Weidmann warnte abermals davor, dass eine lange Phase sehr niedriger Zinsen dazu führen könne, dass Investoren auf der Suche nach Renditen zu große Risiken eingehen und dies die Finanzstabilität bedrohen könne. Stark steigende Immobilienpreise und deren Kreditfinanzierung könnten zum Problem werden.

Die Sparneigung sei indes durch die Niedrigzinsen nicht erlahmt. Auch die finanzielle Ungleichheit zwischen Armen und Reichen habe das billige Geld der EZB wohl nicht erhöht. Fragen nach der Verteilungswirkung müsse man zwar „sehr ernst“ nehmen, doch wissenschaftliche Studien hätten die These einer deshalb steigenden Ungleichheit „nicht erhärtet“.

Von der EZB forderte Weidmann, auch angesichts der schwachen Inflation „die geldpolitische Normalisierung weiter zu verfolgen und nicht unnötig hinauszuschieben, wenn die Preisaussichten es zulassen“.

Quelle: FAZ.NET

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/ihre-todfeinde-suchen-nach-ihnen-zwei-homosexuelle-fluechtlinge-fuerchten-um-ihr-leben-16190892.html?premium>

MIGRATION UND GEWALT:

Ihre Todfeinde suchen nach ihnen

- VON THOMAS THIEL
- -AKTUALISIERT AM 17.05.2019-16:54



Zwei Homosexuelle flohen nach Deutschland, um endlich in Freiheit zu leben. Doch im Flüchtlingslager setzten sich die Torturen fort. Und die Rächer der Familienehre bedrohen bis heute ihr Leben.

Luka Cosmin* wusste nicht, was sich hinter der Buchstabenfolge LGBTQ verbirgt, als er im September 2016 nach Deutschland kam. Er hörte plötzlich von Trans- und Cis-Menschen, von Girlfags und Dragqueens. „Drogenköniginnen?“, dachte er. Man sollte ihnen wohl besser aus dem Weg gehen. Er krepelt den Ärmel hoch und deutet auf seinen mit Narben übersäten Unterarm. Die Wunden stammen von religiösen Geißelungen, mit denen ihn seine Familie von einem Dämon heilen wollte.

Luka Cosmin hatte seine Homosexualität lange verborgen. Als sie durch Zufall herauskam, brach Schande über die Familie herein. Sein Vater wurde aus der Moscheegemeinde verstoßen. Um die Familienehre zu retten und Allahs Willen zu erfüllen, legte er seinem Sohn am 5. September 2016 einen Strick um den Hals. Dessen Ehefrau, eine Kusine, die er mit dreizehn Jahren hatte heiraten müssen, sah tatenlos zu. Sie wünschte seinen Tod. Auch seine drei Kinder mussten dem grausamen Schauspiel beiwohnen. Luka Cosmin zeigt Bilder mit der langen Narbe, die der Strang in seinen Hals einzeichnete. Über das Folgende will er nicht sprechen. Dem Tod um Haaresbreite entronnen, wachte er in einem Krankenhaus aus dem Koma auf. Er wusste, dass er jetzt fliehen muss.

Die ersten zwei Wochen in Deutschland verlebte er eine glückliche Zeit. Im Aufnahmelager in W. heiratete er Andrei Erkan, den er 2015 im Internet kennengelernt hatte. Er wollte es schnell tun, bevor ihn seine Familie finden und töten würde. Über Whatsapp schickte sie ihm Todesdrohungen nach Deutschland.

Andrei Erkan ist Imam. Er war geachtet in seinem Heimatdorf, seine Eltern liebten und umsorgten ihn. Als sie von seiner Homosexualität erfuhren, war nichts mehr wie am Tag zuvor. Aus dem Zimmer, in das ihn sein Vater eingesperrt hatte, sprang er auf einen Heuhaufen, schlief mehrere Nächte im Wald, kam bleich und zerrissen zu Luka Cosmin nach S. Von dort begann ihre gemeinsame Flucht.

Die Realität des Lagers

„Sie werden hier eine sehr geordnete Welt antreffen“, sagt der Präsident des Regierungsbezirks, als wir das Lager in W. im Januar besuchen. Gelegentlich komme es zu Konflikten, aber das sei eher früher, im schwierigen Jahr 2015, gewesen. Man lädt zum Gespräch mit einem iranischen Mädchen, das zum Christentum konvertierte und aus seinem Heimatland fliehen musste. Sie wirkt aufgeschlossen,

warmherzig, dankbar für den Schutz, den man ihr gewährt. Über die Realität im Lager erfährt man wenig.

Luka Cosmin verliert kurz die Beherrschung, als er von den Worten des Präsidenten erfährt. „Ich wünsche, dass er dafür einmal in der Hölle schmort. Diese Leute wissen genau, worüber sie reden“, entfährt es ihm. „Das Lager ist unsere Hölle gewesen.“ Für das Paar begann jetzt eine Zeit der Torturen. Sie wurden bespuckt, bedroht, geschlagen. Eine marokkanische Gang versuchte mehrmals, ihre Zimmertür einzuschlagen. Ihr härtester Peiniger wohnte im Nachbarzimmer. Als sie die Hetze nicht mehr ertragen, flohen sie auf Socken in die nächste Großstadt, wo sie vergeblich eine Unterkunft suchten. Dann mussten sie ins Lager zurück. „Wir können nichts tun“, sagten die Verantwortlichen zu ihrem Wunsch, in eine andere Stadt verlegt zu werden. „Verhaltet euch im Lager, als wärt ihr in eurem Herkunftsland, nicht in Deutschland“, riet ihnen eine Sozialarbeiterin. Ihr Asylantrag wird abgelehnt. Begründung: Osteuropa, sicheres Herkunftsland.

Die Attacke des Nachbarns

Am 10. Juni 2017 öffnet Andrei Erkan die Zimmertür, und ein Schlagring stößt ihm ins Gesicht. Die Frau des Aggressors stürmt ins Zimmer, ihr Kind um den Hals gelegt, und versucht, ihren Mann von weiteren Schlägen abzuhalten. Der wendet sich um und drischt auf sie ein. Luka Cosmin verfolgt das Geschehen wie betäubt. Er weiß zu diesem Zeitpunkt noch nicht, dass die Frau seine Kusine ist. Monatelang hatten sie Tür an Tür gewohnt. Er hatte sich um ihre kleine Tochter gekümmert und sich gewundert, dass sie so freundlich zu ihm war. Inzwischen ist der Sicherheitsmann da. Er bleibt stehen und schaut zu. Man warte, bis die Polizei komme, wie man es immer mache in solchen Fällen, sagt er zu dem wild auf ihn einredenden Luka Cosmin. Andrei Erkan erleidet einen achtfachen Knochenbruch. Eine Videoaufnahme zeigt ihn stöhnend in der Notaufnahme, das Blut, das aus seinem Gesicht tropft, bildet eine Lache auf dem Boden. Ein Homosexuellen-Portal hat das Video publiziert.

Die Polizei nimmt das Geschehen auf. Nach zwanzig Minuten ist der Täter frei. Ein Haftbefehl wird erhoben, aber monatelang nicht zugestellt. Am Tag nach der Attacke meldet sich der Täter telefonisch bei Andrei Erkan, der im Krankenhaus liegt, und kündigt an, den Mord zu vollenden. Wieder einen Tag später trifft ihn Luka Cosmin im Lager an. Auf seine Beschwerde zeigt ihm ein Sicherheitsmann lachend den Mittelfinger. Die Polizei ist nicht informiert.

Man mag es glauben oder nicht: Auch nach dieser Attacke wird die Bitte des Paares, in eine andere Stadt verlegt zu werden, abgelehnt. Man schickt sie in ein anderes Lager vor Ort, aber auch hier sind sie vor den Freunden ihres Verfolgers nicht sicher. Im August 2017 ist Andrei Erkan am Ende seiner Kraft. Nach einer Folge von nächtlichen Prügeleien und Messerstechereien bricht er zusammen und flieht für drei Monate zurück in die Heimat. Er habe gedacht, seine Neigung in Deutschland ohne Furcht leben zu können, sagt er, und einsehen müssen, dass er im Irrtum gewesen sei.

Lebensrettende Hilfe

Luka Cosmin bleibt verzweifelt zurück. Auch sein nächstes Gesuch, in eine andere Stadt verlegt zu werden, wird abgewiesen. Eines Tages liegt ein Flüchtling blutend vor seiner Tür. Man hat ihm mit einem Korkenzieher in den Hals gestochen. Der Wachdienst nimmt es ungerührt zur Kenntnis. „Ich bin aus meinem Heimatland geflohen, um mein Leben zu retten“, sagt Luka Cosmin auf einer Audiobotschaft aus dieser Zeit mit tonloser Stimme. „Und jetzt verliere ich es hier. Ich will nicht in dem Lager sterben.“

Medikamente können ihm jetzt nicht mehr helfen. Mehrfach versucht er, sich das Leben zu nehmen. Was ihn rettet, ist die Hilfe von Sabine Walther. Die Flüchtlingshelferin, die sich auf seinen Notschrei auf Facebook meldet, setzt einen Urlaubsantrag durch und nimmt ihn für drei Wochen zu sich nach Hause.

Sabine Walther hat mehrere Nächte in dem Lager verbracht und sich dort, wie sie sagt, zu Tode gefürchtet. Als private Helferin muss sie keine Angst vor Sanktionen haben, wenn sie die Wahrheit

über das Leben in den Lagern sagt, muss aber wie alle, die auf Probleme hinweisen, mit Gehässigkeit rechnen. Dass sie von Personen mit hoher Moral für ihren lebensrettenden Einsatz als Rassistin und Nazi bezeichnet wird, ist eine Erfahrung, die sie mit anderen Flüchtlingshelfern teilt.

Beschwiegene Konflikte

Sabine Walther kann Bände über das Schicksal von Homosexuellen in dem Lager erzählen. Aber niemand hört ihr zu. Behörden schweigen, Politiker schauen weg, die Frau von der Diakonie, die das Lager damals verwaltete, hat von Gewalt gegen Homosexuelle noch nie gehört. Luka Cosmin zeigt Klopapierzettel, die ihm und seinem Ehemann durch die Tür geschoben wurden. Das erste zeigt zwei Strichmännchen mit riesigen Genitalien beim Geschlechtsakt. Auf dem nächsten Bild sind die Männchen am Galgen aufgeknüpft.

Es komme nicht häufig zu Konflikten, sagt der Pressesprecher des Lagers auf unsere Nachfrage. Das Sicherheitspersonal sei geschult. Ist es nicht ein Problem, dass die Wachleute in der Mehrzahl aus Ländern kommen, in denen Homosexualität als Frevel gilt? Die Praxis sei natürlich etwas anderes, räumt der Pressesprecher ein.

Vor vier Wochen erfuhren Luka Cosmin und Andrei Erkan, dass sich ihr Verfolger wieder im Lager aufhält. Er hat sich dort nach ihrem Aufenthaltsort erkundigt. Als Sabine Walther die Polizei alarmiert, wiegelt man ab. Es gebe im Lager Tausende Personen, die irgendjemand umbringen wollten. Man könne keine besonderen Rücksichten nehmen.

Begegnung mit dem Aggressor

Auf Nachfrage dieser Zeitung teilt das Polizeipräsidium mit, dass der Täter bekannt sei. Es werde aber nicht gegen ihn ermittelt, da kein Haftbefehl vorliege. Von der Staatsanwaltschaft ist zu erfahren, dass ein Haftbefehl verkündet worden ist, als man den Täter im März in W. aufgegriffen hat – mit anderthalb Jahren Verspätung. Wenig später hat man ihn ausgesetzt gegen die Auflage, die Stadt nicht zu verlassen und sich täglich bei der Polizei zu melden. Das Gericht hält den Mann zwar für dringend der gefährlichen Körperverletzung verdächtig, aber die Auflagen reichen nach Überzeugung der Richter aus, um den Haftgrund aufzuheben. Dass er weiter Mordpläne schmiedet, scheint für das Gericht keine Rolle zu spielen.

Andrei Erkan und Luka Cosmin wohnen inzwischen in einer kleinen Wohnung in W., die sie sich hübsch zurechtgemacht haben. Am Fenster stehen die Bilder ihrer Hochzeit. Bis heute erreichen sie Todesdrohungen ihrer Familien, und sie wissen, dass der Arm der Familie bis nach Deutschland reicht. Es ist ihnen klar, dass die Behörden sie nicht schützen können dass es den Beamten am liebsten wäre, wenn niemand von ihrem Schicksal erfährt. Die Beamten fühlen sich politisch unter Druck. Niemand kann von ihnen fordern, alle Konflikte zu lösen. Es ist aber zu erwarten, dass Probleme benannt werden. Sonst werden unrealistische politische Versprechen in der Behördenarbeit aufgerieben, und unter den Flüchtlingen wachsen Wut und Enttäuschung über ein Land, das große Anstrengungen für sie unternimmt.

Luka Cosmin weiß heute, was eine Dragqueen ist. Aber er versteht nicht, warum ein Land, das sich in Regenbogenfahnen hüllt, Hetzjagden auf Homosexuelle duldet und sich die Ohren zuhält, wenn es darauf aufmerksam gemacht wird. Geh nach Deutschland, hatte ihm sein Therapeut in seinem Heimatland geraten. Dort ist Homosexualität erlaubt. Am Dienstag haben Luka Cosmin und Andrei Erkan ihren Verfolger zufällig auf der Straße getroffen. Er beschimpfte sie und sagte, dass er jetzt wisse, wo sie wohnen. Er werde kommen, um sie zu töten. Die Polizei ist darüber unterrichtet. Sie hat noch nicht reagiert.

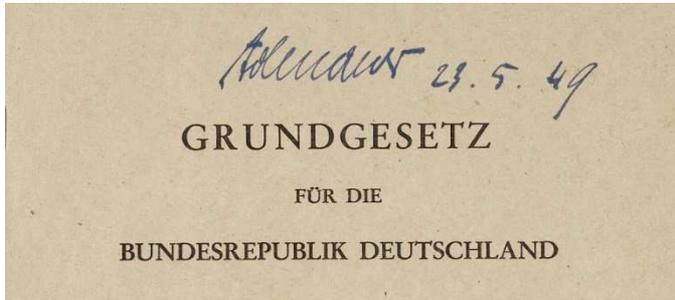
*Alle Orts- und Personennamen sind mit Rücksicht auf laufende Asyl- und Ermittlungsverfahren verändert.
Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/hoch-schule/verfassungswerte-vermitteln-schon-in-der-schule-herrscht-die-schere-im-kopf-16188708.html?premium>

VERFASSUNGSWERTE VERMITTELN:

Schon in der Schule herrscht die Schere im Kopf

- VON ULRICH SCHNAKENBERG
- -AKTUALISIERT AM 16.05.2019-10:09



Das Grundgesetz an die Schüler zu geben reicht nicht aus. Wichtiger ist, wie Lehrer die Verfassungswerte vermitteln – und dass sie ihren Unterricht zu einer „Schule der Republik“ machen. Ein Gastbeitrag.

Alle Schüler sollen im Verlauf ihrer Schullaufbahn ein eigenes Grundgesetz erhalten. Auf diese Empfehlung hat sich die **Kultusministerkonferenz** (KMK) vor kurzem aus Anlass des 70-jährigen Jubiläums der bundesdeutschen Verfassung verständigt. Ein begrüßenswerter, längst überfälliger Entschluss. Er kann jedoch nur ein erster Schritt auf dem Weg sein, dem Grundgesetz und seinen Werten in den Schulen der Republik wieder einen höheren Stellenwert einzuräumen.

Wie selten die freiheitlich-demokratische Grundordnung in den Klassenzimmern ein Thema ist, zeigt sich täglich im Schulalltag. So nimmt die Urteilsbildung zwar in den Lehrplänen und Richtlinien aller Bundesländer vor allem in den Fächern Geschichte und Politik berechtigterweise eine herausgehobene Stellung ein, aber die Wirklichkeit im Unterricht lässt oft zu wünschen übrig. Typische Schülerurteile sind häufig wenig durchdacht und oft eindimensional. Bezüge zur freiheitlichen Ordnung des Grundgesetzes werden kaum einmal explizit herausgestellt – und wohl auch viel zu selten eingefordert.

Noch beunruhigender ist es, wenn an den Schulen der Republik zentrale Verfassungswerte wie die Meinungs- und Religionsfreiheit in Frage gestellt und ausgehöhlt werden, gar bestimmte Unterrichtsthemen nicht mehr behandelt werden können, weil Schüler sich persönlich angegriffen fühlen und ihren Unmut lautstark kundtun. So zeigten zum Beispiel empirische Umfragen, dass man an manchen ostdeutschen Schulen kaum differenziert über die Pegida-Bewegung sprechen kann. Gleichzeitig mehren sich an westdeutschen Großstadtschulen die Klagen, dass übergriffige Eltern Lehrer einschüchtern, weil es ihnen nicht passt, wie im Unterricht über Religion diskutiert wird. Erst kürzlich gestand ein Kollege im kleinen Kreis, die autoritären Entwicklungen in der Türkei nach unangenehmen Erfahrungen mit Schülern und Eltern in seinem Unterricht künftig nicht mehr ansprechen zu wollen: „Den Stress geb ich mir nicht.“

Das Gebot der Multiperspektivität

Neben diesen Versuchen, wichtige Lehrinhalte zu tabuisieren und Denkverbote durchzusetzen, bereitet vielen Kollegen darüber hinaus die verbreitete Tendenz des Werterelativismus Sorgen. Werterelativismus funktioniert in der Schule ähnlich wie beispielsweise bei dem russischen Auslandssender Russia Today (dessen Propaganda von beängstigend vielen Schülern im Übrigen gar nicht durchschaut wird): Verstöße gegen Menschen- und Bürgerrechte in autokratisch regierten Staaten werden nicht geleugnet, sondern mit dem Argument verharmlost, diese gebe es doch genauso im angeblich demokratischen Westen.

Ein Problem entsteht vor allem dann, wenn Lehrer unangemessenen Vergleichen und Gleichsetzungen wie etwa zwischen der aktuellen israelischen Politik und dem Holocaust nicht widersprechen. Klar, die Schüler sollen die Dinge immer von „beiden Seiten“ beleuchten. Wenn dies jedoch nicht nach klaren Regeln, auf Basis von Fakten und auf Grundlage unserer demokratischen Werteordnung geschieht, wird das – berechnete – unterrichtliche Gebot der Multiperspektivität ad absurdum geführt.

Die Folge ist ein „zapper Dauerrelativismus“, der fast zwangsläufig zu postnationaler Beliebigkeit und Indifferentismus führt – wie in diesem Urteil einer sechzehnjährigen Gymnasiastin, in praktisch allen Fächern laut Zeugnis eine „gute“ Schülerin: „Ob die Demokratie einem gefällt oder nicht, ist letztendlich jedem selbst überlassen. Keine Staatsform ist perfekt und bringt keine Probleme mit sich.“

Die meisten Klassenräume hängen heute voll mit zahllosen Lernplakaten, Postern, selbst verordneten Regeln, Gruppenarbeitsergebnissen. Aber Plakate mit Sätzen wie „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“ (Art. 3 Grundgesetz), „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ (Art. 2 Grundgesetz) oder „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Art. 1 Grundgesetz) habe ich bei meinen vielen Besuchen in den unterschiedlichsten Schulen bisher noch nicht gesehen.

Selbstbewusst und leidenschaftlich

„Eine gut funktionierende Demokratie“, mahnt der Politologe Yascha Mounk zu Recht, „braucht überzeugte Demokraten, die das System zwar kritisch begleiten, ihm aber auch ein gewisses Maß an Grundvertrauen entgegenbringen.“ Wenn politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen vorrangig mit dem Ziel untersucht werden, Manipulationen, Mängel und Missstände zu finden, zu kritisieren und zu verurteilen – dies war in der Vergangenheit insbesondere mit der in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern verbreiteten „Katastrophendidaktik“ oft der Fall –, so verstärkt das die oben beschriebene indifferente Schülerhaltung noch.

Am Ende fragen sie sich zu Recht: Wenn an der deutschen Politik (Gesellschaft, Geschichte) immer alles schlecht, falsch, unzureichend ist, warum soll die Demokratie dann die beste Staatsform sein? Dem eigentlichen Ziel des Unterrichts, die jungen Menschen zu mündigen Bürgern in der Demokratie zu erziehen, erweist der allzu „kritische“, allein auf die – unbestrittenen – Mängel der Demokratie fixierte Politik- und Geschichtslehrer so trotz bester Absichten einen Bärenienst.

Wenn Schule sich der zunehmenden Äquidistanz zwischen demokratischen und autokratischen Systemen und der damit einhergehenden wachsenden Entfremdung von den Werten der Aufklärung wirksam entgegenstellen will, bleibt letztlich nur eins: Wir Lehrer müssen die Demokratie im Unterricht stärker als bisher „verkaufen“ und verteidigen – „nicht nur gelegentlich und exemplarisch, sondern fundamental und letztlich systembegründend“, wie der Politikwissenschaftler Richard Meng kürzlich anmahnte. Vor allem der Politik- und Geschichtsunterricht darf das mühsame Ziel des Verstehens und Verteidigens von Vorhandenem gegenüber dem vergleichsweise leichten Ziel des Kritikübens nicht länger vernachlässigen.

Angesichts der gewaltigen innen- wie außenpolitischen Herausforderungen, denen sich das westliche Gesellschaftsmodell aktuell gegenübergestellt sieht, muss die politisch-historische Bildung umdenken. Was notwendig wäre, ist weniger eine „Wertekunde“ für Flüchtlingskinder, wie jüngst aus CDU-Kreisen gefordert; notwendig sind auch nicht unbedingt mehr Politikstunden. Wichtiger und erfolgversprechender wäre es, die Chancen und Möglichkeiten der freiheitlichen Gesellschaftsverfassung – etwa durch den politischen Systemvergleich – wieder deutlicher zu akzentuieren. Ziel muss sein, dass die hiesigen Bildungseinrichtungen tatsächlich (wieder) zu „Schulen der Republik“ werden.

Die traditionelle rein technisch-nüchterne, ausschließlich rationale Vermittlung der Grundlagen der westlichen Demokratie ist deshalb überholt. Wenn es um zentrale Verfassungswerte geht, darf ein Lehrer nicht „neutral“ sein, wie derzeit Teile der AfD insistieren. Politische Neutralität kann im Bildungsbereich immer nur parteipolitische Neutralität bedeuten. Wir Lehrer aller Fächer und Schulformen dürfen uns nach 70 Jahren im Großen und Ganzen erfolgreicher Demokratiegeschichte

trauen, das Modell der offenen Gesellschaft selbstbewusst und leidenschaftlich zu vertreten – ohne freilich zentrale didaktische Prinzipien wie das Überwältigungsverbot über Bord zu werfen.

Ein dringend notwendiges Zeichen

Anstatt Kontroversen um Religionsfreiheit, autoritären Entwicklungen etwa in der Türkei oder populistischen Tendenzen in Deutschland auszuweichen, müssen die Kollegen „an der Front“ sowie der Lehrernachwuchs dazu ermuntert werden, solche Auseinandersetzungen geradezu zu suchen. Gerade dort, wo der Widerstand am größten ist, müssen entsprechende Debatten im Unterricht geführt werden. Das funktioniert allerdings nicht ohne die Unterstützung des Kollegiums, der Schulleitung, einer Mehrheit der Schüler und Eltern und nicht zuletzt auch ganz allgemein des politisch-medialen Umfelds.

Der Beschluss, jedem Schüler „sein“ Grundgesetz auszuhändigen, setzt ein dringend notwendiges Zeichen. Es erhöht die Chancen, dass vor allem die in Artikel 1 bis 19 unserer Konstitution niedergelegten Grundrechte überhaupt erst einmal wieder im Politikunterricht gelesen werden – und zwar nicht nur einmalig in einer einzelnen Stunde in der 7. oder 8. Klasse, wenn das Thema politische Systeme grade „dran“ ist, sondern immer mal wieder in den unterschiedlichsten Unterrichtszusammenhängen der gesamten Sekundarstufen I und II. Insbesondere in Phasen der Urteilsbildung müssen den Schülern die wichtigsten Grundgesetzartikel als ständiger Referenzrahmen und wichtigster Wertmaßstab zur Verfügung stehen. Die Verfassungswerte dürfen nicht länger nur einem Fach oder einem Thema zugeordnet werden: Sie liegen wie ein Riegel quer zu praktisch allen Unterrichtsvorhaben und müssen daher allgemein anerkannte Richtschnur für Werteerziehung im gesamten schulischen Raum sein.

Die Kultusministerkonferenz sollte darum mit der Verteilung des Grundgesetzes an den Schulen der Republik keine Zeit verlieren. Trotzdem liegt es weiterhin in erster Linie an uns Lehrern, den Schülern die großartigen Freiheitswerte der deutschen Verfassung an konkreten Beispielen nachhaltig und überzeugend zu vermitteln – nicht allein kognitiv, sondern leidenschaftlich und ohne nachzulassen; ohne jedoch die Lernenden zu überwältigen. Welche Chancen und Entfaltungswerte ihnen das mittlerweile siebzig Jahre alte einstige Provisorium bietet, müssen die Schüler letztendlich selbst erkennen.

Der Autor ist Politik- und Geschichtslehrer in Moers und am ZfsL Oberhausen in der Referendarausbildung tätig.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/vor-der-europawahl-gastbeitrag-otmar-issing-16190780.html?premium>

DIE BASIS DES ERFOLGS:

Wie die Reform der EU gelingen kann

- VON OTMAR ISSING
- -AKTUALISIERT AM 19.05.2019-19:56

Die EU ist der größte integrationspolitische Erfolg der Geschichte. Jetzt müssen ihre Schwächen beseitigt werden – doch fehlgeleiteter Reformeifer überfordert die Bürger. Ein Gastbeitrag.

Die Sorge geht um in Europa, extreme Parteien könnten eine erhebliche Zahl an Sitzen im Europäischen Parlament gewinnen. Wie Umfragen belegen, ist diese Sorge nicht unbegründet. Eine schwerwiegende Bedrohung geht von der politischen Position dieser Gruppen aus. Es handelt sich hier nicht einfach um Kritiker des bestehenden Systems, sondern um genuine Gegner eines gemeinsamen Europas. Sie wollen die in vielen Jahren und unter großen Anstrengungen erreichte Gemeinsamkeit massiv schwächen, wenn nicht schlichtweg zerstören. Die eigentlich unbestreitbaren Erfolge der europäischen Integration werden ignoriert oder sogar bestritten; was an deren Stelle kommen soll, verschwindet im Nebel hohler Versprechungen.

Als Antwort auf diese fundamentale Gegnerschaft drängt sich scheinbar der Ruf nach einer vertieften europäischen Integration geradezu auf. Dass die Forderung, die Befugnisse des Europäischen Parlaments generell weiter zu stärken, jedoch in die richtige Richtung geht, mag man bezweifeln. Es sei nur auf die mangelhafte Repräsentanz des Hauses hingewiesen. Ringen schon die nationalen Parlamente mit dem Problem der wachsenden Distanz zu den Bürgern, konnte von einer Nähe des Europäischen Parlaments zu den Gesellschaften der Mitgliedstaaten noch nie die Rede sein. Es ist deshalb zu befürchten, dass eine Schwächung der nationalen Parlamente zugunsten einer Stärkung von Brüssel und Straßburg eher zu weniger Bürgernähe und mehr Politikverdrossenheit führt.

Das mag man bedauern, es lässt sich aber durch noch so viele Bekenntnisse zu „Europa“ nicht aus der Welt schaffen. Jedenfalls versprechen die Bemühungen um eine europäische Öffentlichkeit allenfalls nur sehr langfristig Erfolg. Dieser wird aber immer wieder gefährdet durch Entscheidungen des Europäischen Parlaments selbst, die mit den unterschiedlichen Präferenzen der verschiedenen Mitgliedstaaten in Konflikt geraten, ja geradezu geraten müssen. Das liegt auch daran, dass die europäischen Parlamentarier die Folgen ihrer Entscheidungen gegenüber den Bürgern vor Ort in der Regel nicht direkt verantworten müssen.

Permanente Ausdehnung zentraler Kompetenzen

Im Zusammenwirken mit der Europäischen Kommission erwächst eine unheilvolle Tendenz zu immer stärkerer Zentralisierung der Politik auf der europäischen Ebene. Zu Beginn seiner Amtszeit hat Präsident Jean-Claude Juncker ausdrücklich eine „politische Kommission“ angekündigt. Er hat damit die im Vertrag verankerte Rolle der Kommission als Hüter der Verträge in eine vom politischen Gestaltungswillen geprägte Institution gewandelt. Damit hat er quasi offiziell bestätigt und bestärkt, was ohnehin im Prozess der EU-Politik angelegt ist.

Jedes Mitglied der Kommission wird in der Öffentlichkeit danach beurteilt, was es als europäische Initiative auf den Weg bringt und durchsetzen kann. Für das eigentlich zur Kontrolle verankerte Prinzip der Subsidiarität bleibt dann allenfalls ein Platz in den Sonntagsreden. Um einem Missverständnis vorzubeugen: Diese Kritik richtet sich nicht gegen Initiativen, die im wohlverstandenen Interesse der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten liegen, wenn es sich um

europäische öffentliche Güter handelt, wie die Sicherung der Außengrenzen oder den Kampf gegen organisierte Kriminalität, Geldwäsche und Korruption.



Otmar Issing im März 2015 in Frankfurt :Bild: dpa

Äußerst problematisch sind dagegen die permanente Ausdehnung der zentralen Kompetenzen in vielen anderen Feldern und die dem Prozess immanente Regulierungssucht. Wohl gehen zahlreiche Aktivitäten von einzelnen Mitgliedstaaten aus. Das ändert aber nichts daran, dass erst die europäischen Institutionen diese zum erfolgreichen Abschluss bringen – und das häufig ohne eine explizite Beteiligung der nationalen Parlamente. Das Prinzip der Subsidiarität, das verlangt, jeden Schritt daraufhin zu überprüfen, ob eine Angelegenheit nicht besser auf der niedrigeren, also nationalen oder regionalen Ebene zu entscheiden wäre, muss dabei auf der Strecke bleiben. Dies gilt umso mehr, als im Ministerrat die nationalen Regierungen unter dauerndem Druck stehen, sich nicht „antieuropäisch“ zu verhalten.

Französische Präferenz für Protektionismus

Nachdem auch der Europäische Gerichtshof – sehr vorsichtig formuliert – diese Zentralisierung wohlwollend begleitet, ist „mit der Zeit ein juristisch-bürokratischer Komplex aus Kommission, Europäischem Parlament und Europäischem Gerichtshof entstanden, der eine Maschinerie in Gang hält, die kein Zurück kennt“, so der ehemalige französische Außenminister Hubert Védrine (F.A.Z. vom 13. Juni 2016).

Neben bedrohlichen Krisen gibt gerade eine Europawahl Anlass, über die Zukunft nachzudenken. Nach seiner großen Rede an der Sorbonne am 26. September 2017 hat der französische Präsident Emmanuel Macron kürzlich mit einem direkten Appell an die Bürger in allen Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, Europa neu zu beginnen. Seine Botschaft steht unter dem Motto „Freiheit – Schutz – Fortschritt“. Abermals fordert Macron gemeinsames Handeln auf den Gebieten der Verteidigungs-, Umwelt- und Asylpolitik; Gebiete, auf denen er mit breiter Zustimmung rechnen sollte. Andererseits atmen einige seiner Vorschläge den Geist zentraler Lenkungsallmacht, indem neue europäische Institutionen – man könnte auch sagen: Bürokratien – eingerichtet werden sollen.

Ob es zum Beispiel um die Zukunft der Demokratie in Europa besser bestellt ist, wenn eine europäische Agentur für ihren Schutz eingerichtet wird? Hinter dem generellen Petition für „Schutz“ steht die traditionelle französische Präferenz für Protektionismus. Ein Europäischer Innovationsrat, ausgestattet mit einem Budget, spiegelt die Vorstellung von zentraler Planung wider. Für „Freiheit“ bleibt allein das schöne Motto. So gut wie alle Ideen im Einzelnen gehen genau in die entgegengesetzte Richtung: mehr staatliche Lenkung, mehr Steuern und mehr Umverteilung.

Inhaltslose Hülsen

Damit sind die Grundlagen des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells in Frage gestellt. Für die wirtschaftlichen Erfolge der EU ausschlaggebend war die Weichenstellung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den Anfangsjahren. Danach hat sich nicht zuletzt durch den Einsatz Ludwig Erhards das Prinzip des Wettbewerbs gegen französische Vorstellungen von Planification

durchgesetzt. Die damalige Kommission zeigte große Sympathie für die französischen Pläne von Wirtschaftspolitik. Am Ende scheiterten die französischen Vorstellungen an der Wirklichkeit, dem Versagen der Planification im eigenen Land und den überlegenen Resultaten der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Die mehrfachen Abwertungen der französischen Währung sprechen eine deutliche Sprache.

Die Entscheidung für den Wettbewerb als ordnungspolitisches Prinzip in der Gemeinschaft war die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg. Dieser machte die Gemeinschaft zu einem attraktiven Projekt, dem immer mehr Länder beitreten wollten. Darauf beruhte letztlich auch die gewachsene Bedeutung Europas in der Welt. Wer hätte für möglich gehalten, dass man im Jahre 2019 daran erinnern muss? Man kann gewiss nicht davon sprechen, das französische Modell zeichne sich in jüngerer Zeit durch besondere Erfolge aus. Zwar hat Präsident Macron schon bald nach seinem Amtsantritt ein beachtliches Reformprogramm vorgestellt und einiges davon auch umgesetzt. Im Kern verfolgen seine Ideen für Frankreich einen marktwirtschaftlichen Kurs – so ziemlich das Gegenteil von dem, was er für Europa vorschlägt.

Der Führungsanspruch des französischen Präsidenten auf der europäischen Bühne liegt ganz wesentlich in der Schwäche Deutschlands begründet. Ordnungspolitik ist in Deutschland zu einem Fremdwort verkommen, Soziale Marktwirtschaft zu einer inhaltslosen Hülse. Kaum ein Politiker von ganz links bis ganz rechts, der sich nicht auf die Soziale Marktwirtschaft beruft – das sagt alles über die Bedeutungslosigkeit der einst grundlegenden wirtschaftspolitischen Konzeption.

„Hidden champions“ stärken

Mit der Idee einer aktiven Industriepolitik nähert sich Deutschland einem Modell an, das durch langjähriges Versagen in Frankreich eigentlich hinreichend diskreditiert sein sollte. Die ernsthafte Bedrohung durch die staatswirtschaftliche Konkurrenz aus China und die Attacken des amerikanischen Präsidenten auf den freien Welthandel müssen jetzt dazu herhalten, den Ruf nach protektionistischen Maßnahmen in Europa zu rechtfertigen. Große Konzerne werden zu nationalen Champions erklärt, die es gilt, gegen ausländische Konkurrenz zu stärken und wohl auch im Ernstfall mit staatlicher Hilfe zu verteidigen.

Die wahren Träger des breiten und soliden Wachstums, stabiler Beschäftigung mit hohen Löhnen in Deutschland sind die „hidden champions“ (Hermann Simon), die in der breiteren Öffentlichkeit oft kaum bekannten, meist mittelständischen Unternehmen. Diese verfügen über einen hohen Anteil am Weltmarkt. Dank der unbestrittenen Qualität der Produkte, ihrer Zuverlässigkeit und Schnelligkeit etwa im Kundendienst und ihrer hohen Anpassungsfähigkeit bilden sie das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Durch eine zunehmende Steuerlast, eine bis zur Erdrösselung reichende Regulierung und hohe Energiekosten sind ausgerechnet diese Unternehmen in ihrer Entfaltung und Wettbewerbsfähigkeit bedroht. Die deutsche Wirtschaftspolitik sollte sich darauf konzentrieren, die Rahmenbedingungen dieser „hidden champions“ zu stärken, statt wenige große Unternehmen quasi unter Artenschutz zu stellen.

Für Fortschritt und Innovation bedarf es nicht einer neuen europäischen Bürokratie wie etwa des erwähnten Europäischen Investitionsrats mit eigenem Budget. Förderung der Forschung, nicht nur finanziell, sondern auch durch Beseitigung hemmender Regulierung und bürokratischer Hemmnisse, Abbau innovationsfeindlicher Hürden versprechen dagegen wirklichen Erfolg. Dazu zählt nicht zuletzt ein Schulsystem, das inhaltlich und emotional auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet.

Absurde Argumentation

Mit dem Irrweg der angekündigten Industriepolitik vervollständigt die deutsche Wirtschaftspolitik ihren Komplex von Maßnahmen, die den wirtschaftlichen Abstieg befürchten lassen. Im Ausland erntet die deutsche Energiepolitik meist nur Kopfschütteln – extrem teuer, ineffizient und alles andere als ökologisch erfolgversprechend. Eine Rentenpolitik, die den

demographischen Entwicklungen Hohn spricht, führt zu absehbaren Beitrags- und Steuererhöhungen. Ohnehin lassen sich zahlreiche gesetzliche Versprechungen schon bei der bisherigen guten Wirtschafts- und den damit verbundenen hohen Steuereinnahmen kaum finanzieren. Die absehbar steigende Abgabenlast wird sich bei einer Abschwächung des Wachstums und erst recht in einer Rezession als ein Mühlstein für die Wirtschaft erweisen. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat offenbar vergessen, wie vor allem die hohe Arbeitslosigkeit nach 2000 Deutschland zum kranken Mann in Europa hat werden lassen.

Im Übermut langjähriger guter Wirtschaftszahlen wird eine erfolgreiche Reform der Regierung Schröder nach der anderen „abgewickelt“. In einer geradezu absurden Argumentation wird zum Beispiel erklärt, Hartz IV sei für die damalige Situation angebracht gewesen, jetzt gelte es, die Regelung an die veränderten Arbeitsbedingungen – Stichwort Vollbeschäftigung und Fachkräftemangel – anzupassen. Dieses Plädoyer verkennt, dass die gute Beschäftigungslage nicht nur der Konjunktur, sondern eben auch den damals eingeführten Reformen zu verdanken ist. Je mehr man zu den Regulierungen vor der Agenda 2010 zurückkehrt, desto wahrscheinlicher werden sich die negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung einstellen. Spätestens in der nächsten Rezession werden sich die hohen sozialen Kosten dieser Politik zeigen.

Was ist im Einzelfall mit „Solidarität“ gemeint?

In Europa bahnt sich eine entscheidende Wende an. In der Europa-Politik hat Frankreich die Führungsrolle übernommen und beklagt auf allen Ebenen das

zögerliche Verhalten Deutschlands. Ordnungspolitisch hat Deutschland seinen Einfluss verloren, weil es selbst seine wettbewerbliche Orientierung immer mehr aushöhlt und sich industriepolitischen Vorstellungen hingibt. In verschiedenen Mitgliedstaaten verbreiten Regierungen und Medien die Botschaft, Deutschland erziele seine Erfolge auf Kosten seiner Partner. Und selbst hierzulande findet diese These zunehmend Anhänger. Als Beleg muss dafür meist der deutsche Leistungsbilanzüberschuss herhalten. Sieht man auf die Fakten, bleibt von diesem Vorwurf kaum etwas übrig. Hier sei nur darauf verwiesen, dass sich der Überschuss innerhalb der Währungsunion in Grenzen hält.

Die These von Deutschland als dem großen Profiteur des Euros verkennt unter anderem die ersten Jahre nach dessen Einführung, in denen das Land unter einem hohen Realzins litt. Es dauerte Jahre, bis Lohnzurückhaltung und Reformen vor allem am Arbeitsmarkt zu einem dauerhaften Aufschwung führten. Zu einem Gesamturteil gilt es, auch auf die Kehrseite des deutschen Leistungsbilanzüberschusses zu blicken. Die analogen deutschen Kapitalexporte haben zu einem Zuwachs des Auslandsvermögens geführt, das einige wenig ertragreiche und mit erheblichen Risiken behaftete Positionen enthält. Das gilt nicht zuletzt für die Target-Forderungen der Bundesbank, die schon seit Jahren keinen Zins bringen.

Forderungen, das reiche Deutschland solle aus Solidarität mit den anderen Mitgliedsländern der EU und/oder der Währungsunion zusätzliche Mittel bereitstellen, ignorieren diese Fakten. Es gilt, genau zu prüfen, was im Einzelfall mit „Solidarität“ gemeint ist. Soweit es sich um in den nationalen Parlamenten beschlossene Transfers von den reicheren zu den ärmeren Staaten handelt, kann man zu Recht von Solidarität sprechen. Vor allem bei der Forderung nach neuen europäischen Fonds, etwa zur Hilfe bei wirtschaftlich schwierigen Lagen, liegt die Ursache aber meist in einer jahrelang verfehlten nationalen Wirtschaftspolitik. In diesem Falle wird der Appell zur Solidarität geradezu pervertiert. Der Hilfsbedarf geht in solchen Fällen wesentlich auf nationales Fehlverhalten zurück und hat Transfers auch von ärmeren an reichere Länder zur Folge.

Größter integrationspolitischer Erfolg der Geschichte

Als Beispiel sei hier die Forderung zitiert, eine europäische Arbeitslosenversicherung einzuführen, ein Vorschlag, der auch in Deutschland nicht wenige Anhänger findet. Dazu liegen verschiedene Modelle vor, die durchaus die Gefahr des Missbrauchs berücksichtigen wollen. Man muss aber kein Prophet

sein, um vorherzusagen, dass ein entsprechender Fonds, erst einmal eingerichtet, im Falle hoher Arbeitslosigkeit in einem Mitgliedsland auch dann genutzt wird, wenn dieses Land die Misere ganz wesentlich den Unzulänglichkeiten seiner eigenen Politik zuschreiben hat. Generell gilt es, die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten zu stärken und nicht durch Hilfsversprechen aller Art zu unterminieren. Allzu oft, etwa bei hoher Jugendarbeitslosigkeit, wird „Europa“, „Brüssel“ für das Übel verantwortlich gemacht, obwohl die Schuld ganz offensichtlich bei teilweise jahrzehntelangen Versäumnissen der nationalen Politik liegt.

Der französische Präsident hat recht: Europa braucht einen Neuanfang. Die Lösung liegt aber nicht in verstärkter Zentralisierung, Bürokratisierung und neuen Institutionen. Die Politik sollte sich wieder viel mehr darauf konzentrieren, was Europa ausmacht und worauf sein Erfolg zurückzuführen ist. Das Aufkommen extremistischer Parteien – bei allen britischen Eigenarten auch der Brexit – sind warnende Signale einer Entfremdung der Bürger von Europa. Europa kann eine führende Rolle in der Welt nur auf der Basis einer stabilen und erfolgreichen Wirtschaft beanspruchen und einnehmen. Um das zu erreichen, bedarf es der Besinnung auf die Basis des Erfolgs, den marktwirtschaftlichen Wettbewerb und die Einhaltung von Verträgen. Weitere Zentralisierung, Planung von oben als Antwort auf die Bedrohungen von außen sind falsche Versprechungen und würden Europas Stellung in der Welt schwächen, statt sie zu stärken. Nach wie vor liegt der Schlüssel für den anhaltenden Erfolg des europäischen Wirtschaftsmodells in erster Linie in der Verantwortung der Mitgliedstaaten.

Bei aller berechtigter Kritik – die EU und der Binnenmarkt sind und bleiben der größte integrationspolitische Erfolg der Geschichte. Die europäischen Institutionen und allen voran die Mitgliedstaaten sind gefordert, das Erreichte zu bewahren, Schwächen zu beseitigen. Es liegt aber nicht im gemeinsamen Interesse, mit fehlgeleiteten Reformeifer überzogene Erwartungen zu wecken und die Bürger in ihrer Zustimmung zu Europa zu überfordern.

Der Autor Otmar Issing ist Präsident des Frankfurter Center for Financial Studies (CFS), eines unabhängigen Forschungsinstituts im House of Finance der Goethe-Universität. Von 1998 bis 2006 war Issing Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, deren Geldpolitik der Volkswirt zuvor als Direktoriumsmitglied der Bundesbank mitkonzipiert hatte. In der Euro-Krise gehörte der ordnungspolitisch ausgerichtete Ökonom zu den scharfen Kritikern der staatlichen Rettungsaktionen. Die Zukunft der Währungsunion und der EU treibt ihn auch mit 83 Jahren um; nimmermüde belebt er die Debatte mit seinen Ideen. hfg.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ist-die-wuerde-des-menschen-fassbar-neun-fragen-an-dieter-grimm-16194403.html?premium>

FAZ PLUS ARTIKELNEUN FRAGEN AN DIETER GRIMM:

Ist die Würde des Menschen fassbar?

- VON CLAUDIUS SEIDL
- -AKTUALISIERT AM 20.05.2019-06:09



„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Was bedeutet dieser Satz, was folgt aus ihm? Und was, wenn die Würde angetastet wird? Neun Fragen an den Rechtswissenschaftler und ehemaligen Verfassungsrichter Dieter Grimm.

Was ist das, die Würde?

Sie fangen gleich mit der schwierigsten Frage an. Ich kann sie nur als Jurist beantworten, also nicht vollständig. Das muss ich vorausschicken, denn die Menschenwürde – nur von der reden wir, nicht von der Würde der „Würdenträger“ in älteren Gesellschaften – hatte schon eine lange philosophische und theologische Tradition, ehe sie zum Verfassungsbegriff wurde. In den ersten Menschenrechtserklärungen, der von Virginia 1776 und der französischen von 1789, sucht man die Menschenwürde vergeblich. Sie taucht erst um die Mitte des 20. Jahrhunderts auf, zunächst in einem internationalen Rechtsdokument, der UN-Menschenrechtsdeklaration von 1946, dann 1949 prominent und einflussreich in Artikel 1 des Grundgesetzes.

Was sie dort bedeutet und in den vielen anderen Verfassungen, die sich danach zur Achtung der Menschenwürde bekannt haben, ist notorisch ungewiss. Das Grundgesetz gibt keine Definition, sondern benennt nur eine Eigenschaft: Sie ist „unantastbar“. Auch diese Eigenschaft ist aber nicht näher erläutert. Wie verhält man sich dazu als Jurist? Manche Interpreten erhoffen sich Aufschluss von den philosophischen und theologischen Quellen. Aber das hat seine eigenen Schwierigkeiten. Zum einen reichen diese Quellen Hunderte von Jahren zurück. Die verfassungsrechtliche Würdegarantie kommt aber erst viel später und unter veränderten Bedingungen auf. Zum anderen sind die Quellen vielfältig. Falls sie die Autoren der Menschenrechtsdeklaration oder des Grundgesetzes inspiriert haben sollten, schließt sich sogleich die Frage an: Welche der vielen? Die christliche Vorstellung von Menschenwürde? Oder die humanistische? Vielleicht die marxistische?

Und welcher Abgeordnete war von welcher Quelle beeinflusst? Wie hat er sie verstanden? Die Autoren der UN-Deklaration stammten nicht nur aus Europa und Nordamerika, sondern auch aus Afrika und Asien.

Was macht man als Jurist unter diesen Umständen?

Mir scheint es aussichtsreicher zu fragen, warum die Menschenwürde gerade in den späten vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts zum Verfassungsbegriff aufstieg. Da sind ja nicht Zufälle am Werk. Der Zweite Weltkrieg mit seinen unendlichen Leiden und Opfern war eben zu Ende gegangen. Man hatte die Erfahrung totalitärer Systeme gemacht, die Menschen zu Unpersonen erklärten oder zum bloßen Mittel politischer Zwecke degradierten. Vor diesem Hintergrund wurde es offenbar nicht mehr

als ausreichend empfunden, eine Anzahl einzelner Grundrechte zu garantieren, die Religionsfreiheit, die Meinungsfreiheit, die Eigentumsfreiheit und so weiter. Es bestand vielmehr das Bedürfnis nach einem Begriff, der den vereinzelt Rechten zugrunde liegt und ihnen ihren Sinn gibt, wohl auch nach einer Rechtsposition, die unverfügbar ist und keinerlei Beschränkungen unterliegt. Dieses Bedürfnis erfüllte der Begriff der Menschenwürde. Er wurde an die Spitze des Verfassungswerks gerückt, weil künftig die Würde als oberster Wert die Grundlage und Rechtfertigung der gesamten staatlichen Ordnung bilden sollte.

Von daher lässt sich ein besserer Zugriff auf den Inhalt der Menschenwürde gewinnen. Sie schützt die Personqualität jedes Einzelnen als eines Zwecks in sich selbst, und das unabhängig von Geschlecht und Nation, Rasse und Stand, Alter und Gesundheit, intellektueller und mentaler Befindlichkeit. In jeder Verfassung, die die Menschenwürde garantiert, kann das je anders akzentuiert sein aufgrund der historischen Erfahrungen, auf welche die jeweilige Gesellschaft bei der Verfassungsgebung reagiert. Der südafrikanischen Verfassung von 1996 zum Beispiel liegen andere Erfahrungen zugrunde als dem Grundgesetz von 1949. Das darf aber nicht so verstanden werden, als ob der Begriff der Menschenwürde auf die Verbrechen eines vorangegangenen Systems fixiert sei. Verfassungen sind zwar von der Vergangenheit geprägt, wollen aber in die Zukunft wirken. Verfassungsrechtliche Begriffe wie die Würde sind deswegen anpassungsfähig an neue Würdebedrohungen. Wir sehen das zurzeit in der Diskussion um bioethische Fragen, die sich 1949 beim damaligen Stand der Wissenschaft noch gar nicht stellten.

Woran erkennt man die Würde?

Menschenwürde hat man nicht so, wie man ein Hirn oder eine Lunge hat. Menschenwürde ist eine Zuschreibung. Im Begriff der Menschenwürde einigt sich eine Gesellschaft, ein Volk darauf, welche Achtung die Glieder der Gesellschaft einander schulden und welche Behandlung von Menschen so verachtenswert ist, dass sie nicht nur dieses oder jenes Grundrecht, sondern die Personqualität eines Menschen oder einer Gruppe von Menschen antastet.

Könnte man also sagen, dass die Würde erst in dem Moment sichtbar wird, in dem sie angetastet wird?

In der Tat helfen sich auf diese Weise oft die Gerichte, die mit einem so unbestimmten Begriff umgehen müssen. Auch das Bundesverfassungsgericht hat in seiner frühen Rechtsprechung den Inhalt der Menschenwürdegarantie von der Verletzung her zu begreifen versucht. Dabei handelt es sich dann nicht um eine Definition. Vielmehr lagern sich durch solch fallbezogene Zugriffe allmählich gewisse Konsense an den Verfassungsbegriff an und konkretisieren ihn im Lauf der Zeit immer weiter. Ein solcher Konsens, sogar einer mit universaler Anerkennung, ist zum Beispiel, dass Sklaverei und Folter als eklatante Menschenwürdeverletzungen gelten.

Aber wird die Menschenwürde nicht ständig verletzt?

Es wäre ein Missverständnis, den Rechtssatz „Die Menschenwürde ist unantastbar“ als empirische Aussage zu betrachten. Als solche wäre der Satz offenkundig falsch. Aber in Rechtsdokumenten wie Verfassungen oder Grundrechtskatalogen stehen nicht Aussagen über die Wirklichkeit, sondern Sollenssätze. Die Menschenwürde „ist“ unantastbar, heißt im verfassungsrechtlichen Zusammenhang: Sie darf nicht angetastet werden. Als Teil der Verfassung richtet sich dieser Satz an den Staat. Er ist es, der die Menschenwürde nicht antasten darf. Der Satz enthält keine direkte Verpflichtung Dritter. Aber Artikel 1 nimmt den Staat schon im nächsten Satz von Artikel 1 doppelt in Pflicht: Er muss die Menschenwürde achten und schützen. „Achten“ heißt, er muss selbst die Würde respektieren. „Schützen“ heißt, er muss sie vor Handlungen Dritter in Schutz nehmen, die mit der Würde unvereinbar sind. Das tut er primär durch Gesetzgebung, im Strafrecht, im Sozialrecht und vielen anderen Gesetzen.

Ist Würde, jedenfalls im nichtjuristischen Sprachgebrauch, nicht etwas, das einer erwirbt, nichts, was unveräußerlich wäre?

So wird es im nichtjuristischen Sprachgebrauch in der Tat oft verstanden. Würde hat man nicht von vornherein. Man erwirbt sie durch eine gute Lebensführung und verwirkt sie durch eine schlechte Lebensführung. Die Würdegarantie des Grundgesetzes folgt diesem Sprachgebrauch nicht. Ich erinnere noch einmal daran, dass Artikel 1 des Grundgesetzes die Antwort auf die Greuel des Nationalsozialismus war, der zwischen lebenswertem und lebensunwertem Leben unterschied und zwischen Menschen, die Rechte hatten, und solchen, die rechtlos waren. Für das Grundgesetz ist die Menschenwürde eine jedem Einzelnen innewohnende, unverlierbare Qualität. Auch der Terrorist hat Würde. Er muss, wenn der Staat ihn fasst, die Konsequenzen seines Tuns tragen. Aber das gibt dem Staat keinen Freibrief. Seine Sanktionen dürfen nicht so ausfallen, dass sie die Würde verletzen.

Vergehen sich die Menschen nicht am liebsten an der eigenen Würde (Wer sich würdelos benimmt, beschädigt sich selbst)?

Das ist eine Vorstellung von Würde, die mit dem emphatischen Würdebegriff der Verfassungen nichts gemein hat. Man blamiert sich, weil man nicht mit Messer und Gabel umgehen kann oder weil man Schiller für einen Operettenkomponisten hält. Man benimmt sich würdelos, indem man in betrunkenem Zustand lospoltert und um sich schlägt. Das ist peinlich und kann zu sozialen Ausgrenzungen führen, man wird zum Beispiel nicht mehr eingeladen. Die verfassungsrechtliche Würdegarantie bezieht sich nicht auf solche Banalitäten, und sie bezieht sich nicht auf eigenes Handeln, sondern auf Behandelwerden durch Dritte, und zwar eine Art des Behandelwerdens, die nicht den einen oder anderen Nachteil mit sich bringt, sondern dem Betroffenen die Personqualität abspricht, ihn nicht als Teil der Menschheit anerkennt, mit ihm wie mit einer Sache umgeht.

Ist Würde womöglich eher eine Kategorie der Ästhetik – und weniger eine der Moral oder gar des Rechts?

Jedenfalls in dem Moment, in dem sie Eingang in eine Verfassung oder ein anderes Rechtsdokument findet, ist sie eine Kategorie des Rechts und muss mit Mitteln der juristischen Interpretation konkretisiert und auf Streitfälle anwendbar gemacht werden. Ein Gericht, vor dem jemand wegen Verletzung seiner Menschenwürde klagt, kann nicht sagen: Es tut mir leid, aber der Begriff ist so unscharf, ich weiß nicht, was er bedeutet. Es muss ihm Bedeutung geben, und wie sich zeigt, geht das ja auch. Ein Rechtsbegriff ist niemals beliebig.

Und folgen aus dem Begriff der Würde irgendwelche verbindlichen Rechte und Pflichten?

Ich versuche, die Frage mit drei Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zu beantworten. Das erste: Die lebenslange Freiheitsstrafe ist mit der Menschenwürde vereinbar, aber sie verlangt, dass dem Verurteilten eine realistische Chance verbleibt, je wieder in Freiheit zu kommen. Das Begnadigungsrecht reicht dazu nicht aus. Es besteht ein Rechtsanspruch auf Prüfung. Das zweite: Der Abschuss eines von Terroristen gekaperten Flugzeugs, das in Tötungsabsicht eingesetzt wird, verletzt die Menschenwürde der unschuldigen Passagiere, die so zum bloßen Mittel für die Rettung anderer, ebenfalls unschuldiger Menschen gemacht werden. Das dritte: Die Menschenwürde verlangt, dass das Existenzminimum jeder im Geltungsbereich des Grundgesetz lebenden Person gesichert wird.

Die Fragen hat Claudius Seidl eingereicht, Dieter Grimm, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht und bis 2007 Rektor des Berliner Wissenschaftskollegs, hat schriftlich geantwortet.

Quelle: F.A.S.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-ueber-meinungsfreiheit-und-kritische-themen-16200724.html?premium>

ALLENSBACH-UMFRAGE:

Immer mehr Tabuthemen

- VON RENATE KÖCHER, INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH
- -AKTUALISIERT AM 22.05.2019-15:22

Der Raum für die Meinungsfreiheit wird kleiner, so sieht es eine Mehrheit der Bürger. In einer Allensbach-Umfrage äußern fast zwei Drittel der Befragten das Gefühl, man müsse im öffentlichen Raum „sehr aufpassen“, was man sagt.

Meinungsfreiheit gehört für die Bevölkerung zu den wichtigsten Garantien der deutschen Verfassung. Die Mehrheit attestiert Deutschland auch, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung im Großen und Ganzen gesichert ist – allerdings mit Einschränkungen. Zum einen trennt die Bevölkerung deutlich zwischen Meinungsäußerungen im öffentlichen Raum und im privaten Kreis, zum anderen ist die an sich garantierte Meinungsfreiheit, so der Eindruck der großen Mehrheit, ausgeprägt themenabhängig. Annähernd zwei Drittel der Bürger sind überzeugt, man müsse heute „sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert“, denn es gäbe viele ungeschriebene Gesetze, welche Meinungen akzeptabel und zulässig sind.

Allen voran gehört das Flüchtlingsthema für die große Mehrheit zu den heiklen Themen, bei denen man mit Äußerungen vorsichtig sein sollte, gefolgt von Meinungsbekundungen zu Muslimen und dem Islam. Auch die Nazizeit und Judengehören für die Mehrheit zu den heiklen Themen, für knapp die Hälfte auch Rechtsextremismus und Gespräche über die AfD. Darüber hinaus haben weite Bevölkerungskreise den Eindruck, dass man sich nur mit Vorsicht zu Themen wie Patriotismus, Homosexualität oder zu der Diskussion um das dritte Geschlecht äußern kann. Anders ist das bei Themen wie Klimaschutz, Gleichberechtigung, Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung, zu denen man sich, so der Eindruck der überwältigenden Mehrheit, freimütig äußern kann.

Dass eine Gesellschaft die zulässigen Meinungsäußerungen bei bestimmten Themen durch Normen begrenzt, ist nicht per se ungewöhnlich oder kritisch. Es gibt Positionen, die für die Identität einer Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind, und Äußerungen, die gegen grundlegende Werte einer Gesellschaft verstoßen. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier hat jüngst darauf hingewiesen, dass die Akzeptanz der Werteordnung der Verfassung für den Zusammenhalt der Gesellschaft essentiell ist. Daraus folgt, dass es Grenzen des Sagbaren geben muss, etwa dort, wo die Würde des Menschen massiv attackiert wird. Auch der Umgang mit der NS-Zeit ist durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens normativ in wesentlichen Teilen festgelegt. So haben 76 Prozent die Äußerung von Alexander Gauland, Hitler und die Nazis seien nur „ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“ als völlig inakzeptabel bewertet. Solche Grenzziehungen sind ein wichtiges Element von Identität und Zusammenhalt einer Gesellschaft. Die Überzeugung der Bevölkerung, dass man sich mit Äußerungen zur Nazizeit oder zu Juden unmöglich machen kann, spiegelt die Wirkung von Normen, auf die sich die überwältigende Mehrheit verständigt hat.

Nur mit Vorsicht über Flüchtlingskrise reden?

Anders ist das bei den Themen, die mehr als alle anderen als Tabuzonen eingeschätzt werden, Flüchtlinge und Islam. 71 Prozent sagen, dass man sich zur Flüchtlingsthematik nur mit Vorsicht äußern kann. Spätestens seit 2015 hat die Bevölkerung eine klare Vorstellung, was geschehen kann, wenn Konflikte in anderen Ländern, die sie weit entfernt wähte, eskalieren und Menschen die Existenzgrundlage entziehen. Die deutsche Bevölkerung ist im internationalen Vergleich gut informiert und weiß auch um das starke Bevölkerungswachstum in Afrika, mit dem das wirtschaftliche Wachstum dieses Kontinents nicht mithält. Daher hält die Mehrheit weitere Flüchtlingswellen für

wahrscheinlich. Diese Sorge spielt subkutan eine große Rolle, auch wenn sich die Erregung der Jahre 2015 und 2016 weitgehend gelegt hat. Geblieben ist der Eindruck, dass die Eliten die Sorgen der Bevölkerung nicht ausreichend ernst nehmen und sogar unter Verdacht stellen.

Genauso greift die Diskussion über die Rolle und den Umgang mit dem Islam die Besorgnis der Bevölkerung nur begrenzt auf und trägt dadurch zu einem Gefühl der Entfremdung bei, das heute nicht nur in Deutschland, sondern mehr noch in anderen Ländern das Verhältnis zu den Führungseliten beeinflusst.

Nach dem Empfinden der Bürger mutiert auch ein anderer Bereich zunehmend zum Tabugebiet: Vaterlandsliebe und Patriotismus. Vor gut zwei Jahrzehnten empfanden nur 16 Prozent Patriotismus als heikles Thema, vor anderthalb Jahrzehnten 26 Prozent, aktuell 41 Prozent. In den neunziger Jahren und noch am Beginn des vergangenen Jahrzehnts wurden Patriotismus, Weltoffenheit und die Unterstützung für Europa nicht in einem Spannungsverhältnis gesehen. So war die CDU/CSU für die Bevölkerung gleichzeitig Europa- und Nationalpartei, eine politische Kraft, die sich für die europäische Integration einsetzte und sich zugleich mit der Nation identifizierte. Auch hier ist sich die Bevölkerung jedoch nicht mehr so sicher, ob die Eliten mit ihrer überzeugten Unterstützung der europäischen Integration und in einer globalisierten Weltwirtschaft die Nation noch hochhalten. Die Erfolge von Politikern in Europa und den Vereinigten Staaten, die klar der Nation Priorität einräumen und dies als Positionierung gegen das „Establishment“ propagieren, sind ein Ergebnis dieses Misstrauens. Mit dem Aufkommen nationalistischer und gleichzeitig europakritischer Gruppierungen wurde Patriotismus immer mehr zu einem aufgeladenen, kontroversen Thema – auch weil Bürger zunehmend fürchten, als rechtsaußen zu gelten, wenn sie sich als Patrioten outen. Mittlerweile sagt ein Drittel der Bevölkerung, dass sich ein Politiker hüten sollte, Nationalstolz zu bekunden, wenn er sich nicht harten Angriffen aussetzen will.

Der öffentliche Raum wird ohnehin weitaus weniger mit Meinungsfreiheit assoziiert als der private Bereich. 59 Prozent der Bevölkerung ziehen die Bilanz, dass in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis Meinungen frei geäußert werden können. Im öffentlichen Raum sehen nur 18 Prozent eine vergleichbare Freiheit. So sind 62 Prozent überzeugt, dass ein Politiker mit harter Kritik rechnen muss, der äußert, der Islam habe in Deutschland zu viel Einfluss; in ihrem privaten Umfeld gehen dagegen nur 22 Prozent davon aus, dass diese Äußerung Anstoß erregen würde. Die Einschätzung, für Flüchtlinge würde in Deutschland zu viel getan, sehen 61 Prozent im öffentlichen Raum als riskant an, aber nur 31 Prozent im privaten Kreis.

Noch weniger als der öffentliche Raum wird das Internet als Ort der grenzenlosen Meinungsfreiheit gesehen. Zwar sind dort extreme politische Anschauungen dort überproportional vertreten, ebenso rüde Formen der Auseinandersetzung, die außerhalb des Internets kaum in dieser Ausprägung zu beobachten sind. Gerade das macht das Internet als Forum des politischen Meinungsaustauschs aber vielen suspekt und schreckt ab, sich dort zu exponieren. 17 Prozent sehen das Internet als eine Plattform, auf der man unbedenklich seine Meinungen vertreten kann; 36 Prozent haben dagegen den Eindruck, man solle sich dort bei vielen Themen besser zurückhalten. Diese Einschätzung nehmen 20 Prozent für den öffentlichen Raum und nur 4 Prozent für den eigenen privaten Kreis.

Political Correctness werde übertrieben, glauben viele

Bemerkenswert viele haben den Eindruck, dass sich bei Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit die soziale Kontrolle verstärkt sowie individuelle Äußerungen und Verhaltensweisen zunehmend unter Beobachtung stehen. Jeder zweite Bürger ist überzeugt, dass heute viel mehr darauf geachtet wird, wie man sich in der Öffentlichkeit verhält und was man sagt. 41 Prozent kritisieren, die Political Correctness werde übertrieben, 35 Prozent ziehen für sich sogar den Schluss, dass freie Meinungsäußerungen nur noch im privaten Kreis möglich sind.

Zu dem Eindruck, dass die Freiheitsspielräume im öffentlichen Raum kleiner werden, haben nicht nur unausgetragene Kontroversen über wichtige Entscheidungen beigetragen, sondern auch die Rigorosität, mit der bestimmte Sprachregelungen eingefordert werden. So finden es zwei Drittel der

Bevölkerung übertrieben, wenn statt der Begriffe Ausländer oder Ausländischstämmige umständlich von Menschen mit Migrationshintergrund gesprochen werden soll – ein Begriff, der für akademische Seminare, aber nicht für die Alltagssprache taugt. Der Mehrheit geht auch zu weit, dass immer mehr auf Genderneutralität geachtet wird, sei es durch die Einforderung, dass in Ansprachen immer die männliche und die weibliche Anrede zu verwenden ist, sei es durch Vorgaben für Stellenanzeigen, in denen nun durch ein Sternchen alle drei Geschlechter zu adressieren sind. Dies trifft quer durch alle Generationen und Bildungsschichten auf Unverständnis. Generell tut sich die Mehrheit mit der offiziellen Einführung des dritten Geschlechts schwer.

Völlig verständnislos reagieren die Bürger auf nachträgliche Korrekturvorschläge zu Texten, die sicherstellen sollen, dass sie heutigen Sensibilitäten und Normen entsprechen. Dass beispielsweise Astrid Lindgrens „Negerkönig“ in „Pippi Langstrumpf“ zum „Südseekönig“ mutieren müsste, um nach heutigen Maßstäben politisch korrekt zu sein, löst nur Kopfschütteln aus. 75 Prozent plädieren für die Beibehaltung der Originalversion, nur 14 Prozent votieren dafür, Begriffe, die heute als nicht mehr zeitgemäß oder beleidigend empfunden werden, auszutauschen. Das Verständnis für solche Forderungen ist in den letzten Jahren nicht gewachsen, sondern zurückgegangen. 57 Prozent der Bevölkerung „geht es auf die Nerven, dass einem immer mehr vorgeschrieben wird, was man sagen darf und wie man sich zu verhalten hat“. Überdurchschnittlich beklagt sich die ostdeutsche Bevölkerung, die noch relativ frische historische Erinnerungen an Reglementierung und Einengung hat.

Es macht einen großen Unterschied, ob eine Gesellschaft sich allgemein akzeptierten und für sinnvoll gehaltenen Normen unterwirft oder ob die Bürger den Eindruck haben, dass sie immer mehr beobachtet und bewertet werden und einem oft kleinteiligen Erziehungsprozess ausgesetzt sind – und sei es auch mit den besten Absichten. Zurzeit ist in der politischen Debatte viel von Respekt die Rede, wenn auch in einem anderen Kontext. Viele Bürger vermischen in dem Sinne Respekt, dass sie mit ihren Sorgen und Positionen ernst genommen werden wollen, dass über wesentliche Entwicklungen offen diskutiert wird und sie von erzieherischem Furor verschont bleiben.

Kiyaks Deutschstunde / 70 Jahre Grundgesetz:

Die Summe aus Schmerz, Scham und Schuld

Eine Kolumne von [Melj Kiyak](#)

Das Grundgesetz entstand auf den Trümmern der Menschlichkeit. Dabei wollten nach dem Zweiten Weltkrieg viele Deutsche vor allem eines: verdrängen.

22. Mai 2019, 12:24 Uhr [100 Kommentare](#)

Das ist eigentlich ein Wahnsinnsatz, den der Autor und Biograf des Grundgesetzes Christian Bommarius bei einem Gespräch ganz nebenbei fallen lässt. Man plaudert über die "1949er Stimmung" und die der Folgejahre. Dann sagt er: "Die Deutschen haben sich null für das Grundgesetz interessiert. Sie haben es nicht mal mitbekommen. Man war mit Wichtigerem beschäftigt. Mit Verdrängen."

Das ist ein ganz schöner Katastrophenbefund. Er aber meint, dass sei verständlich, nicht normal und auch nicht gesund, aber doch nachvollziehbar. Denn hätten sich die Deutschen mit dem Grundgesetz beschäftigt, ziemlich weit vorne, gleich nach der Präambel, mit Artikel 1, "Die Würde des Menschen ist unantastbar", hätten sie sich dafür umdrehen und nach hinten schauen müssen. Da waren der Holocaust, die Millionen Kriegstoten, die Verwüstung. Hätten sie nach hinten geschaut, wären sie sofort verrückt geworden. Er hat vermutlich recht. Hinten lag der Wahnsinn. Ein Irrweg, der aus der immensen Kraftanstrengung bestand, die Würde des Menschen nicht nur fortwährend angetastet, sondern das Menschsein an sich ruiniert zu haben. Sich freiwillig mit einer neuen Verfassung zu beschäftigen, hätte eine Konfrontation mit der eigenen Verfassung bedeutet.

Es gibt keine Stunde Null. Die Stunde Null ist die Summe aus Vergessenwollen. Und das Vergessenwollen ist die Summe aus Schmerz, Scham und Schuld. Artikel 1 entstand nicht deshalb, weil man einen poetischen Textanfang benötigte. Er entstand auf den Trümmern der Menschlichkeit. Und die Deutschen interessierten sich nicht die Bohne für das größte Geschenk, das man ihnen machen konnte. Stattdessen schwärmten sie, befragt nach ihren Erfahrungen in den Nachkriegsjahren von den Kaugummis der Amis und der Schokolade der Franzosen. Vielleicht war es auch ein Glück, dass die Deutschen sich in den Entstehungsprozess des Grundgesetzes nicht einmischten. Die Mehrheit unter ihnen hätte sich für den Einheitsstaat und die Beibehaltung der Todesstrafe entschieden. Sie bekamen aber Föderalismus statt Fallbeil.

Bitte keine Geschichtsreferate

Macht man sich zur Aufgabe über das Grundgesetz etwas nachzudenken, fällt es schwer, sich ausschließlich mit der Frage nach dem Heute zu befassen. Das tut man ja ganz gerne. An die Geschichte erinnern zu wollen, aber bitte keine Chronologie der Ereignisse! Bitte keine Geschichtsreferate!

Das Heute knüpft aber an das Gestern an. Dann begreift man die Wahlergebnisse der Bundestagswahl von 2017 eben nicht als überraschende Naturkatastrophe, sondern kann darin eine Folge der "1949er Stimmung" vermuten. Die alte Ignoranz gegenüber der neuen Gesellschaftsordnung wächst sich offensichtlich nicht einfach raus. Wer heute noch rechtsextreme Parteien wählt, die nachweislich die demokratischen Institutionen angreifen, wer die Gewaltenteilung in Frage stellt, oder schlimmer, zu unterwandern versucht, wer Menschen und ihre Grundrechte wieder hierarchisiert, der hat das Grundgesetz eben nicht automatisch verinnerlicht.

Das Grundgesetz ist auch ein Erziehungsleitfaden. Der Geist, von dem oft die Rede ist, besteht daraus, den Anderen als gleichwertig zu betrachten. Es soll ein rücksichtsvolles Deutschland werden. Der Anspruch hat natürlich mit dem Autorenkollektiv zu tun, der diesen Text schrieb. Es handelte sich beim Parlamentarischen Rat um Oppositionelle, Inhaftierte, einige waren während der Nazijahre im Exil, sie waren alles Mögliche, nur keine Nazis. Das ist für den Werkcharakter wichtig.

Was für den einzelnen Denker gilt, gilt ebenso für Gemeinschaftswerke. Jeder Autor weiß darum: Alles Schreiben enthält auch das eigene Leben. Die Erfahrung schreibt immer mit. So gesehen liegt dem Grundgesetz ein unsichtbares Netz zugrunde, das aus dem Widerstandsgeist, den Distanzierungsversuchen, der inneren oder äußeren Immigration während der Nazijahre seiner Autoren entsteht.

Es ist ein Text. Aber er trägt 65 Handschriften und Biografien. Zwei Juden schreiben ebenfalls mit: Walter Strauß (CDU) und Rudolf Katz (SPD). Allerdings war es zu jener Zeit unüblich, sich als Jude zu bekennen. Zumal Katz 1930 aus der Gemeinde austrat. Trotzdem ist man erleichtert im Parlamentarischen Rat wenigstens zwei jüdische Deutsche zu wissen, weil es andernfalls – aus heutiger Sicht - ein seltsamer Beginn wäre.

Gibt es "Demokratiemüdigkeit"?

Man liest das Grundgesetz wie eine Art Schulbuch der Demokratie, dessen Ziel darin besteht, eine Gemeinschaft mit gleichen Rechten für alle zu schaffen. Christian Bommarius hat auch dazu etwas gesagt: "Das Grundgesetz verordnet den Deutschen einen Lernprozess." Mit anderen Worten. Die Artikel sagen: Das hat so zu sein!

Aber nicht nur. Tatsächlich funktioniert das Regelwerk wie ein Fortsetzungsroman mit Bürgerbeteiligung. Nicht jeder politische Diskurs schafft es als Änderung in den Gesetzestext und nicht alles wird von den Deutschen als groß und wichtig erachtet. Von den über sechzig Änderungen sind es vielleicht eine Handvoll Ergänzungen, die die Gesellschaft überhaupt mitbekam. Die Strafbarkeit von Homosexualität wurde abgeschafft, auch Frauen wurden über die Jahrzehnte bessergestellt. Asylsuchende hingegen waren im Ursprungstext besser dran: Jahrzehnte später bekam der Artikel 16 ein Anhängsel, der das Recht auf politisches Asyl wieder stark einschränkte. Diese drei Vorgänge wurden am heftigsten umkämpft. Man leitet daraus ab: Dort, wo die Interessengruppen sich organisieren können, gelingt es ihnen, den Text zu verändern. Dort, wo Menschen keine Lobby haben, kann es passieren, dass sie mit den Jahren in ihren Rechten sogar beschnitten werden.

Es gibt den Begriff der "Demokratiemüdigkeit", mit dem man erklären will, warum Bürger in Deutschland rechtsaußen wählen. Demnach geschieht das aus Erschöpfung. Als seien sie defensive, schwache Opfer, die aus Versehen die Demokratie aushöhlen. In dieser Lesart steckt der Versuch, den "einfachen Bürger", der immer noch (oder schon wieder) mit dem Grundgesetz fremdelt, gesellschaftspolitisch und moralisch zu resozialisieren. Selbst bei Parteien, die offensichtlich das Grundgesetz in ihrem Reden missachten, hat man Skrupel, sie als das zu benennen, was sie sind, nämlich Verfassungsfeinde. Das Grundgesetz ist kein in Beton gegossener unbeweglicher Monolith. Das Grundgesetz ist ein starker, aber auch ein beweglicher Text. Wenn die Mehrheit der Deutschen das Grundgesetz in seiner jetzigen Form achtet und respektiert und sich nach mehr Demokratie und Gleichheit sehnt, ist diese Beweglichkeit ein Vorteil. Andernfalls wäre andernfalls.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/warum-frankreich-zu-den-fuenf-attraktivsten-wirtschaftsstandorten-der-welt-zaehlt-16200986.html?premium>

WIRTSCHAFTSSTANDORT:

Zeit für ein neues Frankreich-Bild

- VON CHRISTIAN SCHUBERT, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 24.05.2019-06:35



Das Nachbarland wandelt sich: Präsident Macron will jetzt auch die Zentralisierung abbauen. Der Unternehmergeist greift um sich. Eine Neubewertung ist geboten.

Frankreich gehört heute zu den fünf attraktivsten Wirtschaftsstandorten der Welt. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der amerikanischen Beratungsgesellschaft A.T. Kearney unter internationalen Investoren. Seit die Studie vor zwanzig Jahren erstmals erstellt wurde, war Frankreich noch nie in der Gruppe der fünf Spitzenländer vertreten. Sie wird heute angeführt von den Vereinigten Staaten, gefolgt von Deutschland, Kanada und Großbritannien. Frankreich, das im Vorjahr noch auf dem siebten Platz rangierte, zog nun an Japan und China vorbei. China fällt auf den Rang sieben zurück. „Das Vertrauen in die französische Wirtschaft nimmt seit der Wahl von Emmanuel Macron im Jahr 2017 kontinuierlich zu. Auch die Bewegung der ‚Gelbwesten‘ hat daran nichts geändert“, sagt Xavier Mesnard, ein Partner im Pariser Büro von A.T. Kearney. Die Investoren schätzten die Erleichterungen im französischen Arbeitsrecht, das Bemühen um eine allgemeine Vereinfachung der Regulierung sowie die Senkung der Gewinnsteuern auf Unternehmen, berichtet Mesnard. Dazu passt die jüngste Meldung vom Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosigkeit sinkt zwar nur langsam, doch mit 8,7 Prozent ist sie auf dem niedrigsten Stand seit zehn Jahren angekommen. Ohne die Überseegebiete sind es 8,4 Prozent.

Der Macron-Effekt ist unbestreitbar, der Präsident gilt in seiner Politik zugunsten der Unternehmen weiterhin als glaubwürdig. Den Ausgangspunkt dieses Weges könnte man allerdings auch schon früher ansetzen, nämlich im Jahr 2012, als der sozialistische Präsident François Hollande mit umfangreichen Steuersenkungen für die Wirtschaft eine „Politik des Angebots“ einleitete, wie er sagte. Sie blieb in vielerlei Hinsicht unvollständig, doch sie markierte eine Wende. Oft kam es nach etwa zwei Jahren in den französischen Präsidentschaftsmandaten zu Kurswechseln. Ist das auch bei Emmanuel Macron nach der „Gelbwesten“-Bewegung der Fall?

Kein Entkommen vor den sozialen Protesten

Die internationalen Investoren und auch viele französische Ökonomen denken anders: „Frankreich entkommt nicht den sozialen Protesten, doch sie bleiben relativ eingegrenzt. Die Regierungsfähigkeit ist nicht in Frage gestellt, es gibt keine Blockade im Parlament. Wenn man das mit anderen Ländern wie Spanien, Italien oder Großbritannien vergleicht, erscheint Frankreich in Europa heute wie eine Insel der Stabilität“, sagt Xavier Timbeau, Ökonom beim Pariser Beratungsinstitut OFCE. Seine Kollegin Agnès Bénassy-Quéré von der Paris School of Economics ergänzt: „Man kann es ja auch so sehen: Die ‚Gelbwesten‘-Bewegung und Macrons Antwort darauf stellen die Kosten seiner Reformpolitik dar. Solche Reformen sind nie umsonst zu haben. Denken Sie an Gerhard Schröder zurück, der für seine Agenda 2010 auch das Defizit in die Höhe schnellen ließ.“ Etliche ihrer Kollegen

kritisieren Macron zwar dafür, dass er nun teilweise wieder auf die alten Mittel der Nachfrage-Politik setzt, um die „Gelbwesten“-Protestler zu beruhigen, doch sie erwarten insgesamt eine Fortsetzung seines Reformkurses. Solche Signale sollten dazu beitragen, auf deutscher Seite mit veralteten Klischeevorstellungen über Frankreich Schluss zu machen: Das Land sei überzentralisiert, die Wirtschaft nur vom Staat gelenkt, kurzum: Frankreich sei „das Problem in Europa“, meint etwa der deutsche Ökonomie-Professor Roland Vaubel.

Die deutsche Kritik an Macron rührt weitgehend aus seinen europapolitischen Ideen. In der Tat hält der Präsident einen doppelten Diskurs: In Frankreich predigt er Eigenverantwortung, in Europa will er dagegen Umverteilung und Vergemeinschaftung. Im Angesicht des Rassemblement National (früher Front National) meint er, den Franzosen auf der europäischen Ebene etwas Positives bieten zu müssen – also Schutz. Konkurrenz und Eigeninitiative auch in Europa führte nur zu Überforderung. Zudem glaubt er unter diesen Prämissen nicht an ein Zusammenwachsen der europäischen Länder.

Jenseits Macrons Europapolitik empfiehlt sich jedoch ein gründlicher Blick auf den innerfranzösischen Wandel. Denn in erster Linie entscheidet sich die Frage der Wettbewerbsfähigkeit auf Ebene der Nationalstaaten. Und hier tut sich mehr, als viele denken.

Ohne Zweifel ist Frankreich ein Zentralstaat, Macron hatte ihn zunächst sogar verschärft, indem er etwa mit der Abschaffung der Wohnsteuern den Kommunen ein wichtiges Instrument wegnahm. Doch die „Gelbwesten“-Proteste haben ihn zur Ankündigung erheblicher Dezentralisierungs-Schritte veranlasst. Die Senkung der Höchstgeschwindigkeit auf 80 Stundenkilometer soll künftig den Departements überlassen werden. In der Berufsausbildung schmälert die Regierung den Einfluss der öffentlichen Hand – in diesem Fall der Regionen – und räumt den Unternehmen mehr Raum ein. „Das ist eine der wichtigsten Reformen überhaupt. Ich erwarte sehr viel davon“, sagt die Ökonomin Bénassy-Quéré. Ohnehin leisten in Frankreich 70 Prozent der öffentlichen Investitionen die Regionen, Departements oder Kommunen, nicht der Zentralstaat. Als Herausforderung sieht Bénassy-Quéré weniger die Stärke des Zentralstaates, sondern die Kompetenz-Vermischung der verschiedenen Ebenen.

Vom Zentralstaat indes quasi automatisch eine staatsgelenkte Wirtschaft abzuleiten vermittelt für Frankreich das falsche Bild. „In einem Großstaat hat der Herrscher mehr Macht über die Bürger als in einem kleinen Fürstentum“, schreibt Vaubel. „Das erklärt die extrem hohe Steuer- und Staatsausgabenquote, das dichte Netz der staatlichen Regulierungen, die Planification, das generelle Misstrauen gegenüber dem Markt und die Ablehnung des Wettbewerbs zwischen staatlichen Institutionen.“

Unternehmen sind meist privatisiert

Das Frankreich von heute sieht jedoch anders aus: Die „Planification“ gibt es längst nicht mehr. Die meisten Unternehmen sind privatisiert; wenn der Staat noch Minderheitsanteile bewahrt, dann hält er sich mit Eingriffen meist zurück. Nur wenn ein Fall öffentlichkeitswirksam in die Medien gerät, steht die Regierung unter Druck einzugreifen. Hier kommen sicherlich kulturelle Unterschiede zu Deutschland zur Wirkung, doch sie verdecken, dass die französische Wirtschaft in der breiten Masse heute eine private Veranstaltung ist. Rechnet man alle deutschen Betriebe in kommunalem Besitz hinzu, dann gibt es in Deutschland mehr Unternehmen in öffentlicher Hand als in Frankreich. Dort wurden viele kommunale Aufgaben auf private Konzerne wie Veolia und Suez ausgelagert.

Wenn die französischen Großunternehmen heute noch staatsgelenkte Konzerne wären, könnten sie dann weltweit so erfolgreich sein? Im globalen Fortune-500-Index der umsatzstärksten Konzerne der Welt finden sich 28 börsennotierte Unternehmen aus Frankreich, doch nur 20 Vertreter aus Deutschland. Die französische Regierung will sogar die Pariser Flughäfen privatisieren. Zum einen kann sie das Geld gut brauchen, zum anderen meint sie, dass Unternehmen, die einen Großteil ihrer Einnahmen aus Einzelhandelsflächen erzielen, nicht der öffentlichen Hand gehören sollten. In Deutschland will man so weit nicht gehen, das liberale Großbritannien verfolgt diesen Weg dagegen schon. „Frankreich bewegt sich seit geraumer Zeit. Das Land ist vielschichtiger, als viele in

Deutschland denken. Das sollte zur Kenntnis genommen werden“, sagt Professor Henrik Uterwedde vom Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg.

Frankreichs Wandel schlägt sich in internationalen Studien zunehmend nieder. Die Forschungsorganisation Gedi (Global Entrepreneurship and Development Institute) führt Frankreich unter den Ländern mit einer hohen Qualität des Unternehmertums und einem günstigen Umfeld weltweit auf Rang zehn auf. Deutschland liegt fünf Plätze weiter zurück. Produkt- und Prozessinnovationen sowie die Verfügbarkeit von Risikokapital schätzen die Forscher bei Frankreich besonders hoch ein. Die gewachsene Start-up-Kultur ist eine Keimzelle dieser Entwicklung. So gibt es in Paris das (privat finanzierte) Gründerzentrum „Station F“, das sich mit mehr als 1000 dort beheimateten Start-up-Unternehmen als größte Einrichtung dieser Art der Welt bezeichnet. „In den Hochschulen für Wirtschaft oder Ingenieurwesen wimmelt es nur so von jungen Leuten, die ihr eigenes Unternehmen gründen wollen. Das war in meiner Studienzeit noch anders. Da wollten die meisten bei einem großen Konzern einsteigen oder in den öffentlichen Dienst. Es ist heute auch recht einfach, Startkapital für eine Gründung zu erhalten“, berichtet die 53 Jahre alte Ökonomie-Professorin Bénassy-Quéré. Die französischen Management-Schulen, die in den internationalen Vergleichen zu den besten der Welt gehören, haben daran ihren Anteil.

Ein protektionistisches Land

Man kann Frankreich auch nicht mehr als protektionistisches Land bezeichnen. 20.000 Unternehmen aus dem Ausland beschäftigen dort rund zwei Millionen Menschen, sie tragen zu 19 Prozent zum Gesamtumsatz der Unternehmen bei, stellen ein Drittel der französischen Ausfuhren sicher und stehen für rund 28 Prozent der Forschung und Entwicklung des Landes. Die Unternehmen des Börsenindex CAC-40 befinden sich zu mehr als 40 Prozent in ausländischer Hand.

Die Politiker-Worte sind dabei oft das eine – die Realität in der Wirtschaft das andere. Nicht umsonst ist „Entrepreneur“ ein französisches Wort. In der französischen Geschichte dominierte lange Zeit der Colbertismus, der seit dem Sonnenkönig Ludwig XIV. als französische Spielart des Merkantilismus den Staat zu einem Hauptakteur in der Wirtschaft machte. Doch es gab auch immer Gegenkräfte, die für einen gewissen Ausgleich sorgten. Sie setzten in den ersten Jahren der Französischen Revolution nicht nur Freiheit für die Bürger, sondern auch für das Gewerbe durch, während in den deutschen Kleinstaaten noch die Leibeigenschaft herrschte. Bürgerrechte, gesichert im „code civil“ von Napoleon, waren davon eine Folge. Französische Denker waren Miterfinder des Liberalismus, auch wenn dieser meist den Angelsachsen zugeschrieben wird. Frühe Gelehrte wie Boisguilbert, Turgot, Montesquieu und Tocqueville sowie Jean-Baptiste Say trugen dazu bei. Im 19. Jahrhundert war Frankreich weitgehend ein liberales Land. Als Bismarck in Deutschland die Sozialversicherung einführte, lehnte dies Frankreich zunächst als „sozialistisch“ ab. Die französische Sozialversicherung entstand erst viel später im 20. Jahrhundert. Vor allem die beiden Weltkriege und nach 1945 das Bündnis von Gaullisten und Kommunisten, dessen Grundlage in der Résistance entstand, brachten Schübe staatlicher Expansion.

Dennoch finden sich heute viele liberale Elemente, etwa im Alltag: Die Öffnungszeiten im Einzelhandel sind lockerer als in Deutschland. Ein öffentliches Bankenwesen mit Landesbanken und Sparkassen kennt Frankreich nicht. Die Wirtschaft finanzieren vor allem private Banken, die in der großen Mehrzahl finanziell gut dastehen. So verdient das Nachbarland heute eine frische Bewertung: „Frankreich-Bashing hat den Deutschen noch nie geholfen, und nach dem Brexit hilft es erst recht nicht. Deutschland und Europa brauchen Frankreich heute mehr denn je – und umgekehrt“, sagt der Frankreich-Kenner Uterwedde.

https://www.lemonde.fr/international/article/2019/05/24/les-tabous-de-l-allemande-a-l-epreuve_5466318_3210.html

Les tabous de l'Allemagne mis à l'épreuve

Par [Christophe Ayad](#)

REPORTAGE Réservé à nos abonnés

Publié hier à 06h30, mis à jour hier à 20h53

Europe : la démocratie en crise 5|6. Après les agressions sexuelles de 650 femmes à Cologne en 2015 par des hommes originaires du monde arabe, le débat s'est déplacé de l'accueil des réfugiés à la compatibilité entre l'islam et la culture allemande.

Jusqu'ici, tout se passait bien. Le conférencier conférençait, la modératrice modérait, le public écoutait. Jusqu'à ce que trois policiers, deux hommes et une femme, se dirigent droit vers les deux jeunes Africains, les seuls Noirs de l'assistance. Emmenés à l'écart, les deux lascars à casquette ont dû se prêter, jambes écartées, à une longue fouille au corps. Même l'intérieur des casquettes, mêmes les chaussures. Rien. Puis à un examen attentif de leurs papiers. Rien non plus. Les deux jeunes Guinéens repartent en maugréant.

Pendant l'incident, le débat public, organisé par les Verts allemands, le 16 mai, sur la place Ebert, au centre de Cologne, a continué dans une ambiance gênée et un peu fébrile. Mais personne n'a tourné la tête pour s'enquérir du sort des jeunes hommes, personne n'a protesté contre ce contrôle au faciès. Le malaise n'en était que plus grand sur cette place connue à Cologne pour être aussi un lieu où la drogue circule et où les contrôles sont fréquents. Comment concilier l'engagement pour une conception généreuse du droit d'asile et de l'accueil des migrants d'un côté et l'indifférence affichée envers les deux jeunes Africains de l'autre ?

Cette apparente « schizophrénie » est une des séquelles laissées par la fameuse nuit du 31 décembre 2015 à Cologne, qui a fait basculer l'Allemagne de l'euphorie vers la suspicion, voire l'hostilité, envers les réfugiés. Durant cette nuit du Nouvel An, plusieurs centaines d'agressions sexuelles, de violences et de vols ont été commis, essentiellement par des hommes originaires du Maghreb et du Moyen-Orient. En bref, Cologne a marqué la fin du « *Wir schaffen das* » (« On y arrivera ») d'Angela Merkel et le réveil des démons identitaires dans l'un des derniers pays de l'Union européenne qui avait réussi à les tenir à distance.

« Elle était très seule »

En fait, les choses ne sont pas si simples. En Allemagne, le tableau se peint plus souvent en nuances de gris qu'en noir et blanc. Pour comprendre, il faut revenir à l'année 2015, qui est censée avoir changé le visage de l'Allemagne. Alors que la question migratoire ne cesse de monter dans toute l'Europe en raison de la hausse continue des arrivées, elle passe soudainement au second plan en juillet, avec la crise grecque et la menace d'une sortie d'Athènes de l'euro. En août, elle éclate au grand jour lorsque la Hongrie, au cœur de la route des Balkans, décide de fermer la gare de Budapest. Des colonnes de réfugiés se forment et partent à pied vers l'Autriche, dans l'espoir de rejoindre l'Allemagne et la Suède, vues comme plus accueillantes.

« Je vous laisse imaginer ce qu'on aurait dit de l'Allemagne si Angela Merkel avait décidé de fermer la frontière »

« La question qui s'est posée à Angela Merkel, raconte un de ses proches, était de laisser la frontière ouverte ou d'imposer des contrôles renforcés. Je vous laisse imaginer ce qu'on aurait dit de l'Allemagne si elle avait décidé de fermer la frontière. » La chancelière tranche seule et rapidement. « *Wir schaffen das* », répond-elle lorsqu'on lui demande, lors de sa conférence de presse

de rentrée, comment va se passer l'accueil d'un million de candidats à l'asile, selon les projections du ministère de l'intérieur. Sans se douter que la formule, popularisée par ses opposants, deviendra un symbole.

Il est difficile de déterminer les raisons profondes du choix d'une chancelière qui se livre très peu dans les médias. Ses proches en citent plusieurs : le souci de l'image du pays, l'attachement de l'ex-Allemande de l'Est au droit d'asile et celui de la fille de pasteur à la morale protestante. On ne peut s'empêcher de penser qu'elle a voulu adoucir son image, sérieusement écornée en Europe lors de la crise financière grecque. Il faut aussi se souvenir qu'en juillet Angela Merkel s'était attiré les foudres des commentateurs et de l'opinion pour avoir répondu à la télévision à une jeune Palestinienne, qui lui demandait pourquoi elle et sa famille ne pouvaient pas avoir de papiers, que l'Allemagne ne pouvait pas accueillir tout le monde. « *L'inhumanité qu'on lui a prêtée l'a blessée, confie un proche, alors qu'elle s'était refusée à mentir par démagogie.* » Cette décision d'ouvrir la frontière austro-allemande a en fait arrangé tout le monde en Europe, en donnant aux réfractaires une bonne occasion de ne rien faire. « *A vrai dire, elle était très seule, explique une source proche de la chancellerie. Elle a pris ses responsabilités.* »

« Un effort considérable »

S'il y a un endroit en Allemagne où l'on ne s'est pas posé de questions quand il s'est agi d'accueillir les réfugiés, c'est à Cologne. La ville rhénane, fondée il y a deux millénaires par les Romains, a vu passer conquérants et marchands. Elle se targue d'héberger 180 nationalités et a toujours su tirer profit des brassages : elle doit à des huguenots français, chassés par les persécutions catholiques, certains de ses meilleurs crus de vin blanc et de ses plus prestigieuses maisons d'eau de Cologne.

En vertu des clés de répartition des réfugiés dans le pays, la ville, qui compte un peu plus d'un million d'habitants, a accueilli quelque 14 000 migrants. « *Nous n'étions pas préparés à un tel afflux, se souvient Angela Spizig, qui était à l'époque maire adjointe de la ville. Cela a représenté un effort considérable.* » « *La société civile et la mairie ont travaillé main dans la main* », se souvient Claus-Ulrich Prölss, qui dirige le Conseil des réfugiés, une ONG active dans le domaine de l'asile depuis 1985. La mairie a logé 2 500 personnes dans des hôtels.

Pour calmer toute contestation, la mairie de Cologne a organisé des dizaines de réunions de quartiers : « *Les gens ont bien réagi, se félicite Andreas Wolter, maire adjoint Vert de la ville. Ils rentraient chez eux en disant : "OK, c'est une situation exceptionnelle, mais on va faire face."* Dans certains quartiers, les habitants nous proposaient plus de couchages que nos besoins. » A cette époque, en septembre-octobre, le pays se laisse gagner par une forme d'euphorie. Certains vont jusqu'à faire de la « *Willkommenskultur* » (« culture de l'accueil ») un pilier de l'identité de cette « nouvelle » Allemagne, pacifique, généreuse et plaçant les droits de l'homme au centre de son identité et de son action extérieure.

« Une question de principe »

« *Il n'a jamais été dans l'idée de la chancelière de redéfinir l'identité allemande, assure un familier. Pour elle, c'est une question de principe et de droit : quand le droit d'asile s'applique, il faut l'appliquer. C'est tout. Mais elle reste une pragmatique avant tout.* » Une pragmatique qui n'aime pas se déjuger. Jamais la chancelière n'a exprimé de regret sur sa gestion de la crise des réfugiés, alors que son attitude a largement évolué.



Revenons à 2015. Au milieu de l'euphorie, une partie de la classe politique renâcle. En particulier dans la famille politique de la chancelière. Horst Seehofer, le ministre-président de la riche Bavière et chef de la CSU, la formation jumelle de la CDU d'Angela Merkel, est le plus critique. Son Land est en effet en première ligne des arrivées, qui se font principalement dans la ville-frontière de Passau et à la gare de Munich. « *Il a voulu montrer le visage d'une Allemagne débordée* », se souvient avec agacement un proche de la chancelière.

Au sein de la CDU aussi, certains se méfient du réveil du mouvement Pegida, qui avait organisé des manifestations nocturnes hebdomadaires à Dresde à l'automne 2014 contre « l'islamisation » du pays. Le ministre de l'intérieur, Thomas de Maizière, considéré comme trop tiède, est écarté du dossier des réfugiés par la chancelière au profit de Peter Altmaier, fidèle parmi les fidèles, chargé d'un superposte de coordination des politiques d'accueil. Tout manque en effet – les lits, les traducteurs –, et les procédures administratives sont défailtantes. Ce joyeux désordre effraie une partie silencieuse et invisible de l'opinion.

Une opposition radicale

Mais il y a plus grave. Une opposition radicale se fait jour. Le 17 octobre 2015, la veille de l'élection municipale de Cologne, la candidate favorite, l'indépendante Henriette Reker, est attaquée au couteau par un chômeur de Bonn, âgé de 44 ans et ancien membre d'une formation d'extrême droite. Il voulait « protester » contre la politique d'accueil des réfugiés. Blessée à la gorge et au ventre, Henriette Reker est élue et, une fois rétablie, prend la tête d'une coalition CDU-Verts à laquelle s'ajoute un petit parti libéral. Dans l'est du pays, les attaques de foyers d'accueil de réfugiés se multiplient. D'autres s'inquiètent, au fur et à mesure que les enquêtes sur les attentats du 13 novembre 2015 à Paris et Saint-Denis révèlent qu'un certain nombre de terroristes sont entrés en Europe à la faveur de la vague d'arrivée de migrants de l'été.

Mais l'Allemagne se croit préservée. Merkel dispose encore de 70 % de soutien. « *C'était typiquement allemand cette hystérie. On s'enthousiasme pour quelque chose, puis on se lasse et, quelques mois plus tard, on brûle ce qu'on adorait* », lâche un peu narquois Claus-Ulrich Prölss, qui, en vingt-cinq ans de travail dans le domaine de l'asile, a eu le temps de se méfier des engouements temporaires.

« Pour la première fois en Europe, on a subi ce qui se passait sur la place Tahrir pendant la révolution égyptienne »

Il n'a pas fallu attendre longtemps pour que l'euphorie retombe. Le 31 décembre 2015, de nombreux hommes seuls, originaires du Maghreb et du Proche-Orient, convergent vers Cologne. A peine arrivés, ils envahissent le parvis de la magnifique cathédrale gothique, le monument le plus visité d'Allemagne. Un indescriptible désordre s'installe. Des pétards sont jetés sur la façade du bâtiment. Des groupes d'hommes éméchés s'en prennent aux femmes. « *Pour la première fois en Europe, on a subi ce qui se passait sur la place Tahrir pendant la révolution égyptienne*, raconte Alice Schwarzer, figure historique du féminisme allemand et fondatrice du magazine *Emma*. *Nous avons déjà un problème de violence masculine dans ce pays, comme partout, mais, cette nuit-là, ce qui s'est passé était assumé, public, sans complexe.* » Il faudra plusieurs jours pour que la vérité éclate.

Des suites judiciaires limitées

« *Le plus grave*, explique Angela Spizig, *c'est que la police a essayé de camoufler les choses en mentant.* » Le quotidien *Bild*, dans un entretien avec un haut fonctionnaire de police, dévoile que les autorités policières ont reçu des instructions strictes de ne pas signaler aux journalistes les infractions commises par les réfugiés, suscitant la colère de l'opinion. Le chef de la police, affilié au Parti social-démocrate (SPD) et relevant du Land de Rhénanie-du-Nord-Westphalie, est rapidement limogé. Mais l'image du parti, déjà entachée par des années de malversations dans une région qui a longtemps été son fief, sera durablement ternie. Le SPD perdra d'ailleurs les élections régionales de 2017 au profit des conservateurs de la CDU.

« La plupart des responsables politiques n'ont pas trouvé les bons mots ni le bon moment pour réagir »

La maire de Cologne, Henriette Reker, se fait brocarder pour avoir déclaré, lors d'une conférence de presse, que les femmes devaient observer une certaine distance, d'au moins « *la longueur d'un bras* », envers les « *jeunes inconnus* » qu'elles pourraient croiser. « *La plupart des responsables politiques n'ont pas trouvé les bons mots ni le bon moment pour réagir*, regrette Angela Spizig. *Moi-même, j'ai eu un moment d'hésitation où je ne voulais pas y croire. Quant à Merkel, c'est à la fois sa force et sa faiblesse que de ne pas montrer ses émotions.* » « *Ce que les gens n'ont pas supporté*, analyse rétrospectivement Andreas Wolter, *c'est que les autorités ont perdu le contrôle, comme lors de la crise financière de 2009. Le sol s'est dérobé sous leurs pieds.* »

Un rapport détaillé de la police fédérale révélera, à l'été 2016, qu'au final 650 femmes ont été agressées sexuellement cette nuit-là à Cologne – 1 200 à l'échelle de tout le pays, des troubles ayant aussi touché Hambourg, Düsseldorf, Stuttgart et d'autres villes allemandes. Le nombre d'agresseurs est évalué à plus de 1 500. Selon les autorités, la plupart des suspects sont originaires d'Afrique du Nord (surtout du Maroc) et la moitié de ceux qui ont été identifiés étaient en Allemagne depuis moins d'un an, confirmant ainsi que de nombreux Maghrébins avaient profité de la vague migratoire pour venir en Europe. L'enquête confirme aussi un problème récurrent et propre à toute l'Europe : l'existence d'une délinquance en bande de jeunes migrants sans attaches, souvent originaires du Maroc ou d'Afrique subsaharienne. En revanche, les suites judiciaires ont été très limitées : deux mises à l'épreuve, un procès qui s'est terminé par un acquittement et un autre par une condamnation à 21 mois de prison.

Une bataille de valeurs

Après la nuit de Cologne, l'Allemagne a basculé d'un coup dans un débat sur l'intégration : la question ne porte plus sur la capacité du pays à accueillir des réfugiés en grand nombre, mais sur la compatibilité entre l'islam et la culture allemande. Alice Schwarzer publie dès le printemps 2016 un petit ouvrage qui fait polémique, *Der Schock. Die Silvesternacht in Köln* (« Le choc. La nuit de la Saint-Sylvestre de Cologne », non traduit), qui intègre le texte controversé publié par l'écrivain Kamel Daoud à la même époque en France. Le pays se divise et Alice Schwarzer est taxée de raciste par une partie de la gauche. Accusation injuste car elle a toujours pris soin de distinguer islam et islamisme, et son intérêt pour le monde arabe l'a amenée à effectuer un long séjour en Algérie pour en tirer un beau livre retraçant la vie d'une famille sur trois générations (*Ma famille algérienne*, éditions de L'Observatoire, 192 pages, 18 euros).

Le pays est engagé dans une féroce bataille de valeurs, où le traditionnel clivage gauche-droite se brouille. S'y mêlent la place de la religion, le statut des femmes, le rapport au passé, le nazisme, Israël, ainsi que la place de l'Allemagne dans le monde. Les propos plus que douteux du couturier Karl Lagerfeld, dans l'émission de Thierry Ardisson, sur C8, résumant bien la confusion des esprits : « *Regardez la France, qui est le pays des droits de l'homme, ce qui n'a pas empêché la colonisation, ils prennent 10 000 ou 20 000 [migrants]. Elle [Angela Merkel] en avait déjà des millions et des millions, qui sont bien intégrés, qui travaillent, c'est très bien, car la démographie là-bas est un peu descendante. Mais elle n'avait pas besoin de se taper un million en plus pour se donner une image charmante, après l'image de marâtre qu'elle s'était donnée dans l'histoire de la crise grecque. On ne peut pas, même s'il y a des décennies entre, tuer des millions de juifs pour faire venir des millions de leurs pires ennemis après. Je connais quelqu'un en Allemagne qui a pris un jeune Syrien, qui parlait un peu anglais. Au bout de quatre jours, vous savez ce qu'il a dit à la dame ? "La meilleure invention de l'Allemagne, c'est l'Holocauste".* »

Pour compliquer le tout, Vladimir Poutine souffle sur les braises. Les médias russes montent en épingle le prétendu viol d'une adolescente allemande d'origine russe de 13 ans par des migrants. Accréditée par le ministre des affaires étrangères russes, Sergueï Lavrov, relayée sur les réseaux sociaux, l'affaire se révélera un mensonge. Trop tard, le mal est fait, notamment auprès des Allemands russophones, plus sensibles aux thèses de l'extrême droite. Cette dernière ne se prive pas d'instrumentaliser tous les faits divers commis par des étrangers – quitte parfois à en inventer –, comme l'assassinat d'une jeune Allemande par son ex-petit ami afghan dans le village de Kandel, près de la frontière française, en décembre 2017. Ou encore la mort d'un Allemand à la suite d'une dispute avec des migrants, à Chemnitz en août 2018, qui a été suivie de manifestations d'extrême droite et de scènes de « chasse aux migrants ».

Tarissement du flux de migrants

A la chancellerie, on reconnaît que la nuit de Cologne a été un tournant et qu'elle a fait perdre au gouvernement le contrôle de la « narration ». « *Avant même l'établissement des faits, le jugement public était établi* », regrette une source proche. Angela Merkel, consciente que le pays est sous pression, accélère le pas pour tarir le flux de migrants. « *Dès le début, le gouvernement a tout fait pour restreindre le droit d'asile, accuse Claus-Ulrich Prölss. En moins de quatre ans, nous en sommes à une vingtaine d'amendements, décrets ou lois destinés à restreindre l'asile.* » Surtout, la chancelière conclut dès la fin de l'hiver 2016 un accord avec le dirigeant turc, Recep Tayyip Erdogan, pour qu'il retienne les migrants dans son pays, toujours sans consultation avec ses partenaires européens. Les arrivées se tarissent, mais peu importe : la querelle politique est ouverte.

« Angela Merkel estime qu'on ne peut pas limiter à l'avance un droit, l'asile, qui est individuel et inaliénable »

Horst Seehofer, à la CSU, ne cesse d'insister auprès de la chancelière pour qu'elle fixe un plafond (*Obergrenze*) annuel au nombre de réfugiés accueillis par le pays. Angela Merkel s'y refuse catégoriquement, ce qui est vu comme un entêtement et un refus de reconnaître son imprudence. « *En fait, elle estime qu'on ne peut pas limiter à l'avance un droit, l'asile, qui est individuel et*

inaliénable », explique un familier. Le débat va néanmoins se poursuivre et affaiblir la majorité jusqu'au printemps 2018.

Horst Seehofer, qui craint l'émergence du parti Alternative pour l'Allemagne (AfD), à l'extrême droite, engage même un bras de fer alors qu'il occupe le poste de ministre de l'intérieur : il menace de refouler aux frontières tous les demandeurs d'asile ayant été enregistrés dans un autre pays de l'Union européenne, et donc d'appliquer à nouveau strictement les accords de Dublin. Merkel ne cède pas. Finalement, un compromis est trouvé et Seehofer, affaibli par la défaite relative de la CSU – au profit de l'extrême droite mais aussi, et surtout, des Verts – aux élections régionales de Bavière en octobre 2018, calme le jeu.

L'influence des réseaux Erdogan

Car entre-temps, l'AfD a fait une entrée fracassante au Parlement fédéral, le Bundestag, en septembre 2017. Pour la première fois depuis 1945, l'extrême droite dispose de 94 sièges (12,64 % des voix), faisant d'elle la première force d'opposition au Parlement. Le parti, né en 2013 contre l'euro et le partage du fardeau de la dette des autres pays européens, prend un tournant radical antimigrants et islamophobe avec l'arrivée à sa tête de Frauke Petry, une ex-Allemande de l'Est sensible aux thèses de Pegida. Après la nuit de Cologne et la vague d'attentats djihadistes qui touche l'Allemagne de l'été à décembre 2016, l'AfD explose dans les intentions de vote. Tout au long de la campagne de 2017, c'est ce parti qui donne le tempo des débats.

« Nous payons des années d'aveuglement et de refus de faire la différence entre l'islam comme religion et l'islam politique »

Pour Alice Schwarzer, *« l'arrivée des réfugiés est la dernière goutte qui a fait déborder le vase. A mon avis, nous payons des années d'aveuglement et de refus de faire la différence entre l'islam comme religion et l'islam politique. A partir du milieu des années 1990, les intégristes ont multiplié les procès pour tester les limites de notre système judiciaire et de notre société. Les politiques n'ont pas pris cela au sérieux et les Verts, acquis au multiculturalisme au nom d'une fausse tolérance, l'ont même encouragé. Nous avons affaire à une troisième génération turque, moins intégrée que la première. C'est inédit »*. Cette évolution choque d'autant plus que l'effet du droit du sol, adopté sous le gouvernement Schröder (social-démocrate, 1998-2005), commence à se faire sentir avec l'arrivée dans les écoles d'une génération de jeunes Allemands musulmans.

Sans partager les mêmes opinions, Angela Spizig pointe l'influence des réseaux Erdogan, notamment lorsque des Turcs ont organisé une grande manifestation sur la rive droite du Rhin, à Cologne, pour réclamer le retour de la peine de mort dans leur pays d'origine après le coup d'Etat manqué de l'été 2016 contre Erdogan. Il y a bien d'autres ressorts au vote AfD, comme le sentiment d'humiliation des Allemands de l'Est après la réunification, ou celui d'abandon des populations rurales de l'Ouest, qui ont l'impression que l'Etat est capable de se mobiliser pour des étrangers mais pas pour elles. Alice Schwarzer juge que *« les gens sont fous furieux parce qu'on ne les prend pas au sérieux. Les responsables de la montée de l'AfD, ce sont les médias et les partis de la gauche libérale »*.

« Un devoir de vigilance »

Pour Claus-Ulrich Prölss, le vote AfD n'a pas le même écho ni la même signification que dans le reste de l'Europe : *« Cela m'a rendu malade de recevoir des courriers de personnes âgées me disant qu'il fallait renvoyer les réfugiés chez eux. Car elles savent parfaitement les conséquences que cela a eues chez nous dans les années 1930-1940. L'Allemagne est responsable de la mort de 6 millions de juifs. Cela lui impose un devoir d'humilité et de vigilance à l'égard des discours de haine. »* Il se montre pessimiste pour l'avenir : *« L'année 2015 n'a pas été celle d'une crise migratoire, mais celle d'une crise de l'Europe. Et c'est à cause de son échec que nous voyons aujourd'hui arriver au pouvoir des partis fascistes ou populistes, comme la Ligue en Italie, le PiS en Pologne ou encore le FPÖ en Autriche. En Allemagne, l'AfD n'est pas au gouvernement, mais elle dicte l'agenda. La prochaine*

étape, c'est un statut qui interdira aux candidats à l'asile de travailler, de s'éduquer et de se loger librement. Ils auront droit à un lit et de la nourriture, c'est tout. »

Mais Claus-Ulrich Prölss a plus d'espoir à l'échelle de sa ville, qui s'est portée candidate pour accueillir directement de nouveaux migrants arrivés en Méditerranée – ce que la loi fédérale lui interdit pour l'instant. *« L'extrême droite ne parvient pas à organiser des démonstrations de force à Cologne car le nombre de contre-manifestants est toujours supérieur »*, dit-il. Les tentatives de Pegida de prendre pied à Cologne ont échoué, et le score local de l'AfD (7,25 % aux élections générales de 2017, 9,7 % avec les banlieues), en hausse, y reste largement inférieur à la moyenne nationale (12,64 %).

« On ne peut rien dire. Si vous critiquez la politique migratoire, vous êtes un raciste, un nazi »

Le numéro deux de la section locale de l'AfD, Gunnar Witzmann, adopte un profil bas. Ce pharmacien francophone originaire de la Sarre appartient à la première génération du parti, celle qui critiquait l'euro, et le définit comme la « vraie » CDU, celle qui n'avait pas peur de ses valeurs. Il insiste sur le coût économique des réfugiés plutôt que sur les problèmes identitaires, même s'il déplore la criminalité galopante et l'installation de « no-go zones ». Ce qu'il reproche surtout à la municipalité, c'est de déboursier « 100 millions d'euros par an » pour l'accueil plutôt que d'investir dans les infrastructures et le logement. *« Mais on ne peut rien dire, se plaint-il. Si vous critiquez la politique migratoire, vous êtes un raciste, un nazi. »* Il reconnaît que des élus de l'AfD tiennent régulièrement des propos racistes ou font l'apologie du nazisme, mais qu'il est « compliqué » de les exclure.

La mairie de Cologne verse un peu plus de 350 euros par réfugié et par mois, en plus des 700 euros payés par l'Etat fédéral. *« C'est un investissement, ces gens vont payer nos retraites, insiste Andreas Wolter, le maire adjoint. J'ai participé récemment à une réunion avec une association de réfugiés LGBT, 70 % d'entre eux ont déjà un travail. L'intégration, ça marche. »* Selon des chiffres publiés cette semaine, l'Allemagne a dépensé 23 milliards d'euros pour les réfugiés et migrants potentiels en 2018. Soit 11 % de plus que l'année précédente. L'AfD a évidemment protesté au Parlement contre ce « gaspillage ». Mais, sur cette somme, 8 milliards sont destinés à lutter contre l'immigration et ses causes dans les pays de départ... *« Wir schaffen das »*, oui, mais là-bas, plutôt qu'ici, si possible.

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-05/soziale-ungleichheit-regionen-einkommen-wohlstandsgefuelle-deutschland>

Soziale Ungleichheit: Extremfall Starnberg

Die Lebensverhältnisse in Deutschland sind regional verschieden. Aber die Ungleichheit ist lange nicht so krass, wie aktuelle Untersuchungen scheinbar zeigen.

Ein Gastbeitrag von **Sandra Schaffner** und **Leonard Goebel**

25. Mai 2019, 7:29 Uhr [414 Kommentare](#)



Extrembeispiele für regionale Ungleichheit in Deutschland: links Gelsenkirchen, rechts Starnberg © Roland Weihrauch/dpa; Christoph Stache/AFP/Getty Images

Wie groß sind die Wohlstandsunterschiede zwischen den Regionen Deutschlands? Sehr groß, ist das Ergebnis zweier Untersuchungen, die im April Schlagzeilen machten: des Verteilungsmonitors des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) und des Sozioökonomischen Disparitätenberichts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Der allgemeine Tenor der Berichterstattung über beide Arbeiten war: Deutschland sei ein Land der Extreme und das im Grundgesetz verankerte Ziel der regional gleichwertigen Lebensverhältnisse in weiter Ferne. Hier widersprechen Sandra Schaffer und Leonard Goebel, Ökonomen am RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen.

Der Disparitätenbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung analysiert den Zustand der Regionen anhand zahlreicher sozioökonomischer Indikatoren. Die WSI-Studie hingegen basiert hauptsächlich auf einer einzigen Größe, dem Pro-Kopf-Einkommen. So zeigt die Untersuchung, dass das durchschnittlich verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der Privathaushalte im wohlhabendsten Landkreis Starnberg mit 34.987 Euro im Jahr 2016 mehr als doppelt so hoch war wie in der Stadt Gelsenkirchen mit 16.203 Euro. Dieser enorme Unterschied zwischen dem reichen Starnberg und dem armen Gelsenkirchen scheint zu belegen, dass in Deutschland eine extreme regionale Ungleichheit herrscht.

Ein etwas tieferer Blick in die Daten offenbart allerdings ein deutlich differenziertes Bild. Das lässt sich insbesondere an drei Punkten festmachen:

Hohe Mieten, niedrige Mieten

Erstens wird die enorme Ungleichheit in den Pro-Kopf-Einkommen zu einem großen Teil durch wenige Ausreißer bestimmt, insbesondere Starnberg und Gelsenkirchen. Die

Einkommen der allermeisten Regionen liegen deutlich näher beieinander: 380 der 401 Kreise in Deutschland verfügen über ein jährliches verfügbares Pro-Kopf-Einkommen zwischen 17.579 Euro und 25.486 Euro. Wirklich gewaltig ist das Wohlstandsgefälle also nur am äußersten Rand der Verteilung.

Zweitens sollte man, um die tatsächlichen Lebensverhältnisse vergleichen zu können, nicht nur das Einkommen betrachten, sondern auch das Preisniveau. Vor allem bei den Mieten zeigen sich große Unterschiede. Wo die Einkommen hoch sind, zahlt man in der Regel auch besonders viel für eine Wohnung: Im Jahr 2016 betrug die durchschnittliche Kaltmiete einer neuvermieteten Drei- bis Vier-Zimmer-Wohnung mittlerer Ausstattung in Starnberg 9,75 Euro je Quadratmeter. In München waren es sogar 12,68 Euro. In Gelsenkirchen zahlte man hingegen nur 5,29 Euro, im Landkreis Südwestpfalz nur 3,48 Euro.

Das macht bei einer Achtzig-Quadratmeter-Wohnung einen jährlichen Preisunterschied von 9.000 Euro zwischen dem günstigsten und dem teuersten Kreis. Betrachtet man das verfügbare Einkommen nach Abzug der Wohnkosten, schrumpft die regionale Ungleichheit also noch weiter zusammen.

DR. SANDRA SCHAFFNER

ist Leiterin des FDZ Ruhr am RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Drittens ist die Betrachtung von Pro-Kopf-Einkommen in Verteilungsanalysen eher unüblich. Aussagekräftiger ist das Äquivalenzeinkommen, das berücksichtigt, wie viele Personen in einem Haushalt zusammenleben, denn ein Vier-Personen-Haushalt kommt bei gleichem Lebensstandard pro Kopf mit deutlich weniger Geld aus als ein Single.

Vier Fünftel der Regionen sind nah am Durchschnitt

Da in reicheren Regionen und in den Städten eher weniger Personen in einem Haushalt leben als in ärmeren Regionen und auf dem Land, verzerrt die Betrachtung der Pro-Kopf-Einkommen das Bild. Wenn man aber die Daten um die Mietpreise bereinigt und das Äquivalenzeinkommen betrachtet, dann liegen mehr als vier Fünftel der Kreise in einem Bereich zwischen 86 Prozent und 120 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens. Das heißt: Der ganz überwiegende Teil der Regionen ist weder extrem arm noch extrem reich, sondern ziemlich nah am Durchschnitt.

Im europäischen Vergleich sind die Unterschiede in der Verteilung der verfügbaren Einkommen eher niedrig, wie Berechnungen des ifo-Instituts ergeben haben – mit geringerer regionaler Ungleichheit als beispielsweise in Frankreich, Italien, Spanien oder Großbritannien. Die Berechnungen zeigen auch, dass die regionale Ungleichheit in Deutschland zwischen 2000 und 2014 gesunken ist.

LEONARD GOEBEL

ist Referent für wirtschaftspolitische Kommunikation und Wissenschaftler am RWI

Dennoch gibt es natürlich weiterhin deutliche Wohlstandsunterschiede zwischen verschiedenen Regionen in Deutschland, ebenso wie zwischen unterschiedlichen Vierteln innerhalb einer Stadt. Hier liegt übrigens auch einer der Hauptgründe dafür, dass sich die Extremwerte der regionalen Einkommensverteilung in Gelsenkirchen und Starnberg finden.

In Gelsenkirchen unterscheiden sich die einzelnen Stadtteile kaum von benachbarten Stadtvierteln in Essen oder Bochum. Doch im Unterschied zu diesen beiden Städten fehlt Gelsenkirchen der – größtenteils ländliche – Teil der Stadt, der deutlich höhere Einkommen erzielt. Der Kreis Starnberg ist ebenfalls sehr homogen, allerdings fehlt dort der arme Teil. Für fast alle anderen Kreise gilt, dass dort immer auch eine ganze Reihe von Bewohnern leben, die so viel oder so wenig Einkommen erzielen wie der durchschnittliche

Gelsenkirchener. Wirklich prekär ist die Situation oft weniger in den ärmeren Regionen – sondern dort, wo Geringverdiener in wohlhabenden und deshalb teuren Gegenden leben.

Es ist wichtig und notwendig, über regionale Ungleichheit, strukturschwache Regionen und sinnvolle Maßnahmen zur Lösung ihrer Probleme zu debattieren. Die Politik darf das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu schaffen, nicht aus den Augen verlieren. Doch eine undifferenzierte Darstellung und Übertreibung der regionalen Ungleichheit lösen das Problem nicht. Sie reden die soziale Spaltung erst recht herbei – mit möglicherweise fatalen politischen Folgen.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/menschen-geben-verantwortung-ab-das-neue-leitbild-von-verbrauchern-16206305.html>

SELBSTVERANTWORTUNG: Kümmer dich um mich!



Deutschland diskutiert wieder über Sozialismus. Tatsächlich wollen Menschen nicht mehr so viel Verantwortung für ihr Leben haben. Sie lassen lieber andere für sich entscheiden. Wo ist der Wunsch nach Freiheit geblieben?

- VON PATRICK BERNAU
- -AKTUALISIERT AM 26.05.2019-14:46

Ein Montagabend auf der Internet-Konferenz Republica. Mehr als 2000 Internet-Begeisterte lauschen den Thesen des Autors Sascha Lobo, des Internet-Erklärers mit dem Irokesenschnitt, über den Zustand der Republik – und sie bekommen eine Absolution, mit der die meisten wohl nicht gerechnet hatten: die Absolution von der Verantwortung für ihren eigenen Müll.

Lobo zeigt ein Video von Margaret Thatcher, wie sie 1988 im Londoner St. James's Park Müll aufsammelt, um die Bürger daran zu erinnern, dass sie ihren Müll selbst in die Abfalltonne werfen sollten. „Es war die Folge einer 15-jährigen Lobbypolitik, die nichts anderes im Sinn hatte als Umweltverschmutzung zu re-branden als die Schuld des Einzelnen“, sagt Lobo.

„Wenn man die Verantwortung auf die Einzelnen, also auf euch zieht, dann kommt eine Partei verdächtig ungeschoren davon: nämlich diejenigen, die den ganzen Kram herstellen“, sagt Lobo und bekommt großen Applaus. Auch er selbst falle darauf noch herein: Immer wieder sehe er am Strand Plastik liegen und frage sich, wer den dort hingeschmissen habe. „Wir müssen uns genau davon lösen“, findet Lobo.

Am Morgen nachdem Lobo die Leute von der Verantwortung für ihren Müll losgesprochen hat, wird eine Umfrage unter jungen Erwachsenen veröffentlicht – dazu, wie sie ihre Altersvorsorge angehen. Die jungen Leute glauben inzwischen wieder mit großer Mehrheit daran, dass private Altersvorsorge rentabel ist. Sie glauben, dass staatliche Rente allein ihnen im Alter nicht genug Geld bringen wird. Trotzdem sparen sie seltener fürs Alter als früher. Warum? Immer mehr junge Leute finden: „Für die Altersvorsorge ist der Staat zuständig.“ Die Zustimmung zu diesem Satz ist von 42 Prozent im Jahr 2010 auf 56 Prozent heute gestiegen.

Die Diskussion über Verantwortung, es gibt sie auch im ganz Alltäglichen, zum Beispiel im Gespräch von Müttern, die sich auf Twitter über ihr Einkaufsverhalten austauschen. Nicht jede möchte die volle Auswahl im Supermarkt haben. „Es ist für Menscheneltern nicht artgerecht, Kleidung, Essen und Transport für ihre Familie nicht einfach nutzen zu können, ohne sämtliche globalen Implikationen mit zu bedenken“, findet Nora Imlau, die vielbeachtete Ratgeber für Eltern schreibt. Wer die Entscheidung den Konsumenten überlasse, bürde dem Einzelnen die ganze Verantwortung auf. „Anstatt dass es einfach ein Plastiktütenverbot gibt, und fertig.“

Die Leute geben Verantwortung für ihr eigenes Leben ab

Es scheint sich etwas zu verändern. Bekannt ist, dass die Regierungen den Menschen nicht immer viel Eigenverantwortung zutrauen: Die Menschen müssen dazu verpflichtet werden, sich anzuschneiden und ihre Riemer-Rente ja nicht in die falsche Geldanlage zu investieren. Auch dass Menschen gerne anderen Menschen etwas verbieten möchten, ist nicht neu. Das kennt man schon vom Rauchen oder vom SUV-Fahren. Seit Jahren zeigt der Freiheitsindex des John-Stuart-Mill-Instituts, dass Verbote in Deutschland relativ beliebt sind.

Doch inzwischen scheint es mehr und mehr Leute zu geben, die auch die Verantwortung für ihr eigenes Leben nur zu gerne abgeben. Um die eigene Rente möge sich der Staat kümmern, um das umweltfreundliche Leben die Unternehmen. Verantwortung übernimmt man gerne, indem man fordert, dass sich der Staat um eine Sache kümmert. Kein Wunder, dass Deutschland in diesen Wochen wieder häufiger über Sozialismus spricht: Freiheit aufzugeben fällt deutlich leichter, wenn man sie von vornherein gar nicht nutzen möchte.

Die Welt ist freier geworden

Der Soziologe Patrick Sachweh findet plausibel, dass da ein neuer Trend entsteht. An der Universität Bremen erforscht er den Wandel von Sozialstaat und Wirtschaft. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist ein eigentlich erfreuliches Phänomen: Der Einzelne hat heute viel mehr Auswahl, was er tun möchte, als vor 30 Jahren.

Seit den 80er Jahren ist die Welt der Wirtschaft freier geworden. Deshalb gibt es viel mehr unterschiedliche Möglichkeiten, das Leben zu leben. Das beginnt ganz profan im Alltag. Wer sich auf eine Reise macht, hat nicht länger nur die Wahl zwischen Auto und Bahn. Er kann sich auch für den Fernbus entscheiden oder fürs Flugzeug. Selbst die Reiseziele sind vielfältiger geworden. Wer ein Telefon braucht, konnte Anfang der 80er-Jahre ungefähr zwischen drei Farben des Festnetztelefons auswählen. Inzwischen gibt es allein mehr als drei Betriebssysteme zur Auswahl, verpackt in Hunderte unterschiedlicher Smartphones, die oft ähnlich aussehen, sich aber doch subtil unterscheiden.

„Eine Entscheidung zu treffen, das braucht Geld, Zeit und kognitive Ressourcen“, sagt Soziologe Sachweh. „Man steht jetzt permanent vor Entscheidungen. Und wenn man dann die falsche Entscheidung trifft, ist man selbst schuld.“

Ist der Trend neu?

Dass so eine Überforderung passieren kann, ist bekannt. Aber ist das auch neu? „Über zu viel Wahlfreiheit haben Leute früher schon geklagt“, erinnert Christoph Lütge, Wirtschaftsethiker an der Universität München. Mit dieser Meinung ist er nicht allein. Vor wenigen Monaten erst hat die Historikerin Helena Rosenblatt in einem beachtenswerten Buch noch einmal gezeigt, dass „liberal“ über Jahrhunderte nicht etwa eine politische Richtung war, sondern eine Bezeichnung für die gut ausgebildeten Eliten der Gesellschaft – die mit solchen Ansprüchen umgehen konnte. Selbst bei Aldi gehörte es schon immer zum Erfolgsprinzip, dass die Auswahl eingeschränkt war und sich die Kunden weniger Gedanken darüber machen mussten, welchen Joghurt sie genau kaufen. Ändert sich also tatsächlich etwas, oder gab es solche Tendenzen schon immer?

Die Lage in der Altersvorsorge der Jugendlichen hat sich auf jeden Fall geändert. Gute Daten, die diese Frage darüber hinaus zuverlässig beantworten könnten, sind schwer zu finden. Sicher ist aber, dass sich das intellektuelle Umfeld gegenüber den 80er Jahren verändert hat. Davon erzählt Gerd Billen, Staatssekretär im Justizministerium, zuständig für den Verbraucherschutz. Er bereitet so einen Wandel nämlich schon lange vor. Er arbeitet seit Jahren für eine „neue Architektur der Verbraucherpolitik“, die nicht länger vom mündigen Bürger ausgeht. Er erinnert daran, dass die Ökonomik um die Jahrtausendwende begonnen hat, vom Leitbild des Homo Oeconomicus abzuweichen, von dem Menschen, der stets gut informiert ist und rational entscheidet.

Inzwischen haben Ökonomen auch immer wieder festgestellt, dass der Homo Oeconomicus zäher ist als gedacht und dass dieses Menschenbild der Realität in manchen Situationen näher ist als die Experimente, die es widerlegen sollten. Geblieben ist aber beispielsweise das Konzept des „Nudging“: Der Mensch tue nicht immer das, was er eigentlich wolle, sondern müsse immer wieder sanft dorthin geschubst werden, befanden Richard Thaler und Cass Sunstein im Jahr 2012. Das „Nudge“-Konzept hat sich weit verbreitet, verhaltensökonomische Einheiten wurden in den Regierungen vieler Länder aufgebaut, auch in Deutschland. Gerade erst hat Sunstein in einem kleinen Band nachgelegt. Manchmal vergrößere es die Freiheit der Menschen, so schreibt er, wenn man ihnen die Entscheidungen vorstrukturiere. In so einem Umfeld ist es kein allzu großes Wunder, wenn Menschen den Anspruch erheben, dass andere sich um ihre Angelegenheiten kümmern.

Verbraucher haben Einfluss auf Konzerne

So möchte Sascha Lobo seine Rede vom Plastikmüll, für den er die Verantwortung den Unternehmen überlassen hat, allerdings nicht verstanden wissen. „Ich glaube, dass viele von denen, die da gejubelt haben, sich selbst sehr viel härter an die Verantwortung heran kuscheln als andere“, sagt er später. Privatleute hätten aber zu wenig Einfluss, um die Welt wirklich zu verändern – zumal auch kleine Teile des ordentlich entsorgten Plastikmülls nach Asien exportiert werden, wo immer wieder Müll im Meer gefunden wird, vielleicht also auch deutscher. Deshalb sieht er die Verantwortung nicht beim Einzelnen: „Durch gezieltes Nichtwegwerfen kann man die Welt nicht retten. Das ist Aufgabe der Politik.“

Können Privatleute mit ihrem Einkaufsverhalten wirklich keinen Einfluss auf die Wirtschaft ausüben? Richten sich Unternehmen nicht nach den Wünschen ihrer Kunden? Das sieht Klaus Müller anders, er leitet den Bundesverband der Verbraucherzentralen. „Der Verbraucher hat Macht, wenn er sie einsetzen möchte“, sagt Müller. Supermärkte würden immer mehr regionale Produkte ins Sortiment aufnehmen, weil die Verbraucher das haben wollten und bereit seien, den nötigen Aufpreis dafür zu zahlen. Das ist wahr. Wer mit offenen Augen durch die Warenwelt läuft, findet noch viel mehr. Glutenfreie Produkte, Bioware, Globuli: Was die Menschen haben und bezahlen möchten, wird schnell angeboten, selbst wenn der Nutzen gelegentlich umstritten ist. Freiwillig verzichten Supermärkte auf Plastikverpackungen für Gemüse.

Doch hätten Verbraucher in den vergangenen Jahren erlebt, dass sie selbst ihre guten Vorsätze oft nicht eingehalten hätten, sagt Müller – zum Beispiel, selbst auf Plastiktüten zu verzichten. Wenn Plastiktüten dann 10 oder 20 Cent kosten, dann sei das zwar erst mal teurer, aber die Leute hielten sich dann leichter an ihren Vorsatz, die Plastiktüte wegzulassen. „Ich kann keinen Wutauschrei in der Bevölkerung erkennen, der sich gegen die Bepreisung von Plastiktüten richtet.“

Ist das alles gut?

All das mag die Verbraucher zwar von Sorgen entlasten und ihnen helfen, ihre Vorsätze zu verwirklichen – aber es hat auch seine Schattenseiten. Über die spricht Jan Schnellenbach, Ökonom an der Technischen Universität in Cottbus. „Wenn man so die Preise in die Höhe treibt, werden die Leute immer schlechter gestellt“, sagt Schnellenbach.

Tatsächlich gibt es viele Wege, wie solche Einschränkungen der Wahlfreiheit sich gegen die Verbraucher richten können. Dass man trotz aller guten Vorsätze vielleicht gelegentlich mal eine Plastiktüte braucht, ist noch der einfachste Fall (in solchen Fällen ist die einfache Plastiktüte übrigens immer noch die umweltfreundlichste Wahl). Was, wenn der Staat tatsächlich mehr Verantwortung für die Altersvorsorge übernimmt, aber seine Regeln nicht zum Leben der Einzelnen passen und immer wieder irgendwelche Kompromisse erfordern? Wie das aussehen kann, zeigen real existierende Riester-Regeln fürs Eigenheim: Unter Umständen muss man die Zuschüsse eines ganzen Berufslebens zurückzahlen, wenn man mit 83 Jahren ins Pflegeheim zieht.

Schnellenbach betont, andere könnten Entscheidungen für den Einzelnen einfach nicht so gut treffen wie er selbst. Der Aufwand fürs Nachdenken dagegen werde oft überschätzt, so schwierig seien das

Einkaufen und die Geldanlage nicht – und zudem gebe es viel Hilfe. Für die Geldanlage gebe es Berater, auch unabhängige, das Einkaufen werde durch die Digitalisierung einfacher. Die ersten Beispiele dafür gibt es schon lange. Apps scannen Barcodes von Supermarkt-Produkten und verraten, was drinsteckt oder welcher Konsumgüter-Konzern es produziert hat. Schwierig würde es nur, wenn man etwas gegen die Digitalisierung habe, findet Wirtschaftsethiker Lütge.

Da gibt es am Ende sogar einen Konsens mit Sascha Lobo. „Ja, die Wahlfreiheit überfordert die Leute“, sagt Lobo, „Aber man sollte sie trotzdem nicht einschränken. Ich glaube nicht, dass sich die Leute dann freuen.“

Quelle: F.A.S.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/bundesbankpraesident-jens-weidmann-als-moeglicher-ezb-chef-16206327.html?premium>

EZB-PRÄSIDENTSCHAFT:

Der wandlungsfähige Herr Weidmann

- VON PATRICK BERNAU UND DENNIS KREMER
- -AKTUALISIERT AM 26.05.2019-19:54



Er war einmal eine sehr umstrittene Personalie: Nun wachsen die Chancen, dass Bundesbankpräsident Jens Weidmann nächster EZB-Chef wird. Da können wir was erleben.

Es ist ein paar Jahre her, da war Jens Weidmann mal eine ziemlich umstrittene Personalie. „Merkel hat Weidmann nicht auf den Posten gehievt, weil er der optimale Mann war“, sagte damals der Grünen-Politiker Gerhard Schick der F.A.S. Der heutige Bundespräsident und damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier bezeichnete ihn im „Stern“ zwar als „sach- und fachkundig“: Er hätte ihm aber persönlich gewünscht, dass dieser Karriereschritt nicht auf diese Weise gekommen wäre.

Man schrieb das Jahr 2011. Jens Weidmann war Wirtschaftsberater von Bundeskanzlerin Angela Merkel; Bundesbankpräsident Axel Weber hatte gerade sein Amt und die Kandidatur um die Präsidentschaft der Europäischen Zentralbank (EZB) überraschend hingeschmissen. Die Kanzlerin brauchte einen neuen Chef für die Bundesbank, Deutschlands Hort der stabilen Währung. Ihre Wahl fiel auf Jens Weidmann. Den hielt jeder für kompetent, schließlich hatte er eine solide geldpolitische Ausbildung genossen: Er hatte Praktika in den Zentralbanken von Frankreich und Ruanda absolviert, seine Dissertation zum Thema „Geldpolitik und europäische Währung: empirische Aspekte der Zinsbestimmung“ geschrieben, einige Jahre beim Internationalen Währungsfonds verbracht und einige Zeit als wichtiger Abteilungsleiter in der Bundesbank. Niemand fand ihn zu jung, obwohl Weidmann damals erst 43 Jahre alt war. Trotzdem hielten ihn viele für eine Fehlbesetzung.

Denn die Notenbank soll traditionell von der Regierung unabhängig sein. Die Überlegung dahinter ist einfach: Die Regierung hat eher ein kurzfristiges Interesse an niedrigen Zinsen, einer starken Konjunktur mit gutem Arbeitsmarkt und sprudelnden Steuereinnahmen. Wenn die Zinsen aber zu lange niedrig sind, kommt es zu Inflation und vielleicht zu Blasen am Aktienmarkt. Deshalb müssen Notenbanker, als Experten ihres Faches, möglichst unabhängig über die Zinsen wachen. Keiner der Kritiker traute dem Kanzlerinnenberater Weidmann damals zu, die Bundesbank so unabhängig und stabilitätsorientiert zu führen, wie es nötig wäre.

Diese Zweifel hat Weidmann längst ausgeräumt – vielleicht zu deutlich. Zeigen die Zweifel von damals doch, dass der stets brav wirkende Jens Weidmann jederzeit für Überraschungen gut ist. Jetzt geht es um seinen möglichen nächsten Karriereschritt: den an die Spitze der Europäischen Zentralbank. Und da könnten sich die Deutschen über Weidmann noch wundern.

Bald wird über die EZB-Präsidentschaft entschieden

Die Ausgangslage ist ebenso klar wie vertrackt: Die Amtszeit des derzeitigen EZB-Präsidenten [Mario Draghi](#) endet im Oktober. Mehrere Kandidaten stehen für seine Nachfolge bereit: Frankreichs Notenbankchef François Villeroy de Galhau zum Beispiel, auch sein Landsmann Benoît Cœuré würde wohl gerne aus dem EZB-Direktorium an die Spitze rücken. Aus Finnland ist beispielsweise Olli Rehn im Rennen, der ehemalige Währungskommissar der Europäischen Union – das Kandidatenfeld ist breit.

Aber das Amt des EZB-Präsidenten ist nicht die einzige Stelle, die gerade zu vergeben ist. Nach der Europawahl werden sich die Staats- und Regierungschefs am kommenden Dienstag zu einem Abendessen treffen, bei dem sie über gleich mehrere europäische Spitzenjobs sprechen wollen. Der wichtigste Posten ist das Amt des Präsidenten der [EU-Kommission](#), es folgt der Präsident des Europäischen Rates, also des Rates der Staats- und Regierungschefs – erst an vierter oder fünfter Stelle geht es darum, wer künftig die Geschicke des Euros lenken soll. Ob am Dienstag schon eine Entscheidung fällt, ist ungewiss. Sicher aber ist: Weidmanns Chancen hängen stark davon ab, welche Männer und Frauen aus welchen Ländern und welchen europäischen Regionen für die anderen Stellen im Gespräch sind.

In den vergangenen Monaten galten Weidmanns Chancen lange als klein. Es hieß, [Angela Merkel](#) werde sich darauf konzentrieren, dass der Bayer Manfred Weber Chef der EU-Kommission werde. Dann wäre kein Platz für einen Deutschen an der EZB-Spitze. Doch zuletzt sind Webers Chancen eher geringer geworden, auch Merkels Unterstützung für ihn wirkt unterkühlt. Prompt kommt Weidmann wieder ins Spiel.

Jens Weidmann hat zwei Argumente auf seiner Seite

Zwei wichtige Argumente hat Weidmann auf seiner Seite. Erstens: Er gilt als kompetent. Er hat Ahnung von der Geldpolitik, aber auch von der Kommunikation und vom Management. „Jens Weidmann hat von allen Notenbankern eines der komplettesten Kompetenzprofile, ihm fehlt kein Teilbereich“, sagt ein Kollege aus dem EZB-Rat, in dem die europäischen Notenbankchefs regelmäßig zusammenkommen, um über die Geldpolitik im Euroraum zu entscheiden.



Jens Weidmann im Jahr 2008 mit Angela Merkel und seinen Beraterkollegen im Kanzleramt :Bild: dapd

Zweitens finden viele, vor allem im stabilitätsorientierten Norden Europas, es sei endlich Zeit, dass ein Deutscher den EZB-Chefposten übernehme. Ewald Nowotny, Chef der Österreichischen Nationalbank und dienstältester Notenbankpräsident, macht unverhohlenen Werbung für Weidmann. „Weidmanns

fachliche Kompetenz ist unbestritten“, lobt er. „Zudem wäre es aus meiner Sicht wichtig, dass nun einmal jemand aus der größten Volkswirtschaft des Euroraumes dieses Amt übernimmt. Dies würde nämlich eine stärkere Vertrauensbildung der deutschen Öffentlichkeit gegenüber der EZB mit sich bringen, was wichtig für den Euro ist.“ So viel Offenheit ist selten in Notenbankkreisen, in denen Diskretion sonst oberstes Gebot ist.

Auch Weidmann selbst unterstrich am Sonntag den grundsätzlichen Anspruch Deutschlands, bei der Wahl des EZB-Chefs auch einmal zum Zuge zu kommen: „Es wäre sicherlich schlecht, wenn der Eindruck entstünde, dass es bestimmte Nationalitäten gibt, die von der EZB-Präsidenschaft grundsätzlich ausgeschlossen sind“, sagte er am Sonntag auf dem Tag der offenen Tür in der Bundesbank-Zentrale in Frankfurt. Über seine eigenen Ambitionen hielt sich Weidmann bedeckt. Er bekräftigte lediglich frühere Äußerungen, wonach jedes Mitglied im EZB-Rat auch die Bereitschaft haben müsse, Verantwortung zu übernehmen.

Er stimmte gegen „Whatever it takes“

Doch ist gerade Weidmanns Herkunft in den Augen vieler Kritiker ein Problem. Denn er ist nun mal Deutscher und seit acht Jahren Chef der Bundesbank. In den vergangenen Jahren hat sich Weidmann ein Image aufgebaut als jemand, der sich für höhere Zinsen einsetzt und der im Zweifel eine Krise lieber nicht mit Geld zuschüttet, sondern von verschuldeten Staaten stattdessen einen sorgfältigeren Umgang mit dem Geld verlangt. Mit anderen Worten: Der Mann ist anstrengend und gilt gerade in Südeuropa vielen als Zumutung.

Dies hat mit einem berühmten Satz aus der Zeit der Euro-Krise im Jahr 2012 zu tun. „Whatever it takes“, was immer auch nötig ist, um den Euro zu schützen, werde man tun, versprach Mario Draghi damals. „Und glauben Sie mir: Es wird ausreichen.“ Die Wirkung war gewaltig. Die Finanzmärkte jubilierten. Bald darauf beschloss der EZB-Rat seine Bereitschaft, Anleihen von Krisenstaaten gegen neu ausgegebenes Geld zu kaufen, OMT-Programm genannt.

Fast alle Mitglieder des Rates stimmten dafür, nur eines dagegen: Jens Weidmann. Dieses Votum brachte Weidmann viele Fans in Deutschland ein, aber auch viele Gegner im Süden der Währungsunion. „Mister No“ nennt ihn die italienische Presse, während ihn die Deutschen als Verfechter der ordoliberalen Schule der Bundesbank feiern. Doch beide übersehen: Weidmann ist wandlungsfähig.

Jetzt macht Weidmann Wahlkampf

Den nächsten Karriereschritt vor Augen, unternimmt der 51-Jährige derzeit einiges, um sein Image anders zu zeichnen und auch für die Staaten im Süden Europas akzeptabel zu werden. Bestätigen würde er dies natürlich nie, offiziell äußert er sich zu den Nachfolgespekulationen mit keinem Wort. Aber seine jüngsten Reden sind aufschlussreich. Als er kürzlich beim Deutschen Sparkassentag in Hamburg auftrat, hatte Weidmann eigentlich ein Heimspiel. Die anwesenden Sparkassenvorstände applaudierten so laut, wie es selten vorkommt, wenn ein Bundesbankpräsident den Raum betritt.

Weidmann hätte dies nun auskosten können, tat aber das Gegenteil. Man darf annehmen: in voller Absicht. Den Bankvorständen, die gerne über die niedrigen Zinsen klagen, hielt er entgegen, die Summen, die der Bankensektor im Rahmen der Negativzinsen an das Eurosystem zahle, spielten gemessen am Zinsüberschuss der Banken „nur eine untergeordnete Rolle“. Die Banken blieben „vor allem selbst gefordert“, wenn sie ihre Profitabilität steigern wollten. Sonst wählen Notenbanker eher sanfte Töne, doch das waren harte Worte, deren Inhalt gar nicht so traditionell deutsch klang.



Aus der Bundesbank blickt Jens Weidmann auf die Frankfurter Skyline. :Bild: Bert Bostelmann/laif

Einige Weidmann-Unterstützer verbreiten hinter den Kulissen Erstaunliches: Es sei nicht die Aufgabe der EZB, deutsche Sparer glücklich zu machen. Die sollten sich lieber freuen, dass das Land derzeit die niedrigste Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten aufweise, auch dank der EZB-Politik. Solche Töne sind vor allem deswegen ungewöhnlich, weil die Europäische Zentralbank nach dem Vorbild der Bundesbank sich eigentlich ausschließlich um Preisstabilität kümmern soll. Die Botschaft des Weidmann-Lagers ist klar: Der womöglich erste deutsche EZB-Chef ist gar nicht so ein Hardliner, wie viele denken.

Warum Weidmann die Zinsen wohl nicht erhöhen wird

Viele Kollegen scheinen ihm das noch nicht so richtig abzunehmen. Wenn Jens Weidmann als EZB-Präsident sanfter würde, dann liege das vor allem an zwei Gründen, so erzählen es die Notenbanker einander.

Der erste Grund: Die Konjunktur ist nicht mehr so stark wie früher. Deutschland und Europa steuern auf eine wirtschaftliche Flaute zu oder sind schon mittendrin. Zwar läuft das umstrittene Anleihekauf-Programm der EZB allmählich aus, aber niemand geht noch davon aus, dass die Europäische Zentralbank bald die Zinsen wieder erhöhen könnte. Der frühere EZB-Chefvolkswirt, der Deutsche Otmar Issing, sagt es deutlich: „Es ist eine absurde Vorstellung, ein Präsident Weidmann würde quasi gleich nach Amtsantritt die Zinsen erhöhen.“ Dieses Argument würde den Deutschen die Hoffnung – und den Südeuropäern die Befürchtung – lassen, dass ein EZB-Präsident Weidmann am Ende einer solchen Konjunkturkrise trotzdem die Zinsen schnell erhöhen würde.

Der zweite Grund: Weidmann wäre auch als Präsident im EZB-Rat nur eines von 25 stimmberechtigten Mitgliedern. Der scheidende EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zum Beispiel argumentierte in einem Interview jüngst so: „Den geldpolitischen Kurs der EZB könnte er als Präsident nicht verändern. Denn darüber befindet nicht der Präsident allein, sondern der Zentralbankrat.“

Dagegen allerdings spricht, dass der Präsident schon durch seinen Vorsitz in den Sitzungen einen gewissen Einfluss auf das Ergebnis hat: Er erteilt das Wort, er fasst zusammen. Und in den entscheidenden Momenten kann er allein durch geschickte Kommunikation alles verändern – wie bei

Draghis „Whatever it takes“-Rede. Über die hatte der EZB-Rat nicht vorher abgestimmt. Den Kollegen blieb hinterher nur die Wahl, zuzustimmen oder den Präsidenten zu düpiieren.

Weidmann hat auch eigene Gründe

Wie flexibel Jens Weidmann sein kann, wenn es darauf ankommt, hat der Ökonom [Bert Rürup](#) einst aus nächster Nähe erlebt. Erst war Weidmann Anfang der 2000er Jahre Generalsekretär der Wirtschaftsweisen, zu denen damals auch Rürup zählte. Später wechselte Weidmann ins Kanzleramt und hatte dort auch mit den Wirtschaftsweisen zu tun. „Er hat in allen diesen höchst unterschiedlichen Positionen ein großes Verständnis für die jeweiligen Anforderungen an den Tag gelegt“, sagt Rürup.

Als Generalsekretär zum Beispiel sei er besonders gut darin gewesen, die unterschiedlichen Meinungen der Professoren zu einem Kompromiss zu bringen – eine Fähigkeit, die ihm auch in einer neuen Rolle im EZB-Rat großen Nutzen bringen kann. Den strengen Stabilitätswächter, als den ihn die Deutschen in seiner Rolle als Bundesbankpräsident kennen, könnte Weidmann dann allerdings nicht mehr geben. „Er ist ein überzeugter Anhänger des deutschen Konzepts der Ordnungspolitik, nach dem Haftung und Risiko stets zusammengehören“, sagt Rürup. „Aber er weiß, dass es andere Denkschulen und damit alternative wirtschaftspolitische Antworten gibt, die man auch akzeptieren muss.“

Wie Weidmann den Euro retten könnte

Schon in den Jahren zuvor hat Weidmann Mario Draghi zwar gelegentlich deutlich widersprochen. Das persönliche Verhältnis zwischen beiden sei im Umgang korrekt, aber sichtbar von Antipathie geprägt, berichten Eingeweihte. Die grundsätzliche Linie der EZB-Politik hat Weidmann jedoch auch schon vor seinem jetzigen Wahlkampf verteidigt: „In einer Währungsunion muss sich die Geldpolitik am Mittel des Euroraums orientieren, nicht an einzelnen Ländern“, sagte er im Januar 2018 der F.A.Z. Mit der Zeit ist er geschickter darin geworden, sich in Nuancen von mancher EZB-Entscheidung zu distanzieren, ohne gleich die Grundsatzfrage zu stellen. In eine solche Isolation wie damals bei der Abstimmung über das OMT-Programm will er sich nie wieder begeben.

Ohnehin darf man Weidmann abnehmen, dass er sich als Europäer fühlt. Einen Teil seiner Studienzeit verbrachte er im französischen Aix-en-Provence, er ist frankophil. Umso ironischer, dass ausgerechnet aus dem Nachbarland seine schärfsten Konkurrenten um die EZB-Präsidentschaft kommen.

Sollte Jens Weidmann tatsächlich ins Amt kommen, könnte dies am Ende gar zu einer Situation führen, wie man sie noch nicht erlebt hat: Bei andauernder Wirtschaftsschwäche müsste womöglich ausgerechnet ein deutscher EZB-Präsident die Geldpolitik noch weiter lockern, durch neuerliche Anleihekäufe zum Beispiel. Manche sagen nun, wenn ein Deutscher eine solche Entscheidung trafe, wäre dies eine Art Lebensversicherung für den Euro. Weil nur dann die Märkte und die Menschen glauben würden, dass sie wirklich notwendig gewesen sei. Jens Weidmann, so viel ist sicher, wird dies gerne hören.

Quelle: F.A.S.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/warum-deutschland-mehr-fuehrungsaufgaben-uebernehmen-muss-16207442.html?premium>

DEUTSCHLANDS VERANTWORTUNG:

Mehr Führung wagen

- VON HERFRIED MÜNKLER
- -AKTUALISIERT AM 27.05.2019-15:50



Die Weltordnung ist im Umbruch, den die Europäer mitgestalten müssen, wenn sie im 21. Jahrhundert eine Rolle spielen wollen. Deutschland muss hier eine Führungsrolle übernehmen – doch das erfordert Fingerspitzengefühl. Ein Gastbeitrag.

Von den einen wird mehr deutsche Führung in der EU angemahnt, von anderen wird davor gewarnt: Dies könnte geschlossene Fronten gegen Deutschland zur Folge haben und Berlin zum Adressaten all jener Vorwürfe und Beschuldigungen machen, die derzeit noch gegen Brüssel gerichtet würden. Letztere raten dementsprechend zu Zurückhaltung und Abwarten, während Erstere geltend machen, das Europaprojekt werde zwangsläufig dem politischen Abgrund entgegentaumeln, wenn sich Deutschland als das bevölkerungsstärkste und wirtschaftlich potenteste Land der Europäischen Union der Führungsrolle verweigere, die ihm nun einmal zugefallen sei.

Was zunächst eine eher akademische Frage war, hat durch die politischen Vorstöße des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und die zögerlichen bis hinhaltenden Reaktionen aus Berlin politische Brisanz erlangt. Die Zeit des nachdenklichen Zuwartens gegenüber den französischen Vorschlägen ist vorbei. Nichtentscheidung wird inzwischen selbst zu einer Entscheidung.

Um verstehen zu können, wie es zu den gesteigerten Erwartungen an eine deutsche Führungsrolle in der EU und den zögerlichen Berliner Reaktionen darauf gekommen ist, lohnt sich zunächst ein Blick in die Vergangenheit des Europaprojekts, sodann auf die Einflussverschiebungen innerhalb der EU, auf die neuen Herausforderungen infolge des Rückzugs der Vereinigten Staaten aus der Rolle eines „Hüters der Ordnung“ und auf das unmerkliche Vordringen des chinesischen Einflusses in Südost- und Mittelosteuropa. Ist die deutsche Rolle in Europa bislang eher moralpolitisch evaluiert worden, so kommt es jetzt darauf an, sie politikstrategisch neu zu durchdenken, und zwar keineswegs nur nach Maßgabe dessen, was Deutschland nutzt, sondern vor allem auch im Hinblick darauf, was für die Selbstbehauptung der EU vonnöten ist.

Tatsächlich hat dieses Trio nie eine entscheidende Rolle gespielt

Es ist durchaus eine Gratwanderung, auf die man sich dabei politisch begeben muss. Nach wie vor ist die verhängnisvolle Rolle, die Deutschland vor 1945 in Europa gespielt hat, bei vielen Nachbarn nicht vergessen. Die Erinnerung daran taucht sofort wieder auf, wenn es um den Anspruch Deutschlands auf eine Führungsrolle in Europa geht. Die Risiken einer solchen Gratwanderung dürften die Ursache dafür sein, warum viele über sie reden, aber kaum einer sich aufmacht, mit ihr zu beginnen

beziehungsweise wenigstens darüber nachzudenken, über welche Grate es gehen soll und welche Vorbereitungen dabei zu treffen sind.

Im Europa der Sechs, der alten EWG, war es zunächst naheliegend, von einem Führungstrio auszugehen: Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und Italien. Von der Bevölkerungszahl her und gemessen an der Wirtschaftsleistung, hatten diese drei Länder tendenziell das gleiche Gewicht. Wenn die Deutschen auch in wirtschaftlicher Hinsicht einen gewissen Vorsprung hatten, so wurde das durch die Last ihrer Geschichte und das daraus resultierende Misstrauen ihnen gegenüber mehr als ausgeglichen.

Tatsächlich hat dieses Trio nie eine entscheidende Rolle gespielt: Von Anfang an war Italien viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um in der Europäischen Gemeinschaft Führungsaufgaben zu übernehmen, und bis Anfang der 1990er Jahre waren seine Regierungen für eine größere Rolle in der Europäischen Gemeinschaft zu instabil. Kaum hatte ein italienischer Ministerpräsident sich in Brüssel bekanntgemacht, war er in Rom auch schon wieder gestürzt. In der Folge entstand die deutsch-französische Achse, zu deren Ausbalancierung es gehörte, dass Politiker aus Luxemburg häufig eine herausgehobene Position in der EU innehatten.

Franzosen fühlten sich durch die Stärke der D-Mark bedrängt

Die Arbeitsteiligkeit in dieser Achse sah so aus, dass die politischen Initiativen zumeist von Frankreich kamen und die französische Administration die Blaupause für die Brüsseler Verwaltung bildete, während die Deutschen sich entsprechend ihrer Nachkriegskultur als wirtschaftliche Lokomotive des gemeinsamen Marktes betätigten und darüber zum ökonomischen Hauptprofiteur des zusammenwachsenden Europas wurden. Ganz unproblematisch war dieses Arrangement nicht: Die Franzosen fühlten sich durch die Stärke der D-Mark bedrängt. In Deutschland beklagte man sich währenddessen über die Regelungswut der Brüsseler Administration, habe diese doch so gar keinen Sinn für das in den europäischen Verträgen doch eigentlich verankerte Prinzip der Subsidiarität.

An der deutsch-französischen Führungsrolle änderten auch die diversen Beitrittsrunden seit den 1970er Jahren nichts. Großbritannien, dem eine europäische Führungsrolle hätte zufallen können, hatte kein Interesse daran – und erst recht nicht an einer institutionellen Vertiefung der Gemeinschaft. Die Briten verwendeten ihr politisches Gewicht darauf, Rabatte bei den Beitragszahlungen zum europäischen Haushalt herauszuverhandeln und auch sonst einige Sonderkonditionen zugestanden zu bekommen. Spanien und Polen wiederum waren mit ihrem wirtschaftlichen Aufholprozess beschäftigt und kamen als Nettoempfängerländer für eine europäische Führungsrolle ohnehin nur eingeschränkt in Frage.

So blieb es beim deutsch-französischen Duo, das aus drei Gründen aus dem Takt kam: durch die deutsche Vereinigung, in deren Folge in der Mitte des Kontinents ein Akteur entstand, der von Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft her deutlich größer war als die anderen großen Mitgliedstaaten, und sodann infolge der politischen Selbstblockade Frankreichs seit dem Aufstieg des Front National sowie infolge des Scheiterns aller Versuche der französischen Regierungen, durch grundlegende Reformen der Wirtschafts- und Sozialverfassung das Land wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Die deutsch-französische Achse lief nicht mehr rund. Seitdem hat die EU ein Führungsproblem.

Mit einem Mal zeigte sich die Dominanz Deutschlands

Noch in den 1990er Jahren hatte es nicht nach einer solchen Entwicklung ausgesehen: Infolge der aus der Wiedervereinigung resultierenden Belastungen waren die Deutschen vor allem mit sich selbst beschäftigt, und man konnte den Eindruck gewinnen, der „Aufbau Ost“ werde die wirtschaftliche Potenz des Landes für lange Zeit absorbieren. Aus der einstigen Wachstumslokomotive war der wirtschaftlich kranke Mann Europas geworden. Doch dann haben die unter dem Begriff Agenda 2010 erfolgten Reformen des Sozialstaats und ein lange währender Wirtschaftsboom Deutschland wieder auf Wachstumskurs gebracht. Mit einem Mal zeigte sich die ökonomische Dominanz Deutschlands, die aus dem Vereinigungsprozess erwachsen war.

Währenddessen versuchten sich die französischen Präsidenten Sarkozy und Hollande an Reformen, mit denen sie nicht recht vorankamen. Unter anderem fürchteten sie, damit den Rechts- und Linkspopulisten ihres Landes in die Hände zu spielen. Schließlich kam hinzu, dass seit dem Ende des Ost-West-Konflikts eine Verschiebung im Portfolio der Machtsorten stattgefunden hatte. Militärische Macht hatte an Bedeutung verloren, wirtschaftliche Macht an Gewicht gewonnen. Frankreich war nach wie vor eine Atommacht, aber die Force de Frappe spielte in den politischen Konflikten der vergangenen zwei, drei Jahrzehnte keine Rolle, während die Wirtschafts- und Finanzkraft immer wichtiger wurden. So verschoben sich allmählich und zunächst weithin unbemerkt die politischen Gewichte innerhalb der EU zugunsten Deutschlands. Die lange Kanzlerschaft Angela Merkels sowie ihre auf Kompromiss angelegte Politik taten ein Übriges, um Deutschlands Gewicht zu steigern.

In den Krisen des ausgehenden 20. Jahrhunderts ist Deutschland fast zwangsläufig die europäische Führungsrolle zugefallen. Weder das Land noch seine Regierung und seine Bevölkerung haben sich danach gedrängt, im Gegenteil: Die deutsche Politik war auf diese Rolle nicht vorbereitet und mit ihrer Wahrnehmung häufig überfordert. Nur zögerlich und mitunter fast widerspenstig hat sie sich auf die mit ihr verbundenen Herausforderungen eingelassen.

Man will der AfD keine weiteren Wähler zutreiben

Erkennbar wünschte man sich Verhältnisse zurück, in denen die großen Initiativen von Frankreich ausgingen und man ihnen, mal begeistert, mal zögerlich, nur folgen musste. Aber seitdem der französische Präsident Macron die vormalige politische Führungsrolle Frankreichs in der EU wieder an sich ziehen will, ist man damit in Berlin auch nicht einverstanden. Man hat sich daran gewöhnt, dass man selbst das Tempo vorgibt, und befürchtet, die französischen Initiativen würden wesentlich von Deutschland finanziert werden müssen. Unbeantwortet ist da aber auch die Frage, wie nachhaltig Macrons Wirtschaftsreformen sein werden, wenn sie schon durch die Proteste der „Gelbwesten“ ins Wanken gebracht werden können?

Zugleich macht sich in Deutschland eine gewisse Zögerlichkeit in europapolitischen Fragen bemerkbar: Man will der [AfD](#) keine weiteren Wähler zutreiben, indem man sich in Brüssel auf Projekte einlässt, deren Last vor allem von dem wirtschaftlich stärksten Land in der EU beziehungsweise im Euroraum übernommen werden muss. Die deutsche Zögerlichkeit gegenüber den europapolitischen Initiativen Macrons zeigt: Man hat sich inzwischen in Berlin an die eigene Führungsrolle gewöhnt, auch wenn man nicht bereit oder in der Lage ist, sie wirklich auszufüllen. Aber vielleicht ist das ja gerade das Geheimnis politischer Führung in der EU.

Der Florentiner Politiktheoretiker Niccolò Machiavelli hat vor langer Zeit vorgeschlagen, den Stil politischer Führung an dem zu messen, was er „qualità dei tempi“ genannt hat: die jeweiligen Zeitumstände, die politischen Konstellationen, die im einen Fall eine eher zögerliche Führung begünstigen und im anderen Fall ein entschlossenes Vorgehen und Ausnutzen der sich bietenden Gelegenheiten. Nach mehreren schweren Niederlagen gegen den Karthager Hannibal, zuletzt dem Desaster bei Cannae, sei es für die Römer richtig gewesen, so Machiavelli, dem Zauderer Quintus Fabius Maximus alle Macht zu übertragen.

Hat Merkel jemals Europa geführt?

Der vermied weitere Niederlagen, indem er Hannibal ins Leere laufen ließ und sich nicht zur Schlacht stellte. Als sich Rom nach einigen Jahren aber erholt hatte und wieder zu neuen Kräften gekommen war, die „qualità dei tempi“ also gewechselt hatte, sei es wiederum richtig gewesen, Quintus Fabius durch Publius Cornelius Scipio zu ersetzen, der ein offensives Vorgehen gegen Hannibal vorzog und ihn auf afrikanischem Boden schließlich bezwang. Machiavelli machte die Überlegenheit der republikanischen Ordnung daran fest, dass sie ihr politisches Führungspersonal austauschen und dabei auf veränderte Zeitumstände reagieren könne. Alleinherrschaften (principati) könnten das nicht und seien deswegen gut geführten Republiken auf Dauer unterlegen.

Bundeskanzlerin Merkel hat die Deutschland zugefallene Führungsrolle in Europa ausgesprochen zurückhaltend interpretiert. Fast könnte man sagen, sie hat durch Führungsverzicht geführt und, analog zu dem Römer Quintus Fabius, dadurch vermieden, dass sich antideutsche Ressentiments aufgestaut haben und gegen Deutschland gekehrte, stabile Fronten in der EU entstanden sind. Weder in der Euro- noch in der Flüchtlingskrise ist sie vorangeprescht, sondern hat lange beobachtet, gewartet und gezögert, bis sie dann unter dem Druck der Ereignisse schließlich doch eine Entscheidung getroffen hat. Man kann das als eine auf Hinhaltenaktiken begründete Politik bezeichnen, die im entscheidenden Augenblick aber dann doch flexibel und mit großer Kraft zu reagieren vermag.

Das war so bei der Rettung Griechenlands, das um Staatsbankrott und politischen Zusammenbruch herumkam, indem es in der Eurozone verbleiben konnte. So war es auch bei dem Entschluss, die deutsche Grenze im September 2015 nicht zu schließen, sondern vielmehr die auf der Balkan-Route kommenden Flüchtlinge nach Deutschland hereinzulassen. Wäre die Grenze geschlossen worden, hätte es nicht nur Bilder bei der Abwehr von Migranten gegeben, die für die Reputation Deutschlands verheerend gewesen wären. Es wäre auch zu einem Stau der Flüchtlinge auf dem Balkan bis hin nach Griechenland gekommen, unter dessen Last die Staaten entlang der Balkan-Route mit großer Wahrscheinlichkeit zusammengebrochen wären. In dieser Lage war ein Wiederaufflammen des Bürgerkriegs im ehemals jugoslawischen Staatsgebiet nicht auszuschließen. Die Folgen einer anderen Entscheidung als der, die Grenzen offen zu lassen, wären für Europa vermutlich desaströs gewesen und in der Folge sehr teuer geworden.

Ein anderer Faktor der Zentrifugalität ist sicherheitspolitischer Art

Sowohl bei der Rettung Griechenlands als auch in der Flüchtlingskrise hat die Kanzlerin taktiert. Eine von Anfang an verfolgte strategische Direktive ist jedenfalls nicht erkennbar. Und doch lässt sich im Nachhinein sagen, dass ihre Politik Effekte hatte, als ob sie eine strategische Linie verfolgt hätte: die nämlich, den Balkan zu stabilisieren und die weiche Südostflanke der EU nicht im Chaos versinken zu lassen. Wie wichtig das war, zeigt sich inzwischen an den russischen Versuchen politischer Einflussnahme und dem wirtschaftlichen Vordringen Chinas in diesem Raum. In beiden Fällen, der Euro-Krise wie der Flüchtlingskrise, hat Angela Merkel eine Führungsrolle in der EU übernommen, aber sie hat es in einer Art und Weise getan, dass es nicht als forsches Voranschreiten daherkam (auch wenn es von einigen Politikern, zunächst aus dem europäischen Süden und solchen aus Mittel- und Südosteuropa, so dargestellt wurde), sondern durchweg als Reaktion auf den Zwang der Umstände. Das war durchaus im Sinn der Machiavellischen Überlegungen zur „qualità dei tempi“ – freilich ganz anders, als die mit dem Denken des Florentiners unvertrauten Kritiker Merkels meinten, als sie ihr wortspielverliebt „Merkiavellismus“ vorgehalten haben.

Mit den zahlreichen Beitrittsrunden, in deren Folge das Europa der Sechs zu einem Europa der (noch) 28 wurde, sind die Zentrifugalkräfte in der Gemeinschaft zwangsläufig immer weiter angewachsen. Aktuell zeigt sich das in den sozioökonomischen Unterschieden zwischen dem Norden und dem Süden der EU und in den politisch-kulturellen Divergenzen zwischen dem Westen und dem Osten der Gemeinschaft. Was Norden und Süden voneinander trennt, ist die Wirtschaftsmentalität, während im Osten die Vorstellung der westlichen Demokratie, also die Bindung des Volkswillens an die Verfassung, der Grundsatz der Gewaltenteilung und der Respekt vor der Pressefreiheit, nicht durchgängig angekommen ist. Außerdem herrscht dort, wo man lange ein Bestandteil multinationaler Großreiche war, eine nationalistische Grundstimmung, die mit demokratischer Selbstbestimmung verwechselt wird. Damit sind zwei mögliche Spaltungslinien der Europäischen Union markiert.

Ein anderer Faktor der Zentrifugalität ist sicherheitspolitischer Art, etwa wenn Polen und die baltischen Staaten gebannt auf Russland schauen, während Spanien, Malta und Italien die gegenüberliegende Seite des Mittelmeeres im Auge haben und sich von dort in Gestalt von Flüchtlingsbooten bedroht fühlen. Um diese Zentrifugalität auszugleichen, bedarf es einer Macht des Zentripetalen – eine Aufgabe, die eigentlich der EU-Kommission zufallen sollte, die dafür aber zu schwach ist. Dass strukturelle Veränderungen in der EU-Architektur dem in nächster Zeit abhelfen können, ist unwahrscheinlich. Also bleibt diese Aufgabe bis auf weiteres an Deutschland hängen. Es

ist nicht zuletzt die Reformunfähigkeit der EU, die Deutschland zur „unverzichtbaren Nation“ in der Union gemacht hat.

Die Position der Zentripetalmacht ist eine wesentlich defensive

Die wesentlichen Aufgaben der Zentripetalmacht sind politischer Ausgleich und Kompromissbildung. Das läuft nicht unbedingt auf eine für alle sichtbare politische Führung hinaus. Eher könnte man sagen, der Führungserfolg einer Zentripetalmacht sei wesentlich paradoxer Art, denn er resultiere aus Führung durch den Anschein von Nichtführung. Konkret heißt das, dass man sich bei der Verfolgung eigener nationaler Interessen zurücknimmt und die Erfordernisse der nationenübergreifenden Gemeinschaft in den Mittelpunkt stellt. Man könnte, wenn man wollte, der mächtigste Vetospieler sein, verzichtet aber darauf und sieht seine Aufgabe darin, für potentiell andere Vetospieler diese Rolle möglichst unattraktiv zu machen. Auch das ist Führung: Wer die Kompromisse formuliert, hat ausschlaggebenden Einfluss auf die Gemeinschaft. Die Zentripetalmacht dient der Gemeinschaft und bezieht doch auch aus diesem Dienen eine Reihe von Vorteilen, die wesentlich ihr und nur ihr zugutekommen.

Die Position der Zentripetalmacht ist eine wesentlich defensive beziehungsweise konservative. Ihre wichtigste Aufgabe ist Bestandserhaltung. Sie ist immerhin die Voraussetzung dafür, dass Europa bei den gegenwärtig umfassenden Veränderungen in den weltpolitischen Konstellationen seine Interessen und Werte geltend machen kann und nicht zum Befehlsempfänger der anderen großen Mächte wird. In globaler Hinsicht zumindest war es noch nie so wichtig wie jetzt, dass Europa mit einer Stimme spricht. Seit dem Amtsantritt Donald Trumps nämlich ziehen sich die Vereinigten Staaten aus der Rolle eines „Hüters der globalen Ordnung“ zurück. Sie bemühen sich nicht mehr um die Bereitstellung von Gemeingütern wie Handelssicherheit, internationaler Rüstungsbegrenzung oder zentraler Werte wie der Achtung der Menschenrechte. Vielmehr verfolgen sie unter der Parole „America first“ hemmungslos ihre eigenen Interessen – oder doch das, was sie dafür halten.

Es ist absehbar, dass die Vereinigten Staaten, selbst wenn sie es wollen würden, in die Rolle des „Hüters der globalen Ordnung“ nicht mehr zurückkehren werden. China, auch das ist absehbar, wird sich diese Rolle nicht aufbürden. Mit der Seidenstraßenstrategie verfolgt Peking wesentlich eigene Interessen, die klassisch imperialer Art sind, also auf Clubgüter hinauslaufen. Beim Zugang zu ihnen kommt China die Rolle des Türstehers zu.

Eine Ordnung ohne „Hüter“

In der Folge dessen ist die Weltordnung in einem Umbruch begriffen, den die Europäer mitgestalten müssen, wenn sie im 21. Jahrhundert eine Rolle spielen wollen. Die jetzt zerfallende Ordnung war eine, in der universale Werte eine Rolle spielten, auch wenn sich die Vereinigten Staaten als deren Hüter keineswegs immer bewährt haben, sondern den universalen Werten offen oder verdeckt entgegengehandelt haben. Aber wenn man sie deswegen kritisierte, richtete man die Kritik eben an die Macht, die sich als Hüter einer globalen Ordnung mit universalen Werten verstand. Der Rückzug der Amerikaner aus der Rolle eines „Hüters der globalen Ordnung“ hat zur Folge, dass es eine Ordnung in dieser Form nicht mehr geben wird. Was entsteht, wird eine Ordnung sein, die ohne „Hüter“ auskommen muss.

Es spricht vieles dafür, dass aus dem Zerfall einer unipolaren Ordnung auch hier, wie in der Vergangenheit so oft, ein System von fünf Vormächten, eine Pentarchie, hervorgehen wird: Ihr werden die Vereinigten Staaten und China angehören, mit großer Wahrscheinlichkeit auch Russland als nordasiatische Landbrücke, Rohstofflager und Atommacht. Auch die Europäer werden dabei sein, wenn sie denn zusammenbleiben und es ihnen gelingt, in Fragen der globalen Ordnung mit einer Stimme zu sprechen. Der Fünfte wird mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit Indien sein. Das heißt, dass weder eine lateinamerikanische noch eine afrikanische Macht dazugehören wird und ebenso keine aus der islamischen Welt. Sie alle werden versuchen, aus der zweiten Reihe heraus Einfluss zu nehmen. Das wird immer wieder für Unruhe sorgen.

Für den Weltfrieden wird indes entscheidend sein, dass die Einflusszonen der „großen Fünf“ klar gegeneinander abgegrenzt sind (ein Problem, das die Europäer vor allem mit Russland haben) und dass diese Mächte in der Lage sein werden, ihre Peripherien politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren. Für Europa ist diese Peripherie der Nahe Osten, wo es sich die Aufgaben freilich mit anderen teilen muss oder darf, vor allem aber sind es die gegenüberliegende Mittelmeerküste, also die Maghreb-Region, und die dahinterliegende Sahelzone. Diese Aufgabe ist nur durch ein geschlossen auftretendes Europa zu bewältigen.

Führung verlangt mehr als ein forsches Auftreten

Die Stabilisierung der Peripherie ist eine der Voraussetzungen dafür, dass Europa zu den „großen Fünf“ gehören kann. Die andere besteht darin, dass die EU auf zentralen Technologiefeldern, zumal solchen mit sicherheitspolitischer Relevanz, auf eigenen Füßen steht und nicht von einer der anderen führenden Mächte abhängig ist – mag sie mit ihr auch noch so gut kooperieren. Das betrifft viele Technologien, vor allem aber betrifft es die Künstliche Intelligenz und die IT-Sicherheit. Auf beiden Feldern liegt die EU zurzeit weit zurück. Also muss eine Aufholjagd begonnen werden, für die der Aufbau des Airbus-Konzerns in der Vergangenheit als Vorbild dienen kann. Deutschland fällt dabei ganz fraglos die Führungsrolle zu – aber diese besteht nicht nur im Schmieden von Koalitionen und Kompromissen. Die Direktive ist globale Konkurrenz- und Handlungsfähigkeit – womit Machiavellis „qualità dei tempi“ wieder ins Spiel kommt.

Nicht die marktwirtschaftliche Ordnung innerhalb der EU ist der Maßstab, an dem sich die künftige Stellung Europas in der Welt entscheidet, sondern die strategische Selbstbehauptung im globalen Rahmen. Einer der wenigen, die das erkannt haben, ist Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Ihm geht es darum, Europa industriepolitisch und technologisch als globalen Akteur zu platzieren. Dass er – auch deswegen – zurzeit im Zentrum der Kritik steht, zeigt, dass hierzulande bislang nur wenige die Herausforderungen deutscher Führung begriffen haben.

Führung verlangt mehr als ein forsches Auftreten. Wirkungsvolles Führen heißt, entschieden voranzugehen, wo dies erforderlich ist, um den Rest voranzubringen, aber sich zurückzuhalten, wenn es bloß um Symbolik geht. Technologische Unabhängigkeit der Europäer herzustellen ist die Führungsaufgabe, die Deutschland übernehmen muss – nicht auf sich allein gestellt, aber doch als Anführer aller anderen. Darüber ist mit Frankreich ins Gespräch zu kommen, und auf der Grundlage eines solchen auf lange Zeit angelegten Projekts ist die deutsche Antwort auf die Vorschläge Macrons zur Weiterentwicklung der EU zu formulieren – im europäischen, aber sehr wohl auch im deutschen Interesse.

Professor Dr. Herfried Münkler

Der Verfasser lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Humboldt-Universität Berlin.

Sean Scully, 4.1.98, 1998, Pastell, Albertina, Dauerleihgabe, Wien © Sean Scully

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kommentar-zur-europawahl-was-die-volksparteien-verlernt-haben-16209173.html>

VERLUSTE BEI DER EUROPAWAHL

Was die Volksparteien verlernt haben

- EIN KOMMENTAR VON BERTHOLD KOHLER
- -AKTUALISIERT AM 27.05.2019-18:29



Im Wettbewerb mit den Grünen müssen Union und SPD wieder ein Gespür dafür entwickeln, was ihre Wähler umtreibt. Und CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer muss ins Kanzleramt.

Das Schlimmste ist nicht eingetreten. Das Europäische Parlament wird nicht von jenen beherrscht, die nicht nur das Parlament, sondern gleich die ganze EU abschaffen wollen. Die Erleichterung darüber ist den beiden deutschen Parteien, denen die europäische Integration seit jeher am Herzen liegt, jedoch kaum anzumerken. Denn der Erosionsprozess, unter dem besonders die SPD, zunehmend aber auch die CDU leidet, kam auch bei dieser Europawahl nicht zum Stehen.

Konkurrenz machen ihnen nicht mehr nur die Nationalisten. In die Liga der Volksparteien ist ein Wettbewerber aufgestiegen, der – als Fleisch vom Fleische der SPD – schon immer der Sozialdemokratie Stimmen abnahm, sie zunehmend aber auch der CDU entführt. Die Grünen mauserten sich zum Schrecken der Roten und Schwarzen, weil sie zur Hoffnung jener Deutschen wurden, die nichts mehr anfangen können mit den Positionen und dem Stil der von Schwindsucht geplagten Volksparteien, aber auch nicht an den rechten Rand ausweichen wollen.

Die Grünen sind ein Kind der Achtundsechziger-Bewegung und der „Neuen Sozialen Bewegungen“ in den Achtzigern. Sie haben schon bei ihrer Gründung politische Bedürfnisse (und Ängste) bedient, die von den Volksparteien, die damals diesen Namen noch voll und ganz verdienten, nicht adressiert wurden. Obwohl auch die Grünen inzwischen einen langen Marsch durch die Institutionen hinter sich haben, auf dem sie von einer Revoluzzer-Bewegung zur systembejahenden Partei wurden (die sie nie hatten werden wollen), ist ihnen das Gespür für den Zeitgeist nicht abhandengekommen.

Der verschafft ihnen enormen Auftrieb. Union und SPD haben dazu beigetragen. Nach wie vor zeigt sich, dass die angeblich „alternativlose“ Politik von „großen“ Koalitionen Konjunkturprogramme für die jeweiligen Oppositionsparteien sind – so sich diese nicht so ungeschickt anstellen wie die FDP. Union und SPD waren es auch, die urgrüne Themen ins Zentrum des politischen Diskurses rückten: Umwelt, Klima, Nachhaltigkeit. Das war keinesfalls falsch, ganz im Gegenteil. Die großen Fragen zur Zukunft der Menschheit und ihres Planeten gehen zu oft im Kleinklein einer oft kaum über die Dauer der Legislaturperiode hinausreichenden Tagespolitik unter. Und wer, wenn nicht eine christlich-demokratische Partei, sollte sich um die Erhaltung der Schöpfung und des Erbes der nächsten Generationen kümmern? So konservativ ist sogar noch die CDU.

Die große Koalition hat auf diesem Feld, das sie selbst zur Gretchenfrage der deutschen Politik erklärte, einiges geleistet. Doch sind im Zuge der Energiewende auch unrealistische Erwartungen

geweckt worden. Das Erreichte wurde nicht gut genug verkauft. Das „Rezo“-Debakel offenbarte auf drastische Weise die Sprachlosigkeit von Volksparteien, die zwar große Kommunikationsabteilungen unterhalten, jedoch das Kommunizieren mit dem Volk verlernt haben.

Die Grünen konnten genießen und schweigen. Sie sollten dem FDP-Vorsitzenden Lindner bis heute auf Knien dafür danken, dass sie noch nicht in einer Bundesregierung für den Doppelausstieg aus Atomkraft und Kohle, für Stromtrassen und Windradwälder, für Fahrverbote und höhere Steuern, (mit)verantwortlich zeichnen müssen, sondern sich als Wohlfühlpartei des reinen ökologischen Gewissens präsentieren können.

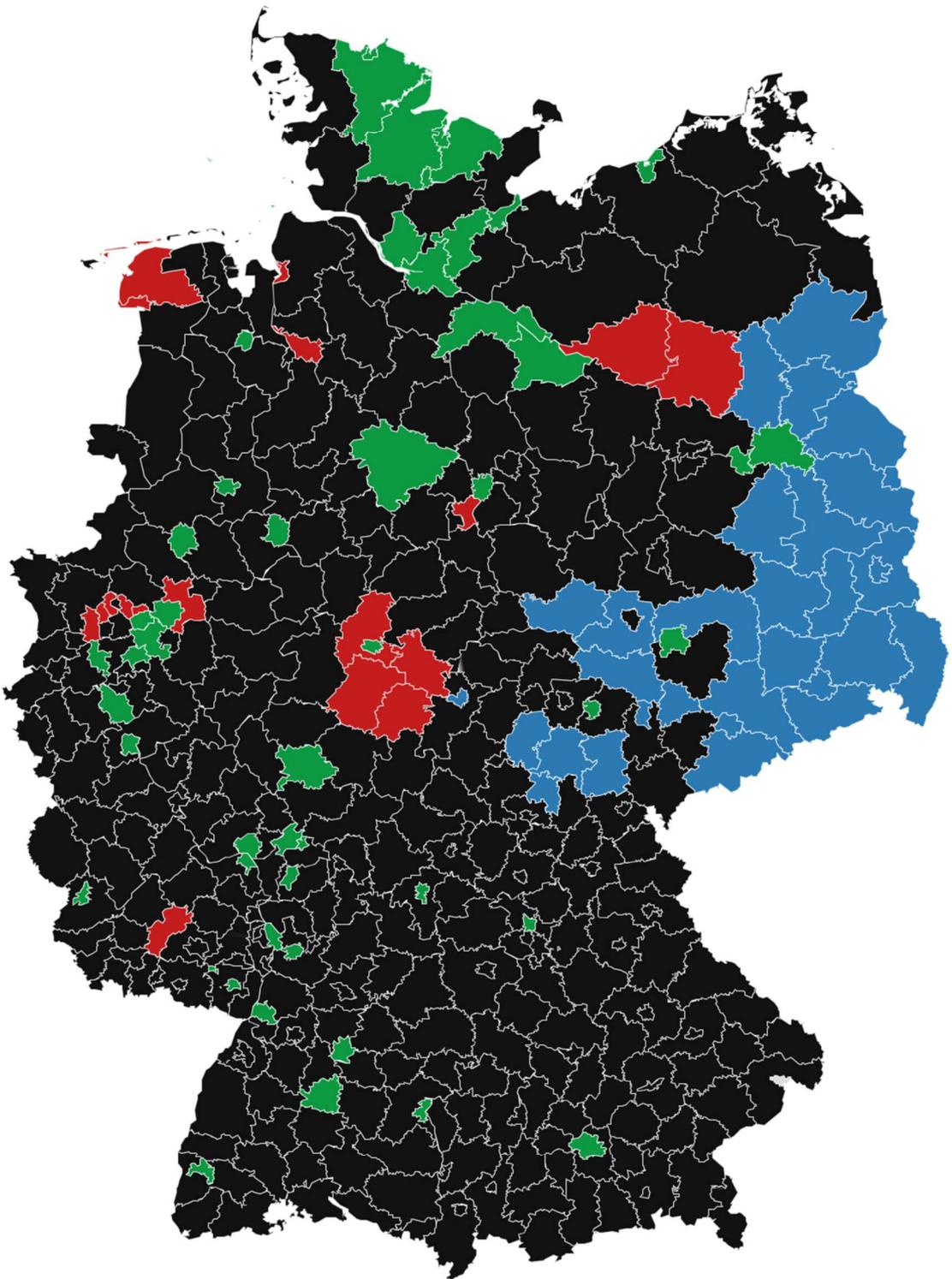
Es ist nicht alles gold, was grün glänzt

War's das nun schon, auch in Deutschland, mit den Volksparteien? Auch die Grünen scheinen diesen Status immer noch für erstrebenswert zu halten. Die Wählerwanderungskarte zeigt, dass die Partei Wähler von rechts und links anzieht, obwohl bei weitem nicht alles Gold ist, was grün glänzt. Doch mehr und mehr nehmen die Grünen den Platz der SPD ein, weil sie den jungen Deutschen frischer und der Zukunft zugewandter erscheinen als die mit ihrem Schicksal hadernde Sozialdemokratie. Die wird ihren Niedergang nicht dadurch abwenden können, dass sie schon wieder die Person an der Parteispitze demontiert oder Gesetzesentwürfe ohne Zustimmung des Kanzleramtes verschickt. Ein Wiederaufstieg scheint für die SPD allenfalls aus der Opposition heraus möglich zu sein.

Die Zeichen mehren sich schon, dass CDU und CSU im Bund bald einen neuen Koalitionspartner brauchen. Wie aber wird die Union in der nächsten Bundestagswahl so stark, dass in einem schwarz-grünen Bündnis oder einer Jamaika-Koalition der Schwanz nicht mit dem Hund wackelt? Kramp-Karrenbauer muss, um endlich die Handbremse lösen zu können, auch ins Kanzleramt einziehen; der CSU schadete es nicht, dass Söder in Personalunion Regierungschef und Parteivorsitzender ist. Bei aller Fixierung auf den Wettstreit mit den Grünen um Stimmen in der linken Mitte darf auch die CDU nicht vergessen, dass Volkspartei nur sein kann, wer auf seinen beiden Flügeln zu integrieren weiß. Dieses Kunststück gelingt keinem Politiker allein; dem muss die CDU in der Nach-Merkel-Ära wieder Rechnung tragen.

Vor allem aber muss die Union wieder erkennbar ein Gefühl für das bekommen, was die jungen Deutschen umtreibt. Sonst könnte es sein, dass das Jahr 2019 später einmal in den Geschichtsbüchern das 1968 des digitalen Zeitalters genannt wird.

Quelle: F.A.Z.



https://www.faz.net/aktuell/politik/europawahl/gelbe-westen-fuer-le-pen-rechter-wahlsieg-in-frankreich-16209300-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_1

WAHLSIEG IN FRANKREICH:

Gelbe Westen für Le Pen

- VON MICHAELA WIEGEL AKTUALISIERT AM 27.05.2019-23:01



Auch wenn es denkbar knapp war: Marine Le Pens „Rassemblement National“ hat sich bei Frankreichs Europawahl gegen Präsident Macron durchgesetzt. Das besiegelt den endgültigen Abschied vom traditionellen Parteiensystem.

Frankreich hat bei den Europawahlen endgültig Abschied vom Parteiensystem der Nachkriegsordnung genommen. „Die alte Rechts-Links-Spaltung gibt es nicht mehr“, sagte Premierminister Édouard Philippe. Die früheren Regierungsparteien, die Republikaner (LR) auf der Rechten und die Sozialisten auf der Linken, sackten unter die Zehn-Prozent-Marke ab. Trotz höherer Wahlbeteiligung erzielte LR-Kandidat François-Xavier Bellamy mit 8,48 Prozent (2014: 20,8 Prozent) das schlechteste Ergebnis seiner Partei seit Einführung der Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979.

Der von den Sozialisten unterstützte Kandidat Raphael Glucksmann kam auf 6,19 Prozent der Stimmen (2014: 13,9 Prozent), ebenfalls ein Tiefstand. Der Abstieg in die Bedeutungslosigkeit der französischen Schwesterparteien von CDU/CSU und SPD hatte 2017 begonnen, als sich ihre Kandidaten bei den Präsidentenwahlen nicht für die entscheidende Stichwahlrunde qualifizierten.

„Gelbwesten“ unterstützen Le Pen

Die neue politische Landschaft, die vor zwei Jahren entstand, ist von den Wählern bei den Europawahlen bestätigt worden. Marine Le Pens Partei Rassemblement National (RN) behauptete sich mit 23,31 Prozent der Stimmen als stärkste Kraft. Macrons Wahlplattform Renaissance lag mit 22,41 Prozent der Stimmen knapp dahinter. Als dritte Kraft etablierte sich die grüne Partei Europe Écologie Les Verts (EELV) mit 13,47 Prozent der Stimmen.

Die Linkspartei La France Insoumise (LFI) fiel mit 6,31 Prozent der Stimmen weit hinter das Ergebnis ihres Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon (19,2 Prozent) vor zwei Jahren zurück. Die Listen der „Gelbwesten“-Bewegung erhielten kaum Zulauf. Dabei hatten die französischen Medien der Protestbewegung in den vergangenen sechs Monaten viel Raum gegeben und deren Wortführer ausgiebig zu Wort kommen lassen.

Die vom Sänger Francis Lalanne geführte Plattform der „Gelbwesten“ kam auf 0,54 Prozent der Stimmen, die des Schweißers Christophe Chalencon auf 0,01 Prozent. Das Umfrageinstitut Ifop ermittelte, dass die „Gelbwesten“-Anhänger an den Urnen vor allem Le Pens Partei stärkten. So gaben 43 Prozent der „Gelbwesten“-Sympathisanten an, dass sie dem RN ihre Stimme gaben. Anders als vor fünf Jahren, als die Partei Le Pens die meisten Jungwähler anzog, trugen diese jetzt maßgeblich zum Erfolg der Grünen bei.

Jung wählt grün

Die jungen Franzosen ähneln in ihrem Wahlverhalten den jungen Deutschen. In der Altersgruppe von 18 bis 24 Jahren stimmten 25 Prozent für die grüne Partei EELV. Zehn Prozent gaben Macrons Plattform Renaissance ihre Stimme, der in der Endphase des Wahlkampfes versprochen hatte, die Klima- und Energiepolitik aufwerten zu wollen. Macron lud frühzeitig die schwedische Klima-Aktivistin Greta Thunberg in den Elysée-Palast ein und traf sich mit der Deutschen Luisa Neubauer.

Doch setzte ein Viertel der Jungwähler lieber auf das „Original“ EELV. Der grüne Spitzenkandidat Yannick Jadot nannte sein Ergebnis „eine wunderbare Zukunftsbotschaft“ und sprach von einer „grünen Welle in Europa“. In der Altersgruppe von 25 bis 34 Jahren stimmten laut Umfrageinstitut Ipsos 28 Prozent für EELV. Die Erst- und Jungwähler bis 34 Jahre trugen maßgeblich dazu bei, dass die Wahlbeteiligung in Frankreich anstieg. 2014 gingen 27 Prozent von ihnen zur Wahl, dieses Mal waren es 40 Prozent.

Insgesamt stieg die Wahlbeteiligung laut amtlichem Endergebnis des Innenministeriums auf 50,12 Prozent der Wahlberechtigten. 2014 lag sie bei 42 Prozent. Präsident Macron hat das selbstgesetzte Ziel verfehlt, als stärkste Kraft abzuschneiden. „Ich werde alles tun, damit der RN nicht die Spitzenposition erhält“, hatte Macron beim EU-Sondergipfel in Hermannstadt (Sibiu) gesagt.

Macron bleibt nach knapper Niederlage ruhig

Doch die befürchtete Abstrafung seiner Politik durch die Wähler blieb aus – trotz monatelanger „Gelbwesten“-Proteste und der Affäre um seinen Sicherheitsmann Alexandre Benalla. Der Vorsprung des RN-Spitzenkandidaten Jordan Bardella vor der Renaissance-Kandidatin Nathalie Loiseau ist mit 0,9 Punkten oder 205.213 Stimmen so knapp, dass Macron nicht unter Handlungsdruck steht. Im Falle eines Brexits entsenden beide Parteien 23 Abgeordnete in das EU-Parlament.

Hätte seine Spitzenkandidatin Loiseau sich geschickter angestellt und die europäisch gesinnte Zentristenpartei UDI nicht durch Überheblichkeit zu einem Alleingang bewogen, wäre Renaissance der Spitzenplatz sicher gewesen. UDI-Spitzenkandidat Jean-Christophe Lagarde kam auf 2,5 Prozent und scheiterte an der in Frankreich geltenden Fünfprozenthürde. Aus dem Elysée-Palast hieß es, dass Macron seine Reformpolitik „intensivieren“ wolle. Noch in diesem Jahr soll eine Rentenreform und eine Reform der Arbeitslosenversicherung auf den Weg gebracht werden.

Einen Wechsel an der Regierungsspitze lehnte der Präsident ebenso wie eine Regierungsumbildung ab. Die von Marine Le Pen am Wahlabend wie schon 2014 geforderte Auflösung der Nationalversammlung hatte Macron ohnehin nicht in Erwägung gezogen. Aber er ermahnte seine Anhänger zu Bescheidenheit. Finanzminister Bruno Le Maire war dadurch aufgefallen, dass er sagte: „Das ist kein Sieg, aber ein Erfolg.“

Republikaner müssen umdenken

Die Wählerbasis Macrons hat sich seit den Präsidenten- und Parlamentswahlen im Frühsommer 2017 verändert. So hat das Meinungsforschungsinstitut Ifop ermittelt, dass Macrons Bewegung inzwischen von mehr als 80 Prozent der Sympathisanten der gemäßigten Rechten gewählt wird. Verluste gab es hingegen bei früheren sozialistischen Wählern, die 2017 für Macron gestimmt hatten.

Die Republikaner stehen hingegen vor einer neuen Zerreißprobe. LR-Chef Laurent Wauquiez stand mit seiner Rückbesinnung auf die traditionalistische katholische Stammwählerschaft schon vor der Wahl in der Kritik. Nach dem schlechten Abschneiden Bellamys fordern etliche Parteigranden eine Neuausrichtung. „Wir brauchen eine ideologische Revolution“, sagte Kampagnendirektor Geoffroy Didier. Wenn die Partei weiterhin in gesellschaftlichen Fragen wie der Homo-Ehe und der Abtreibung in Ablehnung verharre, könnte sie „sterben“.

Quelle: F.A.Z.

23.000 Wörter, 197 Artikel, 1 Verfassung

23.05.2019 · Seit siebzig Jahren definiert das Grundgesetz die Bundesrepublik Deutschland. Wie viel Text braucht man hierzu? Wie oft schreibt man ihn um? Und wie wird er interpretiert? Eine Analyse in Infografiken.

Der Aufbau des Grundgesetzes gleicht dem eines „Programmcodes“ der Bundesrepublik: Am Anfang werden die grundlegenden Variablen definiert, die in alle weiteren Handlungsanleitungen und Strukturen hineinwirken. Eingeleitet wird es mit der Präambel, die in ihrer ursprünglichen Fassung unter anderem die Aufforderung enthielt, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Seit der Wiedervereinigung schließt sie mit der Feststellung: „Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.“

Im ersten von insgesamt vierzehn Abschnitten folgen dann die Grundrechte: grundlegende Freiheits- und Gleichheitsrechte, die dem Einzelnen unveräußerliche und einklagbare Rechte gegenüber dem Staat zugestehen, und als objektive Prinzipien auch in das einfache Gesetzesrecht ausstrahlen. Allen voran steht mit dem Schutz der Menschenwürde der oberste Maßstab für alle staatliche Gewalt.

Der anschließende Bereich des Staatsorganisationsrechts beschreibt die föderalistische Staatsstruktur (Abschnitt II), die Verfassungsorgane – insbesondere Bundestag und Bundesregierung (Abschnitte III bis VI) sowie die Staatsfunktionen, also Gesetzgebungsverfahren, Verwaltung, Rechtsprechung und weiteres (Abschnitte VII bis Xa). Im Anhang werden schließlich noch fünf Artikel der Weimarer Reichsverfassung zum Thema Religion und Religionsgemeinschaften aufgeführt, die zu Bestandteilen des Grundgesetzes erklärt worden sind.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

ARTIKEL 1 ABSATZ 1 GRUNDGESETZ

Alles in allem macht das rund 23.000 Wörter – was fast schon doppelt so viel ist wie in der Ursprungsfassung von 1949, die inklusive Anhang mit circa 12.500 auskam. Auch im Vergleich mit

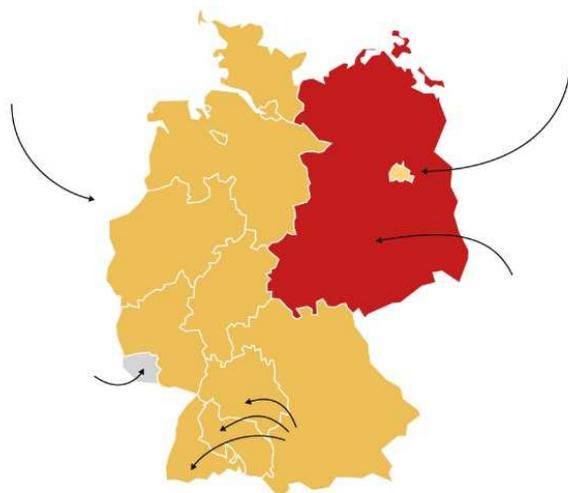
anderen bedeutenden Verfassungen wie etwa der französischen (11.200) oder der der Vereinigten Staaten (8.000) liegt das Grundgesetz vom Umfang her weit vorne.

Setzt man die Wortmenge wiederum in Bezug zu anderen Werken, zum Beispiel zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit seinen derzeit ungefähr 199.800 Wörtern, wird deutlich, dass wir es hier immer noch mit einer relativ überschaubaren Normensammlung zu tun haben.

Der dominierende Charakter der Grundrechte als Freiheits- und Abwehrrechte gegen den Staat lässt sich übrigens schon an der Verteilung der Worthäufigkeiten ablesen: Pflichten sind im Grundrechtskatalog (und den ähnlich gelagerten sogenannten grundrechtsgleichen Rechten) hingegen nur einige wenige ausdrücklich aufgeführt:

Warum das Grundgesetz „Grundgesetz“ heißt

Nach dem militärischen Zusammenbruch und dem Ende des Zweiten Weltkriegs stand Deutschland unter alliierter Besatzung. Als im Laufe des Jahres 1947 der beginnende Kalte Krieg mehr und mehr Dynamik entwickelte und eine Einigung der Großmächte in der Deutschen Frage außer Reichweite geriet, nahmen die drei Westalliierten Weichenstellungen zur Schaffung eines deutschen Teilstaates vor. Schließlich wurden am 1. Juli 1948 elf westdeutsche Länderchefs (neun Ministerpräsidenten und die Bürgermeister der Stadtstaaten Hamburg und Bremen) im Hauptquartier der Amerikaner, dem ehemaligen Verwaltungsgebäude der I. G. Farben in Frankfurt, offiziell mit der Gründung eines deutschen Nachkriegsstaats beauftragt.



Bundesrepublik Deutschland

bei Inkrafttreten des Grundgesetzes am 24. Mai 1949

Berlin

Mit Sonderstatus, daher kein Unterzeichner des Grundgesetzes, gemäß Artikel 23 aber in den Geltungsbereich einbezogen

Gründungsländer

Elf Länder der westalliierten Besatzungszonen

Sowjetische Besatzungszone

Gründung der DDR am 7. Oktober 1949

Saarland

Seit 1947 mit eigener Verfassung und nominell unabhängig. Tritt erst 1957 der Bundesrepublik bei.

Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern

Aus diesen Ländern geht 1952 das Bundesland Baden-Württemberg hervor.

Grafik: F.A.Z. / Quelle: DPA

Die Begeisterung über den Auftrag zur Staatsgründung hielt sich auf westdeutscher Seite zunächst in engen Grenzen: Als zu groß wurde die Gefahr angesehen, hierdurch die Teilung Deutschlands festzuschreiben. Nach einigem Hin und Her einigte man sich schließlich auf ein Provisorium: Statt einer direkt vom Volk gewählten „Verfassungsgebenden Versammlung“ wurde ein von den Länderparlamenten bestellter „Parlamentarischer Rat“ einberufen. Seine Aufgabe war das Erarbeiten eines „Grundgesetzes“ für einen provisorischen Kernstaat, der stellvertretend für die deutsche Nation als Gesamtheit agieren sollte – bis sich eines Tages die sowjetische Besatzungszone anschließen würde.

„Da kam irgendjemand mit dem Wort Grundgesetz anstelle von Verfassung,“ erinnerte sich später der damalige Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Reinhold Maier: „Wie vom Himmel gefallen stand das Wort vor uns und bemächtigte sich unserer Köpfe und Sinne, gewiss nicht der Herzen.“ Eine vollwertige Verfassung in Inhalt und Struktur, Geltung und Anerkennung sollte das Grundgesetz trotz des bewusst provisorisch gewählten Charakters seines Namens dennoch werden.

Von den „Londoner Empfehlungen“ zum Grundgesetz



Die Arbeit am Grundgesetz begann 1948 nicht bei Null: Wichtiger Bezugspunkt war die Verfassung der Weimarer Republik inklusive der Lehren, die aus ihrem Scheitern zu ziehen waren. Diese wiederum war in der Tradition der Verfassung gestanden, die 1848 von der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche beschlossen worden war. Insbesondere beim Grundrechtskatalog lässt sich die Kontinuität an einzelnen Grundrechten bis heute deutlich ablesen:

Nach seiner Verabschiedung am 8. Mai 1949 durch das Plenum des Parlamentarischen Rats mit 53 gegen zwölf Stimmen und der anschließenden Genehmigung durch die westalliierten Militärgouverneure wurde das Grundgesetz in allen westdeutschen Landtagen angenommen. Eine Ausnahme war Bayern, das gleichzeitig „Nein zum Grundgesetz und Ja zu Deutschland“ (Ministerpräsident Hans Ehard) sagte, indem das Grundgesetz nach fünfzehnstündiger Debatte im

bayerischen Landtag zunächst abgelehnt wurde. In einer zweiten Abstimmung fasste der Landtag dann aber den Beschluss, seine Rechtsverbindlichkeit auch für Bayern anzuerkennen, sollte es in zwei Dritteln der deutschen Länder beschlossen werden. So blieb die Ablehnung am Ende ein symbolischer Akt, um gegen die aus bayerischer Sicht unzureichende Berücksichtigung des föderativen Staatsaufbaus zu protestieren: Als das Grundgesetz am 23. Mai 1949 unterzeichnet wurde, fand sich auch der Name Hans Ehard unter den Unterschriften der elf Minister- und Landtagspräsidenten. Um 0 Uhr des 24. Mai trat es in Kraft.

Das Grundgesetz im Wandel der Zeit

Der Parlamentarische Rat hat die Hürden für Änderungen am Grundgesetz bewusst hoch gesetzt. Erforderlich ist eine Zweidrittelmehrheit sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat. Und selbst bei Erreichen dieses Quorums darf der Gesetzgeber die Verfassung nicht beliebig umschreiben: Nach der Wesensgehaltsgarantie des Artikels 19 Absatz 2 wird davon ausgegangen, dass jedes Grundrecht einen unverletzbaren Kern hat, in den der Staat nicht eingreifen darf. Zusätzliche Grenzen zieht Artikel 79 Absatz 3 mit der sogenannten Ewigkeitsklausel, nach der bestimmte Verfassungsprinzipien niemals angetastet werden dürfen.

In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

ARTIKEL 19 ABSATZ 2 GRUNDGESETZ

Dennoch kommt es zwischen 1949 und 2019 zu insgesamt 230 Änderungen, durch die einzelne Artikel umformuliert, aufgehoben oder komplett neu hinzugefügt werden. Die Anzahl der Artikel im Grundgesetz, die ursprünglich 146 beträgt, zuzüglich der fünf mit einbezogenen Artikel der Weimarer Reichsverfassung aus dem Anhang, liegt heute bei 197 zuzüglich fünf im Anhang. Da neue Artikel dort „einsortiert“ werden, wo sie systematisch hineinpassen und dabei mit dem Zusatz „a“, „b“, „c“ usw. versehen werden, endet die Nummerierung auch heute noch mit Artikel 146.

Die meisten Änderungsgesetze der vergangenen sieben Jahrzehnte betreffen nur eine oder ganz wenige Verfassungsbestimmungen, einige jedoch bestehen aus größeren, zum Teil hoch umstrittenen Änderungspaketen: Zu nennen sind hier insbesondere die Änderungen im Zuge der Einführung von Bundeswehr und allgemeiner Wehrpflicht im Jahr 1956 sowie die Notstandsgesetze von 1968. Auch die Verfassungsänderungen zur Herstellung der Deutschen Einheit sowie die Neuregelung von Föderalismus und Bund-Länder-Finzen zählen zu den umfangreicheren Grundgesetzänderungen.

Andere Änderungsvorhaben scheiterten bereits an der Zweidrittelmehrheit bei der Abstimmung im

Bundestag, obwohl teilweise eine deutliche Mehrheit der Abgeordneten dafür votierte – so zum Beispiel im Jahr 2000 bei dem Versuch, den Tierschutz als Staatsziel in der Verfassung zu verankern, oder der Initiative zur Einführung direktdemokratischer Verfahren auf Bundesebene zwei Jahre später. Mit der deutschen Wiedervereinigung, die verfassungsrechtlich über den Beitritt der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik hergestellt wird, gilt das Grundgesetz seit 1990 für ganz Deutschland. Einer eigens eingerichteten Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat kommt in den darauf folgenden Jahren die Aufgabe zu, sich mit den aus der Deutschen Einheit ergebenden verfassungsrechtlichen Fragen zu beschäftigen. Dies führt zu einem weiteren größeren Änderungspaket im Jahr 1994, das inhaltlich allerdings aus eher marginalen Korrekturen besteht. Insbesondere von der zwischenzeitlich diskutierten Durchführung einer gesamtdeutschen Volksabstimmung über die Verfassung wird schließlich Abstand genommen, da man das Grundgesetz in seiner Gesamtheit bereits als ausreichend legitimiert ansieht.

Wirkung nach Innen und Außen

Eine der Schlussfolgerungen aus dem Scheitern der Weimarer Republik ist die Schaffung eines schlagkräftigen Verfassungsgerichts, durch das eine ständige verbindliche Auslegung des Grundgesetzes gewährleistet werden soll. Dieses höchste Gericht der Bundesrepublik stellt keine „Superrevisionsinstanz“ im Verfahrensweg der sonstigen Gerichte dar, sondern ist ein eigenständiges Verfassungsorgan, dem die Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit des politischen Lebens obliegt und das von jedem angerufen werden kann, der sich durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte verletzt sieht.

Das Bundesverfassungsgericht entscheidet über Verfassungsbeschwerden, die von jedermann mit der Behauptung erhoben werden können, durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte [...] verletzt zu sein.

ARTIKEL 93 ABSATZ 1 NUMMER 4A GRUNDGESETZ

Seit seiner Eröffnung im September 1951 bis Ende 2018 hat das Bundesverfassungsgericht insgesamt 234.812 Verfahren abgeschlossen. Weitere 3.236 Verfahren waren zu diesem Zeitpunkt noch offen. Davon stellten Verfassungsbeschwerden mit 96,59 Prozent den weit überwiegenden Teil. Lediglich 8.008 Verfahren waren Normenkontrollverfahren, Parteiverbotsverfahren sowie Streitigkeiten zwischen den Verfassungsorganen oder Bund und Ländern. Die Anforderungen an ein positives Urteil

im Sinne des Beschwerdeführers sind hoch: Nur 2,3 Prozent aller Verfassungsbeschwerden hatten Erfolg.

Das Grundgesetz gilt heute als Erfolgsmodell und Exportschlager: Vor allem die Einrichtung eines starken Verfassungsgerichts und die zentrale Bedeutung der Menschenwürde sind inzwischen von vielen Verfassungen weltweit aufgegriffen worden. In einer im Jahr 2012 von den Universitäten Washington und Virginia veröffentlichten [Studie](#), die den weltweiten Einfluss der amerikanischen Verfassung analysiert, zeigt sich, dass das deutsche Grundgesetz trotz zuletzt nachlassender Bedeutung in der Spitzengruppe der vorbildhaften Verfassungen liegt. Es rangiert dabei auch deutlich vor der Verfassung der Vereinigten Staaten, der ältesten geschriebenen Verfassung der Welt.

Die Autoren Versteeg und Law kategorisieren dabei die in insgesamt 729 Konstitutionen enthaltenen Rechte und Rechtsdurchsetzungsmechanismen nach 60 Variablen. Zwar ist diskutabel, ob man derart komplexe Regelwerke wirklich objektiv miteinander vergleichen kann, aber der Ausschlag nach oben Anfang der 1990er Jahre, den die Studie auf den Vorbildcharakter der deutschen Verfassung für viele neugegründete Demokratien des ehemaligen Ostblocks zurückführt, erscheint jedenfalls plausibel. Mit den ab 1994 durchgeführten Änderungen habe sich das Grundgesetz nach Versteeg und Law wieder etwas vom verfassungsrechtlichen Mainstream entfernt. Gemeint sind hier insbesondere die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel (Artikel 20a) sowie das Einfügen einer Verpflichtung des Staates, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau zu fördern (Artikel 3 Absatz 2 Satz 2). Positiv ausgedrückt möchte man erwidern: Das Grundgesetz ist seiner Zeit wieder mal ein Stück voraus.

Als Anregung für diesen Beitrag diene das Buch „Verfassung verstehen“ von Mike Hofmaier, erschienen 2013 im Verlag Hermann Schmidt, Mainz. Den vollständigen Text des Grundgesetzes in der aktuellen Fassung findet man zum Beispiel auf der [Webseite des Deutschen Bundestages](#). Dort kann man auch gratis eine [gedruckte Ausgabe](#) bestellen.

Le Figaro, no. 23260

Le Figaro Économie, mardi 28 mai 2019 623 mots, p. 25

Économie

Sans le nucléaire, les objectifs d'électricité verte sont hors de portée

L'Agence internationale de l'énergie recommande de prolonger les centrales atomiques, une option moins chère que des réacteurs neufs.

Bohineust, Armelle

ÉNERGIE Pouvons-nous réaliser la transition vers une énergie propre sans le secours du nucléaire ? La question déplaira à bon nombre d'organisations qui militent pour les énergies renouvelables en s'opposant à l'atome.

Pour l'Agence internationale de l'énergie (AIE), qui publie son premier rapport sur ce sujet en vingt ans, la réponse est pourtant sans appel. Les énergies renouvelables ne suffiront pas. « *Le développement de l'énergie électrique propre doit être trois fois plus rapide qu'il ne l'est aujourd'hui si l'on veut avoir une trajectoire conforme aux objectifs de développement durable.* » Pour y parvenir, il est indispensable de s'appuyer sur le nucléaire dont la production doit « *augmenter de 80 % d'ici 2040* », affirme l'AIE. La Chine, déjà numéro trois mondial du nucléaire avec 46 réacteurs, s'y emploie. Onze réacteurs, soit 20 % des projets mondiaux, sont en construction dans le pays. Ce qui, compte tenu de la fermeture programmée de centrales aux États-Unis, devrait placer l'empire du Milieu sur la première marche du podium atomique dans sept ans.

Pour l'AIE, la priorité n'est pas tant de construire de nouveaux réacteurs nucléaires que d'« *allonger la durée de vie des centrales* » en service, exhorte Fatih Birol, son directeur général. En 2018, le nucléaire a généré 10 % de l'électricité mondiale. Mais cette ressource décline, en particulier dans les pays développés. Dans ces États où il a représenté pendant des décennies la principale source d'électricité à faible émission de carbone, le nucléaire générerait 18 % de l'électricité en 2018 (plus de 70 % en France). Mais il perdra les deux tiers de sa capacité d'ici à 2040 si les politiques énergétiques actuelles sont maintenues. Dans les économies avancées, les centrales ont en moyenne 35 ans alors que leur longévité a souvent été programmée à 40 ans (60 ans aux États-Unis). Environ un réacteur sur quatre devrait être fermé d'ici à 2025, précise l'AIE.

Manque de capitaux

La plupart des États ont décidé de réduire la part du nucléaire dans leurs sources d'énergie. Ils programment peu de nouvelles centrales et se focalisent au contraire sur la mise hors service de leurs installations. Emmanuel Macron a annoncé la fermeture de 14 réacteurs d'ici à 2035, l'Allemagne vise la clôture de tout son parc à l'horizon 2022.

Cette énergie a pourtant des avantages, argumente l'AIE. Sa production ne souffre pas de l'intermittence du solaire et de l'éolien. Elle émet peu de CO₂ même en intégrant l'ensemble du cycle de vie, un point capital pour l'AIE qui lui trouve également « *des points forts en matière de sécurité* ». Mais les obstacles au déploiement de nouveaux projets nucléaires dans les pays riches sont considérables, admet l'agence. « *Les nouveaux projets sont minés par les dépassements de coûts et les délais de construction.* » Les centrales construites à Flamanville (11 milliards d'euros) et en Finlande par EDF et Areva en sont un exemple flagrant.

À l'inverse, « *prolonger la durée de vie d'une centrale coûte beaucoup moins cher qu'en construire une nouvelle. Sa production reste en général compétitive par rapport aux autres technologies* », pointe l'AIE. Si le nucléaire n'est pas relancé, il faudra investir dans d'autres sources d'énergie à hauteur de 1 600 milliards de dollars d'ici à 2040, avertit l'agence qui redoute une forte hausse du prix de l'électricité pour les consommateurs.

L'organisation dirigée par Fatih Birol s'inquiète aussi du manque de capitaux dédiés au secteur. Les investisseurs sont d'ailleurs de moins en moins encouragés à s'y intéresser. L'UE, via un vote du Parlement le mois dernier, vient d'exclure le nucléaire (comme les combustibles fossiles) de sa définition de la finance verte et des « *investissements durables sur le plan environnemental* » .

Wahlergebnis in Ostdeutschland:

Ernstfall Ost

Wieder hat die AfD bei einer Wahl in Ostdeutschland abgeräumt. Nichts hat die Radikalisierung von Cottbus bis Chemnitz aufgehalten. Ist der Osten noch zu retten?

Ein Kommentar von **Christian Bangel**

27. Mai 2019, 14:52 Uhr [1.053 Kommentare](#)

Wer am Wahlabend an Orten wie Görlitz oder Cottbus Nachrichten schaute, der konnte sich wie im Ausland vorkommen. Moderatoren sagten, es habe einen Triumph der Grünen gegeben, weil das Klimathema alles dominiert habe, und die AfD sei im Niedergang. Bei Twitter fragte einer, der sich für ausgefallen hielt: Wer spricht eigentlich über die FDP? Das, was da über die Europawahl erzählt wurde, betraf eindeutig nicht den Osten.

Die verheerende Nachricht des Abends sickerte in den Medien erst ein paar Stunden später durch, und auch nur bei manchen: Die AfD hat wieder den Osten gewonnen, und zwar noch deutlicher als bei der Bundestagswahl. In allen ostdeutschen Bundesländern hat sie gegen den Bundestrend mindestens Platz zwei errungen, außer in Mecklenburg-Vorpommern holte sie überall mehr als 20 Prozent. In Sachsen und Brandenburg, zwei der drei Bundesländer, die im Herbst ihre Landtage wählen, wurde sie stärkste Kraft.

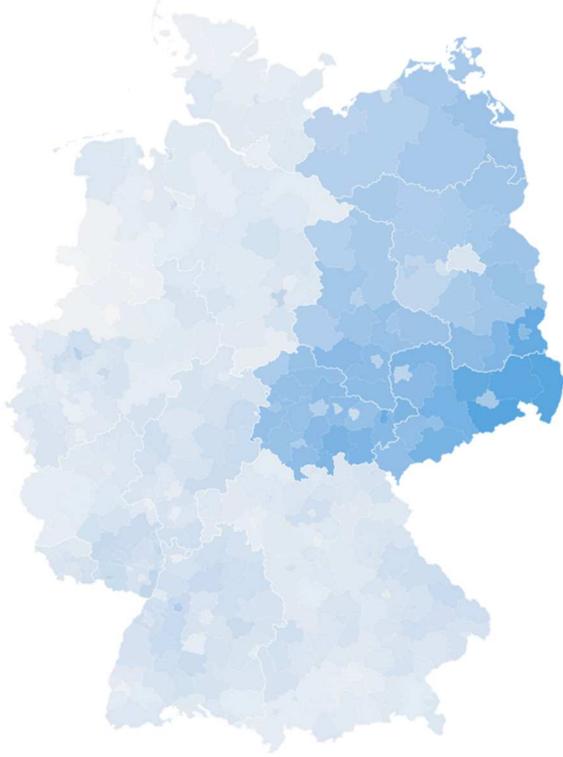
Und weil Bayern und Baden-Württemberg von der AfD offenbar kuriert sind, kann man sie auf der politischen Landkarte jetzt wieder ganz deutlich erkennen: die alte Bundesrepublik und die DDR. Hätte am Sonntag nur der Westen gewählt, dann wäre die AfD bei nur knapp neun Prozent gelandet, die Grünen bei über 22 Prozent. Zwar holten diese auch in vielen Gegenden des Ostens respektable Ergebnisse, in Leipzig, Rostock und Jena gewannen sie sogar, doch in der Fläche ändert das nichts daran: Das deutsche Europawahlergebnis zeigt einen innerdeutschen Riss, der noch tiefer geht als jener, den die jüngste Bundestagswahl offenbarte.

Noch nicht alles abschreiben

Offensichtlich hat sich an der politischen Stimmung im Osten seit der Bundestagswahl 2017 nichts verbessert. Das neue westdeutsche Interesse am Osten, die Debatte über die Ostquote, das Aufkommen der Klimabewegung, die öffentliche Erregung über rassistische Exzesse – sie haben bei vielen ostdeutschen Wählern nicht verfangen, oder aber sie haben noch neue Wut ausgelöst. Gerade Städte wie Bautzen, Cottbus oder Chemnitz, die Hashtag-Städte der besorgten Bürger und Neonazis, haben besonders rechts gewählt. Als wollten sie ihren Trotz noch unterstreichen. Deutschland hat zwar vielleicht eine Antwort auf den Aufstieg der AfD im Westen gefunden. Aber keine auf die Radikalisierung von Teilen des Ostens.

Im Herbst wählen Brandenburg, Sachsen und Thüringen neue Landtage. Es gibt keinen Grund, diese Wahlen jetzt schon abzuschreiben. Die AfD ist in keinem der Länder uneinholbar vorn, sie führt überall nur mit wenigen Prozentpunkten. Wer weiß, welche Themen der Sommer noch hervorbringt. Und selbst wenn die Ergebnisse vom Sonntag auch die des Herbstes wären: Es kämen überall bequeme demokratische Mehrheiten gegen die AfD zustande. Aber es ist eben nicht mehr unwahrscheinlich, dass die AfD die relativ meisten Stimmen holen könnte. Dass der Osten sich genau dreißig Jahre nach der friedlichen Revolution politisch einmauern könnte.

Hier wurde die AfD gewählt



Quelle: Bundeswahlleiter, vorläufiges Ergebnis, Stand: 27.05.2019

Es muss jetzt endlich etwas Effektives passieren im Osten. Es geht dabei nicht nur um die Landtagswahlen, sondern darum, die Orbánisierung von Teilen der Mitte aufzuhalten. Es gibt progressive Menschen im Osten, an manchen Orten sind sie auch tonangebend, doch überall ist auch das, was der Rechtsextremismus-Experte David Begrich eine "regressiv-autoritäre gesellschaftliche Unterströmung" nennt, die in allen Milieus anzutreffen sei. Zugleich sähen sich viele "einer Art kulturellen Fremdherrschaft unterworfen, in der sie mit ihren Erfahrungen nicht vorkommen". Das Ergebnis ist bei vielen die Ablehnung dessen, was sie als westdeutschen Mainstream erleben: Pluralismus, Minderheitenschutz, eine kompromissorientierte politische Praxis.

Zuhören und verstehen

Vielleicht befreit sich der Osten von dieser Grundströmung. Kann sein, dass sich mehr Städte so erfreulich wie Jena, Leipzig, Rostock, Frankfurt (Oder) oder Halle entwickeln. Doch angesichts der sozialen Konstellationen des Ostens besteht auch das Risiko einer viel düsteren Zukunft. Björn Höcke träumt schon lange von Wehrdörfern im Osten, von denen aus eines Tages die "Rückeroberung" der Bundesrepublik durch die Rechtsextremen ihren Ausgang nehmen soll.

Auch wenn vielen genau nach dem Gegenteil zumute ist: Wenn man diesen fatalen Zusammenhalt der Ablehnungsmilieus aufbrechen will, muss man zuhören und verstehen wollen, und zwar doppelt so viel.

Der Osten war dem Westen nie ein großes Anliegen

Es führt noch immer kein Weg daran vorbei, ernsthaft und tiefgründig aufzuarbeiten, was in den vergangenen 30 Jahren im Osten geschehen ist. Mag sein, dass die Treuhand, dass die Alimentierung des Ostens gut und patriotisch gemeint waren. Doch es wird Zeit, auf das nüchterne Ergebnis zu schauen: Der Osten ist, abgesehen von einigen Aufschwungregionen im Süden, weitgehend deindustrialisiert, er hat infolgedessen eine Massenabwanderung und Überalterung erlebt, die vielen Regionen dort heute jede Perspektive rauben. Die Löhne sind unterirdisch, die wenigsten werden ihren Kindern etwas hinterlassen. Selbst nach dem historischen gesamtdeutschen Aufschwung des vergangenen Jahrzehnts empfehlen Experten, manche Gebiete besser der Natur zu überlassen.

Vielleicht gibt es auf all das keine schnelle ökonomische und politische Antwort, doch soll das verstärkte Ansiedeln von Behörden im Osten tatsächlich die letzte Idee sein, die einer der bedeutendsten Industriestaaten der Welt dazu hat?

Es ist diese Wurstigkeit, mit der in der Politik jede neue Hiobsbotschaft aus dem Osten behandelt wird. Es gab in den 30 Jahren seit der friedlichen Revolution nicht einen einzigen bedeutenden westdeutschen Politiker, der den Osten zu seinem großen Anliegen gemacht hätte – außer einigen Senioren, die dort ihre zweite Karriere machten. In der gesamtdeutschen politischen Öffentlichkeit gibt es nur wenige, die mit Ostthemen wirklich durchdringen. Die hin und wieder mal warnen, welche Abgründe sich in einer Region auftun können, in der nicht so wenige Bewohner zu der Überzeugung gelangt sind, sie seien feindlich besetzt worden.

Einfach mal schreiben, dass der ganze Osten naziverseucht ist

Deswegen ist es leider nichts Neues, was man seit der Europawahl wieder auf Twitter lesen kann. "Baut die Mauer wieder auf", "Leipzig abspalten" und Ähnliches schreiben Leute. Sie wollen nichts mehr hören davon, dass es auch einen anderen Osten gibt, dass einfache bis überwältigende Mehrheiten auch im Osten die AfD ablehnen. Sie sehen es nicht ein, darüber nachzudenken, ob irgendetwas an der ostdeutschen Wut auch gerechtfertigt sein könnte. Sie wollen jetzt einfach mal schreiben, dass der ganze Osten naziverseucht ist. Aber wie viele von denen, die jetzt schreiben, sie wollten das Gelaber von den demokratischen 75 Prozent nicht mehr hören, haben das Gelaber von den demokratischen 87 Prozent nach der Bundestagswahl mitgemacht?

Dabei bräuchte es nur ein wenig mehr Differenzierung, um nicht alle Osis zu Mitläufern einer rechten Revolution zu machen. Es gibt ihn ja, den schulterzuckenden oder sogar beifallklatschenden Rassismus mancher, die längst nicht mehr unterscheiden wollen zwischen Unbekannten und Böswilligen. Es gibt dieses Autoritäre, diese Knüppel-auf'n-Kopp-Welt derer, die Orbán und Putin so lieben. Diese Verachtung mancher gegenüber der Vorstellung, dass es Schwächere außer einem selbst gibt, die geschützt werden müssen.

Westdeutschland hin oder her. Es sind diese Herrenmenschen, die den Osten kaputt machen. An keinem der Orte, an denen sie seit Jahrzehnten immer wieder "*Fuck you*" wählen, ist irgendetwas dadurch besser geworden. Im Gegenteil, diese Regionen entleeren und verarmen noch mehr und noch schneller als die anderen. Wie auch anders. Wirklich niemand, der Menschen nach Religion oder Hautfarbe oder Wert sortiert, hat eine Ahnung davon, wie man eine Gegend für Menschen attraktiv macht. Nichts wird besser werden im Osten, wenn dort eines Tages Leute regieren, die nur ihresgleichen dulden.

Zeit für mehr Streit, nicht weniger

Es ist so viel schiefgelaufen im Nachwendeosten, es gab so viele Ungerechtigkeiten. Aber das ist kein Grund, das war es nie, Rechtsextreme zu wählen und damit das Land von der Außenwelt abzuschotten. Niemand wird von der Geschichte gezwungen, ein Rassist zu sein. Niemand hat das Recht, andere zu misshandeln, weil ihm selbst übel mitgespielt wurde. Und auch sonst nicht.

Wo immer im Osten das nicht klar ist, wird es Zeit für mehr, nicht weniger Streit. Denn so sind nicht alle, bei Weitem nicht. Es gibt so viele, die das Grundgesetz jeden Tag in ihrem Tun und Reden respektieren. Sie sind an den meisten Orten in der Mehrheit, und es wird Zeit, dass sie sich durchsetzen.

Diese Menschen brauchen Unterstützung, manche brauchen konkret Geld. Was sie jedenfalls nicht brauchen, sind wohlfeile Kommentare aus Hannover-Linden. Die Lage im Osten ist zu ernst, um nicht zu differenzieren.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/antisemitismus-in-deutschland-renaissance-des-alten-hasses-16211125.html?premium>

ZUNEHMENDER ANTISEMITISMUS:

Renaissance des alten Hasses

- VON JULIAN STAIB, DRAMSTADT
- -AKTUALISIERT AM 29.05.2019-06:03



In Deutschland steigt die Zahl der antisemitischen Vorfälle, Juden werden teils offen beschimpft und bedroht. Viele machen dafür Muslime verantwortlich. Aber so einfach ist es nicht.

Das Spitzenspiel zwischen Griesheim und Makkabi Frankfurt in der A-Jugend ist fast gelaufen, 1:3 steht es in der 85. Minute, als ein Griesheimer Spieler in der Nähe der Mittellinie ein rüdes Foul begeht. Rote Karte, danach eskaliert die Situation. Es gibt Gerangel, Beschimpfungen, der Schiedsrichter muss die Fußballpartie für etwa zehn Minuten unterbrechen.

Neun Polizeiautos stehen am Ende vor dem Spielgelände. Im Griesheimer Verein, der am Ende noch 1:4 verliert, spielen viele Marokkaner. Makkabi hingegen ist ein jüdischer Sportverein, sein Logo ein blauer Davidstern. Gegen Makkabi-Mitglieder gab es früher schon Anfeindungen, aber es war besser geworden, nachdem vor brisanten Partien Treffen organisiert wurden. Nach dem Motto: Bei uns kicken auch Marokkaner. Seit einigen Jahren wird es aber wieder schlechter. Makkabi-Spieler und -Verantwortliche müssen sich einiges anhören, Dinge wie „Drecks-Jude“, „euch hat man vergessen zu vergasen“, und „wir stechen euch ab“. Es wird gespuckt, es gibt Gewaltandrohungen.

Seit zwei Jahren fährt eine blaue Straßenbahn mit dem Logo Makkabis durch Frankfurt. In der Stadt ist man stolz auf den Verein, der für Werte wie Toleranz und Vielfalt eintritt, er ist der größte im Dachverband Makkabi Deutschland, mittlerweile hat er rund 1600 Mitglieder unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Glaubens. Derzeit baut der Verein ein neues Zentrum in der Nähe der Deutschen Bundesbank, ausgerechnet das Büro Albert Speer plant den Bau, wo doch dieser Name untrennbar mit Verbrechen gegen Juden verbunden ist.

Auch in der gesellschaftlichen Mitte schwelt der Antisemitismus

Und auf all das ist Alon Meyer, der Makkabi-Präsident, 1974 in Frankfurt geboren, sehr stolz. Aber trotzdem, sagt er dann, mehrten sich die Fälle von Übergriffen und Anfeindungen. Verantwortlich seien überwiegend Muslime. Nicht deren Mehrheit sei antisemitisch. Das ist ihm wichtig. Sondern Fundamentalisten, Radikale, kurz: „Idioten“. Die Zunahme sei einhergegangen mit der Aufnahme der Flüchtlinge. Meyer spricht von einer „Korrelation“.

Mehr Personen aus arabischen Staaten bedeuten mehr Antisemitismus, so lautet die einfache Gleichung, die derzeit oft gemacht wird. Aber es ist komplizierter. Dieses Land hat insgesamt ein wachsendes Problem mit dem Thema Antisemitismus. Das sagen Studien und Kriminalstatistiken. Aber das sagen auch Menschen jüdischen Glaubens. Die weisen – vorsichtig zwar, aber doch deutlich – darauf hin, dass das Thema, was Muslime betrifft, ein großes sei. Aber sie sagen auch: Indem nur

darauf gezeigt werde, mache man es sich zu leicht. Deutlich zugenommen habe auch der Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft.

Er könne Juden nicht mehr empfehlen, „jederzeit überall in Deutschland eine Kippa zu tragen“, hatte Felix Klein, der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, am Wochenende gesagt und das mit einer „zunehmenden gesellschaftlichen Enthemmung und Verrohung“ begründet. Regierungssprecher Stefan Seibert äußerte daraufhin: Jeder solle sich an jedem Ort des Landes auch mit einer Kippa sicher bewegen können. „Der Staat hat zu gewährleisten, dass die freie Religionsausübung für jeden möglich ist.“

Anzahl der antisemitischen Straftaten steigt enorm

In Deutschland leben etwa 200.000 Juden, rund die Hälfte von ihnen sind Mitglieder in Gemeinden. Faktisch verbergen viele von ihnen schon heute Symbole ihrer Religionszugehörigkeit wie die Kippa oder den Davidstern an bestimmten Orten in der Öffentlichkeit. In Frankfurt lebten bis 1933 mehr als 30.000 Mitglieder der jüdischen Gemeinde, heute sind es rund 7000. Es ist eine recht tolerante, weltoffene Stadt. Doch Vertreter jüdischer Einrichtungen geben Besuchern trotzdem den Rat, etwa an stark frequentierten Haltestellen in der Innenstadt eine Kapuze über die Kippa zu ziehen. Ihren Davidstern, den sie an einer Kette um den Hals trägt, verberge sie dann, sagt eine junge Frankfurter Jüdin.

Kürzlich gab Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) die Kriminalstatistik bekannt. Demnach stieg die Anzahl der antisemitischen Straftaten von 2017 auf 2018 um fast 20 Prozent auf 1800 Fälle; mit knapp 90 Prozent ist die überwiegende Mehrheit der Täter der rechten Szene zuzuordnen. Wobei viele Juden sagen: Die eigentliche Zahl der antisemitischen Vorfälle sei höher als in den Statistiken. Die meisten Anfeindungen und Bedrohungen zeige man doch gar nicht an.

Wiederholt bekamen zuletzt Angriffe auf Juden einige Aufmerksamkeit: In Chemnitz wurde ein jüdisches Restaurant mit Flaschen beworfen, in Berlin attackierte ein Syrer einen Kippa tragenden Israeli. Im niedersächsischen Hemmingen gab es einen Brandanschlag auf das Haus eines jüdischen Paares – Unbekannte legten Feuer und schrieben „Jude“ auf die Tür.

Von einer „neuen Qualität“ der Bedrohung sprach daraufhin Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. Trotz der gestiegenen Zahl an antisemitischen Übergriffen könnten Juden in Deutschland „sicher leben“, sagt Schuster dieser Zeitung. „Der politische Rechtsruck und Bedrohungen durch radikalisierte Muslime machen uns allerdings große Sorgen.“ Immer wieder gehe die direkte verbale oder gar körperliche Bedrohung von Migranten aus, häufig mit arabischem Hintergrund, sagt Schuster. Auch wenn der größte Teil der antisemitischen Straftaten auf das Konto von Rechtsextremisten gehe.

AfD eine „Gefahr für das jüdische Leben in Deutschland“

Seit den Demonstrationen gegen den Gaza-Krieg 2014 trete Antisemitismus von muslimischer Seite offener und aggressiver zutage, sagt Meron Mendel, Direktor des Vereins Anne Frank, der Bildungsprojekte durchführt und seinen Sitz in Frankfurt-Dornbusch hat. Dort war Anne Frank aufgewachsen. Mendel zufolge gibt es auch an Schulen häufiger antisemitische Vorfälle.

„Schulen sind Spiegel der Gesellschaft“, sagt er. Gerade in Integrationsklassen, in denen viele Flüchtlingskinder sitzen, werde reproduziert, was in der Heimat gelernt und in den Heimatmedien verbreitet werde: Antisemitismus als Staatsideologie. Laut Mendel sind Muslime, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, jedoch nicht antisemitischer als die Mehrheitsgesellschaft. Nur die Ausdrucksformen seien anders, da sie stark auf den Nahost-Konflikt bezogen würden. „Es gibt in der Gesellschaft insgesamt eine Zunahme von Antisemitismus und Rassismus“, sagt Mendel. Antisemitismus nur bei Muslimen in Deutschland zu verorten sei eine „Entlastungsstrategie“, wie sie die AfD verfolge.

Deren Vorsitzender Alexander Gauland hatte einst „Hitler und die Nazis“ als „nur einen Vogelschiss in unserer über 1000-jährigen Geschichte“ bezeichnet, der thüringische AfD-Politiker Björn Höcke eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ gefordert. Trotzdem gründete die Partei Ende vorigen Jahres in einem Vorort von Wiesbaden – just in jenem, in dem ein junger Iraker eine Jüdin ermordet hatte – die innerparteiliche Vereinigung Juden in der AfD. Jüdische AfD-Vertreter traten bei der Gründung in der dortigen Sporthalle auf, beschimpften diese Zeitung als „Lügenpresse“ und feierten in einer „Grundsatzerklärung“, dass die AfD die einzige Partei sei, die „muslimischen Juden Hass thematisiert, ohne diesen zu verharmlosen“.

Die jüdischen Verbände in Deutschland hatten sich zuvor deutlich von der Vereinigung distanziert und die AfD eine „Gefahr für das jüdische Leben in Deutschland“ genannt. Die AfD versuche Minderheiten gegeneinander auszuspielen, sagt dazu Schuster vom Zentralrat. „Diese durchschaubare Taktik verfängt aber zum Glück nur bei einem sehr, sehr kleinen Teil der jüdischen Community. Die meisten erkennen, was Geistes Kind die AfD ist.“

„Da gehst du definitiv nicht mit Kippa durch“

Die AfD benutze eine immer enthemmtere Sprache, reiße bewusst Grenzen ein. „Das ermutigt die Leute. Das schafft einen Boden“, sagt Daniel Neumann. Er ist Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Darmstadt und Direktor des Landesverbands der jüdischen Gemeinden in Hessen. Neumann sitzt im Erdgeschoss der Darmstädter Synagoge, einem hellen, 1988 erbauten Gebäude. Die alte, prächtige Synagoge nördlich der Innenstadt war 1938 zerstört worden.

Neumann wurde unlängst bei einer Beerdigung wieder einmal beschimpft, „Yahudi, Yahudi“ (arabisch: Jude) habe eine Gruppe von Männern skandiert. Derlei Vorfälle gebe es immer wieder, sagt Neumann. In jeder Stadt gebe es Viertel, in denen viele Rechte oder Muslime lebten und bei denen man sich sage: „Da gehst du definitiv nicht mit Kippa durch.“ „Wenn wir wissen, es kommen Leute mit Kippa, dann sagen wir denen: An der Frankfurter Hauptwache ziehst du besser eine Mütze darüber“, sagt Neumann.

Er widerspricht Mendel vorsichtig: Auch unter Muslimen der zweiten und dritten Generation gebe es ein Problem mit dem Antisemitismus, sagt er. Die machten für das Chaos in der muslimischen Welt Juden verantwortlich. Aber er sagt auch: „Antisemitismus gibt es überall, quer durch alle Gesellschaftsschichten. Er kommt nicht nur von Minderheiten und jenen, die ideologisch verblendet sind. Sondern auch von Gutgebildeten und Hochqualifizierten.“ Auch in der Mehrheitsgesellschaft werde enthemmter und drastischer gehetzt als noch vor ein paar Jahren, dort herrsche „ein Klima, in dem Tabus längst nicht mehr existieren“, in dem „Menschen ermutigt werden, Hass, Ressentiments in Form von Beleidigungen, Beschimpfungen und tätlichen Übergriffen zu verwirklichen“.

Antisemitismus sei auch in den vergangenen Jahren immer dagewesen, sagt Neumann. Doch beschreibt er eine „qualitative Veränderung“, derzufolge die Anfeindungen aggressiver werden. Auch früher schon habe er viele Schreiben erhalten, in denen er beschimpft und bedroht worden sei. Heute aber geschehe das oft mit Klarnamen. „Die Leute sind zum Teil stolz darauf. Keiner hat mehr Angst. Weil er weiß, er befindet sich in guter Gesellschaft.“

Antisemitische Haltungen unter Flüchtlingen und Muslimen

Auch an Schulen habe es schon immer Beschimpfungen gegeben, aber die würden virulenter. Viel zu wenig werde dort auch von Lehrern zwischen Israel und Juden differenziert, viel zu oft würden Juden in Generalhaftung genommen. „Wie soll man arabischen Jugendlichen vermitteln, dass ihr Weltbild einseitig ist, wenn das hier immer wieder bestätigt wird, auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen?“ Auch Schuster, der Präsident des Zentralrats, sagt: „Was im Vergleich zu früheren Jahrzehnten hinzugekommen ist, ist der israelbezogene Antisemitismus. Unter dem Deckmantel einer überzogenen Kritik an Israel werden alte jüdenfeindliche Stereotype transportiert.“

Trotz alledem wird der Schulterchluss gesucht; es gibt viele Begegnungen und gemeinsame Projekte von Moscheeverbänden und jüdischen Gemeinden. „Heute gegen Muslime, morgen gegen Juden“, ist ein in der jüdischen Community häufig gebrauchter Satz. Unter Muslimen fällt er ebenso, nur andersherum: „Wer heute Juden angreift, wird morgen eine andere Minderheit angreifen“, sagt etwa Ayman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland.

Auch Mazyek sieht antisemitische Haltungen unter Flüchtlingen sowie Muslimen der zweiten und dritten Generation in Deutschland. Aber das Problem sei erkannt, der Zentralrat gehe mit einer ganzen Reihe von Projekten dagegen vor. Es sei „erschütternd“ dass es Orte gebe, an denen Juden, die eine Kippa tragen, angegriffen würden, sagt Mazyek. „Jeder Angriff auf Juden ist ein Angriff auf uns alle.“ Es sei aber auch erschütternd, dass Ähnliches für kopftuchtragende Frauen gelte. Auch diese würden beschimpft und angegriffen. Es gelte nun, „nicht Opfer gegen Opfer“ auszuspielen. Der Kriminalstatistik zufolge ist auch die Zahl rassistischer Straftaten zwischen 2017 und 2018 gestiegen, um fast 400 auf 1664.

Die Gewalt am Rand bekommt ihre Legitimation aus der Mitte

Enis Gülegen ist Hauptschullehrer und Ausländerbeirat in Hessen, also der gewählte Vertreter der Ausländer im Land. Er ist 60 Jahre alt, lebt seit 40 Jahren in Deutschland und ist Muslim – allerdings, wie er sagt, nicht „praktizierend“. Und er sagt auch: Natürlich hätten Teile der Muslime ein Problem mit dem Thema Antisemitismus. Das sei „dringend aufzuarbeiten“. Aber der Rassismus sei auch in der Mitte der Gesellschaft „enthemmt“ geworden, trete dort so auf wie früher nur an deren Rande. Als ein Beispiel von vielen schildert er, wie seine Frau, eine Rechtsanwältin, die kein Kopftuch trage, kürzlich in der U-Bahn von zwei Männern in Anzügen beschimpft worden sei, weil sie ihren Koffer kurz abgestellt habe.

„Lern doch erst mal richtig in eine U-Bahn zu steigen“, sagte demnach einer. Dann, die Männer untereinander: „Es dauert nicht mehr lange, dann sind die alle weg, dann werden sie erleben, was sie verdienen.“ Rassismus in der Mitte der Gesellschaft legitimiere Gewalt an deren Rande, sagt Gülegen. „Das macht mir Angst.“ Mendel, dessen Bildungsstätte auch eine „Response“-Stelle betreibt, mit der rasch auf rassistische Übergriffe aller Art reagiert werden kann, sagt: „Wir beobachten eine Korrelation. Wenn die Angriffe gegen Juden zunehmen, dann tun das auch die gegen Muslime.“

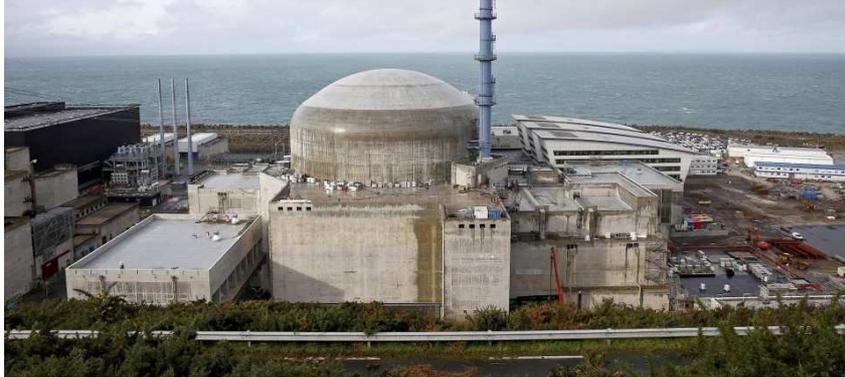
Was bleibt, ist eine gewisse Ratlosigkeit. Hilft noch mehr Bildungsarbeit, helfen noch mehr Gedenkstättenbesuche? Viele sagten, sie seien ohnehin mit dem Thema Holocaust „übersättigt“, so Neumann. Und die Erfahrung zeige: Selbst wenn die Menschen viel über Juden wussten, habe das auch nicht geholfen. Die „Sündenbockfunktion ist so verführerisch“. Neumann spricht von einer „Renaissance eines alten Hasses“. Es habe die Hoffnung gegeben, nach dem Zweiten Weltkrieg den Juden Hass endgültig auszutreiben. Nun sei es deprimierend und frustrierend zu sehen, dass dieser mehr als 70 Jahre später zurückkehre.

Quelle: F.A.Z.

„HERKULES-PLAN“:

Frankreichs Staat soll die Atomenergie retten

- VON CHRISTIAN SCHUBERT, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 29.05.2019-12:09



Paris will das Nukleargeschäft des mehrheitlich staatlichen EdF-Konzerns der Börse entziehen. Denn die Risiken laufen aus dem Ruder.

Im Stammland der Kernenergie wird die Atomkraft so teuer, dass sie von den privaten Finanzmärkten nicht mehr finanziert werden kann. Dieser Ansicht ist die französische Regierung. Daher plant sie, das Kernenergiegeschäft aus dem Energieproduzenten Électricité de France (EdF) auszugliedern und zu hundert Prozent dem Staat zu übertragen.

Am vergangenen Dienstag beriet der EdF-Verwaltungsrat erstmals über dieses Projekt, das seit einigen Monaten hinter den Kulissen ausgearbeitet wird. Es soll den mehrheitlich staatlichen Konzern aus seiner finanziellen Klemme befreien: „Seit drei Jahren verkaufen wir permanent Aktiva und bitten den Staat um frisches Kapital. Das kann so nicht weiter gehen“, sagte der EdF-Vorstandsvorsitzende Jean-Bernard Lévy vor einigen Wochen bei einer Anhörung im französischen Senat.

Frankreich hat mit rund 72 Prozent den höchsten Atomenergieanteil an der Stromerzeugung in der Welt. Doch die 58 Reaktoren im Land, die zwischen 1977 und 1997 ans Netz gingen, müssen aufwendig renoviert werden. Von einem Investitionsbedarf von rund 50 Milliarden Euro bis 2025 ist die Rede. Zudem kommt der einzige französische Neubau, der Reaktor des Kernkraftwerks Flamanville an der normannischen Küste zum Ärmelkanal, kaum voran. Der Reaktor wird womöglich 2022 fertig, das wäre rund zehn Jahre später als geplant, die Kosten des Projekts haben sich auf fast 11 Milliarden Euro verdreifacht. Im vergangenen Monat wurden abermals Mängel an Schweißnähten im Röhrensystem entdeckt.

Aktienkurs ist eingebrochen

Die Börse schreckt vor solchen Risiken zunehmend zurück: Rund 16 Prozent des Energieerzeugers EdF gehören privaten Aktionären, der Rest dem Staat. Die ersten Jahre nach der Teilprivatisierung 2005 liefen gut, der Aktienkurs verdoppelte sich bis 2007 auf rund 83 Euro je Aktie, doch seither ging es meistens bergab. Heute ist die Aktie nur noch rund 12 Euro wert; das Unternehmen ist mit schrumpfenden Gewinnen, einem Schuldenberg von 33 Milliarden und einer wachsenden privaten Konkurrenz konfrontiert, die EdF Kunden abspenstig macht.

Vor diesem Hintergrund arbeitet die Regierung an einem Plan, der teilweise dem Vorgehen von Konzernen wie RWE und EON in Deutschland ähnelt: Im Zuge einer Aufteilung von EdF wird die Nuklearenergie in eine rein staatliche Gesellschaft ausgelagert, die erneuerbaren Energien kommen in eine börsennotierte Firma, an denen sich zusätzliche private Anteilseigner beteiligen können. Allerdings besteht weiter der große Unterschied zu Deutschland, dass Frankreich an der

Nuklearenergie festhält. Nur soll sie künftig unter rein staatlicher Obhut weiterleben. Präsident Emmanuel Macron hat bereits das Ziel seines Vorgängers François Hollande, den Nuklearanteil bis 2025 auf 50 Prozent zu senken, um zehn Jahre nach hinten verschoben.

Der Herkules-Plan

Das letzte Wort der EdF-Neuorganisation ist indes noch nicht gesprochen. Der Plan mit dem Namen „Herkules“ könnte erst 2021 umgesetzt werden. Wegen der vollständigen Rücküberführung des Nukleargeschäfts an den Staat müssen die Minderheitsaktionäre ausbezahlt werden, was mehrere Milliarden Euro kostet. Die Gewerkschaften befürchten eine Zerschlagung und den Einfluss privater Eigentümer.

In Regierungskreisen ist zu hören, dass über den beiden Konzernteilen eine Holding stehen könnte, die für Zusammenhalt Sorge. Zum nuklearen Teil könnten auch die vielen französischen Wasserkraftwerke zugeordnet werden, die im Notfall für die Kühlung der Kernkraftwerke zur Verfügung stehen. In den anderen Bereich kämen dagegen die erneuerbaren Energien, die schon mal zwischen 2005 und 2011 an der Börse notiert waren, sowie der Vertrieb und die Stromverteilung. Vom nicht-nuklearen Teil könnten etwa 20 Prozent privaten Aktionäre überlassen werden, lautet eines der Szenarien.

Im Zuge der Neuordnung von EdF muss die Regierung auch über den Bau neuer Kernkraftwerke entscheiden. Frankreich setzt auf die Nuklearenergie nicht nur für die Eigenversorgung, sondern auch für den Export. So baut der Konzern im britischen Hinkley Point zwei Nuklearreaktoren des Typs EPR-3.

Der Druckwasser-Reaktortyp der sogenannten dritten Generation, der einst von Siemens mitentwickelt wurde, soll auch in Flamanville sowie in Olkiluoto in Finnland zum Einsatz kommen. Die finnische Baustelle steht unter Verantwortung des staatlichen Nuklearkonzerns Areva S.A., der inzwischen zerschlagen und teilweise EdF zugeteilt wurde. Nach vielen Jahren Verspätung und hohen Kostenüberschreitungen könnte der finnische Reaktor 2020 ans Netz gehen. Im chinesischen Taishan dagegen arbeitet der weltweit erste EPR-3 bereits seit dem vergangenen Dezember. EdF ist hier als Zulieferer und Minderheitsaktionär beteiligt.

Quelle: F.A.Z.

ABWENDEN VON DER ATOMKRAFT:

Nuklearer Umbruch

- EIN KOMMENTAR VON CHRISTIAN SCHUBERT, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 29.05.2019-12:08



Immer mehr Regierungen wenden sich von der Kernenergie ab – selbst Frankreich reagiert jetzt. Für das Klima ist das keine gute Nachricht.

Atomkraft – nein danke: Die Botschaft des alten gelb-roten Aufklebers lächelt jetzt zunehmend auch den Unternehmen entgegen, die sich mit Kernenergie an die Aktionäre wenden. Selbst Frankreich, das Heimatland des Atomstroms, muss darauf reagieren.

Die Regierung will das Geschäft des Energiekonzerns EDF aufteilen – in eine Art staatliche „Bad Bank“ mit dem risikoreichen Nukleargeschäft und in eine „gute“ Gesellschaft mit erneuerbaren Energien, die den Investoren schöne Augen machen soll.

Überall in der Welt nähern sich die Reaktoren ihren Laufzeitgrenzen und müssen renoviert werden. Gleichzeitig verzögern sich die (wenigen) Neubauten, weil die Sicherheitsvorschriften schärfer geworden sind und viel technologisches Wissen verlorengegangen ist. Auch ohne die noch gar nicht eingerechneten Entsorgungskosten macht dies Atomkraft sehr teuer. Daher sinkt der Nuklearanteil an der Stromerzeugung weltweit.

Für das Klima ist das keine gute Nachricht, weil die Kernenergie oft durch Kohle ersetzt wird. Atomstrom ist vielleicht keine Zukunftstechnologie, doch er kann den Umstieg auf die erneuerbaren Energien klimafreundlich und ohne brutale Umbrüche mitgestalten.

Quelle: F.A.Z.

Europawahl:

In voller Blüte

Oder geht noch mehr? Nach ihrem Erfolg bei der Europawahl kämpfen die Grünen von jetzt an mit der CDU um Platz eins. Und auch in der EU stellt sich die Frage: Wer ist in Zukunft der Garant einer bürgerlichen Politik?

Von **Matthias Geis** und **Robert Pausch**

28. Mai 2019, 16:49 DIE ZEIT Nr. 23/2019, 29. Mai 2019



© Lisa Rienermann

In voller Blüte

Wenn man Robert Habeck im Mai 2019 nach den Gründen für die scheinbar unaufhaltsame Karriere seiner Partei fragt, fällt ihm der Sommer 2018 ein. Der war nicht nur ungewöhnlich heiß und trocken. Es war auch der Sommer, in dem CDU und CSU erbittert über die Flüchtlingspolitik stritten. Damals, glaubt Habeck, sei ein Grundvertrauen gebrochen: Dass die Union als zentrale politische Kraft und letzte intakte Volkspartei weiterhin Garant für die Stabilität der Republik sein würde. Stattdessen sei die Sorge gewachsen, dass CDU und CSU unter den Attacken des Rechtspopulismus selbst zu einer Kraft werden könnten, die die Werteachse der Republik verschieben würde. Für Habeck war das der Moment, in dem sich der Rollenwechsel der Grünen vollzog, der nun bei den Europawahlen einen spektakulären Niederschlag gefunden hat. Fast verdoppelt haben die Grünen ihr Ergebnis im Vergleich zur Wahl 2014, mit 20,5 Prozent sind sie nun die zweitstärkste Kraft. Und womöglich bald nicht mehr nur Kanzlermacherin, sondern selbst Kanzlerpartei.

Ausgerechnet die einst als Anti-Parteien-Partei gegründeten Grünen rücken jetzt selbst ins Zentrum. Bei der nächsten Bundestagswahl kämpfen sie, wie es derzeit aussieht, mit der CDU um Platz eins – und um die Rolle als Garantin einer bürgerlichen Politik und der bundesdeutschen Werteordnung. Ein wachsender Teil der Wählerschaft scheint heute eher den Grünen als den angestammten politischen Kräften eine stabilisierende Kraft gegenüber den autoritären Versuchungen zuzutrauen. In einer Umfrage zur Europawahl stimmten 57 Prozent aller Wähler (und 96 Prozent der Grünen-Anhänger) der Aussage zu: Die Grünen verteidigen "die Werte, die mir persönlich wichtig sind". "Dafür waren wir nicht gegründet worden, das war uns nicht in die Wiege gelegt", rät der Grünen-Chef über die neue Herausforderung.

Hinzu kommen die Jungen, die seit Monaten lautstark die ökologische Wende einfordern, die sie den Volksparteien nach den Jahren des Zögerns, Abwehrens und Abwartens immer weniger zutrauen. Nur um die zehn Prozent der unter 30-Jährigen stimmten jeweils für SPD und CDU – 33 Prozent dagegen für die Grünen. Bei den unter 18-Jährigen, die diesmal noch nicht wählen durften, liegen die Umfragewerte noch höher. In dieser Kombination aus demokratischen und ökologischen Erwartungen sind die Grünen zur Partei der Stunde geworden.

Grün ist dabei längst mehr als nur eine Parteilfarbe. Es ist ein Lebensgefühl. Wer ein neues Produkt als zukunftsfähig, fair und gut bewerben will, nennt es grün. Selbst im CDU-Wirtschaftsrat wurde

kürzlich mit Erstaunen festgestellt, dass immer mehr Geldanleger nach *sustainable*, also nachhaltigen Investments fragten.

So wie sich die Union in ihren besten Zeiten als Bannerträger der saturierten Mitte betrachten konnte, so wie die Sozialdemokraten in den 1970er- und 1990er-Jahren den Wunsch nach Aufbruch verkörperten, sind es nun die Grünen, die für einen neuen gesellschaftlichen Mainstream stehen – oder es zumindest könnten. Rot riecht nach alten Männern mit Raucherhusten. Schwarz gilt als uncool und gestrig. Grün ist die Hoffnung.

Die Partei-Grünen fangen sie auf, aber was fangen sie damit an? Der neue grüne Mainstream ist nachhaltig und ökologisch, zugleich betont weltoffen, kosmopolitisch, humanitär engagiert. Dieses Lebensgefühl bedient sich dabei freihändig der Versatzstücke unterschiedlicher Ideologien: Man ist konservativ, wo es um die Bewahrung der Schöpfung geht, um Verbindlichkeit und Zusammenhalt. Liberal, wenn um Migrations- und Minderheitenfragen gestritten wird. Und wo die Immobilienunternehmen unanständige Profite erwirtschaften, kokettiert man sogar mit Enteignung. Das kann frivol erscheinen – oder flexibel. Jedenfalls ticken so relevante Teile des modernen Bürgertums, das sich nun fluchtartig von den ehemaligen Volksparteien abwendet.

Die Neuorientierung urban-bürgerlicher Wähler kann man auch in anderen europäischen Ländern beobachten, und am Sonntag profitierten davon in vielen Teilen Europas auch die Ökoparteien. In Frankreich wurden die Grünen drittstärkste Kraft. In Irland und Finnland erreichten sie Platz zwei. In Großbritannien landeten sie zwar nur auf Rang vier, aber noch vor den Konservativen. Mit 69 Sitzen wird die grüne Fraktion im neuen Europaparlament so groß sein wie noch nie.

In Ost- und Südeuropa jedoch verfangen grüne Inhalte bei dieser Wahl kaum. Und auch im Westen nutzt der Schwund der Volksparteien längst nicht nur den Ökos. In Großbritannien wanderten die Wähler, die hierzulande das Kernelektorat der Grünen bilden, von den etablierten Parteien in Scharen zu den ehemals marginalen Liberaldemokraten. In den Niederlanden profitierten zuletzt insbesondere die Linksliberalen groenlinks und D66 von der Krise der Volksparteien. Und in Frankreich war es zunächst nicht den Grünen, sondern Emmanuel Macron mit seiner Bewegung "En Marche" gelungen, das Parteiensystem zu zertrümmern, indem er die Wertefrage ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung rückte: Für Europa oder dagegen? Für die liberale Gesellschaft oder für den Autoritarismus? Zudem machte Macron mit der Ökosteuer eine leidlich grüne Politik.

In Frankreich lässt sich allerdings auch am deutlichsten erkennen, welche Gefahren diese politische Mechanik – ob geplant oder ungeplant – mit sich bringt. Der Kompromiss zwischen den sozialen Klassen, für den die Volksparteien stehen, wurde im Nachbarland ersetzt durch eine soziale Polarisierung der Parteienlandschaft. Macrons Wähler sind vor allem gebildete Städter, während die Rechtsextreme Marine Le Pen insbesondere Zuspruch von den unteren Schichten erfährt.

"Radikal ist das neue Realistisch"

Zwar sind die deutschen Grünen nicht Macron, ihre neoliberale Vergangenheit haben sie längst abgeschüttelt, und als Mann wie als Politiker ist Robert Habeck so etwas wie das Gegenbild zum kryptoaristokratischen französischen Präsidenten. Aber dennoch bleiben auch die Grünen im Moment ihres größten Triumphes eine Partei, die unter deutschen Abiturienten fast dreimal so viele Stimmen holt wie unter den Hauptschülern. Der Zeitgeist mag grün sein. Aber ist das mehr als ein Projekt für die Privilegierten? Ein westliches zumal?

Die führenden Grünen wissen um den Vorbehalt, ihre Partei diene nur den Besserverdienenden und Lifestyle-Avantgardisten. Und sie wissen, dass sie den vermeintlichen Widerspruch zwischen der Ökologie und der Gerechtigkeit auflösen müssen, zumindest wenn sie wirklich um den Platz als stärkste Partei kämpfen wollen. Denn zwar werden die Grünen nicht müde zu betonen, dass es insbesondere die Armen seien, die die Folgen der ökologischen Krise als Erstes zu spüren bekämen. Aber was tut man, wenn diese eine ökologische Politik trotzdem zuerst als Gängelung betrachten?

Dass die Grünen nach Jahrzehnten vom politischen Nebendarsteller zum Hoffnungsträger avancieren, hat natürlich mit der eklatanten Schwäche der etablierten Kräfte zu tun. Die beiden Volksparteien CDU und SPD verkörpern keine politischen Alternativen mehr, weil sie in Dauerkoalition miteinander seit Jahren nur noch den kleinsten gemeinsamen Nenner verwalten. Dass sie noch zu einer Politik auf

der Höhe der Probleme – bei Klima, Wohnen, Bildung oder Verkehr – in der Lage sein werden, dementieren sie quasi täglich. Sie erscheinen nicht nur zu schwach für politische Initiativen, sondern sogar unfähig, ihre Zusammenarbeit aufzukündigen, um die Chance für eine neue Konstellation zu eröffnen.

Die Schwäche der anderen allein erklärt aber noch nicht den Erfolg der Grünen. Es sind die tiefgreifenden Veränderungen der jüngeren Vergangenheit, durch die sich die Grünen zum potenziellen Nachfolger der niedergehenden Volksparteien entwickelt haben.

Da sind zum einen die äußeren Weichenstellungen: Mit Annalena Baerbock und Robert Habeck hat die Ökopartei ein charismatisch-sympathisches Führungsduo, dessen Außenwirkung mühelos über das angestammte grüne Milieu hinausreicht. Doch auch nach innen wirken sie anders. Kein grünes Führungsduo hat untereinander so reibungslos konstruktiv agiert und war in der Partei zugleich so unumstritten wie die beiden aktuellen Vorsitzenden. Der jahrzehntelange Flügelstreit der Partei – Realos gegen Fundis – ist nicht mehr wahrnehmbar. Die Friktionen, die es hier und dort noch immer gibt, bleiben unter der Oberfläche.

Das liegt auch daran, dass sich in Bezug auf das Thema Klima der alte Widerspruch aufzulösen scheint: Der wachsende ökologische Problemdruck eint die ehemals streitlustigen Lager. Auch die grünen Linken haben sich vom früheren Selbstbild als Systemopposition verabschiedet und sich mit einer Entwicklung angefreundet, in der die Grünen langsam auf Augenhöhe mit den ehemaligen Volksparteien kommen. Die Fundis sind jetzt die Realos.

Und doch wäre es verfrüht, das als untrügliches Zeichen eines dauerhaften grünen Mainstreams zu werten. Die Probe auf die grüne Parole "Radikal ist das neue Realistisch" steht noch aus. An ihr wird sich die politische Glaubwürdigkeit der Partei entscheiden. "Wir wecken Erwartungen", sagt Habeck nach der Europawahl. "Aber wir müssen auch liefern."

Nur zur "Volkspartei" wollen die Grünen partout nicht werden. Sie spüren, dass die Strahlkraft dieses Etiketts verblasst wie die seiner traditionellen Träger, SPD und CDU. Vielleicht immunisiert die Grünen auch der Rest jenes Ressentiments, mit dem sie einst die etablierten Parteien attackierten. Lieber wollen sie künftig als "Bündnispartei" in einer immer disparateren Gesellschaft wirken. Soll heißen: breite Bündnisse für politische Ziele schmieden. Über ihre eigene Klientel hinaus wollen die Grünen um Zustimmung werben – auch in jenen Milieus, die für grüne Ideen traditionell wenig aufgeschlossen sind: Annalena Baerbock sucht in den Braunkohlerevieren die Auseinandersetzung mit Kumpeln, deren Arbeitsplätze vom Ausstieg bedroht werden. Habeck warf sich als Landwirtschaftsminister in Kiel in die Auseinandersetzung mit den schleswig-holsteinischen Bauern und stritt mit ihnen über Gülle und Agrarsubventionen.

Seit einigen Monaten touren die grünen Parteichefs durch die ostdeutsche Provinz und werben um Zustimmung. Ungezählte Termine werden sie dort bis zu den Landtagswahlen im Herbst absolvieren. In Universitätsstädten wie Leipzig können die Grünen auch heute schon auf Unterstützung zählen. Ihr wahrer Erfolg aber, so formuliert es Annalena Baerbock, entscheide sich in ostdeutschen Kleinstädten und auf dem Land. In Brandenburg und Sachsen etwa, dort also, wo die AfD gerade bei den Kommunalwahlen auf Platz eins gelandet ist. Erst wenn die Grünen hier Gehör finden, sagen sie an der Spitze, habe die Partei ein neues Level gesellschaftlicher Verankerung erreicht. Bei Baerbock klingt das so: "Wir wollen nicht zurück in unsere Nische."

Doch schon das Europawahl-Ergebnis ist eine Zäsur in der grünen Geschichte. Erstmals liegen die Grünen im Bund vor der SPD und hinter einer Union, die selbst unter der 30-Prozent-Marke bleibt. Und wer sagt, dass es beim zweiten Platz bleiben muss? In Baden-Württemberg hätte vor 2011 kaum jemand darauf gewettet, dass die Grünen einmal den prosperierenden Südwesten der Republik regieren könnten. Nun tun sie es schon seit acht Jahren. In Baden-Württemberg zeigt sich allerdings auch, welche Zugeständnisse, etwa an die Autoindustrie, das Regieren nötig macht.

Für die Grünen ist der Osten Feindesland

Natürlich fragen nun alle nach der Kanzlerkandidatur. Habeck wehrt solche Spekulationen routiniert ab: "Wir haben das gute Wahlergebnis vor allem erreicht, weil wir in den letzten eineinhalb Jahren nicht um uns selbst gekreist sind." Das soll so bleiben: "Spekulationen desorientieren da nur." Die

Grünen seien jetzt "ins Zentrum der politischen Debatte gerückt – der Debatte, nicht der politischen Macht". Auf diese Differenz legt Habeck offenbar Wert. Und doch wollen die Grünen sie demnächst überwinden.

Bislang schienen die Grünen mit ihrem Konzept der "Bündnispartei" eine kleine Erfolgsformel gefunden zu haben. Thematisch orientierte Koalitionen zu schließen, ohne sich ideologisch festzulegen: Das klang so pragmatisch, wie die CDU gerne wäre, und garantierte eine strategische Flexibilität, die andere gerne hätten.

In Bremen müssen sich die Grünen nun erstmals nach ihrem Erfolg entscheiden: Regieren sie mit dem ersten rot-rot-grünen Bündnis in Westdeutschland oder in einer Jamaika-Koalition? Jede Entscheidung ist ein Fingerzeig, jede Festlegung birgt das Risiko, entweder linksgrüne Alt- oder bürgerliche Neuwähler zu verlieren.

Je erfolgreicher die Grünen werden, desto drängender stellt sich die grundsätzliche Frage: Mit wem, in welcher Konstellation will man zukünftig die eigenen Interessen durchsetzen? Die Alternativen sind dabei nicht gerade verlockend: Eine desolante und zunehmend regierungsscheue SPD steht einer regierungswilligen, aber klimareaktionären CDU gegenüber. Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer begann bereits, die Grünen als linkes AfD-Äquivalent zu verspotten, als Schein-Alternative.

Die nächste Bundestagswahl kann, allen Hindernissen zum Trotz, bekanntlich schneller kommen als geplant – doch ein Bundestagswahlkampf ohne klare Machtperspektive kann anstrengend werden. Wer Flexibilität zum Prinzip erklärt, der steht schnell unter Beliebigkeitsverdacht.

Die Spitzengrünen versichern nun, man habe das alles bedacht und werde sich durch den ganzen Erfolg nicht aus dem Konzept bringen lassen, damit er am Ende nicht doch ist, was sich viele Gegner wünschen: ein Hype. Aber können die Grünen den Kräften widerstehen, die nun auf sie wirken? Der medialen und politischen Logik, die von einer Vielleicht-Nummer-eins-Partei auch eine Nummer eins, also einen Kanzlerkandidaten oder eine Kanzlerkandidatin, verlangt? Und wäre es überhaupt klug zu widerstehen – oder machen sich die Grünen damit so klein, wie sie eigentlich längst nicht mehr sind?

Eine erste Antwort könnten die nächsten Landtagswahlen geben. Im Herbst wählen Brandenburger, Thüringer und Sachsen neue Parlamente. Für die Grünen ist der Osten Feindesland, so war es zumindest in der Vergangenheit. Bei den Landtagswahlen freuten sich die Grünen meist schon, wenn sie knapp über fünf Prozent lagen.

Der Druck auf die Grünen wächst, aber der Druck, den sie auf die anderen ausüben, auch: Der klimapolitische Druck auf die Union ist jedenfalls seit dem Wochenende um einiges gestiegen. Die "Fridays for Future"-Stimmung scheint auf das Wahlvolk überzugreifen. Doch die ersten Reaktionen aus dem Adenauer-Haus lassen nicht erkennen, dass die Union nun auf grüne Klimapolitik umschwenkt. Kein Wunder, sie steckt in der Zwickmühle: genau das, was im Westen Erfolg verspricht, ist im Osten hochgefährlich. Und da sind nun einmal die nächsten Wahlen. So wie in den vergangenen Wochen die französische Gelbwesten-Bewegung der Union dazu diente, jede klimapolitische Konkretion mit Verweis auf die enorme soziale Sprengkraft des Themas zu vermeiden, so sind es nun die teilweise dramatischen Wahlerfolge der AfD.

Im Osten liegt die nächste große Herausforderung für die Ökopartei. Es dürfte nicht leicht werden, den grünen Trend unbeschadet über den Herbst zu bringen. Doch müsste das gelingen, wenn man die Träume, die sich alle gerade verbieten, noch ein bisschen weiterträumen will.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/aufruf-auf-twitter-was-muesste-getan-werden-damit-weniger-leute-die-afd-waehlen-16212505.html>

IN OSTDEUTSCHLAND:

Warum wird die AfD gewählt?

- VON STEFAN LOCKE AKTUALISIERT AM 29.05.2019-18:12



Der Karikaturist Ralph Ruthe fragte auf Twitter, was seine Follower in Brandenburg und Sachsen über den AfD-Erfolg bei der Europawahl denken – und kann sich vor Antworten kaum retten.

Es war ein ungewöhnlicher Versuch für das Hochgeschwindigkeitsmedium **Twitter**, als der Karikaturist Ralph Ruthe seinen „Followern aus Brandenburg und Sachsen“ am Montagvormittag folgende „ernst gemeinte Frage“ stellte: „Was denkt ihr persönlich, müsste getan werden, damit bei euch weniger Leute AfD wählen? Ich hab von NRW aus null Einblick, wie sich das ändern lässt, eure Meinung interessiert mich sehr!“ Schon kurz darauf liefen so viele Antworten ein, dass Ruthe kapitulierte: „Es gab 970 Kommentare, zum Großteil konstruktiv + freundlich“, schrieb er am Dienstag. „Die meisten von Menschen aus BB + SN. Ich habe viele gelesen, aber ich kann mich auf keinen Fall mit allen beschäftigen + darauf reagieren.“ Was nur zur Folge hatte, dass noch mehr Leute sich daran beteiligten.

Da aus Ruthes Frage ehrliches Interesse hervorgeht, sind auch die allermeisten Antworten erfrischend offen, zugleich bergen sie eine Fülle von Erfahrungen und Erlebnissen der vergangenen 30 Jahre im Osten Deutschlands, ohne die sich die jüngsten Entwicklungen nach den Wahlen vom vergangenen Sonntag kaum vernünftig beurteilen lassen. Da der Künstler explizit darum gebeten hat, die vielen Reaktionen auszuwerten, haben wir uns einen groben Überblick über die zum Teil sehr persönlichen Antworten verschafft.

„Wir haben hier über 30 Jahre eine Abwanderung von 2 -3 Generationen hinter uns“, schreibt unter anderem Michael Pratsch aus Sachsen-Anhalt. „Unfassbar viele Leute mit denen ich in der Schule war, sind einfach nicht mehr hier.“

Ernst gemeinte Frage an meine Follower aus Brandenburg und Sachsen:

Was denkt ihr persönlich, müsste getan werden, damit bei euch weniger Leute die AfD wählen? Ich hab von NRW aus null Einblick, wie sich das ändern lässt, eure Meinung interessiert mich sehr!

Hier Sachsen-Anhalt: (auch Hochburg, aber Dank Poggenburg-Versagen ging es etwas runter) - Wir haben hier über 30 Jahre eine Abwanderung von 2-3 Generationen hinter uns. Unfassbar viele Leute mit den ich in der Schule war sind einfach nicht mehr hier.

Dass vor allem Akademiker, junge, gut ausgebildete Menschen die neuen Länder in Richtung Westen oder gleich ganz ins Ausland verlassen haben, sehen viele User als eine der Hauptursache der Entwicklung. Wer einmal weg ist, kommt in den seltensten Fällen dauerhaft zurück, weil es in der Heimat zwar herrlich viel Platz und blühende Landschaften, aber kaum adäquate Arbeitsmöglichkeiten gibt. Insgesamt haben seit 1990 vier Millionen überwiegend junge Menschen Ostdeutschland verlassen. Das ist ein Viertel der einstigen DDR-Bevölkerung und eine Entwicklung, wie es sie in

Friedenszeiten wohl noch nie gegeben hat. Zurückblieben – vor allem auf dem Land – Eltern und Großeltern, die ihre Kinder und Enkel nur selten sehen und die die Hoffnung auf eine Zukunft in ihrer Heimat aufgeben haben.

Auch die schon vielfach beschriebenen Ungerechtigkeiten 30 Jahre nach dem Mauerfall sind in vielen Antworten Thema, beispielsweise die bis zu einem Drittel geringere Entlohnung für zum Teil gleiche Arbeit, die nach wie vor im Osten geringere Rente und die damit vermisste Anerkennung von Lebensleistungen.

Gerade bei den Älteren gibt es die Wahrnehmung, um Ihre Lebensleistung, besonders vor 1990, betrogen wurden zu sein. Lange arbeitslos und selbst wenn nicht, reicht die Rente nicht zum Leben. Daraus folgt dann einfach 'alle Wessis doof' und man wählt die 'Ostpartei'.

Der Begriff 'Besserwessi' kommt ja nicht aus dem Nichts. Gerade in den 1990 wurde den Osis gezeigt, dass sie nichts können und gut bezahlte Positionen wurden mit neuen, fremden Leuten besetzt, die auch nicht immer etwas konnten. So eine Behandlung wirkt lange nach.

User „Stöpfel“ aus Dresden und andere verweisen auf ein grundsätzliches Problem: Dass es zwar nach der Wiedervereinigung einen sichtbaren Aufschwung gegeben hat, dass Städte und Dörfer heute buchstäblich in den schönsten Farben blühen und Autobahnen intakt sind, aber dass vielen Menschen das Gefühl fehlt, gebraucht zu werden. Vom Aufbau Ost haben überwiegend westdeutsche Firmen profitiert, auch gehören inzwischen ganze Straßenzüge in ostdeutschen Städten Leuten aus dem Westen, wohin dann auch die Miete überwiesen wird. Während der Osten heute eine weitgehend eigentumslose Gesellschaft ist, werden inzwischen große Teile des Ostens im Westen vererbt.

Die Schiefelage der parlamentarischen Demokratie, wenn sie so verstanden wird, dass man nur alle 4,5 Jahre gefragt ist & dann nur auf Politiker trifft, die Versprechen brechen, Kritik ignorieren, der Wunsch, dass sich was ändert. Dass viele dabei den Inhalt ausblenden, ist fatal.

"Der Westen" bemängelt oft, dass ja der Soli hierher fließt. Es sieht auch vieles schicker aus als vor 30 Jahren, aber wenn das Gefühl, gebraucht zu werden, fehlt, nützt dir auch eine hübsche Umgehungsstraße nix."

Kein Wunder, dass auch längst vergangenen geglaubte Vorurteile heute immer noch gepflegt werden – und zwar in Ost und West. Darüber hinaus beklagen auch User aus dem Westen nach wie vor große Wissenslücken im Westen über den Osten, was allerdings so manchen nicht daran hindert, umso prägnanter seine Meinung darüber zu äußern.

Nur eine Anekdote, die aber symptomatisch ist. Bin 2011 nach Dresden gezogen. Die Personalsachbearbeiterin sagte zu mir: "Sie sind ja gar nicht so arrogant wie ein typischer Wessi." So tief sitzen hier teils die Verwundungen, dass man so was 20 Jahre nach der Wende hört...

Ich bin vor einem Jahr von Thüringen nach Niedersachsen gezogen. Meine Kollegen fragen teilweise, ob "wir Osis" wirklich noch nicht die gleichen Produkte kaufen können, wie im Westen und denken, dass es eh keine großen Supermärkte gibt. So viel zu den Vorurteilen der "Osis"...

Ich habe mein halbes Leben im Osten und die andere Hälfte im Westen verbracht. Was Vorurteile

angeht, kann sich keine von beiden Parteien mit Ruhm bekleckern...



Das ist richtig. Ich habe aber die Erfahrung gemacht, dass im Westen sehr viele gar keine Ahnung vom Osten haben. Die Ignoranz und Verachtung ist nach meiner Erfahrung im Westen größer. Ich bin im Westen aufgewachsen, habe Jahre in Brandenburg gearbeitet und wohne jetzt in Berlin.

Die Befunde und Erfahrungen sind das eine, die Frage aber, was nun zu tun ist, lässt auch viele User rat- und illusionslos zurück. Die **AfD** gelte inzwischen als normale Partei, auch weil sie zum Teil schon bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen sei. Die Partei profitiert gerade auch in der Kommunalpolitik von Leuten, die offensichtlich nicht rechtsradikal sind, die aber mit ihrer Person eben solche Positionen legitimierten.

Ich denke, zum einen ist der Zug abgefahren. Diese Generation bekommen wir kaum noch zurück. An die kommen wir nicht mehr heran. Die sind in Ihrer Blase und völlig davon überzeugt, dass die AfD eine ganz normale Partei ist. Ich sehe die Leute jeden Montag bei Pegida. 1/2

Angesichts der bisweilen hysterischen Reaktionen in Politik und Medien auf die Wahlerfolge der AfD – zunächst bei den Landtagswahlen (auch im Westen – etwa in Baden-Württemberg – erreichte die AfD 15,1 Prozent) sowie bei der Bundestagswahl in Sachsen, wo sie stärkste Partei wurde, sehen AfD-Wähler offenbar, dass sie einen wunden Punkt treffen. Das „System“, respektive das „Establishment“ und die „Eliten“ vor allem im Westen lassen sich demnach eben am meisten mit einem Kreuz für die AfD erschrecken und verunsichern. Im Osten gab es das übrigens schon einmal in den neunziger Jahren, als die CDU mit ihrer „Rote-Socken-Kampagne“ baden ging. Angesichts dieses Furors, mit der die Union damals durch den Osten pflügte, wählten selbst Menschen, die mit SED und DDR nichts am Hut hatten, auf einmal PDS. Ähnliches scheint sich nun, da die PDS ihre Wirkung als Protestpartei verloren hat, mit der AfD zu wiederholen, erklärt unter anderem Michael Pratsch. Was der AfD helfe, sei vor allem auch das „Draufhauen von außen“:

Was der AfD aber hilft ist gerade das draufhauen von außen / drüben. Immer wenn einer aus dem Westen oder ein linker im Osten sagt: "Ihr seid Nazipack" - dann rücken die näher zusammen. Dann werden die Reihen geschlossen und es ist ein gemeinsamer Feind da.

Nun zum Schluss noch die Antwort auf die Frage: Was getan werden müsste?

Ich weiß es auch nicht, es ist zum Verzweifeln. Es geht uns hier eigentlich gut, aber wirtschaftlicher Wohlstand ist nicht alles. Es ist wie bei der Arbeit, da ist Geld auch nur ein Hygienefaktor.

Es herrscht immer noch das Gefühl vor nicht ernst genommen zu werden. Der Wegfall der DDR wurde nicht verarbeitet, das sitzt immer noch. Das wird einfach von Westdeutschland unterschätzt. Tat ich auch bis ich in den Osten zog und mit Leuten geredet habe.

Mehr Hinschauen, Zuhören und sich auch mal mit eigenen Augen ein Bild vom Osten machen, das ist es, was sich darüber hinaus nicht wenige der Beteiligten aus dem Osten von denen aus dem Westen, aber auch von Politik und Medien wünschen. Gemeinsame Gespräche und Besuche, um den jeweils anderen zu verstehen? Das wäre doch mal ein guter Vorsatz im 30. Jahr des Mauerfalls.

Quelle: FAZ.NET

SOZIALE GERECHTIGKEIT:

So ungerecht ist die SPD

- EIN KOMMENTAR VON PATRICK BERNAU
- -AKTUALISIERT AM 02.06.2019-08:48



Das Problem der SPD hat mit ihren Inhalten zu tun: Sie möchte sozial gerecht sein – und trifft doch am Wähler vorbei.

Wenn Andrea Nahles Pech hat, wählt die SPD bald wieder einen neuen Parteivorsitzenden – es wäre der siebte seit dem Machtverlust 2005. Das ist bemerkenswert. Natürlich ist es eine Schmach, dass die Sozialdemokraten bei der Europawahl nur noch drittstärkste Partei waren und in den jüngsten Umfragen nur knapp vor der AfD liegen. Aber niemand kann mehr ernsthaft annehmen, dass das an den Vorsitzenden läge. Es gibt eine strukturelle Erklärung und eine, die mit dem Programm zu tun hat.

Die strukturelle Erklärung ist einfach: Die zentrale Konfliktlinie im Parteiensystem verschiebt sich. Es geht nicht mehr darum, wer wirtschaftlich rechts oder links steht, sondern um Weltoffenheit oder Zugeknöpftheit. Die einen wollen die Erderwärmung begrenzen, die anderen die Migration. Grüne und AfD sind die Pole dieses Parteiensystems, dazwischen mühen sich die Volksparteien ab, die sowieso schon immer unter großen Koalitionen gelitten haben. Die SPD hat mit diesem Trend ein besonders Problem, denn sie vereint traditionell die Fans von Willy Brandt, also intellektuelle Großstadtbewohner, mit den Fans von Helmut Schmidt, der klassischen Arbeiterschaft – diese beiden Pole streben jetzt auseinander.

Ist die SPD sozial gerecht?

Es gibt aber noch eine andere Erklärung, und die hat mit dem Programm der SPD zu tun. Immerhin gilt „soziale Sicherheit“ den Deutschen noch immer als zweitwichtigstes Thema, wie Infratest Dimap ermittelt hat. Aber nie hatte die SPD in dieser Frage so wenig Vertrauen bei den Bürgern.

Dabei hat die Partei in den vergangenen Jahren einiges unternommen: Sie hat den Mindestlohn durchgesetzt, zwei Mietpreisbremsen eingeführt und sogar ein „Gesetz gegen Leiharbeit und Werkverträge“ gemacht. Pünktlich zur Wahl schaffte es SPD-Arbeitsminister Hubertus Heilnoch, seinen Vorschlag für eine Grundrente auszuarbeiten. Sie soll gegen Altersarmut helfen. Gerade dieser Entwurf wirft allerdings die Frage auf, ob die SPD ihre sozialen Wohltaten an den Wählern vorbei verteilt.

Was ist soziale Gerechtigkeit für die Deutschen?

Die Idee von Gerechtigkeit knüpft sich für die Deutschen an zwei Vorstellungen. Einerseits an das Leistungsprinzip: Wer viel arbeitet, soll viel verdienen. Andererseits an das Bedarfsprinzip: Wer zu wenig Geld hat, soll etwas dazubekommen. Die Grundrente verstößt gegen beide Prinzipien

gleichzeitig. Erstens gibt es höhere Renten für Leute, die kaum Beiträge gezahlt haben; deshalb steht jetzt sogar in Zweifel, ob die Grundrente verfassungsgemäß ist. Andererseits gibt es das Geld auch, wenn man es gar nicht braucht. Inbegriff der Ungerechtigkeit ist die Millionärsgattin, die in Teilzeit gearbeitet hat und jetzt ihre Rente aufgestockt bekommt.

Damit kann die SPD nicht mal bei den zahlreichen wählenden Rentnern gewinnen. Altersarmut ist heute noch kein großes Problem. Derzeit geht es den meisten Ruheständlern gut: Sie können pro Haushalt und Monat im Durchschnitt mehr als 3600 Euro ausgeben. Die große Altersarmut kommt erst in den nächsten Jahrzehnten auf Deutschland zu. Die eigentlichen Profiteure der Grundrente wissen heute noch gar nicht, dass sie dazugehören werden.

Ständig hören die Leute, dass Armut und Ungleichheit wüchsen. Das trifft aber nicht den Alltag der Wähler. Tatsächlich ist die Ungleichheit vor allem zwischen 1999 und 2005 gestiegen. Danach griffen zum Beispiel Gerhard Schröders Agenda-Reformen. Vielen Deutschen ging es besser. Deutschland konnte sogar Millionen von Migranten aufnehmen, die als neue Arme in die Statistik eingehen. Das überdeckt, dass es den einzelnen Deutschen seit Jahren immer besser geht und ihre Löhne schneller steigen als die Preise, auch für Geringverdiener.

Die Deutschen brauchen also eine andere Sozialpolitik, als sie die SPD praktiziert. Sie brauchen eine Wohnungspolitik, die neuen Wohnraum schafft und so – anders als die Mietpreisbremse – die Mieten tatsächlich drücken kann. Sie brauchen eine gute Bildungs- und Integrationspolitik, die Kindern mit Migrationshintergrund Aufstiegschancen eröffnet. Und sie brauchen eine Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze für die nächsten Jahre sichert. Aus alledem ergibt sich eine Sozialpolitik, mit der die SPD mehr Stimmen gewinnen kann als mit ihrem Programm von heute.

Patrick Bernau

Verantwortlicher Redakteur für Wirtschaft und „Geld & Mehr“ der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.

Quelle: F.A.S.